

No. 38
September 2015

Marktradikalismus als Politische Ökonomie
Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in
Deutschland ab 1945

Walter Ötsch und Stephan Pühringer

**Institute for Comprehensive
Analysis of Economy**

**Institut für
die Gesamtanalyse der
Wirtschaft**

**Johannes Kepler
Universität Linz**

Altenbergerstraße 69
4040 Linz
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at
www.icae.at

Marktradikalismus als Politische Ökonomie

Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945

*Walter Ötsch und Stephan Pühringer**

* beide: Johannes Kepler Universität Linz, Institute for Comprehensive Analysis of Economy, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz. walter.oetsch@jku.at, stephan.puehringer@jku.at. Das vorliegende Paper entstand im Zuge des Projekts "ÖkonomInnen und Ökonomie", welches von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde (Projekt Nr.: 2012-575-1).

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungsverzeichnis	3
1. Theoretische Grundlagen	4
1.1. Die Grundthese zur Geschichte der ökonomischen Theorie	4
1.2. Der historische Ausgangspunkt: die Krise des Liberalismus	7
1.3. „Der Markt“ bei Mises.....	9
1.4. Hayek I: „Der Markt“ als Produkt der kulturellen Evolution.....	11
1.5. Hayek II: „Der Markt“ als Kommunikations-Mechanismus	15
1.6. Hayek III: Der Mensch angesichts „des Marktes“	17
1.7. „Der Markt“ im Ordoliberalismus	19
1.8. Die Polysemie des Marktes	24
1.9. Planung für „den Markt“	27
1.10. Elite und Masse.....	28
1.11. Eine nicht reflektierte „Politische Ökonomie“	30
2. Netzwerke der Ordoliberalen bis 1945	31
2.1. Netzwerke bis zur Machtergreifung Hitlers	31
2.2. Die Freiburger Schule.....	32
2.3. Länderübergreifende Netzwerke	42
2.4. Eine erste internationale Organisation des Marktradikalismus	44
3. Neuordnung bis 1950.....	47
3.1. Kontinuität der Wirtschaftselite nach 1945	47
3.2. Vorbereitungen zu Kriegsende	49
3.3. Kurz nach Kriegsende.....	59
3.4. Neue internationale Netzwerke.....	61
3.5. Im Wissenschaftsbetrieb	65
3.6. Politik und Denkweisen des Kalten Krieges	66
3.7. Ordoliberale im Zentrum der Politik	69
3.8. Verdichtete Netzwerke politischer Macht	72
4. Der deutsche Keynesianismus	77
4.1. „Wirtschaftswunder“ und Wohlfahrtsstaat	77
4.2. Der deutsche Keynesianismus	78
4.3. Karl Schiller.....	85
5. Die marktradikale Wende	87
5.1. Das Ende des Systems von Bretton-Woods.....	87
5.2. Die „Konterrevolutionen“ gegen den Keynesianismus	91
5.3. Marktradikale Netzwerke	99
6. Quellen.....	111

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bedeutende VWL-Ausbildungsstandorte bis 1950.....	34
Abbildung 2: Walter Eucken als akademischer Lehrer.....	35
Abbildung 3: Die Freiburger Kreise und ihre Mitglieder.....	39
Abbildung 4: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim deutschen Bundeswirtschaftsministerium bis 1950.....	40
Abbildung 5: Theodor Wessels als akademischer Lehrer.....	53
Abbildung 6: Günter Schmölders als akademischer Lehrer.....	54
Abbildung 7: Bedeutendste VWL-Ausbildungsstandorte 1950-1969.....	55
Abbildung 8: Müller-Armack als akademischer Lehrer.....	57
Abbildung 9: Erich Preiser als akademischer Lehrer.....	58
Abbildung 10: Erich Schneider als akademischer Lehrer.....	82
Abbildung 11: Gottfried Bombach als akademischer Lehrer.....	83
Abbildung 12: Herbert Giersch als Knotenpunkt personeller und institutioneller marktradikaler Netzwerke.....	102
Abbildung 13: Deutsche Monetaristen in deutschen marktradikalen Netzwerken.....	104
Abbildung 14: Akademischer Stammbaum deutscher Monetaristen.....	105
Abbildung 15: Vernetzung aller ÖkonomInnen mit mindestens mittlerem Einflusspotential in mindestens zwei Koeffizienten.....	109
Abbildung 16: Mediale Präsenz von deutschen ÖkonomInnen in der Finanzkrisendebatte.....	110

1. Theoretische Grundlagen

1.1. Die Grundthese zur Geschichte der ökonomischen Theorie

Wissenschaftsgeschichte wird herkömmlich als Theoriegeschichte erzählt. Die Entwicklung des wissenschaftlichen Feldes bleibt dabei von der Entwicklung seiner Sozialgeschichte entkoppelt. Im Gegensatz dazu werden in diesem Projekt – Kuhn und Latour folgend - Inhalt (Theoriegeschichte) und Kontext (Sozialgeschichte) der Wissenschaft von der Wirtschaft in ihrer Verwobenheit verstanden. In der Geschichte der deutschsprachigen Ökonomik nach 1945 haben sich nicht die besseren Theorien und die schlagkräftigeren Argumente durchgesetzt, sondern jene, die in jeweils wirkungsmächtigster Resonanz zu anderen Bereichen der Gesellschaft standen. Diese Resonanz spiegelt sich auch in Form von Netzwerken wider, welche die VertreterInnen der universitären Ökonomik mit gesellschaftlich relevanten Felder verbinden.

Nach Latour (1998) sind bei der Formierung bestimmter Denkschulen fünf Prozesse zu unterscheiden: (1) Implementierung wissenschaftlicher Instrumente und Techniken, (2) Aufbau einer eigenen scientific community, (3) Errichtung von Allianzen mit außerakademischen Bereichen, vor allem der Wirtschaft und der Politik sowie (4) entsprechende Medienarbeit. Für ein längerfristiges Gelingen ist nach Gelingen der ersten vier Prozesse dann der fünfte von entscheidender Bedeutung: Latour spricht von „Verbindungspflege“ und der Schaffung von „Bindemitteln“, mit deren Hilfe alle anderen Verbindungen dauerhaft und „hart“ zusammengehalten werden.

In diesem Projekt soll folgende These illustriert werden: Den Vertretern und Vertreterinnen des Ordoliberalismus ist es in Deutschland nach 1945 gelungen (vor allem über ihren unmittelbaren Einfluss auf die Politik) dauerhaft ein Beziehungsnetzwerk zu errichten, in dem die von Latour genannten ersten vier Prozesse enthalten sind. Diese These impliziert auch, den Ordoliberalen für die Entwicklung des universitäten wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Deutschland ab 1945 viel mehr Einfluss zuzuschreiben als dies üblicherweise in der dogmenhistorischen Geschichtsschreibung passiert.

Dabei nehmen wir aber nicht nur auf den Ordoliberalismus (der Begriff wird im Folgenden noch definiert) als solchen Bezug, sondern auf alle jene Richtungen, mit denen Ordoliberaler in einem direkten politischen Anspruch aktiv seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts zusammengearbeitet haben. Diese Zusammenarbeit wird im Folgenden dokumentiert. Dabei handelt es sich um Personen auch aus der Österreichischen und der Chicagoer Schule sowie ab den 50er-Jahren auch von Varianten der (neuen) Neoklassik, wie der Public Choice-Schule oder dem Monetarismus. Die Gesamtheit dieser Richtungen haben den Keynesianismus in Deutschland schließlich zu einer Randerscheinung werden lassen. Jede Richtung von ihnen hat dazu in ihrem Bereich ihren Beitrag geleistet. Keynesianismus ist heute ein Teilbereich der „heterodoxen“ Ökonomie.

Dass so unterschiedliche Richtungen tatsächlich in gemeinsamen Netzwerken zu finden sind (was nachstehend belegt wird), widerspricht der gängigen Sichtweise, bei der auf die erheblichen paradigmatischen Differenzen der einzelnen „Schulen“ abgehoben wird. Das gemeinsame Agieren in gemeinsamen Netzwerken wirft jedoch die Frage auf, ob und welche theoretischen Bestandteile diesen Theorien gemeinsam sind. Anders formuliert: Kann „unterhalb“ der Ebene der bekannten Differenzen (die zumeist im Zentrum dogmenhistorischer Abhandlungen stehen) eine „tiefere“ Ebene von Gemeinsamkeiten gezeigt werden, die gemeinsame Absichten und gemeinsames Agieren in gemeinsamen Netzwerken auch theoretisch verständlich macht?

In diesem Projekt wird diese Frage positiv beantwortet. Dazu müssen Anleihen aus einem meta-theoretischen Verständnis ökonomischer Paradigmen entnommen werden, das im Bereich der

Ökonomik selten unternommen wird.¹ Die These lautet: Viele VertreterInnen in den genannten Paradigmen verwenden einen Begriff von „dem“ Markt (im Singular) zur Beschreibung der Wirtschaft. Er steht für einem autonomen Bereich, in dem ein Prozess selbständig abläuft, welcher wie das Agieren eines handelnden „Subjekts“ gedacht wird, dem „wir“ – so wird in den Diskursen zu konkreten Wirtschaftspolitiken gesagt – zu folgen hätten (Ötsch 2009, 2013 und 2014a). Insofern eine solche Begrifflichkeit „des“ Marktes verwendet wird, werden wir von Marktradikalismus sprechen.² Unsere Auffassung ist es, ein solches Konzept „des“ Marktes als eine Tiefenstruktur zu deuten, die den zu besprechenden Paradigmen kategorial zugrunde liegt (d. h. eine implizite Metatheorie darstellt) und als solche paradigmatisch unterschiedlich ausgekleidet werden kann. Anders formuliert: die genannten Richtungen verwenden eine Grundkategorie „des“ Marktes, welcher als evident gesetzt wird und als Argument für die Wirtschaftspolitik herangezogen wird.³

Das gemeinsame Konzept „des“ Marktes (das im Folgenden für die genannten Richtungen illustriert wird) macht unserer Ansicht nach viele wissenschaftssoziologische Merkmale der genannten Richtungen verständlich. Es erklärt auch ihr Zusammenwirken in Think-Tanks, die eindeutige gesellschafts- oder wirtschaftspolitische Ziele verfolgen. Ein Konzept von „dem“ Markt ist zudem mit keynesianischen Positionen nicht vereinbar. In unserer Deutung haben marktradikale Richtungen (mit sehr unterschiedlichen Theorien) insgesamt den Keynesianismus verdrängt. Für diesen Prozess waren mehrere Merkmale des Marktradikalismus entscheidend, die im Folgenden für die thematisierten Theorien nachgewiesen werden:

1. „Der“ Markt wird in marktradikalen Theorien mit eigenen Gesetzmäßigkeiten ausgestattet (Mechanismen oder Prozesse), die als optimal verstanden werden. Er wird als real verstanden und mit weiteren Bedeutungen (z. B. als Norm oder Utopie) versehen. Seine Setzung erfolgt *a priori* oder *ex cathedra*, eine Operationalisierung ist nicht möglich.
2. „Der“ Markt wird im Marktradikalismus (im Unterschied zur Historischen Schule oder zu keynesianischen Ansätzen) wie ein homogener Bereich gedacht und dichotom „der“ Politik gegenübergestellt, die ebenso wie ein homogener Bereich erscheint. Diese Dualität stellt den Kern marktradikaler Politiken dar, in dem „die“ Politik – so wird gesagt – „dem“ Markt folgen bzw. Bedingungen zur seiner Herstellung garantieren sollte.⁴ (Dazu wird „der Staat“ „dem Markt“ gegenüber ausgespielt.)
3. Diese Dualität wird in marktradikalen Ansätzen mit einem binären Code beschrieben, in welchem „dem“ Markt positive, „der“ Politik (bzw. jener, die gegen „den“ Markt gerichtet ist) negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine

1 Beispiele sind Brodbeck (2001), Thomasberger (2012) und Pirker (2004).

2 Marktradikalismus ist ein präziserer Begriff als Neoliberalismus, welcher in verschiedenen Verwendungen zu finden ist. Auch die Neoklassik per se wird von uns nicht als marktradikal verstanden. (vgl. dazu 5.2.1). Die Mehrheit der Neoklassiker verwendet allerdings einen Begriff von „dem“ Markt, d.h., deutet mikroökonomische Ansätze marktradikal. Diese Sichtweise kann auch bei den meisten mikroökonomischen Lehrbüchern nachgewiesen werden. Fast alle Einführungen in die Mikroökonomie vermitteln eine marktradikale Sichtweise der Wirtschaft.

3 Hayek spricht in *Der Weg zur Knechtschaft vom Prinzip des Liberalismus*, das vielfältig anwendbar ist: „Die Grundsätze des Liberalismus enthalten keine Elemente, die ihn zu einem starren Dogma machten, und es gibt keine strengen Regeln, die ein für allemal feststünden. Das Hauptprinzip, wonach wir uns in allen Stücken so weit wie möglich auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft stützen und so wenig wie möglich zu Zwangsmaßnahmen greifen sollten, kann in der Anwendung unendlich variiert werden.“ (Hayek 2003: 36f.)

4 Die hier dazugehörige Frage: „Mehr Markt oder mehr Staat?“ ist in die ökonomischen Lehrbücher längst eingezogen und wird dort mit üblicher Konnotation beantwortet: Es würden zwar „Bereichsausnahmen“ gemacht, aber diese könnten „[...] ökonomisch nur in Einzelfällen begründet werden [...]“. „Normalität“ wäre, dass alles dem „Marktwettbewerb“ unterliegen müsse (z. B. in Woll 2014: 207).

Rhetorik „der“ Freiheit, die „dem“ Markt beigelegt wird: er erscheint als Hort „der“ Freiheit. Andersgeartete Politiken werden als „unfrei“ bzw. als „Zwang“ oder „Behinderung“ abgetan.

4. „Der“ Markt wird als konstitutiv für die Gesellschaft gesehen. Daher wird Gesellschaft nicht mehr nur als (gegebener) Hintergrund (oder „Datenkranz“) betrachtet, sondern als ein Bereich, den es zu formen gilt. Wissenschaft ist für marktradikale ÖkonomInnen nicht nur ein Medium der Erkenntnis, sondern auch ein Instrument, um die Gesellschaft so zu beeinflussen, dass „der“ Markt funktionieren kann.
5. Dazu wird der ökonomischen Theorie ein besonderer Stellenwert eingeräumt, weil ökonomische Ideen (bzw. die Ideen über die ökonomische Ordnung) für die Entwicklung der Gesellschaft als ebenso konstitutiv angesehen werden wie die Wirtschaft für die Gesellschaft. Die Gesellschaft wird also von der Wirtschaft her definiert (im dualen groben Raster Marktwirtschaft versus Planwirtschaft) und jede Wirtschaftstheorie immer auch im Hinblick auf diese Zuordnung (mit)gedacht. In dieser binären Zuordnung konnte dann der Keynesianismus (als ehemaliger „Mainstream“ nach der Weltwirtschaftskrise) nach der Ausformung eines marktradikalen Mainstreams zu einer heterodoxen Strömung werden, der vorgeworfen wird, „gegen“ die Marktwirtschaft zu sein, da in ihm „planwirtschaftliche“ Elemente enthalten sind, insbesondere die „Einmischung“ des Staates.
6. Marktradikalismus ist damit eine besondere Form von Politischer Ökonomie; oder, um es in Bezug auf die zu Beginn thematisierten Ausführungen von Bruno Latour zu sagen: Die von Latour genannten Prozesse sind (wissenschaftssoziologisch betrachtet) nicht nur notwendige Bestandteile jeder wissenschaftlichen Praxis, sondern werden im Marktradikalismus bereits theoretisch mitgedacht, weil es immer auch um die Wirkung auf die Gesellschaft geht.
7. Mit der Kategorie „des“ Marktes ist also ein politischer Gestaltungsanspruch verbunden. (Dies wird später auch als „Planung für den Markt“ beschrieben.) Es handelt sich nicht nur um „Theorien“ (wie oft formuliert wird), sondern auch dezidiert um Mittel und Medien, um die Entwicklung der Gesellschaft zu beeinflussen. Gleichzeitig wird für die eigene Position vehement Wissenschaftlichkeit (auch in Abgrenzung zu alternativen Sichtweisen) in Anspruch genommen.
8. Damit wird auch ein elitärer Anspruch erhoben. Vertreter und Vertreterinnen eines Ansatzes von „dem“ Markt wännen sich im Besitz der „richtigen“ Lehre. Sie denken sich als Elite, abgehoben von einer „Masse“. Damit einher geht bei vielen Marktradikalen also auch die Vorstellung, die Gesellschaft insgesamt müsse nach Elite und Masse unterschieden werden.

Der selbst gestellte politische Auftrag im Marktradikalismus, der auf der gemeinsamen Kategorie „des“ Marktes ruht, begründet die Bildung von Netzwerken, die dezidiert auf die Beeinflussung der Politik und der Medien gerichtet sind. Dabei können (der theorienübergreifenden Logik „des Marktes“ folgend) WissenschaftlerInnen unterschiedlicher ökonomischer Theorien zusammenarbeiten und nach „außen“ (den paradigmatischen Unterschieden zum trotz) ein einheitliches Bild abgeben. Marktradikalismus ist in dieser Deutung ein Ansatz zur Beeinflussung der Gesellschaft. Um dabei Erfolg zu haben, muss nach Latour vor allem der fünfte Prozess (jener der „bindenden“ Reproduktion) gelingen, der die ersten vier Prozesse zusammenfasst und „Härte“ als auch Dauer einer bestimmten Ausrichtung garantiert. Unsere These ist, dass es den VertreterInnen des Marktradikalismus in Deutschland gelungen ist, die „[...] Instrumente, Kollegen, Verbündete, Öffentlichkeit und schließlich das, was dies als [...] Verbindungen [...]“ (Latour 1998: 888) zusammenhält, dauerhaft zusammenzubringen. Um das zu zeigen, werden im Folgenden

- a) zuerst die theoretischen Gemeinsamkeiten in und um die Kategorie „des“ Marktes bei den Ordoliberalen und bei Mises und Hayek (später dann bei Friedman und neoklassischen Theorien) dargestellt und
- b) ihre gemeinsamen Netzwerke und ihr politischen Intentionen beschrieben.

Der Fokus unserer Darstellung liegt auf der Entstehungszeit sowohl des Konzeptes „des Marktes“ als auch der Netzwerke, die sich in Deutschland nach 1945 gebildet haben. Wir wollen jenes Gemenge von Netzwerken illustrieren, das den Ordoliberalismus an die Macht gebracht hat und das später weitergewachsen und mit anderen Theorien gefüllt wurde, die in den USA entstanden sind. Das Ziel ist es auch, die Befunde zum „performativen Fußabdruck“, die im vorangegangenen Kapitel präsentiert wurden, zum einen theoretisch verständlich zu machen und zum anderen zumindest ansatzweise jene historischen Entwicklungen zu zeigen, die zu den präsentierten Resultaten geführt haben.

1.2. Der historische Ausgangspunkt: die Krise des Liberalismus

Der ökonomische Marktradikalismus entstand in den Zwanziger und Dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts und liefert eine spezifische Antwort auf die Krise des Liberalismus, die damals evident geworden war. Der Liberalismus als politisches und ökonomisches Konzept hat bekanntlich eine lange Geschichte. Er entstand (nach vielen Vorarbeiten) im 17. und 18. Jahrhundert und setzte sich vor allem in Großbritannien und den Niederlanden, später dann in Frankreich und in den USA sowohl theoretisch als auch praktisch (Politik gestaltend) durch. Anfang des 19. Jahrhunderts war die „Philosophie der Freiheit“ eine aktive Bewegung in fast allen Ländern Europas. Ihr Ziel war es, den Freiraum der Gesellschaft zu erweitern und traditionelle absolutistische und autoritäre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft zurückzudrängen.

Diese große Bewegung geriet in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von vielen Seiten unter Beschuss. Sozialreformer und Kapitalismuskritiker thematisierten das soziale Elend im Gefolge der „Industriellen Revolution“, die ausgehend von Großbritannien andere Länder erfasste. Im neuen Deutschen Reich schuf Bismarck, auch als Antwort auf sozialistische Strömungen, die Grundlage für einen Wohlfahrtsstaat, durchaus als antiliberales Programm. Gleichzeitig wandten sich nationalistische und imperialistische Strömungen aggressiv gegen die globale Perspektive im klassischen Liberalismus, die z. B. im Postulat eines „freien“ Handels enthalten ist. Der Nationalismus der Großmächte führte zu einem Wettrüsten und schließlich zum Ersten Weltkrieg, sein Ausgang veränderte die politische Ordnung in Europa. Zeitgleich etablierten sich viele neue antiliberele Bewegungen: in Russland ein „Realer Sozialismus“, in Europa zahlreiche nationalistische Bewegungen, wie der Faschismus und der Nationalsozialismus. Diese Konstellation wurde durch die Weltwirtschaftskrise verschärft, die damals auch als Krise der klassisch-liberalen Wirtschaftspolitik gedeutet wurde. In dieser Hinsicht bezeichnen die zwanziger und dreißiger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts einen historischen Tiefpunkt der klassisch-liberalen Bewegung.

Aus dieser Situation entstanden zwei „Erneuerungsbewegungen“ der liberalen Idee: zum einen der Ansatz von Keynes, der als Teil des liberalen Establishments von Großbritannien (und seines Empires) ein Wirtschaftssystem, das in eine tiefe Krise geraten war, von innen her reformieren wollte.⁵ Die zweite Bewegung stellte der Marktradikalismus dar. Er entstand im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und präsentierte eine andere Antwort auf die Krise des Liberalismus. Er deutete den Gang der Geschichte negativ und sah „die Zivilisation“ insgesamt als bedroht an. Ein derartiges Geschichtsbild wurde zeitgleich von den deutschen Ordoliberalen und von der Österreichischen Schule der Nationalökonomie vertreten, letztere verkörpert in Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1899-1992), sie gelten als Vertreter der dritten und vierten Generation der Österreichischen Schule (Quaas 2013). Beide schlugen apokalyptische Töne an (ähnlich auch die Ordoliberalen, siehe unten): Durch „den Sozialismus“, so meinten sie, sei „die Zivilisation“ bedroht.

⁵ Keynes' Systemkritik war vor allem moralischer, nicht genuin politischer Natur, z. B. in: "A short view of Russia" (1925), in: Keynes (1987, IX: 268). In einem Brief an Harrod schrieb Keynes am 4. Juli 1938: „[...] gegen Robbins: Die Ökonomik ist wesentlich eine Moralwissenschaft und nicht eine Naturwissenschaft. Das bedeutet, sie verwendet Introspektion und Werturteile.“ (Keynes 1987, XIV: 297). Zur Zusammenfassung der moralischen Kritik von Keynes vgl. Backhouse und Bateman (2009).

Mises konstatierte in den zwanziger Jahren ein „Zeitalter des Sozialismus.“ (Mises 1922: 1), u. a. verkörpert in den Austromarxisten und im ‚Wiener Kreis‘ (Nordmann 2005: 75ff.). Später wurde auch Keynes als „Sozialist“ bezeichnet. Der „Sozialismus“ selbst war nach Mises „nicht Wegbereiter einer besseren und schöneren Zukunft, sondern Zertrümmerer dessen, was Jahrtausende der Kultur mühsam geschaffen haben.“ (Mises 1932: 424) Hayek entwarf ähnliche Szenarien. Für ihn ging es um nicht weniger als „den Fortbestand unserer Zivilisation“ (Hayek 1996: 153):

„Die Auseinandersetzung zwischen Marktordnung und Sozialismus ist nicht weniger als eine Überlebensfrage. Sozialistischen Moralvorstellungen zu folgen, hieße einen großen Teil der heutigen Menschheit zu vernichten und einen großen Teil der übrigen verarmen zu lassen.“ (Hayek 1996: 4)

Die Geschichtsphilosophie von Mises und Hayek stellte einen Bruch mit der alten liberalen Ansicht dar (die bei Smith, Malthus und Ricardo in unterschiedlichen Versionen zu finden sind), es gäbe historische Gesetzmäßigkeiten, die den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung erklären könnten. Auch die Idee eines „Fortschritts“, die bei Smith konstitutiv war (z. B. in seiner Theorie der Entwicklung der Gesellschaft über vier Stadien), wurde von ihnen als überholter Geschichtsdeterminismus verworfen. In der Geschichte selbst, so meinten sie, gäbe es keinen Automatismus, der einen Gang „der Geschichte“ in eine bestimmte Richtung lenken könnte.⁶ (vgl. auch Thomasberger 2011 und 2012: 29ff.)⁷

Die positive (theoretische) Antwort zum Gang der Geschichte fiel bei Mises und Hayek unterschiedlich aus, die praktische Folgerung war aber die gleiche: Man müsse (angesichts einer drohenden Katastrophe) danach trachten, die Gesellschaft aktiv zu beeinflussen. Beide gingen dabei vom Postulat des Bewusstseins bzw. des Denkens aus. Hier lag nach ihrer Ansicht der Schlüssel für eine Veränderung der Gesellschaft. Diese werde in ihrer längerfristigen Entwicklung nicht durch objektive Tatbestände, sondern durch Ideen geformt. Um es mit Marx zu sagen: Nicht das ‚Sein‘ bestimmt das ‚Bewusstsein‘, sondern das ‚Bewusstsein‘ das ‚Sein‘ (vgl. Thomasberger 2012: 57ff.):

„Die Gesellschaft ist das Erzeugnis menschlichen Handelns. Menschliches Handeln wird von den Ideologien bestimmt. Mithin ist Gesellschaft ein Produkt der Ideologie, und nicht die Ideologie ein Produkt der Gesellschaft.“ (Mises 1940: 166)

Hayek teilte diese Überzeugung. Die großen Ideen, die in einem sehr langfristigen Prozess die Gesellschaft steuern, werden – so meinte er - von einer besonderen Klasse von „Intellektuellen“ entworfen, die er Original Thinkers nennt.⁸

Auch die Ordoliberalen gingen in ihrer Systembetrachtung stets von Ideen aus. „Ordo“ ist die politisch gesetzte (und politisch zu setzende) Rahmenordnung der Wirtschaft. Die entscheidenden Elemente sind ideeller Art: Recht, Sitte, Moral, Normen, Werte. Der Adressat ist die Politik, gefordert wird eine wert- und normenorientierte Politik.

6 „Theorie vom menschlichen Handeln und Geschichte stehen in unüberbrückbaren logischen Gegensatz. Die Theorie kann nur apriorisch sein; die Geschichte kann sich immer nur des individualisierenden Verfahrens bedienen und kann niemals aus ihrem Erfahrungsmaterial empirische Gesetze gewinnen. [...] Die Versuche, historische Gesetze aufzustellen, sind so vollkommen gescheitert, dass es nicht lohnt, sich mit ihnen näher zu befassen.“ (Mises 1940: 48f.) Alfred Müller-Armack kritisierte bereits 1932 in Entwicklungsgesetze des Kapitalismus den Geschichtsdeterminismus, ähnlich argumentierte auch Eucken (1952: 204ff.).

7 Mises lehnt auch explizit den marxischen Geschichtsdeterminismus ab (Mises 1980: 33); zu Eucken vgl. den Überblick bei Runge (1971: 37ff.).

8 „[...] it is their judgment which mainly determines the views on which society will act in the not too distant future. It is no exaggeration to say that, once the more active part of the intellectuals has been converted into a set of beliefs, the process by which these become generally accepted is almost automatic and irresistible. These intellectuals are the organs which modern society has developed for spreading knowledge and ideas, and it is their convictions and opinions which operate as the sieve through which all new conceptions must pass before they can reach the masses.“ (Hayek 1960: 374)

1.3. „Der Markt“ bei Mises

Die Begrifflichkeit von „dem Markt“ erscheint heute als eine Selbstverständlichkeit, die sowohl in den Medien als auch in vielen Wirtschaftstheorien verwendet wird. Als Kategorie von Wirtschaftstheorien hat „der Markt“ wie jede Kategorie seine Geschichte. Bei Adam Smith ist (im Gegensatz zu vielen Behauptungen) kein Konzept „des Marktes“ zu finden. Ein Markt bezeichnet bei Smith meist den konkreten Ort von Tauschvorgängen, auch historisch gesehen und ebenso ist Markt auch der allgemeine Ort für Käufe und Verkäufe.⁹ Aber „der Markt“ als allgemeine Bezeichnung für die Wirtschaft existiert bei Smith nicht, schon gar nicht in Kontrast zu „der“ Politik. Auch im 19. Jahrhundert ist der marktradikale Begriff „der Markt“ nicht zu finden, auch nicht bei den ersten Neoklassikern. Demgegenüber wurde der Begriff „der Markt“ erstmals bei Mises und Hayek und bei den Ordoliberalen als zentrale Kategorie gesetzt; seine heutige Popularität zeigt, wie selbstverständlich marktradikale Denkweisen geworden sind. „Der Markt“ wird bei den Österreichern und den Ordoliberalen ohne weitere Begründung sowohl als Tatsache als auch als zentrales Ordnungsprinzip hingestellt und als Kernbegriff in ihren Theorien verwendet.

Ein gutes Beispiel dafür ist Mises. „Der Markt“ stellt für ihn den Kern der Wirtschaft dar:

„Der Mechanismus des Marktes gibt der kapitalistischen Wirtschaft ihren Sinn.“ (Mises 1931: 10)

„Der Markt“ ist im Denken von Mises derart dominant, dass er als Vorlage für die Einteilungen in Wirtschaftsordnungen dient, denn diese werden in Bezug auf ihn definiert. Nach Mises gibt es prinzipiell nur zwei Arten von Wirtschaftssystemen: „den unbehinderten“ und „den behinderten Markt“. „Behinderungen“ kommen durch „Eingriffe“ in „den Markt“ zustande. „Eingriffe“ sind „Befehle“. Sie gehen „von einer gesellschaftlichen Gewalt aus“ und

„[...] zwingen [...] die Eigentümer der Produktionsmittel und die Unternehmer [...] die Produktionsmittel anders zu verwenden, als sie es sonst tun würden.“ (Mises 1929: 6)

„Eingriffe“ haben schädliche Wirkungen, weil sie das System der „freien“ Preisbildung (das in Einklang mit dem „Wesen“ des Menschen steht) „stören“. „Eingriffe“ haben andere Preise zur Folge, „[...] als der Markt sie bilden würde“ (Mises 1940: 229). Jeder „Eingriff“ der „Obrigkeit“ birgt für Mises ein prinzipielles Problem, das dynamisch gesehen werden muss. Schon ein einziger preisrelevanter „Befehl“ stört „das Spiel des Marktes“ und setzt einen Dominoeffekt in gang: „dem ersten Schritt“ müssen „weitere folgen“. Neue Preis-„Befehle“ müssen erlassen werden, am Schluss sind „alle Systeme der Produktion“ direkt der „Obrigkeit“ unterworfen (Mises 1929: 11f.). Mit anderen Worten nach Mises muss auf diese Weise das Wirtschaftssystem – empirischen Beispielen zum trotz - in Richtung „Sozialismus“ kippen.

Damit reduziert sich der (unendliche) Denkraum möglicher Ordnungen der Wirtschaft auf zwei (dichotome) Alternativen:

„Es gibt eben keine andere Wahl als die: entweder von isolierten Eingriffen in das Spiel des Marktes abzusehen oder aber die gesamte Leitung der Produktion und der Verteilung an die Obrigkeit übertragen. Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es eben nicht.“ (Mises 1929: 12)¹⁰

Das Markt-Konzept von Mises zeigt eine weitere Besonderheit, die wir in marktradikalen Texten finden und die für sein Verständnis wichtig ist: „Der Markt“ in seiner reinen (bei Mises „unbehinderten“) Form wird einem logischen Gegenteil („dem behinderten Markt“)

9 Daher kommt der Begriff „market“ in Wealth of Nation (Smith 1976/2005) auch 622mal vor.

10 Ebenso findet sich bei ihm die Behauptung: „Nie ist es gelungen, zu zeigen, dass [...] noch eine dritte Gesellschaftsordnung denkbar und möglich sei. Das zwischen beiden vermittelnde System des durch obrigkeitliche Maßnahmen beschränkten, geleiteten oder regulierten Eigentums einzelner ist in sich selbst widersprüchlich und sinnwidrig; jeder Versuch es ernstlich durchzuführen, muss zu einer Krise führen, aus der dann entweder Sozialismus oder Kapitalismus allein den Ausweg geben können.“ (Mises 1929: 24)

gegenübergestellt. Die eine Möglichkeit ist das logische Gegenteil der anderen. Wir können letztere als „Nicht-Markt“ bezeichnen (Ötsch 2009 und 2014a). „Markt“ und „Nicht-Markt“ füllen den ganzen Raum aller denkbaren Alternativen aus. Jeder der beiden Teile stellt die Negation des anderen dar und führt eine Eigenexistenz, - getrennt von seinem Gegenteil.

Das Konzept von „Markt“ und „Nicht-Markt“ ist für das marktradikale Denken konstitutiv und durchzieht marktradikale Texte. Die behauptete Wahl von Ordnungen ist damit nur als Entweder-Oder-Entscheidung möglich und entpuppt sich so als Schein-Wahl, bei der es nichts zu entscheiden gibt; genau diese Anordnung finden wir auch bei Hayek und bei den Ordoliberalen. Dabei werden die beiden Systeme als in sich homogen hingestellt. Eine historische oder institutionelle Untersuchung vergangener, gegenwärtiger oder zukünftig möglicher Ordnungen entfällt. Man kann letztlich auf sie verzichten, weil alles, was die Wirtschaft ausmacht (und ausmachen kann), als Ausdruck eines dualen Bildes gedeutet wird. Damit wird „Nationalökonomie“ zu einer im Kern geschichtslosen Wissenschaft (auch die Ordoliberalen führen einen Kampf gegen die nach dem Ersten Weltkrieg immer noch dominante Historische Schule)¹¹ und „Markt“ und „Marktwirtschaft“ wird zu einem zeitlosen Konzept (das analog auch in neoklassischen Ansätzen zu finden ist).

Das duale Bild der Wirtschaftsordnungen bei Mises enthält gleichzeitig starke Wertungen, formuliert in einer binären Sprache; ein solcher Sprachgebrauch zeichnet viele marktradikale Texte aus. Weil „der Markt“ als „frei“ gilt und sein logisches Gegenteil (der „Nicht-Markt“) durch „Zwang“ charakterisiert wird, bringt die Gegenüberstellung von „Markt“ und „Nicht-Markt“ auch den dualen Gegensatz von Freiheit und Zwang mit sich: Mises (1940: 648) spricht vom „Dualismus von Markt und Obrigkeit“. Dieser Dualismus beschreibt für viele Marktradikale bis heute den grundlegenden Antagonismus in der Gesellschaft.¹² Dabei wird „Zwang“ dem Staat zugeordnet, während vom „Markt“ ex definitione kein Zwang ausgehen kann. Folgerichtig verneint Mises Machtbildung durch Unternehmen, die Macht in der Wirtschaft liege nur beim Konsumenten (Mises 1932: 433ff.; 1940: 273ff.).

„Liberalismus“ wird bei Mises konsequent mit positiven Begriffen belegt, der „Sozialismus“ mit negativen. Der „Liberalismus“ stehe nach Mises im „Dienst der Verbraucher“, er beschütze die „Arbeitswilligen“. Der „Sozialismus“ hingegen, der sich in allen Formen von „Intervention“ manifestiert, basiere auf „Gewalt“ und „Befehl“. Er diene den „Interessen der Obrigkeit“ und mache „den Gehorsam zur Triebfeder des Handelns.“ (Mises 1929: 6). In diese Klassifikation fallen auch die Gewerkschaften:

„Diese Selbstregulierung des Marktes wird nun durch das Eingreifen der Gewerkschaften, die unter dem Schutze und unter der Beihilfe der Staatsgewalt ihre Wirksamkeit entfalten, empfindlich gestört. [...] Zur Erreichung ihrer Ziele bedienen sich die Gewerkschaften der Gewalt.“ (Mises 1929: 17)

Das marktradikale duale Denken mündet in letzter Konsequenz in einem manichäistischen¹³ Freund-Feind-Diskurs. Die Freunde des „Liberalismus“ wollen nach Mises „die Bejahung des Lebens und Mehrung der Lebensenergien.“ (Mises 1929: 96) Wer aber den „behinderten Markt“ verteidigt, will „die Allmacht des Staates“ und eine „Politik, die alle irdischen Dinge durch Gebote und Verbote der

11 Als Zusammenfassung dazu vgl. Zweynert (2007), Goldschmidt (2007: 5ff.) und Wörsdorfer (2011: 280ff.).

12 Das marktradikale Denken enthält viele Strukturmerkmale zu Ansätzen bei Marx, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Wie bei Marx gibt es einen Grundantagonismus, der den Gang der Geschichte vorantreibt. Andere Gemeinsamkeiten ist die Behauptung eines „Fortschritts“ in der Geschichte (z. B. in Hayeks Evolutionstheorie) sowie das utopische Moment, das auch im marktradikalen Begriff von „dem Markt“ inkludiert ist. Der Marktradikalismus ist die letzte Großutopie unserer Zeit.

13 Manichäismus: eine Offenbarungsreligion in der Spätantike und im frühen Mittelalter, bei der in zwei absolut verschiedene und gegensätzliche Naturen unterschieden wurde (z. B. Licht und Finsternis bzw. Gott und Teufel), vgl. Vietta (2007: 477).

Obrigkeit zu ordnen bestrebt ist.“ (Mises 1929: 124). Freund und Feind sind klar verortet, die politische Botschaft liegt auf der Hand: Es gelten

„[...] alle Eingriffe in das Spiel des Marktes als überflüssig, unnütz oder schädlich.“ (Mises 1929: 123)

Damit finden alle Probleme der Wirtschaft eine endgültige Erklärung: Sie sind die Folge von „Eingriffen“ in das mit „der Natur“ des Menschen übereinstimmende System „des Marktes“. Mises' Katalatik geht davon aus,

„[...] dass das Marktgetriebe nicht behindert wird durch weitere institutionelle Gegebenheiten, ihr Markt ist in dem Sinne ein freier Markt, als die Preisbildung nicht gestört wird durch das Walten von Kräften, die für das Getriebe nicht notwendig sind.“ (Mises 1940: 229)

In diesem Denken ist das Konzept „des Marktes“ eine schillernde Figur mit mehreren Bedeutungen (vgl. Ötsch 2009 und 2014a). Bei Mises ist er zum einen ein „Gedankenbild“ (Mises' Methode der Praxeologie basiert auf Gedankenbilder, Mises 1940: 227ff.): eine gedankliche Vorstellung, die vor jeder Erfahrung gegeben, d. h. a priori gesetzt wird. „Der Markt“ ist aber auch eine empirisch beobachtbare Wirklichkeit, die „tatsächlich“ existiert. Am „Markt“ herrschen nach Mises „Gesetze“, wie das „Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen“ (Mises 1929: 90) oder das Ertragsgesetz (ebenda: 95ff.), vor allem aber das der Preisbildung.

Diese „Gesetze“ weisen dieselbe zwiespältige Natur auf wie die anderen Kategorien bei Mises: Gesetze sind Apriori-Gedankenbilder¹⁴ und zugleich Ausdruck realer „Kräfte“.¹⁵ Denn am „Markte [sind] Kräfte wirksam [...], die Preisbewegungen auslösen müssen.“ (Mises 1929: 238). „Der Markt“ (als „realer“ Prozess) operiert zugleich als effiziente Steuerungsinstanz mit autoritärer Befugnis:

„Der Markt weist dem Handeln der Einzelnen die Wege und lenkt es dorthin, wo es den Zwecken seiner Mitbürger am nützlichsten werden kann.“ (Mises 1929: 250f.)

Diese schillernde Begriffsverwendung finden wir bei allen marktradikalen Theoretikern.

1.4. Hayek I: „Der Markt“ als Produkt der kulturellen Evolution

Hayek ist ein Schüler von Mises. Ursprünglich ein Anhänger eines „milden Fabianischen Sozialismus“,¹⁶ wurde er erst mit über dreißig Jahren durch die Lektüre von Mises „Die

14 „In einer Welt, in der [das] Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen nicht gelten würde, könnte es auch kein Handeln geben.“ (Mises 1940: 90)

15 Dazu kritisch: „Tatsächlich ist die Praxeologie keine Wissenschaft, sondern ein metaphysisches pseudo-realistisches Konstrukt. Einerseits kennzeichnet Mises die Praxeologie als eine reine Begriffswissenschaft, die nichts anderes zutage fördern könne als Tautologien und analytische Urteile. [...] Andererseits aber grenzt er sich von diesen ab, insofern es die Praxeologie nicht mit Konventionen, sondern mit ‚wirklichen Dingen‘, dem menschlichen Handeln, zu tun habe. Die folgende Aussage ist ein in sich widersprüchliches und leeres Versprechen: ‚Die durch widerspruch- und fehlerfreies Denken gewonnenen Sätze der Praxeologie sind nicht nur vollkommen sicher und unbestreitbar wie die Sätze der Mathematik; sie beziehen sich mit aller ihrer Sicherheit und Unbestreitbarkeit auf das Handeln, wie es im Leben und der Wirklichkeit geübt wird. Die Praxeologie vermittelt daher exaktes Wissen von wirklichen Dingen‘. Tautologien sind nicht widerlegbar, aber sie sagen uns auch nichts über eine von der menschlichen Einflussnahme unabhängige Wirklichkeit. Das ‚Wissen von wirklichen Dingen‘ kann aber nicht tautologisch sein, sondern muss notwendigerweise in einer Beziehung zu den Dingen stehen, über das es etwas aussagt.“ (Thomasberger 2012: 111; bei der Zitation mit Verweis auf Mises 1940: 20)

16 Hayek (1996: 307). Die Fabian Society wurde 1884 in London gegründet. Sie war eine Bewegung britischer sozialistischer Intellektueller und eine der Wurzeln der 1900 entstandenen Labour Party. In der Österreich-Ungarischen Monarchie war dieses Denken durch die „Wiener-Fabier-Gesellschaft“ verbreitet, die 1896 in der „Sozialpolitischen Partei“ aufging. Ihr geistiger Führer war der Nationalökonom Eugen von

Gemeinwirtschaft“ (1922) zum Marktradikalen.¹⁷ Hayek teilte den Markt begriff von Mises einschließlich der politischen Zielsetzungen, aber nicht seine theoretische Fundierung. Er musste, wie er später formulierte, „langsam“ lernen, dass

„[...] sich mit einigem Nachdenken eine Begründung finden ließ, die er (Mises - Anm. d. V.) nicht ausgesprochen hatte.“¹⁸

Im Unterschied zu Mises will Hayek „dem Markt“ ein endgültiges philosophisches Konzept geben.¹⁹ Dieses Vorhaben hatte Hayek in mehreren Versuchen unternommen und dabei viele Themenfelder angesprochen.²⁰ Hayek hatte aber keinen geschlossenen Entwurf vorgelegt.²¹ In seinen verschiedenen Theorien blieb Hayek aber immer einer dualen Denkweise von „Markt“ und „Nicht-Markt“ verhaftet. Ein wichtiges Beispiel ist seine Theorie der kulturellen Evolution. Ihr Bauprinzip folgt strikt der dualen Logik von „Markt“ und „Nicht-Markt“. Hayek fasst dabei den Menschen als „rule-following animal“ (Hayek 1996: 22) auf. Menschliches Handeln wird als regelgeleitet verstanden. Die Entwicklung der Menschheit wird daher als Evolution von Regeln konzipiert. Die „Theorie“, die Hayek hier entwirft, enthält nur zwei Phasen mit zwei Arten einander ausschließenden Regeln, die wieder als logische Gegensätze entworfen werden.²² Ohne Begründung und willkürlich (aber konsequent im dualen Denken) wird die gesamte Menschheitsgeschichte in zwei Phasen eingeteilt: die „frühe Urzeit“ sowie die „entwickelte Ordnung“. Die erste Phase wird historisch vage positioniert: „eher hunderttausende Jahre als fünf- oder sechstausend“, einen Absatz später heißt es „zehn- oder zwanzigtausend Jahre“ (Hayek 1996: 12).²³ Der „primitive Mensch“ hätte jedenfalls in einem überschaubaren Verband mit Kontakten „von Angesicht zu Angesicht“ gelebt (Hayek 1979: 11ff.). Hier hätten Menschen (noch) „gemeinsame Ziele und Wahrnehmungen“ gehabt. Ihr sozialer Zusammenhalt sei emotionaler Art und hänge

„[...] entscheidend von Solidaritätsgefühl und Altruismus ab: Gefühle, die man Mitgliedern der eigenen Gruppe entgegenbrachte, nicht aber anderen Menschen.“ (Hayek 1996: 8)

Philippovich (1858-1917), Vertreter der ersten Generation der Österreichischen Schule. Philippovich wurde 1893 an die Universität Wien berufen, er hatte u.a. Joseph A. Schumpeter und Emil Lederer als Schüler. Philippovich gab gemeinsam mit Eugen von Böhm-Bawerk (1851–1914) und Friedrich von Wieser (1851–1926) und anderen Personen die „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung“ heraus. Hayek erhielt bei Wieser seine ökonomische Grundausbildung, er dissertierte auch bei ihm. Wieser kann als „gemäßigter Fabianist“ gekennzeichnet werden. (Hennecke 2000: 52)

17 Später hat Hayek die Bedeutung von Mises für seinen Werdegang abgeschwächt, vgl. Hennecke (2000: 57).

18 So Hayek in seiner Einleitung zu: Mises, Ludwig (1978): Erinnerungen von Ludwig Mises, Stuttgart-New York, XVI; zitiert nach Hennecke (2000: 58f.).

19 Z. B. heißt es in „Verfassung der Freiheit“, es gehe um „[...] eine umfassende Neudarstellung der Grundprinzipien einer Philosophie der Freiheit [...]“ (Hayek 1971: 4).

20 Eine ausführliche Bibliographie der Schriften von und über Hayek findet sich bei Hennecke (2000).

21 Die Frage, ob Hayeks methodologische Schriften durch Kontinuität oder Diskontinuität gekennzeichnet sind, wird kontrovers diskutiert, vgl. Holl (2004), 57ff.. Hutchison (1992) unterscheidet zwischen zwei Phasen bei Hayek (in der ersten Phase im Einfluss von Mises, in der zweiten von Popper). Fleetwood (1995) spricht von drei Phasen in Hayeks Leben mit einem jeweils anderen philosophischen Fundament, ebenso Huber (2001). Vertreter der Kontinuitätsthese sind Barry (1979) und Caldwell (2004). In der paradigmatischen Reflexion von Hayeks Entwicklung wird hier eine eher Diskontinuitätsthese vertreten und gleichzeitig die Differenz zum Apriorismus von Mises bei gleichzeitiger Kontinuität der grundlegenden dualen Denkweise (basierend auf einer Kategorie „des Marktes“) herausgestellt.

22 Zu den nachstehenden Ausführungen siehe auch Ötsch (2009).

23 Spiegelbild einer solch simplen „Theorie“ ist, dass der Autor nicht die reiche Literatur zu kulturellen Entwicklungen diskutiert, umgekehrt findet auch im breiten Feld der Kulturgeschichte keine Auseinandersetzung mit Hayeks Vorstellung von Evolution statt. Zur Diskussion darüber, ob Hayeks Theorie eine „unbedingte“ Theorie über die Evolution als solche oder über konkrete historische Abläufe ist, vgl. z. B. Holl (2004: 92ff.). Nach unserem Urteil ist Hayeks „Theorie“ der Evolution keine Theorie, die den Ansprüchen einer zeitgemäßen Kulturgeschichte genügen kann.

In dieser Phase seien die Menschen nach Hayek von „Instinkten“ (Hayek 1996: 9) und „angeborenen Reaktionen“ (Hayek 1996: 13) geleitet. Hayek braucht den (für menschliches Verhalten kaum brauchbaren) Begriff „Instinkt“ zu einer Gegenüberstellung zu „Vernunft“. Diese dominiere in der zweiten Phase der Menschheitsgeschichte. Hayek nennt das dabei entstandene Regelsystem „erweiterte“, „umfassende“ oder „spontane Ordnung“ bzw. „Zivilisation“. Der Übergang von Phase eins zu Phase zwei käme durch eine „kulturelle Selektion“ von Gruppen zustande,²⁴ der die aber von Individuen realisiert würde, die nach Hayeks eigener Aussage gar nicht in der Lage dazu seien, da sie ja nur mit „Instinkten“ ausgestattet sind. Dabei würden sich jene Gruppen durchsetzen, die Regeln besitzen, „die ihnen ermöglichten, sich erfolgreicher zu vermehren und Gruppenfremde einzubeziehen.“ (Hayek 1996: 12; in gleicher Weise auch in Hayek 1960: 36 und ORF 1983: 21). Diese Entwicklung wird von Hayek als „natürlicher“ Prozess geschildert. Ein „Wettbewerb“ unter Gruppen würde, so Hayek, „die Evolution“ vorantreiben:

„Veränderung, Anpassung und Wettbewerb sind im Grunde dieselbe Art von Vorgang.“²⁵

Die „erweiterte Ordnung“ sei – im Vergleich zur „Urhorde“ – nach Hayek ungemein komplexer. Hier koordinieren sich Menschen nicht direkt und persönlich, sondern durch abstrakte Regeln. Grundlegend sind dabei die Regeln der Wirtschaft. Sie werden wie bei Mises direkt mit einem bestimmten Handeln per se in Beziehung gesetzt (eine Verdeutlichung der oben genannten „konstitutiven“ Ideen):

„Hauptverantwortlich für die Entstehung dieser außergewöhnlichen Ordnung und die Existenz der Menschheit in ihrer gegenwärtigen Größe und Aufgliederung sind die Regeln des menschlichen Verhaltens, die sich allmählich herausbildeten (insbesondere diejenigen, die Sondereigentum, Redlichkeit, Vertragsfreiheit, Tausch, Handel, Wettbewerb, Gewinn und Privatsphäre behandeln).“ (Hayek 1996: 8)

Zusammengefasst: Für Hayek ist die Marktordnung eine aus der kulturellen Evolution entstandene abstrakte Ordnung, die als „spontane Ordnung“ gekennzeichnet wird. Das Konzept „des Marktes“ bekommt damit eine neue theoretische Herleitung. „Der Markt“ (als reale Ordnung) erscheint jetzt nicht als historisch kontingente Institution, sondern als das notwendige Produkt einer „natürlichen“ Evolution. Die kulturelle Geschichte der Menschheit entpuppt sich somit als ein (simpel entworfener) Selektionsmechanismus mit dem Kapitalismus als Höhepunkt.²⁶

„Für mich ist der Markt völlig analog zur Sprache, zum Recht, zur Moral. Der Markt ist keine vom menschlichen Verstand geschaffene Tradition, sondern eine, die in einer der Darwinistischen Entwicklung sehr ähnlichen Methode entstanden ist.“ (Hayek in ORF 1983: 21)

24 Auch hier kritisch: „Wenn differentielles Wachstum der Gruppen darüber entscheidet, welche Art von Verhaltensregeln besser eine erweiterte Ordnung zulassen, so bleibt die Frage offen, wie die Individuen, um deren Verhalten es natürlich geht, gegebenenfalls entgegen ihrer Ignoranz oder sogar entgegen ihren individuellen Interessen dazu gebracht werden können, ein solches Verhalten zu erfinden und anzunehmen.“ (Witt 1995: 280f.). Aus diesem Grund hat sich auch die Sozialbiologie von der Idee der Gruppenselektion getrennt. Nach Vanberg sei der „kollektivistische Funktionalismus“ von Hayek „[...] fundamentally incompatible with an individualistic [...] approach.“ (Vanberg 1986: 84). Als Überblick zu dieser Diskussion vgl. Huber (2001: 90ff.). Holl (2004) versuchte hingegen, Hayeks Theorie der Evolution mit dem ansonsten bei Hayek zu findenden Individualismus zu integrieren. Huber (2001: 115) konstatierte konträr dazu, dass die „[...] grundsätzlich individualistische Konzeption Hayeks mit seinem Argument der Gruppenselektion sicher nicht vereinbar“ ist.

25 Hayek (1996: 24). Das bedeutet zudem nach Hayek auch, dass die Individuen aus diesem Vorgang nie entlassen sind: „Nicht nur beruht alle Evolution auf Wettbewerb; fortgesetzter Wettbewerb ist nötig, um vorhandenes Erreichtes auch nur zu erhalten.“ (Hayek 1996: 24)

26 Ebenso wird hier die Geschichte sozusagen in ihr Gegenteil gedreht: Statt früher Hochkulturen und später Entstehung von Gesellschaften, die heute „Marktgesellschaften“ genannt werden, war es nach Hayek umgekehrt: „Gerade dadurch, dass sich die Menschen früher den unpersönlichen Kräften des Marktes unterworfen haben, ist die Entwicklung der Kultur möglich gewesen.“ (Hayek 2003: 254)

Zwar hat die Geschichte der Menschheit viele Entwicklungslinien, aber diese werden von Hayek (ohne kulturgeschichtliche Befunde zu nennen) begründungsfrei zu einem einzigen Narrativ verdichtet. Später nimmt er auch Bezug auf „den Fortschritt“, der sich dabei manifestiert haben soll (Hayek 1979: 35). Hayeks Narrativ „des Marktes“ führt zur Frage, ob das, was als „Nicht-Markt“ angesehen wird, auch Ergebnis „der“ Evolution ist bzw. zugespitzt gefragt: Wie kann man reale und historisch manifeste Ordnungen erklären, die Hayeks „konstitutiven“ Ideen widersprechen? Sind auch „realsozialistische“ Ordnungen und (noch) nicht vollumfänglich marktwirtschaftlich organisierte Staaten Teil „der Zivilisation“, wie Hayek sie beschreibt, oder bleibt die behauptete „Evolution“ nur auf den Kapitalismus westeuropäischer Provenienz beschränkt?

Hayek kann dieses zentrale Problem im Rahmen seines Ansatzes nicht lösen. Denn es enthält den Zirkel: Entweder alle entstandenen Ordnungen sind „natürliche Selektionsergebnisse“. Dann wäre es laut Hayek selbst eine Anmaßung, über diese zu befinden. Oder sie sind auf diese Weise nicht entstanden, dann stimmt seine Theorie nicht.²⁷

Als „Lösung“ für dieses Problem definiert Hayek die Existenz nichtmarktwirtschaftlicher Ordnungen als „[...] Wiederauftauchen unterdrückter ursprünglicher Instinkte“ bzw. „[...] die lange Zeit unterdrückten Urinstinkte [...]“ seien „[...] wieder an die Oberfläche gekommen“ (Hayek 1979: 29). Damit wird der Widerspruch innerhalb seiner eigenwilligen Geschichtsinterpretation zwar nicht gelöst, aber dahin separiert, was Hayek als Marktradikaler von Anfang an will: eine maximale Diskreditierung andersartiger Theorien und Personen. Auf sie wird nämlich der fragwürdige „Gegensatz“ von „Instinkt“ und „Vernunft“ projiziert. Hayek argumentiert so: Die gegenwärtigen Menschen würden „gleichzeitig in zwei Welten“ leben, einerseits in einer Familie – dem Abbild der ursprünglichen Horde mit ihrer Solidaritätsethik – und andererseits in der spontanen abstrakten Ordnung, d. h. in einem „[...] Makrokosmos (die Zivilisation im großen) [...]“ (Hayek 1979: 15). Diese Ordnung erfordere aber für ihre Existenz eine andere Moral als jene in der kleinen Gruppe. Vor allem müssten die abstrakten Eigentumsregeln (die „den Markt“ konstituieren) anerkannt werden. Genau das wollen die „Sozialisten“ bzw. „die Linken“ nach Hayek verhindern (Hayek 1979: 25): Diese besäßen nämlich eine „atavistische Sehnsucht nach dem Leben des edlen Wilden“ (Hayek 1996: 15)²⁸ und verträten eine „naive und kindlich animistische Weltsicht“ (ebenda: 48). Kognitiv sind sie in der Frühgeschichte der Menschheit steckengeblieben:

„Intellektuelle können natürlich behaupten, eine neue und bessere „soziale“ Moral erfunden zu haben, die genau das bewerkstelligt, aber diese „neuen“ Regeln stellen einen Rückfall in die Moral der primitiven Mikro-Ordnung vor und können schwerlich Leben und Gesundheit der Milliarden Menschen erhalten, die die Makro-Ordnung nährt.“ (Hayek 1979: 79)

Andersdenkende sind in Hayeks dualem „Kosmos“ also von „angeborenen Instinkten“ beherrscht. Mental und psychologisch agieren sie wie die „Primitiven“ der Vorzeit.²⁹ Gleichzeitig maßen sie sich

27 Ausführlich: „Stellte man den Theologen einst die Frage: ‘Woher kommt das Böse in der Welt, wenn Gott gut ist?’, so steht die ‘Theodizee des Marktes’ vor der Frage: ‘Woher kommt eine Störung der Naturordnung, wenn alle Ordnungen durch Evolution natürlich entstanden sind und auch das Denken sich so entwickelt hat?’ Ist der Sozialismus (oder Keynesianismus, Hayek macht hier kaum Unterschiede) nur ‘evolutionär’ entstanden, so ist die Kritik an ihm nur eine konstruktivistische Anmaßung von Wissen. Ist er nicht evolutionär entstanden, dann ist Hayeks Theorie der unbewussten, evolutionären Regelselektion falsch – aus diesem Zirkel gibt es keinen Ausweg. An diesem fragwürdigen Eckstein aber hängt das gesamte neoliberale Theoriegebäude.“ (Brodbeck 2001: 67)

28 „Die Forderung nach gerechter Verteilung und einer organisierten Macht, die jedem zuteilt, was er verdient, ist [...] genau genommen ein Atavismus, der auf diesen Urinstinkten beruht.“ (Hayek 1979: 29)

29 „Vielleicht ist die Hauptursache der beharrlichen Ablehnung kommerzieller Tätigkeit nichts weiter als schlichte Unwissenheit und mangelndes Vorstellungsvermögen. Sie wird jedoch bestärkt durch die vorgegebene Furcht vor dem Unbekannten: eine Furcht vor Zauberei und dem Unnatürlichen und auch eine Furcht vor dem Wissen selbst, die bis an die Ursprünge zurückkehren und ihr unvergängliches Denkmal in den ersten Kapiteln der Schöpfungsgeschichte gefunden hat - der Geschichte der Vertreibung des Menschen aus dem Paradies. Aller Aberglauben, einschließlich des Sozialismus, nährt sich aus solcher

ein Wissen an (so auch der Titel einer gleichlautenden Publikation von 1973), das ihnen in keiner Weise zusteht. Konsequenz muss man ihnen daher den Diskurs verweigern.

1.5. Hayek II: „Der Markt“ als Kommunikations-Mechanismus

Die bekannteste Variante, mit denen Hayek seine Verteidigung des Kapitalismus formuliert hat, ist vermutlich seine Theorie „des Marktes“ als („objektiver“) Mechanismus zur „Entdeckung“ und Verteilung von („subjektivem“) Wissen. Auch hier verwendet Hayek in Kompatibilität zu seinen anderen binären Grundunterscheidungen ein spezifisches duales Konzept. Dieses basiert auf einer psychologischen Theorie des Bewusstseins, die Hayek schon in den zwanziger Jahren entworfen hat, aber erst 1952 als „The Sensory Order“ publiziert wurde (Hayek 1952).³⁰ Die Sensory Order meint eine qualitative Schicht zwischen Mensch und Umwelt: eine Ordnung der phänomenalen Welt, die durch den Geist gebildet wird. Diese „Ordnung“ bildet nach Hayek ein geschlossenes Netzwerk.³¹ Sie ist dem Menschen nicht bewusst und aus ihr entspringt sein Bewusstsein und sein Handeln.

In „Economics and Knowledge“ (Hayek 1937) wird gesagt, dass das Subjekt und seine ihm nicht bewussten Prozesse der Verarbeitung von Informationen bzw. der Generierung von Wissen zwar die Basis der Wissensentstehung bilde. Aber diese Prozesse seien für andere nicht beobacht- und kaum nachvollziehbar. (Es macht z. B. nach Hayek keinen Sinn, von den „Präferenzen“ anderer zu reden.)³² Damit wird das Subjekt-Konzept von Mises reformuliert und kann einen größeren Gestaltungsraum in Anspruch nehmen: Für Mises sind Zwecke subjektiver Art, für Hayek Wissen generell. Wie kann aber aus einer radikal subjektiven Wissensbasis eine objektive Regelordnung entstehen?

Hayek steht hier wiederum vor einem Dilemma, welches aber nicht angesprochen wird. Hayek kann den Übergang von der „Subjektivität“ der Akteure zur „Objektivität“ „des Marktes“ nur so vornehmen, indem er entscheidende Sachverhalte nicht thematisiert. Ein wesentliches Glied in dieser Kette ist die Vermengung von Syntax (die Struktur, die Grammatik, die auch in digitalen Medien technisch transportiert werden kann) und Semantik (der Bedeutung) von Zeichen und Sprache.

„Wenn Hayek also sagt: Ausgangspunkt der Ökonomik seien die „auf eine Vielzahl von Menschen verteilten Informationen“ (Hayek 1996: 159); „the dispersion and imperfection of all knowledge are two of the basic facts from which the social sciences have to start“ (Hayek 2010: 93), so vermengt er schon am Beginn seiner Überlegungen Wissen und Information. Informationen kann man kraft ihrer physischen Träger verteilen; am Wissen kann man nur Anteil haben. Die Kategorien der traditionellen Ökonomik sind partiell auf Informationen, nicht aber auf das Wissen anwendbar. Zu sagen: „Invention is [...] the production of knowledge“ (Arrow 1962: 609), ist ebenso ein Kategorienfehler, wie von einer „distribution of knowledge“ (Hayek 1948: 549) zu sprechen (vgl. auch den Buchtitel: „The Production and Distribution of Knowledge“, Machlup 1962). Neue Ideen als Elemente des Wissens werden im kreativen Prozess entdeckt und erlangen nur in einem Bewusstsein Bedeutung (Brodbeck 2013). Ideen sind also keine handelbaren Dinge.

Furcht.“ (Hayek 1979: 102); zum stillschweigenden (und inkonsistenten) Ausschluss des „Sozialismus“ aus „der Evolution“ durch Hayek vgl. auch Gallas (2005).

30 Zu Folgendem siehe ausführlich in Brodbeck (2014).

31 Dieser Vorstellung liegt nach Mirowski eine Projektion des Marktes auf das Gehirn zugrunde: „the efficacy of the market is being projected upon the neural cortex in the guise of a metaphor“ (Mirowski 1998c: 37). Das Gehirn funktioniert als Netzwerk wie ein Markt, und Märkte ihrerseits sind für Hayek Vernetzungen von lokalem Wissen: „Hayek argued in a functionalist circle“ (Mirowski 1998c: 37).

32 Bezeichnend ist auch der Gegensatz zu Adam Smith, welcher in der Theory of Moral Sentiments dem Menschen die Eigenschaft von imagination zuspricht (man kann sich in die „innen-Welt“ andere versetzen), woraus in einem sozialen Lernprozess sympathy entsteht: für Smith die Basis aller sozialen Institutionen (Ötsch 2007). Bei Hayek besitzt der Mensch nicht die Fähigkeit, seine eigene „Innen-Welt“ zu reflektieren und sozial bezogen zu sein.

Wohl gibt es Märkte für Informationen, nicht aber für Wissensformen. Wer Experten engagiert, kauft nicht deren Wissen, sondern ihre Leistungen.” (Brodbeck 2014: 32)

Nach dem wissenschaftlichen Markt-Konzept, wie es Hayek konzipiert, sind die individuellen Pläne der Akteure Ausgangspunkt des „Funktionierens“ von „Markt“. Die Subjekte können sich nicht direkt koordinieren, weil das „in“ ihnen enthaltene Wissen größtenteils nicht bewusst ist. Die mangelnde Basis „im“ Bewusstsein des Menschen benötigt für Hayek eine über-menschliche und über-bewusste Instanz, damit eine Koordination im Einklang mit „der“ individuellen Freiheit möglich wird. Dies gewährleistet „der Markt“ mit seinen Preisen. Er ist ein („objektiver“) „Mechanismus zur Nutzung verstreuter Informationen“ (Hayek 1996: 14), indem er verstreutes (subjektives) Wissen koordiniert. „Wettbewerb“ erscheint in diesem Konzept als „Entdeckungsverfahren“ (Hayek 1969: 249ff.):

„We must look at the price system as such a mechanism for communicating information if we want to understand its real function which, of course, it fulfills less perfectly as prices grow more rigid. [...] The most significant fact about this system is the economy of knowledge with which it operates, or how little the individual participants need to know in order to be able to take the right action. In abbreviated form, by a kind of symbol, only the most essential information is passed on and passed on only to those concerned. It is more than a metaphor to describe the price system as a kind of machinery for registering change, or a system of telecommunications which enables individual producers to watch merely the movement of a few pointers, as an engineer might watch the hands of a few dials, in order to adjust their activities to changes of which they may never know more than is reflected in the price movement.” (Hayek 1948: 86f.)³³

Damit will Hayek auch jeder Systemplanung (der behaupteten Intention des „Nicht-Marktes“) eine Absage erteilen: subjektives Wissen kann kollektiv nicht gewusst werden, - es kann auch nicht in einen Zentralplan überführt werden:

„The ‚data‘ from which the economic calculus starts are never for the whole society ‚given‘ to a single mind.“ (Hayek 1945: 519)

Aber das Argument geht noch weiter. Es bezieht sich nicht nur auf eine „sozialistische“ Wirtschaftsordnung (mit Planwirtschaft), sondern auch auf die „sozialistischen“ Inhalte innerhalb der „erweiterten Ordnung“ – und meint alle Personen, die kritisch denken, d. h. eine Reflexion über das System vornehmen. Genau das will Hayek aber verhindern. Nach ihm sei eine solche Reflexion gar nicht möglich, weil das Wissen, das hier benötigt wird, in einem Subjekt niemals vorhanden sein kann. (Auch hier wieder ein Zirkelschluss: Bezieht man dies auf Hayek selbst, dann dürfte er über die „große Ordnung“ keinerlei Aussagen tätigen, vgl. Brodbeck 2001).³⁴ Jeder Versuch, das System der Wirtschaft aufgrund einer kritischen System-Reflexion beeinflussen zu wollen, führt nach Hayek zu „Stillstand“ und „Zerstörung“ „unserer Gesellschaft“.³⁵ Um das zu verhindern, ist ein Denkverbot zu

33 Wiederum tritt ein entscheidender Widerspruch auf: „subjektive“ Pläne werden zu „objektiven“ Preisen transformiert. Wenn aber Wissen generell subjektiv ist, kann das Wissen über aktuelle Preise auch nur subjektiv sein: die Instanz der Preisbildung kann für das Individuum nicht subjekt-überschreitende Qualität besitzen. Allgemein bedeutet das auch, dass Hayek in seinem Wissenskonzept nicht erklären kann, was Abstraktionen (Universalien) sind. Mit anderen Worten: er kann seine eigenen Abstraktionen nicht erklären.

34 Hayek und alle Marktradikalen, die seinem Markt-Konzept folgen, dürften keine Aussagen über das System „des Marktes“ tätigen. Aber sie behaupten, das eigene Programm würde den Wohlstand steigern („der Markt als Utopie) und zugleich, niemand könne über das System Auskunft geben. Widersprüche dieser Art sind notwendige Folgen eines binären, nicht operationalisierbaren Codes. Um das zu zeigen, braucht man meist nur die Inhalte der Theorie auf die Theorie selbst anwenden.

35 Z. B. via sozialer Forderungen: „Jeder Versuch, die Entlohnung der verschiedenen Arbeitsleistungen unserer atavistischen Auffassung von gerechter Verteilung anzupassen, muss den wirksamen Gebrauch des verstreuten individuellen Wissens und auch das, was wir als pluralistische Gesellschaft bezeichnen, zerstören.“ (Hayek 1979: 36). „In einer Kultur, die sich durch Gruppenselektion gebildet hat, muss die Auferlegung des Gleichheitsgedankens jede weitere Evolution zum Stillstand bringen.“ (Hayek 1979: 41)

verhängen: Wer den Kapitalismus oder wesentliche Züge des Wirtschaftssystems kritisiert, begehe eine „verhängnisvolle Anmaßung“ (Hayek 1996).³⁶

1.6. Hayek III: Der Mensch angesichts „des Marktes“

Hayek revidiert damit die Sichtweise der klassischen Aufklärung, die dem Menschen ein umfassendes Vernunftvermögen zugesprochen hat. Deswegen war er ja berechtigt, das soziale Leben im Widerstand gegen den Absolutismus neu zu organisieren und eine Fülle von sozialen Designs zu entwerfen. Bei Hayek hingegen ist angesichts „des Marktes“ genau zu untersagen. Denn die Menschen hätten nicht das Wissen, um in die Marktordnung bewusst „eingreifen“ zu können. Hayeks Markt-Personen werden partiell als bewusst- und geistlos“ aufgefasst, sie sind nur Knoten im riesigen Netzwerk „des Marktes“:

„The individuals are merely the foci in the network of relationships.“ (Hayek 1952: 34)

Nach Hayek sei es der menschlichen Vernunft nicht mehr möglich, über sich selbst angemessen zu reflektieren, weil die Vernunft ihre eigenen Regeln nicht vollständig verstehen kann. Für das menschliche Handeln ist daher nicht das Reflektieren, sondern die Einbettung in einen übergeordneten Mechanismus entscheidend.³⁷ Der Mensch als „Knoten“ agiert rein mechanisch: nicht durch

„[...] bewusste Wahl oder absichtliche Selektion, sondern mittels eines Mechanismus, über den wir nicht bewusste Kontrolle ausüben.“ (Hayek 1986: 49, vgl. auch Brodbeck 2014: 34).³⁸

Hayeks Abwertung der menschlichen Vernunft korrespondiert mit der Aufwertung der „Vernunft“ des „Marktes“. Die „erweiterte Ordnung“, so Hayek, besitze eine Transzendenz und diese beziehe sich

„[...] im buchstäblichen Sinn [...] auf das, was weit über unser Verständnis, unsere Wünsche und Zielvorstellungen sowie unsere Sinneswahrnehmungen hinausgeht, und auf das, was Wissen enthält und schafft, dass kein einzelnes Gehirn und keine einzelne Organisation besitzen und erfinden kann.“ (Hayek 1996: 76)

Die Transzendenz der erweiterten Ordnung (als eine Art Übervernunft) wird damit folgerichtig zu einer Befehlsinstanz: „Unpersönliche Signale“ „sagen“ uns, wie „wir“ uns „zu verhalten“ haben (Hayek

36 „Das Vertrauen auf die selbständig-evolutive Gesellschaftsentwicklung bzw. das individuell unbewusste, selbstregulierte Auftreten „spontaner“ Ordnungen tritt an die Stelle der bewussten gesamtgesellschaftlichen Ziel- bzw. Wertsetzung. Ausdrückliche gesellschaftliche Zielsetzungen bzw. „interventionistische“ Planungen werden aufgrund der Begrenztheit des menschlichen Verstandes abgelehnt oder als gefährlich eingeschätzt, da ihnen die unausweichliche Tendenz zugeschrieben wird, den Weg in die „Knechtschaft“, in die totalitäre Diktatur zu weisen. Ein Hinterfragen der gesamtgesellschaftlichen Ergebnisse der „spontanen“ bzw. evolutionären Entwicklungen ist demnach theoretisch lediglich in formal-prozessualer Hinsicht - im Sinne der Beachtung bzw. konsequenten Anwendung des Liberalitätsprinzips -, nicht allerdings in bezug auf inhaltliche Aspekte vorgesehen.“ (Zapfel 2002: 68) Stapelfeld charakterisiert einen solchen Gesellschaftsentwurf so: „Im Neoliberalismus ist das Ende der Möglichkeit einer gesellschaftlichen Vernunft, eines vernünftigen Geschichtsbewusstseins und aller vernunftbegründeten Utopien vollzogen.“ (Stapelfeldt 2004: 7)

37 „Geist kann nur als Teil einer anderen unabhängig davon vorhandenen, eigenständigen Struktur oder Ordnung bestehen.“ (Hayek 1979: 16)

38 Vgl. hier Mises, bei dem es noch „individuelle Bestrebungen“ gab, aus denen heraus dann „unkontrolliert“ ein gesellschaftliches Gebilde entstand, dass sich der „bewussten“ Kontrolle entzieht: „Das gesellschaftliche Gebilde ist, wie Carl Menger treffend sagt, das ‘unreflektierte Ergebnis, die unbeabsichtigte Resultante spezifisch individueller Bestrebungen der Mitglieder einer Gesellschaft’ [...] Der Einzelne plant und vollführt nicht ein Handeln, das seiner Absicht nach ein gesellschaftliches Gebilde begründen soll; aus seinem Handeln und dem entsprechenden Handeln anderer Einzelner geht das gesellschaftliche Gebilde hervor.“ (Mises 1940: 167, hier mit Verweis auf Menger (1883: 178.))

1979: 24 und 31). Die richtige Einstellung zum „Markt“ muss also ein „Gehorsam diesen Regeln gegenüber“ sein (ebenda: 25). Wir hätten nach Hayek „die Verpflichtung [...], die Resultate des Marktes auch dann zu akzeptieren, wenn er sich gegen uns wendet.“ (Hayek 1981: 131). An anderer Stelle fordert Hayek „[...] eine Haltung der Demut angesichts dieses sozialen Prozesses [...]“ ein (Hayek 2003: 209).

Unterordnung unter „höhere“ soziale Instanzen zu fordern steht einer populären Vorstellung von Freiheit und Individualität entgegen. Folgerichtig muss Hayek auch den Begriff Individualismus dual teilen, er unterscheidet zwischen einem „wahren“ und einem „falschen Individualismus“.³⁹ Der „falsche“ Individualismus steht in der Tradition der französischen Aufklärung. Dieser sei ein „falscher“, das ist ein „rationalistischer“ Individualismus, da er den Menschen als „rational“ verstehe und ihm damit eine Einzelvernunft zuspricht, mit der dieser die Welt erbaue. Da zu dieser auch die menschliche Gesellschaft selbst gehöre, habe der „falsche“ Individualismus auch

„[...] immer die Tendenz, sich zum Gegenteil des Individualismus zu entwickeln, nämlich zum Sozialismus oder Kollektivismus.“ (Hayek 2002: 6)

Der „wahre“ Individualismus hingegen gehe vom Menschen als „[...] ein sehr irrationales und fehlbares Wesen [...]“ aus, wie Hayek hier mit Bezug auf den „englischen“ Individualismus a la Smith und Hume und vor allem Mandelville ausführt (Hayek 2002: 10). Aber Hayek geht über diese Autoren hinaus. Seine „unsichtbare Hand“ besitzt eine über-menschliche „intelligible“ Qualität, die jeden (vernunftmäßig beschränkten) Einzelnen weit überragt. Hayeks „freies“ Subjekt besitzt einen begrenzten Denk-Horizont, der vom „Markt“ weit überragt wird. Hayek formuliert diese Differenz in quasi-religiöser Sprache: „Wir“ (als letztlich Unwissende) sollten schlichtweg „dem Markt“ vertrauen⁴⁰ und an ihn „glauben“ (Hayek 1971: 229). Das alte Vertrauen in die Vorhersehung Gottes (die wir noch bei Adam Smith finden - Ötsch 2007) wird bei Hayek durch ein Vertrauen in „den Markt“ ersetzt. Folgerichtig wird „der Markt“ in letzter Konsequenz in die Nähe Gottes gerückt.⁴¹ Hayeks „Philosophie der Freiheit“ impliziert damit die Unterwerfung der Individuen unter den „Markt“ bzw. die marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft.⁴² Diese Forderung stellt ein konstitutives Merkmal des Marktradikalismus in all seinen Varianten dar. Nach Hayek ist die Menschheit einer monistischen „transzendenten Ordnung“ überantwortet. Welche „Anmaßung“ – um in Hayeks Worten zu verbleiben – ist verhängnisvoller als ein solches Konstrukt?

39 Hayek (2002). Auch dieser Dualismus birgt eine nicht aufzulösende Widersprüchlichkeit: „Genau genommen und in Anwendung der Hayek’schen Erkenntnistheorie wäre die Feststellung eines wahren Individualismus gar nicht möglich, weil die Feststellung von Wahrheiten aufgrund der Begrenzungen menschlicher Vernunft und gesellschaftlichen Wissens kaum möglich sein sollte.“ (Ptak 2007: 59)

40 „Weil jeder Einzelne so wenig weiß, und insbesondere, weil wir selten wissen, wer von uns etwas am besten weiß, vertrauen wir darauf, dass die unabhängigen und wettbewerblichen Bemühungen Vieler die Dinge hervorbringen, die wir wünschen werden, wenn wir sie sehen.“ (Hayek 1971: 38)

41 Hayek schreibt der „Übervernunft“ „des Marktes“ gottähnliche Qualitäten zu. In dem vorstehenden Zitat zur von Hayek angenommenen Transzendenz marktwirtschaftlich organisierter Ordnungen heißt es z. B. weiter: „Deutlich zeigt es sich in der religiösen Bedeutung des Wortes, wie wir das etwa im Vaterunser sehen, indem eine Bitte lautet: „Dein Wille (d.h. nicht der meine) geschehe, wie im Himmel und auf Erden“ oder in der Evangeliumsstelle, in der es heißt: „Nicht ihr habt mich auserwählt, sondern ich habe euch auserwählt und dazu bestimmt, dass ihr euch aufmacht und Frucht bringt und dass eure Frucht bleibt“ (Joh. 15,16).“ (Hayek 1996: 76)

42 Diese steht für Hayek daher auch konsequent über dem Lebenssinn jeder einzelnen Person: „Gleichgültig, wofür die Menschen leben, heutzutage leben die meisten nur durch die Marktwirtschaft.“ (Hayek 1996: 146.), aber auch über dem Leben selbst: „[...] als Teil des Systems allgemeiner Regeln, die der Menschheit helfen, zu wachsen und sich zu vermehren, haben nicht einmal alle vorhandenen Menschen einen moralischen Anspruch auf Erhaltung.“ (ebenda: 36)

1.7. „Der Markt“ im Ordoliberalismus

Hayeks Verdikt einer bewussten Gestaltung der Wirtschaft scheint dem Ordoliberalismus diametral zu widersprechen, bei dem die (bewusste) Wahl des Wirtschaftssystems bzw. der Wirtschaftsordnung ein zentrales Thema darstellt. Der Gegensatz in Theorie (und teilweise in Politik) widerspricht nicht den Gemeinsamkeiten auf der grundlegenden Ebene der Kategorie „des Marktes“ (die nach unserer These die gemeinsamen Netzwerke verständlich macht).

Der Ordoliberalismus umfasste bekanntlich mehrere Strömungen. Ptak (2004: 17) unterscheidet drei Gruppen (wobei er aber ihre Einheit im Agieren betont):

1. die „Freiburger Schule“ mit Walter Eucken (1891-1950), Franz Böhm (1895-1977) und Leonhard Miksch (1901-1950),
2. den „soziologischen Flügel“ um Alexander Rüstow (1855-1963) und Wilhelm Röpke (1899-1966), und
3. die Gruppe der Praktiker mit Ludwig Erhard (1897-1977) und dem FAZ-Herausgeber Erich Welter (1900-1982).

(Alfred Müller-Armack, 1901-1978, rechnet er der zweiten und der dritten Gruppe zu.)⁴³

Ausgangspunkt des Ordoliberalismus war die eingangs erwähnte Krise des Liberalismus. Die Ordoliberalen sprachen schon ab ihren ersten Texten, die in den Jahren 1932 und 1933 unabhängig voneinander von Eucken, Rüstow, Röpke und Müller-Armack formuliert wurden (für einen Überblick vgl. Ptak 2004: 24) von der „Krisis des Kapitalismus“ (Eucken 1932) bzw. später auch von der „gegenwärtigen Weltkatastrophe“ (Rüstow 2004: 40) und der „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ (so der Titel eines Werkes von Röpke aus 1942). Nach Röpke manifestierte sich die Krise in einem „die Gesellschaftsstruktur zerstörenden Zerbröckelungs- und Verklumpungsprozess“ (Röpke 1979: 23) bzw. in einer „wahr[e]n Katastrophe, die zum innersten Wesen unserer heutigen Kulturkrise gehört.“ (ebenda: 99, vgl. Goldschmidt 2009 und Wörsdorfer 2011: 21ff.) Mit anderen Worten: Die zeitgenössische Krise betraf – je nach Autor - nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den Staat, die Gesellschaft oder die Kultur insgesamt.

Auf diese Krise wollte der Ordoliberalismus eine Antwort geben. Ihre Überwindung liege nicht in einer Änderung der (als marktwirtschaftlich bzw. kapitalistisch verstandenen) Wirtschaft als solche, sondern in ihrer „Ordnung“: das sei jener Rahmen der Wirtschaft, in dem ihre konkreten „Prozesse“ ablaufen (Kolev 2010: 4). Daraus begründete sich für die Ordoliberalen ein Primat der „Ordnung“: für eine Analyse des Wirtschaftssystems muss zuerst sein Rahmen thematisiert werden. Für die Ordoliberalen war daher eine Gesamtentscheidung über die grundsätzliche Richtung der Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung. Die Wirtschaftspolitik habe nämlich vor allem die Aufgabe, die „Formen“ zu gestalten, in denen gewirtschaftet wird (Blum 1969: 51). Erst danach könne man über konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge diskutieren. Bemerkenswert ist dabei der Unterschied zu Keynes. Keynes ging pragmatisch vor, in dem er konkrete Probleme des bestehenden Systems und die sie fundierenden Theorien diskutierte und Alternativen vorschlug. Eine Theorie von

43 Die Auffassungen hierzu divergieren: Hesse (2006) sieht z. B. - hier in einer Kritik der Foucault-Rezeption des Ordoliberalismus (Foucault 2006) - den Ordoliberalismus nicht als homogene Strömung. Bress (1996) teilt den Ordoliberalismus in zwei Schulen (die Freiburger und einen „Neoliberalismus“). Lorch trifft die Einteilung nach „1.) Die Freiburger Schule um Eucken und Böhm, 2.) der sog. Sozialhumanismus um Rüstow und Röpke sowie 3.) die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft um Müller-Armack. [...] Diese drei Strömungen können als ordoliberal im weiteren Sinne benannt werden, während sich der Ordoliberalismus im engeren Sinne nur auf die Freiburger Schule um Eucken bezieht.“ (Lorch 2013: 21). Kolev (2011: 4) unterscheidet drei konzentrische Kreise. Im Kern steht die Freiburger Schule (mit Eucken und Böhm). Gemeinsam mit den Nicht-Freiburgern (Röpke und Rüstow) bilden sie die Ordoliberalen. Der dritte und äußerste Kreis umfasst auch Müller-Armack und bildet den „Deutschen Neoliberalismus“.

Ordnungen entwickelte er dabei nicht. Ordoliberalen ÖkonomInnen hingegen beharrten in ihren Texten darauf, dass zuerst über mögliche Wirtschaftsordnungen zu entscheiden wäre. Dabei sei jene Ordnung auszuwählen, in welcher die beklagten Probleme nicht vorkommen würden.

Um welche „Ordnungen“ geht es dabei? Hier wurde von den Ordoliberalen allem idealtypisch argumentiert.⁴⁴ Entscheidend ist dabei die duale Aufbereitung möglicher Systeme. Nach Eucken (1965: 79f.) könne man in Analogie zu Mises und Hayek aus der „historischen Untersuchung“ zwei „reine konstitutive Grundformen“ ableiten: die „Verkehrswirtschaft“ und die „zentralgeleitete Wirtschaft“. Auf dieser Basis errichtete Eucken eine umfangreiche Formenlehre (Morphologie). Sie umfasste zwei idealtypischen Marktformen für die zentralgeleitete Wirtschaft (mit Unterformen) und fünf für die Verkehrswirtschaft: vollkommene Konkurrenz, Teilligopol, Oligopol, Teilmonopol und Monopol, aufgefächert nach möglichen Marktzutritt und Art der Preisfestsetzung (Eucken 1965: 91ff.) Im weiteren wurden dabei drei Geldformen unterschieden. Das Ergebnis sind komplizierte Schemata, z. B. eine Tabelle mit 25 Marktformen bei Eucken (Eucken 1965: 111). Im Endeffekt kam Eucken dann auf „einige tausende mögliche Formen der Verkehrswirtschaft“. Die Gesamtheit der jeweiligen Markt- und Geldformen definiert nach Eucken die „Ordnung“, die den Wirtschaftsprozess umrahmt.

Die Fülle dieser Möglichkeiten wird von Eucken in den „Grundlagen der Nationalökonomie“ zum einen für die Diskussion historischer Phänomene genützt (ebenda: 163ff.). Zum anderen aber wird in vielen Fällen mit nur zwei oder drei Ordnungen argumentiert, z. B. in der Diskussion von Konjunkturverläufen, bei der drei Typen von Wirtschaftsordnungen unterschieden werden. Als Faktum wird hier die Existenz auch von „stabilen“ Verkehrswirtschaften mit Gleichgewichtspreisen behauptet,

„[...] in denen die Marktform vollständige Konkurrenz überwiegt, in denen also der bekannte Regulator der Konkurrenzpreisbildung wirksam ist, und in denen der Bankenapparat nicht zu starker Expansion oder Kontraktion neigt. In solchen Wirtschaftsordnungen ist eine Tendenz wirksam, den Wirtschaftsprozess einem Zustand allgemeinen vollkommenen Gleichgewichts nahezubringen.“ (Eucken 1965: 195)

Wo in der Realität eine solche Wirtschaftsordnung gefunden werden könnte, wird nicht gesagt, - auch das ist ein gemeinsames Merkmal marktradikaler Theoretiker. Wiederum zeigt sich auch bei Eucken eine bemerkenswerte Diskrepanz. Er lehnte es zwar ab, die vollständige Konkurrenz a priori zu setzen, meinte aber auch, sie „in den Tatbeständen“ der Wirtschaftsgeschichte „entdeckt“ zu haben (Eucken 1965: 256f.) Auf diese Weise kann z. B. in der Diskussion von „wirtschaftlicher Macht“ die vollständige Konkurrenz (als reale Ordnung) der Zentralverwaltungswirtschaft als „extreme, einander entgegengesetzte Grenzfälle“ gegenübergestellt werden (Eucken 1965: 202). Damit wird ein dualer Raum von Freiheit und Unfreiheit entworfen. Denn in letzterer konzentrierte sich „alle Macht in der Zentralstelle, die allein Wirtschaftspläne entwirft“. Das „charakteristische Arbeitsverhältnis“ sei hier „Sklaverei und Hörigkeit“ (ebenda: 198).

In der „vollständigen Konkurrenz“ hingegen

„[...] ist der Einzelne fast entmachteter. [...] Und da jede Machtballung fehlt, besteht keine persönliche wirtschaftliche Abhängigkeit, wohl aber eine Abhängigkeit von einem anonymen Markt. [...] Das Problem der ökonomischen Macht würde [dabei] nur wenig sichtbar sein.“ (Eucken 1965: 202)

Diese duale Welt von Gut und Böse, frei und unfrei durchzieht das ordoliberalen Denken. Das „Gute“ wird dabei in der „Konkurrenzpreisbildung“ verortet. Dies kommt schon in Euckens „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“ aus dem Jahre 1932 (Eucken 1932, vgl. zum folgenden auch Ptak 2004: 33ff) zum Vorschein. Diese Arbeit gilt als wichtigster Grundlagentext für die Entstehung des Ordoliberalismus. Eucken diskutierte hier die Weltwirtschaftskrise aus einer

44 Zur methodischen Vorgangsweise von Eucken, durch isolierende Abstraktion zu „Idealtypen“ zu kommen und zu Problemen dieser Methode vgl. z. B. Ptak (2004: 111ff.).

ordnungspolitischen Perspektive. In seiner „Analyse“ ist immer ein „guter Kern“ der Wirtschaft präsent. Er manifestiert sich in den „Kräften des Wettbewerbs“, die als Tatsache gesetzt werden. Diese „Kräfte“ seien nach Eucken in Deutschland aktuell lahmgelegt, und zwar durch die spezifische Politikform des „Wirtschaftsstaates“. Diese sei gekennzeichnet durch einen „punktuellen Interventionismus“, weil

„[...] aus der gesamten deutschen Politik die zentrale, alle ihre Einzelteile – also auch die Wirtschaftspolitik – beherrschende politische Idee, die Kraft und der beherrschende Wille“ [verschwunden ist]. (Eucken 1932: 303)

Mit anderen Worten: Eucken (und mit ihm viele andere Ordoliberalen) analysieren historische Phänomene vor dem Bild eines idealen „Marktes“, der zugleich als Tatsache als auch als Forderung für die Zukunft gefasst wird. Reale historische Wirtschaftsabläufe erscheinen in dieser Sichtweise nicht nur als das, was sich faktisch präsentiert, sondern auch als das, was eine „Konkurrenzpreisbildung“ idealiter ergeben könnte.⁴⁵ Die Probleme der Gegenwart stellen damit für die Ordoliberalen keine Phänomene per se dar. Sie wurden als Differenz-Tatbestände zu dem gedeutet, was „der Markt“ (noch) sein könnte. Die reale und historisch gewachsene Gesellschaft erscheint nun im Hinblick auf dieses Idealbild als „entartet“:

„Die Entwicklung der Marktwirtschaft zum Kapitalismus ist [...] eine krankhafte Entartungserscheinung.“ (Rüstow 2001: 122)

Alles, was in der Wirtschaft problematisch erscheint, kann auf diese Weise einem „falschen“ Wirtschaftskonzept zugeschoben werden. Tiefere und empirisch fundierte Analysen realer Prozesse erübrigen sich damit. Geschichtliche Abläufe werden vor dem Hintergrund eines außer-geschichtlichen Idealbilds gedeutet. Gleichzeitig kann es in dieser Denkweise keinen Tatbestand geben, der das Bild „des guten Marktes“ in Frage stellen könnte. Die Vorstellung von der Wirtschaft hat sich jeder Empirie entledigt. Wie bei Mises und Hayek bleiben auch bei den Ordoliberalen das Potential „des Marktes“ von realen Schwierigkeiten unberührt.

Die Ordoliberalen entfalten damit einen Geschichtsmythos analog zu Mises und Hayek: Der historisch sich etablierte „falsche“ Liberalismus habe es nämlich versäumt, bewusst einen Ordnungsrahmen (durch Politik, Staat, Gesellschaft oder Kultur) zu setzen, in welchem „der Markt“ seine positiven Eigenschaften entfalten konnte. Das Ergebnis waren „entartete“ Systeme, wie ein „Wirtschaftsliberalismus“ (Rüstow), ein „Vulgärliberalismus“ (Rüstow), ein „Paläoliberalismus“ (Rüstow) oder ein „Ökonomismus“ (Röpke) (vgl. Lorch 2013: 24ff.).⁴⁶

45 Wie eigenartig und nicht begründbar eine solche „Geschichtsschreibung“ ist, folgt auch aus folgender Überlegung: wie müsste man die historische Entwicklung der Politik oder der Technik oder Literatur oder [...] deuten, die eine (historisch statische!) Idealsituation postuliert und dann die reale Entwicklung als Differenz dazu beschreibt?

46 Vgl. dazu die „Analyse“, die Rüstow ursprünglich 1945 publiziert hat. Nach Rüstow (2001: 82ff.) habe der „Wirtschaftsliberalismus“ aus vier Gründen versagt: (1) aus „Passivismus“, d.h. aus dem Glauben, man müsse die historische Entwicklung tatenlos ertragen, (2) aus einer falschen „Glückseligkeitsduselei“, die nur die Vorteile der Entwicklung betonte, (3) aus einem „Unbedingtheitsaberglaube“, nämlich die Überzeugung von der „bedingungslosen, unbedingten Gültigkeit der Marktgesetze“, und (4) aus einer „Soziologieblindheit“, welche keine sozialen „Integrationskräfte“ förderte und (5) aus „übersehenen institutionellen Rahmenbedingungen“, wie die Duldung privater Monopole her rühre. Die Folgen seien fünffacher Art: (1) „Behinderungskonkurrenz“ statt „Leistungskonkurrenz“ (d.h. man könne sich „außerhalb des Marktes und anders als durch wirtschaftliche Leistung einen Konkurrenzvorteil“ erschaffen, etabliert durch „Monopolismus und Subventionismus“), (2) „Megalomanie und Elephantiasis der Wirtschaft“ (d.h. „die Entwicklung zur übermäßigen Konzentration der Unternehmungen und Betriebe zum Groß-, Riesen- und Mammutunternehmen“), (3) „Vermassung der Gesellschaft“ (die Zahl der Selbständigen sinkt, die „proletarisierten Arbeitermassen“ steigen“), (4) „Kollektivismus“ (schränkenlose Subventionsansprüche an den Staat führen dazu, dass er „die Kontrolle und schließlich die Leitung der von ihm subventionierten Wirtschaftszweige“ übernehmen muss), und (5) Eine „pluralistische Entartung des

Damit wird – im Einklang mit Mises und Hayek – eine genuin „politische Ökonomie“ entworfen. Auch die Ordoliberalen waren angetreten, die Gesellschaft zu verändern.

„Vor allem die Anhänger der Freiburger Schule hoben die besondere Verantwortung der Wissenschaft für die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung hervor. Die Nationalökonomie war in ihren Auffassungen stets auch eine ‚politische Wissenschaft‘, ja sogar eine ‚geistig-sittliche Macht‘.“⁴⁷

Dazu forderten die Ordoliberalen eine Grundsatzentscheidung für eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung: gleichsam einen optimalen Rahmen für „den Markt“ in all seiner Potentialität. Dieser Rahmen sollte von einer „Gesamtordnungsidee“ (Müller-Armack 2008: 461) abgeleitet werden, welche – je nach Autor – auch soziologische oder kulturelle bzw. religiöse Bestandteile aufwies. Die „Wahl“ dieser Gesamtkonzeption erfolgt letztlich, allen komplexen Katalogen möglicher Marktformen zum Trotz, in einem dual aufbereiteten Feld. Die Zukunft präsentiert sich damit analog zu Mises und Hayek in antigonaler Form: Eucken (2004: 242) spricht von der „[...] Antithese ‚zentral gelenkte Wirtschaft‘ wider ‚freie Wirtschaft‘ [...]“.⁴⁸ Es gälte, zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen – und zwar aus einer „[...] Einsicht in die [...] strenge Ausschließbarkeit der Alternativen.“ Denn für die Frage

„[...] auf welche Ordnungs- und Antriebskräfte das Wirtschaftsleben im ganzen gegründet werden soll, gibt es keinen ‚Mittelweg oder ‚Dritten Weg‘.“ (Eucken 2004: 242)

Damit war sichergestellt, dass die behauptete Wahl wie bei Mises und Hayek auf der Basis von Entweder-Oder-Behauptungen zu erfolgen hatte: Wieder stand die „freie“ Wirtschaft (der freie Markt) der zentral geplanten Wirtschaft (dem Nicht-Markt) binär gegenüber. Entscheidend war für die Ordoliberalen dabei die Setzung der korrekten Dualität. Anstelle der alten historischen Zweiteilung „Paläoliberalismus“ versus „Zentralwirtschaft“ wurde von ihnen die Dichotomie von „richtiger“ Liberalismus versus „Zentralwirtschaft“ postuliert. Nachdem letztere ohnehin als Alternative ausscheiden musste,⁴⁹ reduzierte sich ihre „Wahl“ damit auf eine „Entscheidung“ zwischen einem „falschen“ und einem „richtigen“ Konzept „des Marktes“. Röpke bringt das so auf den Punkt:

Staates“ (die „Entartungstendenzen“ nahmen die „Form von Massenpsychosen“ an, der Staat wird von Interessengruppen gekapert und dadurch „feudaloid“, die politischen Parteien werden zu „Agenturen“ dieser Gruppen und die Demokratie verfällt).

47 Nützenadel (2005: 128); mit Verweis auf Hensel (1951: 17).

48 Vgl. die Analyse von Nonhof (2005) zu zentralen Texten von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, in denen jeweils dual-antagonistische Elemente zu finden sind. In manchen ordoliberalen Texten sind diese bombastisch aufgeladen. Röpke zum Beispiel schrieb vom „Ringeln zweier ethischer Systeme“ bei der Betonung von Freiheit um „die geistig-moralischen Möglichkeiten menschlicher Existenz schlechthin“. Wer nicht für Freiheit kämpft, wird „[...] zum Verräter am Größten und Höchsten.“ (Röpke 1958: 145)

49 Die Ordoliberalen lehnten „sozialistische“ Systeme mit unterschiedlichen Begründungen ab. Eucken äußerte dazu: „Drei Momente sind [...] dabei wesentlich. Der Aufbau der Pläne ist problematisch, weil in ihnen regelmäßig ein starker Hang zu Investitionen unter Vernachlässigung der Konsumgutversorgung zum Ausdruck kommt. Zweitens: Die Methode, die gesetzten Planziele zu erreichen, versagt, weil es am Lenkungssystem fehlt. Und drittens: Die spontanen Kräfte der Menschen gelangen im Wirtschaftsprozess nicht voll zur Entfaltung.“ (Eucken 1960: 119) Röpke formuliert fünf zentrale Anklagepunkte gegen den „Kollektivismus“: „1. dass er außerstande ist, das Problem der Ordnung und Ergiebigkeit der Wirtschaft befriedigend zu lösen, 2. dass er mit unseren elementaren Freiheits- und Rechtsidealen in Widerspruch gerät, 3. dass er, statt eine Lösung des Monopolproblems zu erreichen, uns in ein unentrinnbares und allumfassendes staatliches Supermonopol hineinführt, das schlimmer ist als alle Privatmonopole, 4. dass er mit den Erfordernissen einer internationalen Gemeinschaft unvereinbar ist und 5. dass er eine permanente Inflation unvermeidlich macht.“ (Röpke 1965: 308ff.)

„Im engeren Bereiche der Wirtschaft bedeutet ein solches Programm Bejahung der Marktwirtschaft, unter gleichzeitiger Ablehnung eines entarteten Liberalismus und des bereits in seiner Grundkonzeption unannehmbaren Kollektivismus.“ (Röpke 1944: 18)

Die behauptete „Wahl“ führt so zu einem „Muss“:

„Beginnen müssen wir mit der rücksichtslosen Einsicht, dass, wer den Kollektivismus nicht will, die Marktwirtschaft wollen muss. Marktwirtschaft aber heißt Freiheit des Marktes, freie Preise und elastische Kosten, heißt Anpassungsfähigkeit, Geschmeidigkeit und Unterwerfung der Produzenten unter die Herrschaft der Nachfrage.“ (Röpke 1944: 74)

Auch bei Eucken liegt ein „Zwang“ vor:

„Die heutige Situation zwingt uns, nach einem neuen, dritten Weg zu suchen und auf die beiden kritisierten Lenkungsmethoden zu verzichten. Dieser dritte Weg ist als ‚Wettbewerbsordnung‘ bezeichnet worden.“ (Eucken 1999: 17)

Die „Lösung“ war ein „dritter Weg“, den Röpke wie auch Eucken nach der „Vorentscheidung“ für eine Marktwirtschaft sahen:⁵⁰

„Um so froher sollten wir sein, dass wir nicht vor dieser bangen Wahl zwischen ‚Kapitalismus‘ und Kollektivismus stehen, sondern dass es einen ‚dritten Weg‘ gibt, der die Nachteile sowohl des ‚Kapitalismus‘, als auch des Sozialismus vermeidet. Dieser dritte Weg, der mit vollem Bewusstsein eigentlich erst seit anderthalb Jahrzehnten vertreten wird, befindet sich freilich noch im Stadium des Entwurfes, nicht wenige seiner Probleme sind noch ungelöst, die meisten seiner Einzelheiten noch ausarbeitungsbedürftig.“ (Rüstow 2008: 430)

Die für die Zukunft geforderte „Marktwirtschaft“ war für die Ordoliberalen immer eine ideal konzipierte Wirtschaft.⁵¹ Bereits 1932 forderte Müller-Armack im Klartext,

„[...] dass ein objektives Ordnungsgefüge, mit dem der erwünschte Erfolg zu erreichen ist, ‚erfunden‘ wird.“ (Müller-Armack 1932/1958: 42)

In einer solchen „Erfindung“ wäre „der Markt“ von einem zu ihm passenden Rahmen umgeben:

„In der Tat waren sich die Anwälte der Marktwirtschaft, sofern sie geistig einigermaßen anspruchsvoll sind, immer darüber im klaren, dass der Bereich des Marktes, des Wettbewerbs, der von Angebot und Nachfrage bewegten Preise und der durch sie gesteuerten Produktion nur als Teil einer höheren und weiteren Gesamtordnung verstanden und verteidigt werden kann, wo es sich um Moral, Recht, natürliche Bedingungen der Existenz und des Glücks, um Staat, Politik

50 Zu dieser trinitarischen Verfasstheit trotz dualer Grundkonzeption heißt es: „Bemerkenswert erscheint, dass diese Unterteilung stark an die Mises’sche Trias Kapitalismus-Sozialismus-Interventionismus erinnert, die der Wiener Ökonom in den 1920er Jahren erarbeitet. Tatsächlich ist dieser Zusammenhang eine von insgesamt nur zwei Stellen in den Grundsätzen, an denen Eucken Mises zitiert. Er bezieht sich dabei auf Mises’ Kritik des Interventionismus, daneben auf Röpke und die Angehörige des Mises-Privatseminars Martha Stephanie Braun.“ (Kolev 2011: 21), hier mit Verweis auf Eucken (2004: 28).

51 In der Ausgestaltung der neuen „Marktwirtschaft“ ergeben sich bei den Ordoliberalen aber beachtliche Diskrepanzen (vgl. Lorch 2013: 38ff.): (1) Die Freiburger Schule fordert eine „Wirtschaftsverfassung“, in der die „[...] Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz [...]“ angestrebt wird (Eucken 1960: 160). (2) Röpke und Rüstow wollten hingegen mit einem „Sozialhumanismus“ eine Marktwirtschaft, die „[...] auf das Gegengewicht starker umrahmender Integrationskräfte anderer Art, auf anderweit gesicherte ethische und soziologische Bindungen als ihre Ergänzung und Voraussetzung angewiesen [...]“ ist (Rüstow 2001: 90). Das bedeutet auch, dass man direkt in „den Markt“ eingreifen darf, der „Eingriff“ muss allerdings „marktkonform“ sein (Röpke 1979: 253). (3) Müller-Armack hingegen wollte laut Quaas „[...] das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs [...] verbinden.“ (Quaas 2000: 19) – eine Friedensidee, mit der nach Müller-Armack im Einklang mit christlichen Werten die vermeintlich unversöhnlichen weltanschaulichen Positionen von Kollektivismus und Liberalismus verbunden werden sollten.

und Macht handelt. Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden.“ (Röpke 1958: 130f., hier zit. nach Lorch 2013: 38ff.)

Vor allem mit Blick auf die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise sollte diese Ordnung als ethisch-normative angestrebt werden, weil eine Ordnung „des Marktes“ politische und wirtschaftliche Übermacht verhindere und damit die individuelle Freiheit fördere - siehe hier z. B. Müller-Armack (1990: 71) oder Eucken (1965: 202). Diese Ordnung fördert zum einen

„[...] die Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit. Ihre andere Seite besteht darin, dass hier gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklicht werden soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre besondere Stärke.“ (Böhm 2009: 306)

Diese „eingerahmte Verkehrswirtschaft“, später „soziale Marktwirtschaft“ genannt, wies immer optimale Eigenschaften aus, z. B.:

- Sie ist instrumentell-effizient, weil der Preis- und Wettbewerbs-“Mechanismus“ ein funktionierendes Knappheits- und Allokationsinstrument darstellt (Eucken (1960: 8) bzw. weil dies ein „Kontrollapparat“ mit „zwingender Kraft“ ist (Eucken 1960: 70);
- Sie sorgt via „Markt“ „für eine bestmögliche Verteilung der Produktivkräfte“ (Röpke 1965: 57);
- Sie resultiert damit quasi-automatisch in eine Gleichschaltung von Eigen- und Gemeininteressen (vgl. zusammenfassend Wörsdorfer 1999: 199ff.)

Die Suche nach einer optimalen künftigen Ordnung entpuppt sich somit (im Gleichklang mit Mises und Hayek) als nutzlose Scheinsuche. Wer „den Markt“ (und seine „Mechanismen“, „Gesetze“ oder „Kräfte“) als Tatsache(n) setzt, braucht nichts mehr zu suchen. Daher ist Hajo Riese zuzustimmen, wenn dieser resümiert:

„[...] dass Eucken nicht vorhatte, eine Theorie der Funktionsweise von Wirtschaftsordnungen zu entwickeln, sondern, dass er seine Ordnungstheorie schuf, um das Fundament der Rechtfertigung der freien Verkehrswirtschaft zu legen.“ (Riese 1972: 36)⁵²

1.8. Die Polysemie des Marktes

Die bisherigen Ausführungen zeigten, wie mehrdeutig Mises, Hayek und die Ordoliberalen das Konzept von „dem Markt“ verwenden. „Der Markt“ ist ein Polysem: er trägt mehrere Bedeutungen in sich.

Das Konzept „des Marktes“ (unter Verwendung eines binären Codes mit einem „Nicht-Markt“) weist bei den erwähnten Autoren auch folgende Besonderheiten auf:

- (1) eine Vielfalt von Verwendungsweisen: der Begriff „der Markt“ kann deshalb auch nicht operationalisiert werden,
- (2) ein widersprüchliches Konzept einer „Planung für den Markt“ (das mit vielen Arten von Politik kompatibel ist) und
- (3) einen zutiefst elitären Standpunkt: sowohl für die Gesellschaft wie für das eigene Selbstverständnis als WissenschaftlerIn.

Diese drei Aspekte spielten für die Durchsetzung einer marktradikalen Denkweise in Deutschland nach 1945 und der Verdrängung des Keynesianismus ab den 70er-Jahren eine entscheidende Rolle.

⁵² Noch deutlicher formuliert es Herder-Donreich: „Die neoliberale Ordnungstheorie war somit äußerlich dualistisch angelegt, im Effekt aber eher monistisch (d.h. sie beruhte auf einem einzigen Lenkungssystem).“ (Herder-Donreich 1974, hier zitiert nach Ptak 2004: 129).

Die Bedeutungsfülle des Konzeptes „Markt“ ist ein Kennzeichen des Marktradikalismus. Polyseme sind wissenschaftlich meist ein Nachteil, in politischen Diskursen hingegen können sie ein Vorteil sein. „Der Markt“ wird zumindest in folgenden Bedeutungen verwendet:

- (1) als reales *Phänomen*: „Der Markt“ wird als Instanz, Institution oder Prozess gedacht, welcher (oder welchem) eine faktische Existenz zugeschrieben wird. Hier wird die Gültigkeit von „Kräften“, „Mechanismen“, „Tendenzen“ oder „Gesetze“ unterstellt, die beobachtbare Wirkungen entfalten. Im besonderen Maße geht es dabei um „den Mechanismus“ der Preise.
- (2) als *Normativ*: „Der Markt“ wird als Instanz mit „Kräften“ verstanden, denen positive Wirkungen zugesprochen werden. Diese werden also normativ interpretiert. Nur „der Markt“, so wird z. B. gesagt, könne die Akteure der Wirtschaft in richtiger Weise regeln. Das liberale System „des Marktes“ muss demgemäß aus ethisch-normativen Gründen als Vorteil erachtet werden.
- (3) als *Fiktion*: „Der Markt“ steht für eine Konstellation, die sich historisch noch niemals voll realisiert hat. In diese Kategorie fällt auch die erwähnte „antifaktische“ Geschichtsschreibung eines „falschen“ oder gar „entarteten“ Liberalismus.

„Die Verkehrswirtschaft in ihrer reinen Form ist nie probiert worden.“ (Hayek in einem Radiointerview, ORF 1983: 51)

- (4) als *Potentialität*: In dieser (historischen) Fiktionalität drückt „der Markt“ (mit seinen positiven Eigenschaften) auch eine Möglichkeit aus, die immer vorhanden ist, aber durch „Hindernisse“, „Zwänge“ oder „irrig“ Ideen (welche als „dem Markt“ nicht entsprechende „Ordnungen“ verstanden werden und worunter letztlich alle „kollektivistischen“ Ideen fallen) sich nicht realisieren kann, aber realisiert werden könnte. (In dieser Verwendung kann man reale Geschichte fiktional auch als „Behinderung“ seiner Potentialität schreiben.)
- (5) als *Utopie*: Diese Potentialität „des Marktes“ wird auf die Zukunft projiziert und eine Zukunft ausgemalt, in der sie sich voll entfalten kann. In dieser Bedeutung beschreibt „der Markt“ in letzter Konsequenz eine geschichtliche Utopie, einen „Nicht-Ort“ („altgriechisch ou- „nicht-“ und τόπος „Ort“). Daher konnte Hayek 1949 das Fehlen einer „liberalen Utopie“ konstatieren (Hayek 1960: 384). 1982 hieß es dann:

„Wir Marktwirtschaftler haben noch eine Utopie anzubieten – der Kommunismus hat keine mehr.“ (ORF 1983: 51)

In dieser Bedeutung liefert der Marktradikalismus eine Großutopie, vergleichbar jener der französischen Aufklärung oder des Kommunismus.

Die ambivalente und mehrdeutige Verwendung des Konzept von „dem Markt“ basiert auf der dualen Setzung „Markt“ versus „Nicht-Markt“, die nicht begründbar ist. Sie wird zu Beginn der jeweiligen Analyse schlichtweg gesetzt. Gleichzeitig gibt das Konzept „des Marktes“ in seiner Polysemie keine Auskunft, welche institutionellen Bedingungen vorliegen müssen, damit von einer „auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung“ (Mises), einer „spontanen Ordnung“ (Hayek), dem „Kapitalismus“ (Friedman) oder von der „vollständigen Konkurrenz“ (Eucken) geredet werden kann. „Der Markt“ ist kein Konzept, das hinsichtlich seiner institutionellen Bestandteile festgelegt (operationalisiert) ist: wir wissen nicht, welche konkrete Bedingungen vorliegen müssen, damit sich „der Markt“ real manifestiert.⁵³ Er kann auch (historisch,

53 Die mangelnde Operationalisierbarkeit der Grenzziehung kann an jeder einzelnen Theorie der bisher besprochenen Personen nachgewiesen werden. Hayek z. B. liefert in seiner Theorie der Evolution keine exakte Beschreibung jener Regeln, die sich in der Evolution als vorteilhaft herausgestellt haben (vgl. Huber 2001: 117). Hayek operationalisiert auch in seinen vielen Büchern niemals die Regeln, die seine „spontane Ordnung“ ausmacht. Auch die Konkretisierungen von „Ordnungen“, wie sie die Ordoliberalen vornehmen (z. B. die erwähnten komplexen Marktformenschemata bei Eucken) sind nicht (oder kaum) operationalisierbar. Grosseckler meint dazu: „Die Kritik an der Verwendung eines solchen

institutionell, konkret) nicht operationalisiert werden, weil eine konkrete Bestimmung die duale Unterscheidung nach homogenen Bereichen von „Markt“ und seinem logischen Gegenteil aufheben würde. (Genau in dieser Nichtbestimmung können Marktradikale ein gemeinsames politisches Anliegen verfolgen.)

Die mangelnde Operationalisierbarkeit „des Marktes“ bedeutet auch, dass marktradikale Wirtschaftspolitiken über keine gesicherte Grundlage verfügen. Die Setzung „des Marktes“ kollidiert mit seiner Praxis. Dieser Grundwiderspruch durchzieht alle marktradikalen Konzepte⁵⁴, die ausgehend von „Behinderungen des Marktes“ eine „Deregulierung“ verlangen:

„Auch die Beseitigung von Regeln ist ein konstruktivistischer Eingriff in das System, dessen Wirkungen nicht prognostiziert werden können. [...] Um beurteilen zu können, welche Regeln für die »Bildung einer spontanen Ordnung erforderlich sind«, benötigt man ein Wissen, über das man – wenigstens Hayek zufolge – gar nicht verfügen kann: Man muss wissen, welche Regeln die »spontane Ordnung« benötigt. Doch gerade dies setzt die Kenntnis von »Einzelheiten« dieser Ordnung voraus. Welche Regelungen der Wettbewerbspolitik, der Geldpolitik, welche Steuern und in welcher Höhe, welche Gesetze zu Rechtsformen von Unternehmen, welche Strafrechtspolitik usw. sind erforderlich, und welche Regeln sind nur ein »konstruktivistischer« Eingriff in die Spontaneität des Marktes? Man braucht diese Fragen nur stellen, um einzusehen, dass sich Hayek selbst entweder ein Wissen zuspricht, dessen bloße Möglichkeit er zugleich hartnäckig leugnet und dessen Quellen er nicht offenlegt, oder das »erforderliche« Maß an Regulierung ist ein bloßer Leerbegriff. In beiden Fällen ist Hayeks Aussage wissenschaftlich wertlos.“ (Brodbeck 2001: 64f.)

Der theoretische Nachteil einer Nichtoperationalisierung des Grundkonzepts stellt im (üblicherweise nicht reflektierten) Diskurs einen Vorteil dar, weil man je nach Thema oder Situation eine der vielen Bedeutungen in den Vordergrund stellen kann. So können Marktradikale z. B. immer dann, wenn Probleme des Kapitalismus thematisiert werden, von der realistischen zu einer fiktiven oder utopischen Bedeutung überwechseln. In diesem Schwenk kann „der Markt“ (als Ausdruck des Kapitalismus) niemals mit realen Problemen belangt werden, wie groß sie auch sein mögen. In Bezug auf die Weltwirtschaftskrise meinte z. B. Müller-Armack:

„Es wurde von der wissenschaftlichen Forschung nachgewiesen, dass die Hauptursachen für das Versagen der liberalen Marktwirtschaft gar nicht so sehr in ihr selbst liegen, als in einer Verzerrung, der sie durch den von außen kommenden Interventionismus seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts zunehmend unterlag.“ (Müller-Armack 1990: 9)

Mit anderen Worten: das Übel liegt nicht im System, sondern kommt immer von außen; die Parallelen zu Äußerungen zur Finanzkrise ab 2008 sind unübersehbar. So hieß es z. B. 2010 vom Finanzexperten Peter Brandner:

„Die Finanzmärkte sind das Einzige, was in den letzten Jahren einigermaßen funktioniert hat.“ (Gaulhofer 2010)

Marktformenschemas – und dies betrifft nicht nur Eucken, sondern alle Theoretiker, die ähnlich vorgehen – liegt unmittelbar auf der Hand: Die Unternehmer mögen sich ja durchaus nach der Einschätzung ihrer jeweiligen Marktform richten; ihre Überlegungen stellen jedoch innermenschliche oder innerbetriebliche Sachverhalte dar, die außenstehenden WissenschaftlerInnen nicht zugänglich sind. Es fehlt also an operationalen Anwendungsbedingungen für das Marktformenschema, das die Kräfte widerspiegelt, denen sich die Akteure in den einzelnen Marktformen ausgesetzt sehen. Das ist deshalb gravierend, weil die Abgrenzung von Märkten schwierig ist und weil zwei verschiedene WissenschaftlerInnen für einen Markt, dessen Grenzen sie unterschiedlich weit ziehen, deshalb leicht zu unterschiedlichen Marktformen gelangen können.“ (Grossekettler 2003: 22f.) Ein analoges Argument kann für viele Grundbegriffe der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie geführt werden, vgl. Ötsch (2009).

54 Vgl. hier auch Pirker (2004: 145).

Die Grundregel in diesen Diskursen lautet: Positive Aspekte der Realität (wie hoher Lebensstandard, schnelle Innovationen oder steigende Lebenserwartung) werden für „den Markt“ reklamiert, negative stereotyp dem „Nicht-Markt“ zugewiesen. Für Hayek können marktwirtschaftliche Systeme deshalb im Prinzip keine „ungelösten Probleme“ besitzen:

„Die größten Übelstände, mit denen wir heute zu tun haben, sind [...] ein Ergebnis der Politik und nicht der Marktwirtschaft“. (ORF 1983: 48)

Im Glauben an „den Markt“ erscheint jede Wirtschaftskrise als Produkt einer „interventionistischen“ Wirtschaftspolitik. Denn man kann nach Hayek

„[...] nicht sagen, dass die Marktwirtschaft die Krisen erzeugt, sondern dass die staatliche Politik die Krisen erzeugt.“ (ORF 1983: 49)⁵⁵

1.9. Planung für „den Markt“

Das marktradikale Denken steht damit vor einem grundsätzlichen Paradoxon:⁵⁶

1. Zum einen wird, wie eingangs gesagt, die gesellschaftliche Entwicklung von Ideen abhängig gemacht.
2. Zugleich werden objektive, von Menschen unabhängige Entwicklungsgesetze für die Geschichte der Gesellschaft abgelehnt.
3. Zum anderen beruft man sich aber auf die Realität „des Marktes“ (in logischem Gegensatz zu dem „Nicht-Markt“) und seine „Gesetze“. (Bei Hayek ist „der Markt“ gar von menschlichen Intentionen und Zielsetzungen unabhängig).
4. Daraus leitet man dann den Schluss ab, „den Markt“ (als Ziel, Norm oder Utopie) durch die Politik herstellen, d. h. gezielt Bedingungen für „den Markt“ errichten zu müssen,
5. die nach eigenem Verständnis von einer zentralen Behörde gar nicht errichtet werden können.

Die Folge ist eine Wirtschaftspolitik, die als „Planung für den Markt“ oder als „Regulierung im Namen von Deregulierung“ oder als „Regelung im Namen zukünftiger Nichtregelung“ charakterisiert – und in seiner Polysemie mit vielen Arten von Politik verbunden werden kann. „Planung für den Markt“ ist dabei zugleich „Planung gegen den Nicht-Markt“:

„'Planung für den Markt' bringt [...] zum Ausdruck [...] das Bewusstsein, dass alternative gesellschaftliche Ordnungen existieren und dass es darauf ankommt, die bestimmte gesellschaftliche Form Markt gegen Alternativen durchzusetzen. Planung für den Markt ist daher immer gleichbedeutend mit: Planung gegen den Sozialismus, gegen eine ‚gemischte‘ Wirtschaft und gegen alles, was darauf zielt, Produktion, Verteilung in anderer Form als über Märkte zu organisieren.“ (Thomasberger 2009: 65)

55 Diese Aussagen wurden bei einem Radiointerview getätigt. Andere Aussagen waren (in Anführungszeichen Hayeks Antworten): Zur Macht der Großkonzerne: Der Markt „[...] produziert keine Saurier.“ „Die Tendenz zu Gigantismus ist [...] eine Tendenz der staatlichen Politik.“ Zur Konzentrationstendenz: „Es besteht keine Tendenz in diese Richtung. Die Firmen werden immer mehr und nicht weniger.“ Zu Arbeitslosigkeit: Sie ist „[...] nicht eine Folge des freien Marktes, sondern eine Folge der Misswirtschaft in der Lohn- und Geldpolitik.“ (ORF 1983: 37ff.)

56 Es „schließt ein, den ökonomischen Determinismus zurückzuweisen, gleichzeitig aber nach einer objektiven, ökonomischen Begründung des eigenen Credos zu suchen. Dazu gehört schließlich der Anspruch, die Marktgesellschaft als Resultat ökonomischer Gesetzmäßigkeiten auszuweisen, obwohl eingeräumt wird, dass deren Fortexistenz von der Überzeugungskraft der eigenen Ideen abhängt.“ (Thomasberger 2012: 66)

In diesem Paradoxon kollidiert die intendierte Praxis (einer Planung) mit den Inhalten der Theorie (eines nicht-geplanten oder gar nicht-planbaren Marktes). Sie verlangt von den Theoretikern „des Marktes“ das „richtige“ Wissen (nämlich das „des Marktes“) zu besitzen, - auch im Gegensatz zu PolitikerInnen, vor allem jene, welche eine Planung des „Nicht-Marktes“ anstreben. Damit wird eine diskursive Struktur erzeugt, die mehrere Ausprägungen besitzt:

- ein *elitäres Denken* seitens der WissenschaftlerInnen gegenüber den PolitikerInnen, einschließlich der damit verbundenen moralischen Implikationen;
- eine *ambivalente Selbstpositionierung* von „machtlos“ bis „ratgebend“ als letztlich außenstehend zur „Praxis“, womit die Nichtthematizierung des eigenen Einflusses auf die „Praxis“ einhergeht;
- ein *evoziertes Negativszenario*, dabei u. a. mit dem Rückgriff auf Metaphern z. B. der Medizin: hier werden „Märkte“ z. B. als „Patienten“ gesehen, die es zu heilen gilt;
- darauf aufgesetzt entsprechende (erforderlich seiende) *Macherszenarios*, z. B. mittels Metaphern der Felder Sport oder Technik (z. B. „[...] an den Schrauben drehen [...]“ usw.);
- ein *Geschichtstelos*, der hinter diesen Auffassungen steht (als „Beugen“ vor „Notwendigkeiten“) und mit dem sich wiederum die Überlegenheit der „Wissenschaftler“ (der Ökonomie) gegenüber den „Praktikern“ (der Politik) verbindet.

1.10. Elite und Masse

Elitäres Denken heißt, sich als „auserwählt“ zu begreifen. Damit wird ein soziales System in der Regel in zwei Teile zerlegt: in Elite und in Nichtelite, oft als „Masse“ bezeichnet (vgl. Hartmann 2004: 8ff.). Wodurch legitimieren sich aber Eliten? „Herkunftseliten“ rechtfertigen sich aus sich selbst, z. B. durch ihre ständische oder klassenbezogene Herkunft. Bei Leistungseliten (und weiter gefasst Werteliten) hingegen begründet sich die elitäre Stellung aus bestimmten Merkmalen, wie Qualifikation, Leistungsfähigkeit oder Leistungsbereitschaft, die anzuerkennen seien. Ab den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden Eliten vermehrt als „Funktionseliten“ angesprochen (z. B. Mannheim 1935; Lasswell 1934). Hier wurde zum einen auch die Problematik der „Auslese“ systematisiert (z. B. in Wirtschaftseliten, Politikeliten usw.). Zum anderen wurde über diesen Weg das Selbstverständnis, das es Eliten gibt bzw. braucht, neu begründet. Die neue Begründung bestand dabei in der Verknüpfung des Leistungselitären mit einer funktionalen Vorstellung von Gesellschaft.⁵⁷

Das marktradikale Denken ist aus vielen Gründen mit einem elitären Denken eng verwoben (auch abhängig davon, welche politischen Ideen sich konkret mit ihm verbinden). Wichtige Beispiele sind ein Elitenansatz für die Gesellschaft oder für sich selbst als WissenschaftlerIn. Der Ordoliberalismus z. B. war von der Überzeugung getrieben, man könne sich selbst über wirtschaftliche Einzelinteressen stellen und direkt das Gemeinwohl verfolgen. Röpke wollte dies auch institutionalisieren und schlug dazu eine *Nobilitas naturalis* des Gemeinsinns vor. Darunter verstand er eine über den Klassen stehende moralische Elite, die als „Zensor“ agieren solle.⁵⁸ Insgesamt wurde im Ordoliberalismus eine

57 Das Problem der „Herkunft“ ist dabei in den Hintergrund getreten und wurde erst über die Humankapitaltheorie von Bourdieu wieder neu belebt: Die Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital ist neben der mit ökonomischem Kapital nach Bourdieu ausschlaggebend für die Stellung und Entwicklung des Menschen in einer Gesellschaft (Bourdieu 1983: 183ff.).

58 Röpkes ideale Aristokraten geben der Gesellschaft ein leuchtendes Vorbild: „Dabei erweist sich auch die von den Menschen willig anerkannte Autorität jener dünnen Schicht einer nobilitas naturalis als unentbehrlich, in die einige wenige durch ein exemplarisches Leben der entsagungsvollen Leistung, der unantastbaren Integrität, der ständigen Bändigung des gemeinen Appetits und des höchsten allgemeinen Beispiels zu einer die Maßstäbe setzenden Stellung über den Klassen, Interessen, Leidenschaften, Bosheiten und Torheiten emporsteigen und das Gewissen der Nation verkörpern. Eine freie Gesellschaft

Herkunfts- und Machtelite abgelehnt, eine Leistungs- und Wertelite dagegen positiv betont und dazu eine diesbezügliche Positions- und Funktionselite gefordert (vgl. Wörsdorfer 2011: 275).

Elite und Masse formen ein duales Bild einer Gesellschaft. Bei den Ordoliberalen steht „Masse“ nach Ptak

„[...] als Synonym für eine nicht gebildete, unzivilisierte, an primitiven Urinstinkten orientierte Bevölkerungsmehrheit, die sich und die zivilisierte Welt ins Verderben stürzt, wenn sie nicht durch eine starke, durchsetzungsfähige Elite geführt wird.“ (Ptak 2004: 38f.)

Die Vielen der Masse sind aber ein Problem, wenn sie über Einfluss auf die Gesellschaft verfügen. Für Eucken, Röpke und Rüstow lag das zentrale Problem in der „Vermassung“ der Gesellschaft (Eucken 2004: 18 und Röpke 1979: 23, vgl. dazu auch Zweynert 2007: 10ff., Dathe 2009 und Kolev 2011).⁵⁹ Für Röpke galt die „Vermassung“ als Ausdruck des „Kollektivismus“, d. h. die „Masse“ will nach ihm generell den „Nicht-Markt“. Aber das sei eine „[...] tödliche Gefahr unserer gesamten abendländischen Gesellschaft [...]“ (Röpke 1979: 33). Eucken führte 1932 die Weltwirtschaftskrise auf den Einfluss der „[...] chaotischen Kräfte der Masse [...]“ in Staat und Gesellschaft zurück (Eucken 1932: 15).

Wer den Einfluss der „Masse“ auf die Gesellschaft als Problem ansieht, hat letztlich mit der Demokratie selbst Probleme. Demokratie galt für Rüstow und Röpke als Massendemokratie (vgl. Quaas 2000: 200f.), sie garantiert nicht Freiheit per se. Nach Röpke müsse „die Tyrannei der Masse“ beschränkt werden:

„Wenn der Liberalismus daher die Demokratie fordert, so nur unter der Voraussetzung, dass sie mit Regierungen und Sicherungen ausgestattet wird, die dafür sorgen, dass der Liberalismus nicht von der Demokratie verschlungen wird.“ (Ptak 2004:42, hier Röpke 1962: 123f. zitierend)

Analog hat sich Hayek für eine „Demarchie“ ausgesprochen: eine Art „Expertenparlament“ mit einer „Gesetzgebungskammer“, welche seine „Rule of Law“ auch gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen soll. Hier sollten respektierte „honorarios, independent public figures“ vertreten sein, eine Art „Weisenparlament“ der „the most successful member of the class“, ohne direkte Abhängigkeit von Parteien.⁶⁰

Dem Massen-Bild der Gesellschaft steht bei vielen marktradikalen Theoretikern das Bild einer elitären Gruppe „des Marktes“ gegenüber, die man für sich selbst in Anspruch nimmt. Marktradikale denken sich selbst oft als Teil einer Elite. Für die Zeit nach 1945 kann dabei der Übergang von einer Herkunft- und Leistungs- bzw. „Wertelite“ in eine ganz bestimmte Funktionselite beobachtet werden, nämlich zu einer Wissenschaftselite. Bis 1933 war es für die Mehrzahl der Ökonomen⁶¹ bzw. bis 1945 für

kann ohne eine solche Zensorenklasse nicht bestehen [...]“ (Röpke 1958: 175) Lorch meint kritisch dazu: „Die Forderungen der Ordoliberalen nach bestimmten Werten und Strukturen sind im Grunde unliberal, da sie den Menschen und der Gesellschaft ganz bestimmte Werte und einen traditionellen Lebensentwurf vorschreiben. Haselbach nennt dies sehr treffend einen „autoritären Liberalismus“, der sich im Grunde weigert, die Entwicklungen der Moderne anzuerkennen. Stattdessen romantisiert [Röpke] eine Zeit des Kleinbürgertums, der ständischen Gesellschaft und der Kleinbauern, die außerhalb der wirtschaftlichen Freiheit statt einer individuellen, mündigen Freiheit eher eine Unterwerfung unter eine ‚Zensorenklasse‘ betont.“ (Lorch 2013: 82, mit Verweis auf Haselbach 1991)

⁵⁹ Im überarbeiteten Findbuch des Nachlasses von Alexander Rüstow (Bundesarchiv Koblenz 2004: 60) findet sich z. B. folgender Eintrag „Technischer Fortschritt, Übervölkerung und Vermassung, in: Gedenkschrift für Ibrahim Hazal Palin, Istanbul 1948, S. 297-308“.

⁶⁰ In: Hayek (1978: 96f.), hier zitiert nach Andrae (2012: 69ff.).

⁶¹ Mehrzahl daher, weil der so genannte Werturteilsstreit in der Nationalökonomie schon entbrannt war. Max Weber ging aus diesem damals noch ziemlich isoliert hervor; Vgl. hier z. B. Nau (1996: 51); Lindenlaub (1967); Demm (1988: 119ff.) bzw. Weber (1922: 461f.) selbst.

einige ÖkonomInnen noch selbstverständlich, sich im „Dienste“ der Gesellschaft wirken zu sehen.⁶² Aber wer sich im Besitz der „richtigen“ Theorie, nämlich der des „Marktes“, wähnt, muss sich selbst als Elite denken. Als solche braucht sie Formen von Organisation, um auf die Gesellschaft im Sinne einer „Planung für den Markt“ einwirken zu können. Am folgerichtigsten hat dies Hayek gedacht, der auf der Ebene der „Weltgesellschaft“ eine globale „Wissenschaftselite“ der Welt institutionell verzahnt. Gemeint ist die Mont Pèlerin Society (MPS), davon wird noch ausführlich die Rede sein.

1.11. Eine nicht reflektierte „Politische Ökonomie“

Mit diesen Aspekten wird in jeder der erwähnten Theorien der Anspruch einer genuin „politischen Ökonomie“ erhoben. Er manifestiert sich auch dahingehend, dass immer eine Vernetzung wissenschaftsintern und mit vielen gesellschaftlichen Teilen angestrebt wird. Die vielen Prozesse, die Latour (1998) für den Erfolg einer Wissenschaft als notwendig ansieht, werden (und wurden) von vielen marktradikalen ÖkonomInnen aktiv angestrebt. Man will Gesellschaft nicht „nur“ analysieren, sondern aktiv mitformen; im Deutschland der Nachkriegszeit haben dies die Ordoliberalen bekanntlich mit dem Konzept und der politische Installierung einer „sozialen Marktwirtschaft“ getan.

Aber eine marktradikale „Politische Ökonomie“ steht analytisch vor einem nicht auflösbaren Widerspruch: Als „liberales“ Konzept geht jeder Ansatz immer vom Individuum aus. Gruppenbildungen und Gruppenprozesse werden nicht analysiert oder als „kollektivistisch“ abgetan. „Beziehungen“ werden als Beziehungen zwischen Individuen bzw. von (isolierten) Individuen mit „dem Markt“ verstanden. Sozialpsychologischen Faktoren (wie Keynes' Vorstellung von einem „Herdentrieb“ auf Finanzmärkten) wird keine systematische Rolle für das Erkennen wirtschaftlicher Prozesse zugesprochen.

In der dualen Gegenüberstellung von „Markt“ und „Nicht-Markt“ muss „Gruppe“ letztlich mit „Nicht-Markt“ assoziiert werden. Die selbst ernannte „Elite des Marktes“ kann sich daher schwer selbst als Gruppe denken, sie müsste sich dann selbst Aspekte des „Nicht-Marktes“ zuschreiben. Auf diese Weise verhindert das marktradikale Denken eine angemessene Reflexion der eigenen Gruppen- bzw. Netzwerkbildung. Analog zur Geschichte der Wirtschaft (die als Kampf von „Markt“ und „Nicht-Markt“ gedeutet wird) kann auch die Geschichte des eigenen wissenschaftlichen Feldes nicht als sozialer (und historisch kontingenter)⁶³ Prozess verstanden werden.⁶⁴ Auf der einen Seite führt die Forderung nach einer Umgestaltung der Gesellschaft zu einer aktiven Netzwerkbildung, auf der anderen Seite kann genau dieser Prozess von marktradikalen Theoretikern nicht analysiert werden:

„Die gleichgesinnten Ökonomen und Wissenschaftler werden nicht als Interessensgruppe gefasst und thematisiert. [...] Die Beziehungen sind immer [...] Einzelbeziehungen. Die inhaltliche Zusammenarbeit ist auf die Lösung konkreter Probleme im Wissenschaftsbetrieb beschränkt. Das Bild des originellen, individuellen Denkers durchzieht die Selbstdarstellungen [...]. Dankadressen und die Aufzählung von Kollegen, von denen man gelernt habe, sind in diesem Kontext die größte Annäherung an den Gruppengedanken.“ (Nordmann 2005: 44)⁶⁵

62 Zu Zeiten einer „ethischen Nationalökonomie“ wurde dieses elitäre Selbstverständnis noch offen und mit Selbstverständnis vertreten, wenn es z. B. von Knapp heißt, die beste politische Herrschaft sei die einer Herrschaft „[...] hochsinniger und hochgebildeter Beamten [...]“ (Knapp 1891: 86).

63 Kontingenz steht in Widerspruch zu Hayeks „Theorie“ der Evolution.

64. Hayek hat der Soziologie schon früh eine rigide Absage erteilt. In seinem letzten Buch unternimmt er einen Rundumschlag gegen den „Rationalismus“, „Empirismus“, „Positivismus“ und „Utilitarismus“ (Hayek 1996: 57ff.). In Bausch und Bogen verdammt wird auch die Psychoanalyse u. die gesamte Soziologie: deren Unvermögen träte am „[...] kassesten [...]“ zutage, - „[...] am allerschlimmsten in der sogenannten ‚Wissenssoziologie‘“ (ebenda: 52).

65 Nordmann (2005) diskutiert dies für die Selbstdarstellungen von Hayek und Popper. Auf Popper konnte innerhalb dieses Projektes nicht näher dazu eingegangen werden.

Das marktradikale Denken kann das eigene Tun nicht als sozialen Prozess reflektieren. Der Ansatz verhindert einen klaren Blick auf die Wichtigkeit von Netzwerkbildungen für die Geschichte der Nationalökonomie, nicht nur in Deutschland. Dies mag mit ein Grund sein, warum dazu erst spät Untersuchungen begannen. Im Folgenden sollen Aspekte der Geschichte der deutschsprachigen Nationalökonomie im Zusammenhang mit dem marktradikalen Denken und ihren Netzwerken dargestellt werden. Der Fokus liegt in der ersten Zeit nach 1945, weil hier Weichen gestellt wurden, die immer noch nachwirken. Die Darstellung kann nur bruchstückhaft sein und soll weitere Forschungen anregen.

2. Netzwerke der Ordoliberalen bis 1945

2.1. Netzwerke bis zur Machtergreifung Hitlers

Die wichtigsten Personen für die Netzwerkbildung der Ordoliberalen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg waren Alexander Rüstow und Walter Eucken (vgl. zum Folgenden Sala 2011). Beide versuchten Wissenschaft, Wirtschaft und Politik strategisch zu verbinden und in allen drei Bereichen Einfluss zu erlangen: Rüstow vor allem als Lobbyist mit guten Beziehungen zur Politik und zur Presse und Eucken mit seinem Prestige als Universitätsprofessor (ab 1925 hatte er einen Lehrstuhl in Tübingen). Rüstow und Eucken kannten sich schon seit dem Ersten Weltkrieg. Mitte der 20er-Jahre waren beide in Berlin bei Wirtschaftsverbänden tätig: Eucken neben seiner universitären Tätigkeit für die Fachgruppe Textil im Reichsverband der Deutschen Industrie, Rüstow ab 1919 im Reichsministerium der Wirtschaft, dann ab 1924 als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten. Rüstow vertrat bis in die zwanziger Jahre sozialistische Ideen. Bereits 1907 hatte er sich mit den Schriften von Franz Oppenheimer befasst und war dann mit dessen Schülern Adolf Löwe, Gerhard Colm und Eduard Heinemann befreundet.

Mitte der zwanziger Jahre vollzog Rüstow eine „Bekehrung vom Sozialismus zum Liberalismus“, wie er selbstironisch an Löwe schrieb.⁶⁶ Von da an pflegte er intensive Kontakte zu Röpke und Eucken, bei denen auch laufend strategische Fragen diskutiert wurden. (Röpke hatte Rüstow bei einem Vortrag kennengelernt.) Ab 1926 begann Rüstow jüngere Kollegen, die sich an neoklassischen Ansätzen orientierten, systematisch zu vernetzen, um daraus einen Diskussionskreis und eine wissenschaftspolitische Lobby zu formen (Janssen 2009: 107ff.).⁶⁷ Sein Ziel war es - wie er im Januar 1927 in einem Brief an Eucken schrieb - zur Attacke auf die „Ruinen der Historischen Schule“ überzugehen.⁶⁸

66 Brief Rüstow an Löwe vom 28.6. 1946, NL 169/42, zitiert nach Janssen (2009: 107).

67 Rüstow bezeichnete den Kreis als „deutsche Ricardianer“. Sie umfasste neben seinem Bruder Hanns-Joachim die alten Freunde Löwe, Heimann und Colm sowie Eucken und Röpke. Zum erweiterten Kreis zählten Feiler, Gestrich, Hahn, Lederer, Lutz, Neisser und Wolfers (Janssen 2009: 107). Für Hayek war dies der „einzige einflussreiche und aktive Theoretikerkreis, der bis 1933, wenn auch vergeblich, so doch mit großer Anstrengung, für eine freie Wirtschaft kämpfte.“ (Hayek 1983: 12)

68 Brief Rüstow an Eucken vom 24. 1. 1927, NL 169/17; zitiert nach Janssen (2009: 104). Sala (2011) diskutiert den dabei stattfindenden Wandel des Begriffs „Theorie“, der nach und nach diskursiv aufgeladen wurde: „Trotz oder gerade wegen der diversen Motive war der Theoriebegriff eine fundamentale Verständigungsgrundlage für beide Nationalökonomien, in dem er Rüstow eine Brücke zum akademischen und Eucken eine zum politischen Feld bot. Im Sprachspiel des Theoretischen kamen vielschichtige latent anerkannte und neu verhandelte Normen zum Ausdruck, welche das gemeinsame wirtschaftspolitische Engagement Rüstows und Eucken regelten. Im Kern: Der Lobbyist Rüstow konnte sich als Angehöriger der Wissenschaft verstehen und auf gleicher Augenhöhe mit den akademischen Vertretern der Nationalökonomie interagieren; der Professor Eucken konnte für seine wissenschaftlichen

Eine prominente Gelegenheit dazu bot die Pyrmont-Konferenz im Frühsommer 1928. Hier trafen sich ranghohe Politiker (u. a. Reichskanzler a. D. Hans Luther, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und Finanzminister Rudolf Hilferding), Spitzen der Wirtschaft und führende NationalökonomInnen, um drängende Fragen zu den Reparationen aus dem Versailler Friedensvertrag zu diskutieren. (1929 kam es dann zum Young-Abkommen.) Die Konferenz wurde vor allem von Löwe und Colm organisiert. Sie luden dazu auch (meist) junge neoklassisch inspirierte Theoretiker ein, Gutachten anhand „der Methode der isolierenden Abstraktion“ zu erstellen. Auf Initiative von Löwe und Rüstow einigten sich die Vertreter dieser Richtung (zu der auch Feiler, Hahn, Neisser und Röpke gehörten) vor der Konferenz auf eine gemeinsame Linie und verabredeten eine Strategie gegenüber den „Historikern“.

Ein Jahr später versuchten Rüstow und Eucken den Verein für Sozialpolitik zu übernehmen (Sala 2011: 32ff.; Janssen 2009: 109ff.). Der Versuch scheiterte aber. Dabei kam es auch zu heftigen Meinungsverschiedenheiten der beiden mit Hayek und Mises. Die Vertreter der Historischen Schule konnten ihre Machtstellung beibehalten.⁶⁹ Rüstow reagierte auf den Misserfolg mit dem Vorschlag, ein „gemeinsames Arbeitsprogramm mit entsprechender Arbeitsteilung“ zu entwickeln.⁷⁰ Eucken antwortete darauf mit einem detaillierten Plan für eine neue Institutionalisierung der neoklassischen Theorie.

Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurden die Spannungen zwischen den sozialistisch (wie Löwe und Heimann) und marktliberal argumentierenden „Theoretikern“ so groß, dass dieses Vorhaben zum Stillstand kam (Janssen 2009: 110ff.). Ab August 1931 betrieb Rüstow verstärkt den Aufbau eines Deutschen Bundes für freie Wirtschaftspolitik als Sammelbecken für wirtschaftsliberale ÖkonomInnen. Erst jetzt bildete sich eine marktradikale Rhetorik in Abgrenzung zu den „sozialistischen“ Neoklassikern. Belege dazu finden sich in Rüstows Rede im Verein für Sozialpolitik in Dresden 1932 („Freie Wirtschaft - Starker Staat“) und in Euckens Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus“ (Eucken 1932). Beide forderten - ein Jahr vor Hitlers Machtantritt – dass der Staat die Kraft finden müsse, sich

„[...] vom Einfluss der Massen frei zu machen und sich wieder in irgendeiner Form von der Wirtschaft zu distanzieren.“ (Eucken 1932: 318)

Rüstow favorisierte dabei einen „marktkonformen Interventionismus“, Eucken eine marktradikale Ordnungspolitik. In beiden Fällen setzte der „neue Liberalismus“, wie Rüstow 1932 sagte, nicht auf den „Nachtwächterstaat“ des alten Liberalismus, sondern auf einen „starken Staat“, geformt durch „Autorität und Führertum“ (Janssen 2009: 114).

2.2. Die Freiburger Schule

Mit dem Machtantritt von Hitler im Frühjahr 1933 zerbrachen die früheren Netzwerke auch personell. Löwe, Colm, Heimann und Wolfers gingen ins Exil und fanden sich später an der New School for Social

Abstraktionen Gehör finden und der Politik seine wirtschaftspolitischen Ansprüche vermitteln.“ (Sala 2011: 46)

⁶⁹ Danach wurde auch die Gründung eines „Theoretischen Clubs der Ricardianer“ diskutiert. Rüstow erstellte dazu im September 1928 eine Namensliste, die Reihenfolge gab dabei den Grad der Geeignetheit und Vertraulichkeit wieder: A) Deutsche Theoretiker; I. Altschul, Bernfeld, Block, Colm, Eucken, Feiler, Gestrinch, Hahn, Heimann, Ilau, Lautenbach, Lehmann, Lederer, Löwe, Lutz, Marschak, Neisser, Hilde Oppenheimer, Röpke, A. Rüstow, H. J. Rüstow, Veit, Vleugels, Welter, Wolfers (handschriftlicher Zusatz Palyi?) II. Käthe Bauer-Mengelberg, Bloch, Hermberg, Jahn (?), Neumark, Nölting, Predöhl, Stähle, Stucken, Terhalle III. Kromphardt, Karl Lederer, E. Schuster, Schumpeter.

B) Österreichische Theoretiker. I. Martha-Stefanie Braun, Haberler, Hayek, Lachmann, Machlup, Rosenstein-Rodan, Schlesinger, Strigl, II. B. Kautsky, Morgenstern, III. H. Mayer, Mises. (Die Liste findet sich im Nachlass Rüstows, NL 169/191; zitiert nach Janssen (2009: 111).

⁷⁰ Brief von Rüstow an Eucken vom 11.3.1929, BArch NL 169,2; zitiert nach Janssen (2009: 111).

Research in New York wieder.⁷¹ Rüstow war auf einer letzten, nicht mehr verwirklichten Kabinettsliste des Reichskanzlers Kurt von Schleicher als Wirtschaftsminister vorgesehen, Schleicher versuchte vergeblich, die Machtergreifung Hitlers zu verhindern. Als die Gestapo später eine Hausdurchsuchung bei Rüstow vornahm, musste dieser sich als bedroht ansehen und ging im Sommer 1933 an die Universität Istanbul, wo er einen Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte bekam. Noch deutlicher als Rüstow hatte sich Röpke gegen die Nationalsozialisten exponiert. Er wurde im April 1933 als Hochschullehrer beurlaubt (seit 1929 war er Ordinarius für politische Ökonomie an der Universität Marburg). Er floh ebenfalls in die Türkei und wurde in Istanbul Kollege von Rüstow.

Eucken hingegen blieb in Deutschland. Seit 1927 hatte er einen Lehrstuhl an der Universität Freiburg. Er baute hier mit großem Aufwand Netzwerke in den Bereichen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf. Dazu zählte auch sein intensives Promotionsprogramm zum Aufbau einer eigenen Schule, die später als „Freiburger Schule“ bekannt werden sollte. Nach einer Aufzählung entfielen von den 128 zwischen 1933 und 1945 an der Fakultät abgeschlossenen Promotionen allein 45 auf Eucken (vgl. Brintzinger 1996: 121).

Durch Eucken wurde die Universität Freiburg für die Ausbildung der späteren ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre maßgebend. In dem hier untersuchten Sample⁷² wurden die Promotionsorte der ProfessorInnen untersucht. Für die Zeit bis 1950 (und damit auch bis zum Tod von Walter Eucken 1950) ist die Universität Freiburg hierbei mit 10,68% (11 Personen) aller Promotionen der wichtigste Ausbildungsstandort; gefolgt von den Universitäten München, Berlin, Frankfurt und Hamburg mit jeweils 7 Promotionen (6,67%) von späteren ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre.

Zu Euckens unmittelbaren SchülerInnen gehörten viele Personen, die nach 1945 volkswirtschaftliche Lehrstühle bekamen oder unmittelbaren wirtschaftspolitischen Einfluss hatten, darunter waren z. B. vertreten: Bernhard Pfister (mit der Arbeit „Die Entwicklung zum Idealtypus: eine methodologische Untersuchung über das Verhältnis von Theorie und Geschichte bei Menger, Schmoller und Max Weber“, 1926), Karl Friedrich Maier (mit der Dissertation „Die Goldpolitik der Bank von Frankreich 1928-1930“ 1931), Elisabeth Liefmann-Keil („Organisierte Konkurrenz-Preisbildung“ 1936), Wilhelm Krelle („Das Say'sche Theorem in der Nationalökonomie“ 1947), Karl Paul Hensel („Ordnungspolitische Untersuchungen über die gewerblichen Arbeitsverhältnisse im 19. Jahrhundert in Deutschland“, 1949), Martin Beckmann („Wirtschaftsordnung und Verteilung“ 1949), Ernst Heuß („Das Problem des Zinses als monetäre Erscheinung“ 1945), Fritz Walter Meyer („Über den Mechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs“, 1937).

Friedrich-August Lutz hatte bereits 1925 bei Eucken an der Universität Tübingen promoviert („Der Kampf um den Kapitalbegriff in der neuesten Zeit“).⁷³ 1932 wurde Lutz unter Mithilfe von Eucken an der Universität Freiburg habilitiert. 1933 folgte Franz Böhm, der ein Jahr vorher in Freiburg mit „Der Kampf des Monopolisten gegen den Außenseiter als wettbewerbsrechtliches Problem“ promoviert hatte, die Habilitation wurde im gleichen Jahr als „Wettbewerb und Monopolkampf“ veröffentlicht. Habilitiert wurden zu dieser Zeit auch Bernhard Pfister, 1938 dann Leonhard Miksch und F.W. Meyer, der zuvor am Institut für Weltwirtschaft in Kiel als Forscher tätig war. Meyers Habilitation wurde 1938 als „Der Ausgleich der Zahlungsbilanz“ publiziert. Danach kehrte Meyer als Direktorialassistent nach Kiel zurück und wurde 1943 als Ordinarius an die Universität Kiel berufen.

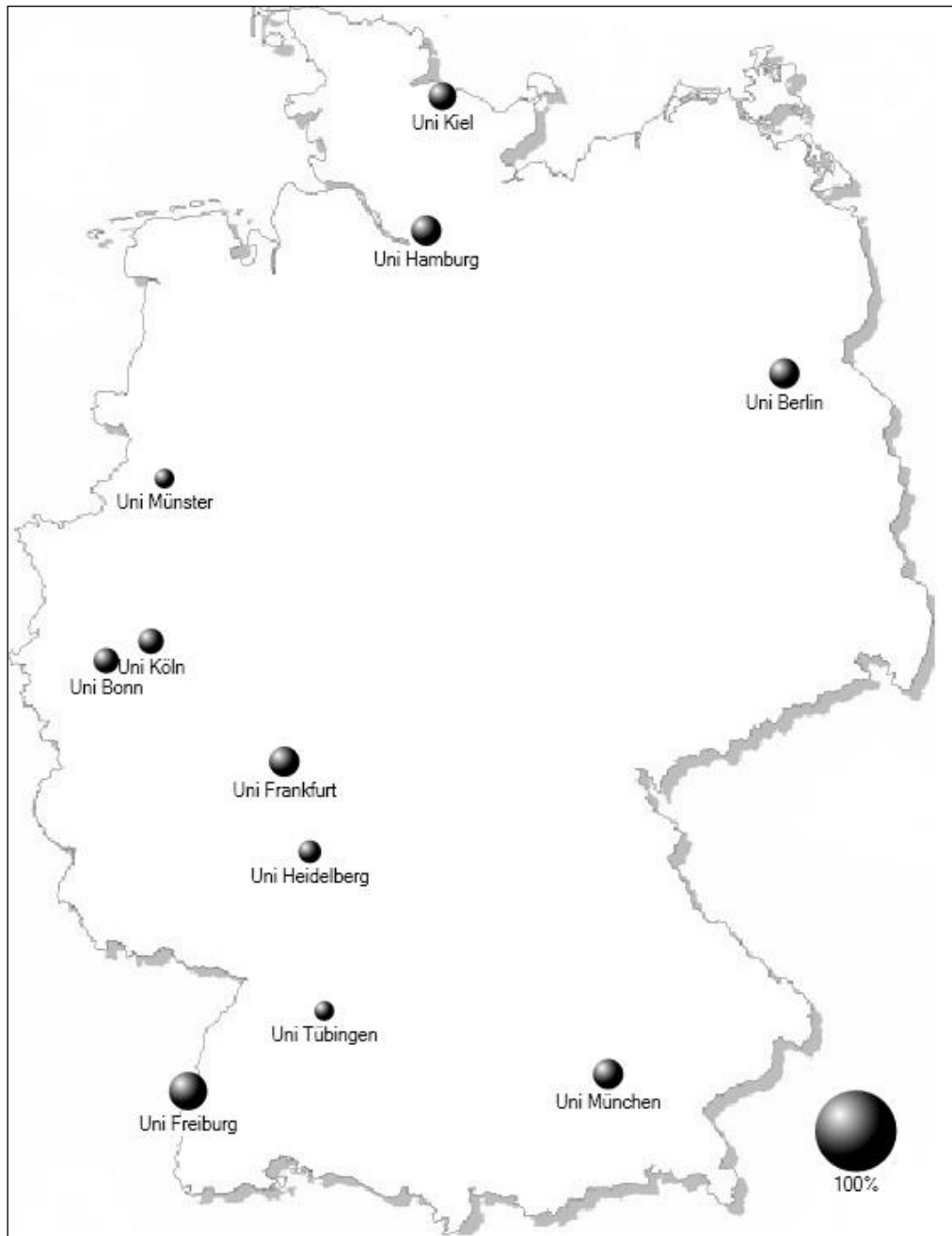
71 Zur teilweise gewaltsamen Vertreibung jüdischer und sozialdemokratischer ÖkonomInnen (Colm, Löwe) vom IfW Kiel und dem Wirken dieser frühen „Kieler Schule“ im Exil vgl. Hagemann (1997a und b).

72 Für diesen Artikel wurden ausschließlich ProfessorInnen untersucht, die zwischen 1954 und 1995 an deutschen Hochschulen an Instituten für Volkswirtschaftslehre lehrten und zumindest einmal in der Buchreihe „Vademecum. Deutscher Lehr und Forschungsstätten“ aus den Jahren 1954, 1957, 1961, 1964, 1968, 1974, 1978, 1985, 1989, 1992 und 1995 als solche ausgewiesen werden

73 Ptak (2004: 57) erwähnt noch als Dissertanten den späteren Kardinal Joseph Höffner (1940) sowie Hans Otto Lenel (1942) und Ernst Heuß (1944).

Bedeutende Ausbildungsstandorte der VWL bis 1950 sind in Abbildung 1 visualisiert. Hierzu gehören bis in die 50er Jahre insbesondere Freiburg, Hamburg, Kiel und Berlin. Der Schwerpunkt-Standort Freiburg (mit Walter Eucken) ist quantitativ dabei deutlich zu erkennen.

Abbildung 1: Bedeutende VWL-Ausbildungsstandorte bis 1950

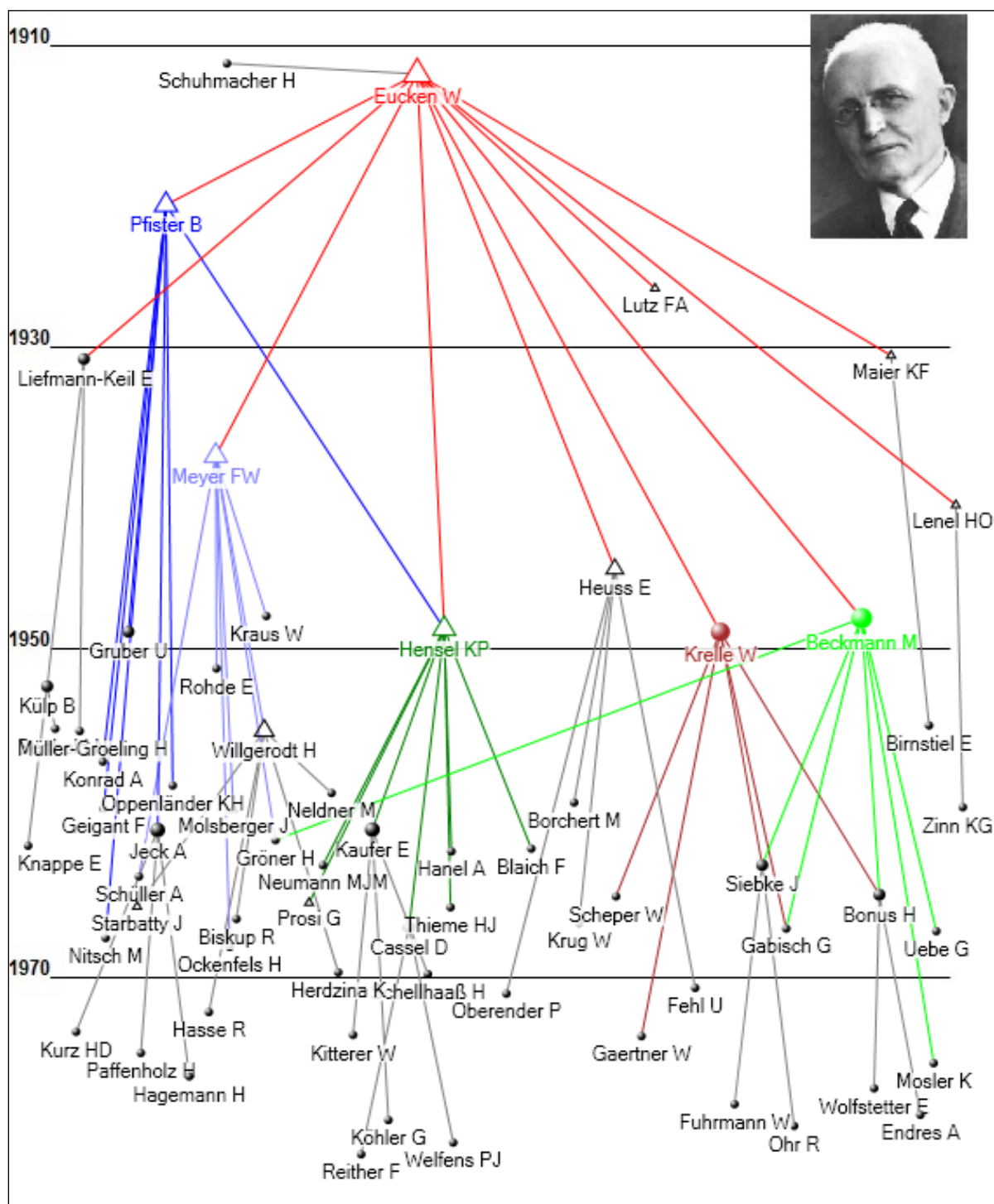


Quelle: Eigene Darstellung

Die große Bedeutung, die Eucken für die akademische Entwicklung der deutschen Nationalökonomie hatte, zeigt sich mittelbar auch in der erfolgreichen Reproduktion der „Freiburger Schule“, vor allem auch der SchülerInnen von Eucken.

So haben in Summe zehn Personen bei Eucken promoviert⁷⁴, die später eine Professur für Volkswirtschaftslehre an einer deutschen Universität innehatten.

Abbildung 2: Walter Eucken als akademischer Lehrer



74 In der Darstellung des PromovendInnen-Stammbaums Walter Euckens wurden, wie auch in folgenden Darstellungen, Erst- und Zweitbegutachtungen für Promotionen gleichgesetzt, da eine Gewichtung der Bedeutung von Erst- und Zweitbetreuern nicht einheitlich vorzunehmen ist. Die zugrundeliegenden Daten zu Promotionsbetreuungen wurden von der Nationalbibliothek Leipzig bzw. in Einzelrecherchen aus Universitätsbibliotheken zusammengestellt; die Bilder in den Abbildungen sind entsprechenden Internetseiten entnommen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Zusätzlich zu Euckens akademischer Reproduktion haben zur dann fortgesetzten Reproduktion in den nächsten Generationen beigetragen u. a.:

- Bernhard Pfister: nach seiner Promotion und Auslandsaufenthalten finanziert durch die Rockefeller-Stiftung bis 1945 in Freiburg, danach nach vier Jahren in Hamburg von 1949 bis 1968 Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft in München,
- Fritz Walter Meyer: ach seiner Assistentenzeit bei Eucken von 1938 bis 1946 in Kiel und dann bis 1973 als Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in Bonn,
- Karl Paul Hensel: bis 1957 in Freiburg, danach bis 1974 als Professor für Volkswirtschaftslehre in Marburg,
- Martin Beckmann: nach Aufhalten in Chicago, Yale, Stanford und einer Professur an der Brown University von 1963 bis 1969 in Bonn und danach an der TU München, sowie
- Wilhelm Krelle: nach Forschungsaufhalten finanziert durch die Rockefeller-Stiftung in den USA und Lehrstuhlvertretungen von 1958 bis 1982 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in Bonn und 1991 Gründungsdekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Berlin.⁷⁵

So haben Pfister, Hensel und Meyer jeweils sieben, Martin Beckmann sechs und Wilhelm Krelle fünf ÖkonomInnen promoviert, die später Lehrstühle an deutschen Universitäten eingenommen haben. Gerade für die ersten Nachkriegsjahrzehnte dokumentiert dies den starken Einfluss ordoliberalen Denkens auf die deutsche akademische Nationalökonomie. Eucken wollte immer wirtschaftspolitisch gestalten. Er war auch das Bindeglied zwischen amerikanischen und deutschsprachigen ÖkonomInnen in der Mont Pèlerin Society (MPS), dem zentralen internationalen Netz des Marktradikalismus ab 1947 (siehe unten).⁷⁶ So übertrug Hayek Eucken das Vorschlagsrecht für deutsche Mitglieder für die MPS, was Eucken dazu nützt, dass mit Hensel, Maier, Pfister und Lutz viele seiner frühen „SchülerInnen“ an der ersten Versammlung der MPS teilnahmen (Kolev et al. 2014: 6). Sieben der zehn von Eucken promovierten späteren deutschen Volkswirtschafts-ProfessorInnen wurden später in der MPS aufgenommen. In der dritten und vierten Generation⁷⁷ vor allem über Hensel und Meyer (Hans Wilgerodt, Manfred JM Neumann, Joachim Starbatty, Peter Oberender) blieben zentrale Protagonisten des deutschen marktradikalen Denken bis in die Gegenwart einflussreich (zum wirtschaftspolitischen und medialen Einflusspotenzial des deutschen Neoliberalismus bzw. Marktradikalismus vgl. Pühringer 2015).

Neben den „SchülerInnen“ von Walter Eucken nennt Grosseckler (2003: 30) noch folgende wichtige Mitglieder der „Freiburger Schule“:

- Hans Gestrich (1895-1943) - er hatte schon während Euckens Assistentenzeit bei Euckens akademischen Lehrer Herrmann Schuhmacher an der Friedrich-Wilhelms Universität Berlin promoviert - und

75 Krelle war dabei ein zentraler in der Verdrängung ehemaliger ostdeutscher, marxistischer Volkswirte. Ihm wird der Satz zugesprochen: „Kein Marxist wird seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier das Sagen habe.“ (Dahn 2007)

76 Mitglieder der MPS sind in Abbildung 2, Abbildung 5, Abbildung 6,

Abbildung 8, Abbildung 10 und Abbildung 11 mit einem Dreieck gekennzeichnet.

77 Generationen umfassen im wissenschaftssoziologischen Kontext – hier in Anlehnung an den Generationenbegriff von Mannheim (1928) und somit in Differenzierung zum (alltagsgebräuchlichen) Altersbegriff – Kohorten mit gemeinsamer Positionsinhaberschaft in einem System (Breuer 2000: 457).

- Leonhard Miksch (1901 – 1950).⁷⁸

Die Freiburger Schule umfasste nicht nur ÖkonomInnen, sondern auch JuristInnen, hier vor allem den bereits erwähnten Franz Böhm (1895-1977) sowie Hans Großmann-Doerth (1894-1944). Böhm und Großmann-Doerth waren ab 1933 Kollegen von Eucken in Freiburg und gelten als Mitbegründer der Freiburger Schule. Böhm war vorher Referent der Kartellabteilung im Reichswirtschaftsministerium, Großmann-Doerth Lehrstuhlinhaber für bürgerliches und Handelsrecht in Prag. Das erste „wirtschaftsrechtliches und wirtschaftspolitisches“ Gemeinschafts-seminar, das Großmann-Doerth, Eucken und Böhm im Wintersemester 1933/34 gemeinsam abhielten, kann rückwirkend als die „Geburtsstunde“ der Freiburger Schule bezeichnet werden.⁷⁹ Eucken selbst bildete immer das unangefochtene Zentrum der Schule. Im Aufbau ging es auch um Publikationen mit möglichst großer Wirkung. Dazu gründete er mit Großmann-Doerth und Böhm die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“.⁸⁰ Als „Unsere Aufgabe“ formulierten im Vorwort zu Heft 1 Böhm, Eucken und Großmann-Doerth für Rechtswissenschaft und Nationalökonomie die Ausarbeitung einer neuen „Ordnung“. Denn:

„Die Männer der Wissenschaft sind durch ihren Beruf und ihre Position außerhalb der wirtschaftlichen Interessen die einzigen objektiven, unabhängigen Ratgeber, die der staatlichen Wirtschaftspolitik und der öffentlichen Meinung einen zutreffenden Einblick in die schwierigen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geben und damit die Grundlage für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung liefern können. [...] Verzichtet die Wissenschaft auf ihre Rolle oder wird sie ihr aberkannt, dann treten andere, wenig berufenere Ratgeber an ihre Stelle – die Interessenten.“⁸¹

Dieser Anspruch bedeutet im Bereich der Wirtschaftstheorie eine „radikale Ablehnung des Historismus, der in keiner Form zu retten ist“. Er war durch „echte Wissenschaft“ zu ersetzen (Böhm et al. 1996: 215ff.). Die Schriftenreihe

„[...] war nur auf den ersten Blick ein Zeugnis des Methodenstreits innerhalb der Nationalökonomie. Adressiert war sie nicht allein an die Wissenschaft, sondern auch an die nationalsozialistische Führung. Ganz offen empfahlen sich die Professoren, überzeugt von ihrer besonderen, von partikularen Interessen ungetrübten Urteilskompetenz, als wirtschaftspolitische Berater, die „die wissenschaftliche Vernunft, wie sie in der Jurisprudenz und in der Nationalökonomie zur Entfaltung kommt, zum Aufbau und zur Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung zur Wirkung bringen“ wollten. [...]. Es ging um den politischen Anspruch, den Disziplinen der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie „wieder den ihnen gebührenden Platz im Leben der Nation“ zurückzuerobern, nämlich „ihre Führerstelle im öffentlichen Leben“, die sie erst im Verlauf des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts eingebüßt hätten.“ (Rüther 2013: 81f.; mit Zitaten aus dem Geleitwort von Franz Böhm zu Heft 1 der Schriftenreihe, Vllf., vgl. Böhm et al. 1996)

78 Miksch war mit Eucken verwandt: Der Bruder von Euckens Frau Edith, der Jurist Gerhard Erdsieck, war mit der Schwester von Mikschs Frau Helene verheiratet.

79 Vgl. Vanberg, Victor: Zur Einführung. Franz Böhm (1895-1977), in Goldschmidt und Wohlgemuth (2008: 43).

80 Es erschienen: Heft 1: Franz Böhm: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart-Berlin 1935; Heft 2: Friedrich Lutz: Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart-Berlin 1936; Heft 3: Hans Gestrinch: Neue Kreditpolitik, Stuttgart-Berlin 1936, Heft 4: Leonhard Miksch: Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung, Stuttgart-Berlin 1937. (Die Schriftenreihe wurde in der Literatur früher erst ab 1937 gestartet. Heft 1 ist auch im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek mit 1937 datiert. Korrekt dürften jedoch die oben angeführten Datierungen sein, die Rüther (2013) entnommen wurden: im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek sind die Hefte 2 bis 4 auch wie angegeben datiert.)

81 Böhm et al. 1996: 207).

Die Orientierung der Ordoliberalen auf die Machthaber des Nationalsozialismus ist vielfach belegt.⁸² Müller-Armack z. B. (der bis 1930 den Namen Müller führte) hatte 1933 in „Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich“ dem neuen Regime „ein Bekenntnis zur Erhaltung der unternehmerischen Initiative“ bescheinigt.⁸³ Er versprach sich von den Nationalsozialisten eine neue Wirtschaftspolitik, die von den Ordoliberalen erhoffte Einheit von Staat und Wirtschaft mit sich bringen würde (Dietzfelbinger 2000: 87ff.). 1934 wurde er außerordentlicher Professor in Köln, 1936 erhielt er einen Ruf an die Universität Frankfurt, sein Berufungsprozess wird aber von den staatlichen Behörden unterbunden, - die Begeisterung für den Nationalsozialismus hatte sich abgekühlt. (ebenda). 1938 wurde Müller-Armack dann Professor in Münster, damit verbunden war die Stelle des Geschäftsführenden Direktors des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Das Institut wurde auch von der NSDAP und der Industrie finanziert und „war vollständig in die kriegswirtschaftlichen Aufgaben und die Bewältigung ihrer wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Folgen integriert.“ (Ptak 2004: 85).⁸⁴ Auch Leonhard Miksch publizierte in der *Wirtschaftskurve* mit insgesamt 80 Beiträgen zu vielen Aspekten der Kriegsökonomie.

Bei all dem wurden vielfältige Beziehungen mit der Wirtschaft aufgebaut. 1940 gründete Müller-Armack in Münster die Forschungsstelle für Textile und Allgemeine Marktwirtschaft als Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität, gleichzeitig entstanden lockere Kontakte zu den Freiburger NationalökonomInnen (Dietzfelbinger 2000: 88ff.).

Die Forschungsstelle wurde mit Unterstützung von Christian Franke (der als Präsident der Industrie- und Handelskammer in Münster auch als Gauwirtschaftsberater tätig war) aufgebaut und von der Textilindustrie großzügig gefördert. Ende 1943 waren rund 30 WissenschaftlerInnen angestellt. Das Institut betrieb umfangreiche Marktforschungen, wichtigster Auftraggeber war die Wehrmacht (vgl. Ptak 2004: 87ff.).

Auch Walter Eucken baute vielfältige Kontakte zur Politik und Wirtschaft auf. Als Marktradikaler in der hier vertretenen Deutung ging er ja von einem Führungsanspruch der Nationalökonomie aus. Seine Intention war eine aktive Rolle in der Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Euckens politökonomischer Anspruch blieb auch in der Zeit des Nationalsozialismus aufrecht. Eucken und viele andere Neoliberale hatten Lehrstühle inne und waren in unterschiedlichem Maße in das System integriert, - manche entwickelten in späteren Jahren kritischere Einschätzungen zum Nationalsozialismus bis hin zu Kontakten zu den Verschwörern, die das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ausführten (Rüther 2013).

Ein Knotenpunkt für die oppositionellen Ordoliberalen war die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, die nach der Einstellung der Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre als „nicht kriegswichtig“ 1943 gegründet wurde und in der wirtschaftspolitische Konzepte für die Nachkriegszeit entwickelt wurden. Gemeinsam mit dem Freiburger Konzil und dem Freiburger Bonnhoeffer-Kreis fasst Goldschmidt (2005) die AG Erwin von Beckerath zu den Freiburger Kreisen (Abbildung 3) zusammen.

Neben direkten Verbindungen vor allem zur evangelischen Kirche über Constantin von Dietze und Franz Böhm bestanden vereinzelt auch Verknüpfungen zum Kreisauer Kreis des konservativen Widerstandes, was auch zur Verhaftung von Constantin von Dietze und Adolf Lampe durch die Gestapo führte.

Insbesondere die AG Erwin von Beckerath übte – wie nach ihrem Eigenverständnis intendiert – nach dem Krieg großen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands aus. Viele ihrer Mitglieder waren im 1948 gegründeten Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für

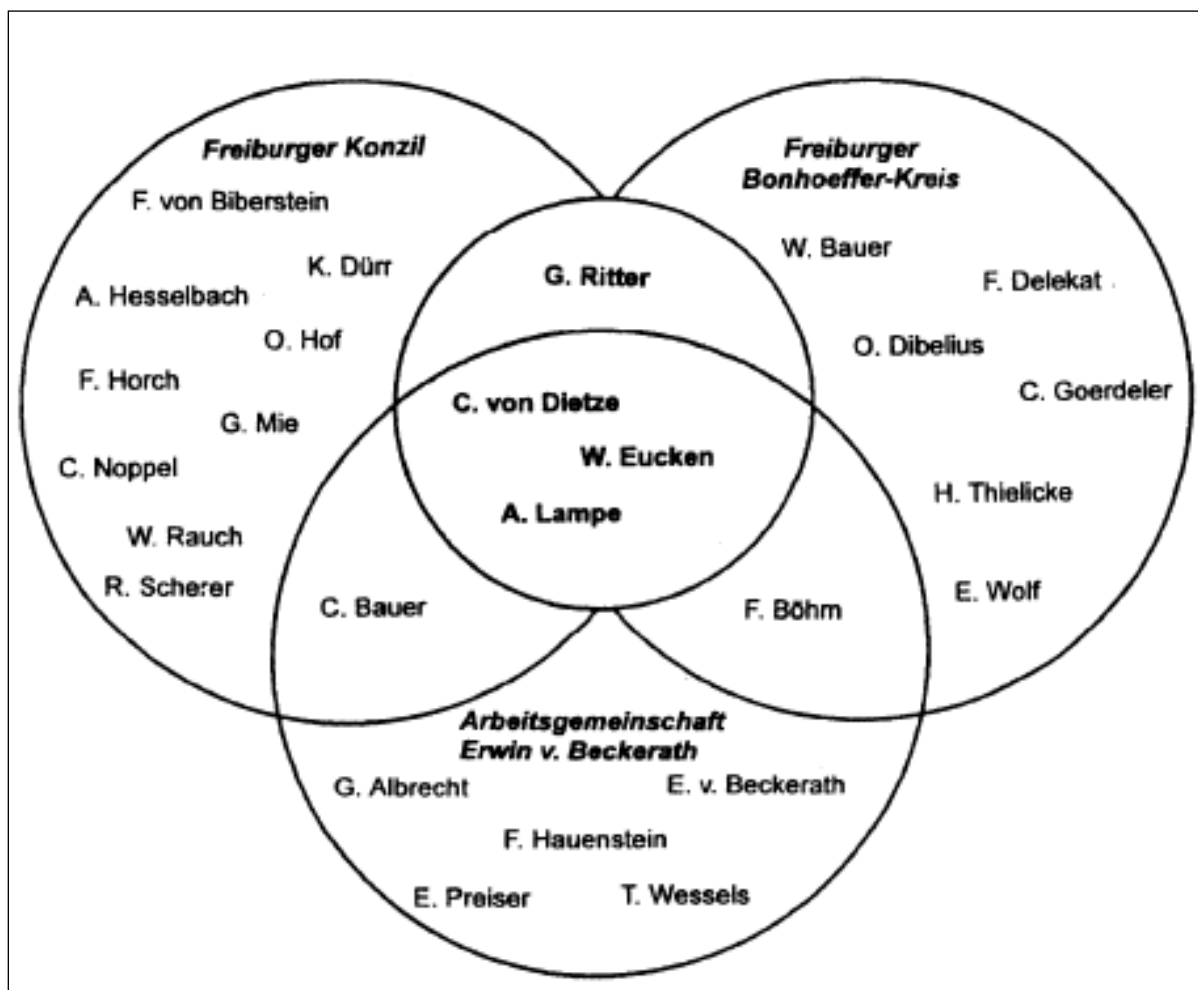
82 Zum problematischen Verhältnis des Ordoliberalismus zum Nationalsozialismus vgl. Ptak (2004: 62ff.).

83 Müller-Armack, Alfred (1933): *Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich*, Berlin: Junker & Dünhaupt, 47; zitiert nach Ptak (2004: 82).

84 Im Rückblick wird dies von Müller-Armack verschwiegen und die „Kostenpreise der Kriegswirtschaft“ nur als Gegensatz zu „dem Markt“ definiert, vgl. Müller-Armack (1996: 288f.).

Wirtschaft vertreten; zunächst Franz Böhm und von 1948-1964 Erwin von Beckerath auch als dessen Vorsitzende. Dazu kommt, dass neben Eucken insbesondere mit Theodor Wessels durch die Promotion von 14, Günter Schmölders durch die Promotion von 15 und Erich Preiser durch die Promotion von neun späteren ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten Proponenten der AG Erwin von Beckerath über ihre akademische Reproduktion Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre der Nachkriegsjahrzehnte nahmen.

Abbildung 3: Die Freiburger Kreise und ihre Mitglieder*



Quelle: Nach Goldschmidt (1997: 16). *Die Abbildung enthält zwei Wiedergabe-Fehler: Mit F. von Biberstein ist der Professor der Rechte Fritz Freiherr Marschall von Bieberstein gemeint, mit A. Hesselbach der Pfarrer Arnold Hesselbacher.

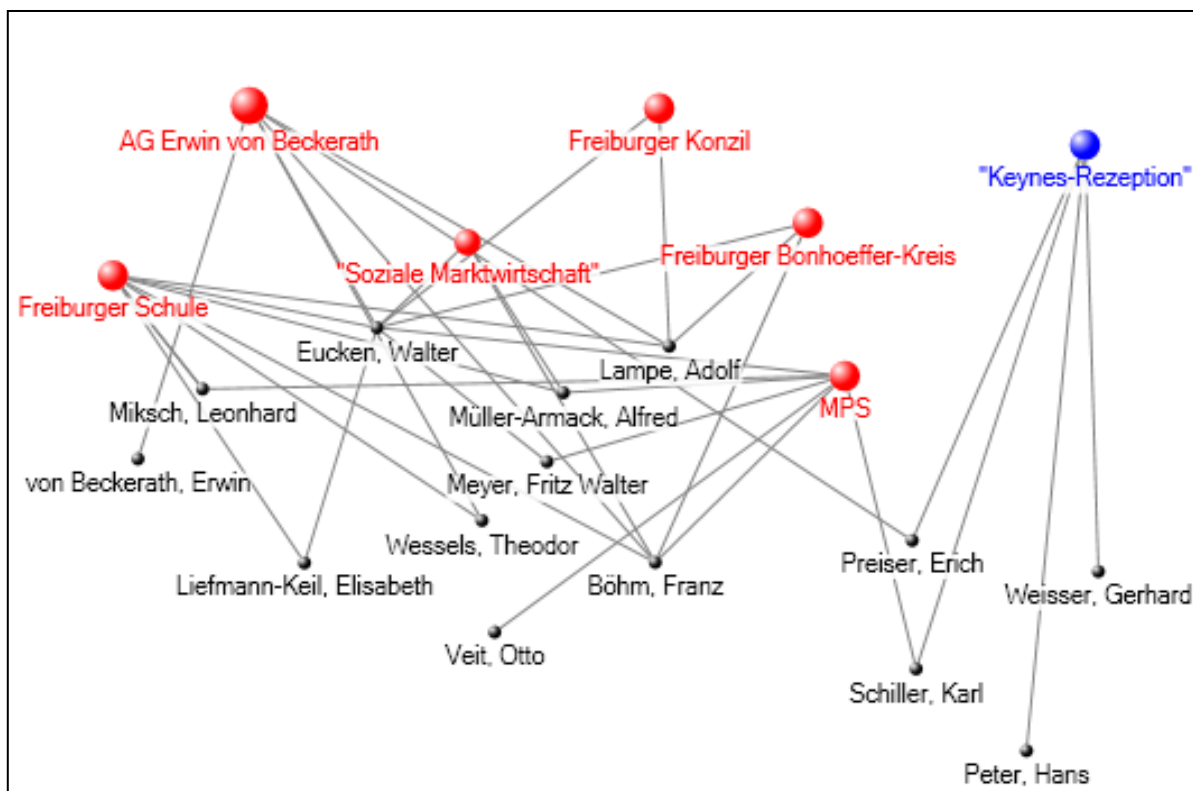
Betrachtet man die ersten Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates bis 1950 so zeigt sich dieses Übergewicht an Mitgliedern der „Freiburger Kreise“ quantitativ sehr eindrucksvoll (Abbildung 4).

Grundsätzlich war die Mitgliedschaft in einem der Wissenschaftlichen Beiräte im Wirtschafts- bzw. im Finanzministerium in der frühen Bundesrepublik keine Besonderheit. Nach Hesse (2010: 124) konnten nur Ordinarien diesen Beiräten angehören, deswegen war hier fast die Hälfte der deutschen ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre vertreten. Aber den ordoliberalen Ökonominen gelang es, die Gutachten der beiden Beiräte zu beeinflussen.

So beschrieb Eucken in einem Brief an Hayek selbstbewusst den Beirat als Institution, „[...] where the German members of our society (MPS) gain a rather strong influence and dominate the reports [...]“ (Eucken to Hayek, zit. in: Kolev et al. 2014: 9). Die große Bedeutung der „Freiburger Schule“ im

Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums weist also unmittelbar auf eine Kontinuität wirtschaftspolitischen Engagements ordoliberaler ÖkonomInnen während des Zweiten Weltkrieges hin, wobei die Frage der wechselseitigen Verbindungen ordoliberaler VordenkerInnen mit dem Nationalsozialismus auf individueller Ebene unterschiedlich beantwortet werden muss.

Abbildung 4: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim deutschen Bundeswirtschaftsministerium bis 1950⁸⁵



Quelle: Eigene Darstellung

Rüther zieht dazu folgendes Resümee.

„Die Freiburger Professoren zogen sich nach 1933 nicht in die Forscherstube oder gar ins Private zurück. Trotz der einschneidenden Veränderungen infolge der Gleichschaltung und trotz des massiven Gesinnungsdrucks, dem die nach dem Personalschub an den Hochschulen verbliebenen Professoren und Dozenten ausgesetzt waren, gingen sie nicht in die ‚innere Emigration‘ [...], sondern intervenierten rege in den wissenschaftlichen Disput.“ (Rüther 2013: 80)

Dabei wurde das marktradikale Ziel einer „Planung für den Markt“ auch im Rahmen einer nationalsozialistischen Politik als möglich erachtet.

„Gerade die Auswertung der Freiburger Texte zwischen Mitte der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre zeigt, dass die Realisierung des ordoliberalen Programms unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft gedacht wurde.“ (Ptak 2004: 89)

85 Dazu kommen noch Walther Gustav Hoffmann, Heinz Saueremann, Hans Möller, Woldemar Koch, Oswald von Nell-Breuning und Wilhelm Kromphardt, Während die ersteren vor allem zu dem damaligen Zeitpunkt noch kaum einer wirtschaftspolitisch orientierten Schule zuzuordnen sind, sind die letzten beide akademische Außenseiter; Nell-Breuning als Vordenker der katholischen Soziallehre, Wilhelm Kromphardt als Vertreter planwirtschaftlicher Ideen (Abelshauer 2003: 91).

Ein prominentes Beispiel für Kontakte und Hilfestellungen bis auf die Ebene des Reichswirtschaftsministeriums (unter Leitung von Walther Funke, Minister ab Februar 1938) stellte der Professorenausschuss im Jahre 1939 dar, der vor allem zur Erstellung eines Gutachtens zur Kriegsfinanzierung eingerichtet wurde. Dieser Ausschuss kam, wie Rüter 2013 nachwies, vor allem auf Betreiben des Ökonomen Adolf Lampe zustande. Lampe war seit 1926 Professor an der Universität Freiburg und hatte seit 1933 mehrmals verschiedenen offiziellen Stellen des Regimes (u. a. dem NS-Juristenbund und der Reichsleitung der NSDAP) eine „Konferenz der Volkswirte“ vorgeschlagen.⁸⁶ 1939 war es soweit: das Reichswirtschaftsministerium lud zur Diskussion der „[...] Pflege des Kapitalmarktes einschließlich der Finanzierungsprobleme“ ein, um sich „der Mitarbeit namhafter Wirtschaftswissenschaftler [zu] versichern“.⁸⁷

Dem Ausschuss gehörten an:

- Walter Eucken,
- Adolf Lampe, die Berliner Ökonomen
- Jens Jessen (Agrarökonom an der Universität Berlin und ab 1939 Herausgeber von Schmollers Jahrbuch),
- Heinrich von Stackelberg (seit 1937 außerordentlicher Professor an der Universität Berlin und Mitbegründer des Archivs für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung),
- der Betriebswirt Wilhelm Hasenack (damals Rektor der Handelshochschule Leipzig) sowie die Finanzwissenschaftler
- Rudolf Stucken (Lehrstuhlinhaber an der Hansischen Universität Hamburg seit 1936) und
- Hans Teschemacher (seit 1931 Professor in Tübingen und Herausgeber des Finanzarchivs).

Unter der Leitung von Ministerialrat Paul Josten fanden mehrere Sitzungen statt, zuerst wurden Einzelgutachten, dann ein Gesamtgutachten erstellt. Darin wurde die bestehende Form der Kriegsfinanzierung durch offene oder verdeckte Geldschöpfung kritisiert und ein System der indirekten Wirtschaftssteuerung gefordert, welches das „private Interesse dem öffentlichen der Volksgemeinschaft“ gleichstellen sollte.⁸⁸ Das Gutachten blieb im Rahmen des dualistischen Denkens des Marktradikalismus und kann auch als Kritik an der damaligen Wirtschaftspolitik verstanden werden: Man machte auf die Gefahren aufmerksam, die aus der „dualistischen“ Struktur des bestehenden Wirtschaftssystems resultieren – definiert als fehlende „organische Verbindung zwischen dem marktwirtschaftlichen und dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Organisationsprinzip“.⁸⁹ Das Gutachten selbst verschwand nach der Fertigstellung ohne Feedback sang- und klanglos in der Schublade, was nach Rüter im üblichen Kompetenz-Wirrwarr der NS-Wirtschaftspolitik nicht als Ablehnung interpretiert werden muss. Ein möglicher Einfluss des Gutachtens auf die aktuelle Wirtschaftspolitik könnte der Kriegszuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer und die Kriegssteuer auf Bier, Branntwein, Sekt und Tabakwaren gewesen sein, der

86 Dieser Aspekt wird in Schulz (1996) nicht erwähnt. Hier wird Lampe als Gegner des Nationalsozialismus von Beginn an geschildert.

87 Schreiben des Ministerialdirektors Kurt Lange vom 8.9.1939, ACDP 01-256-025; zitiert nach Rüter (2013: 78).

88 Von Eucken, Hasenack, Jessen, Lampe, von Stackelberg, Stucken und Teschemacher gezeichnetes Schreiben an Funk vom Dezember 1939 (ACDP 01-256-025); zitiert nach Rüter (2013: 86).

89 Gutachten, I. Teil, 7; zitiert nach Rüter (2013: 86). „Die Bestrebungen der Freiburger zielten nicht auf eine wissenschaftliche Politikberatung auf der Basis eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik, sondern hier lag ein ‚technokratisches Modell der Politikberatung‘ (Habermas) vor. [...]. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Politik zum Vollzugsorgan der Wissenschaftler gemacht werden, ihr nur eine fiktive Entscheidungstätigkeit belassen bleiben sollte. Hinter den Interventionsversuchen stand keine Kooperations-, sondern eine Manipulationsabsicht. Die NationalökonomInnen intendierten, ihre spezifischen Wirtschaftsauffassungen durchzusetzen.“ (Rüter 2013: 81, mit Verweis auf Habermas (1969: 122f.)

Zuschlag wurde wenige Tage nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eingeführt; vgl. hier Rüter (2013: 89).

2.3. Länderübergreifende Netzwerke

Die Ordoliberalen standen früh mit Mises und Hayek in Verbindung. Mises besuchte schon seit 1909 die Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik, 1924 oder 1925 wurde er Mitglied der Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Mises 2009: 85). In diesen Jahren kam er mit vielen ÖkonomInnen und SoziologInnen in Kontakt, u. a. auch mit Röpke und Rüstow (ebenda: 88). Mises hielt auch Vorträge in Deutschland, z. B. 1925 an der Universität Kiel und (vermutlich) 1928 an der Handelshochschule Berlin (ebenda: 89). (Von 1934 bis 1940 hatte er einen Lehrstuhl für internationale ökonomische Beziehungen am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf. Anschließend ging er in die USA, er bekam allerdings erst 1945 einen Lehrstuhl, und zwar an der New York University).

Für die internationalen Kontakte der Ordoliberalen war aber Hayek bedeutsam. Hayek hatte 1923 in den USA studiert, 1927 mit Mises das Österreichische Institut für Konjunkturforschung gegründet (und geleitet) und wurde 1931 an die London School of Economics berufen. Hayek hatte Röpke vermutlich 1926 bei der Wiener Tagung des Vereins für Socialpolitik kennen gelernt (Hennecke 2000: 80; Kolev 2010: 7). Röpke stellte auch, so kann man vermuten, den Kontakt zu Eucken her. Hayek und Eucken trafen sich spätestens 1928 bei der Zürcher Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. Bei dieser Tagung waren auch die Österreicher Fritz Machlup und Gottfried Haberler und die Deutschen Albert L. Hahn und Georg Halm vertreten (nach Goldschmidt und Hesse 2012: 1f.). Dabei präsentierten Eucken und Hayek in der gleichen Session ihre Papers.

„Das offizielle Gruppenfoto dieses Treffens erlangt in einschlägigen Kreisen eine gewisse Berühmtheit, sind doch auf ihm schon eine ganze Reihe von späteren Mitgliedern der „Mont Pèlerin Society“ versammelt, die sich hier als junge Nachwuchswissenschaftler zum Teil erstmals begegnen.“ (Hennecke 2000: 82)

Hayek nutzte ab 1931 seine Professur an der London School of Economics zum Aufbau eines Netzwerkes in England und zu Kontakten in andere Länder am Kontinent und in den USA. In England versuchte er sich als Gegenspieler zu Keynes zu positionieren. Einen besonderen Stellenwert nahm dabei die Zusammenarbeit mit Lionel Robbins (1898- 1984) ein. (Das Folgende nach Cockett 1995: 25ff.).⁹⁰ Hayek war in London Nachbar von Robbins (in Hampstead Garden Suburb), die Familien hatten viel Kontakt. Hayek, der nur ein Jahr älter als Robbins war, wurde zu dessen Mentor. Robbins konnte Deutsch und war fähig, die deutschsprachigen Werke von Mises und Hayek sowie von den Ordoliberalen (das meiste war nicht auf Englisch übersetzt) im Original zu lesen. In den dreißiger Jahren bildete sich an der London School of Economics ein Kern meist jüngerer ÖkonomInnen (u. a. Arnold Plant, Arthur Seldon, Basil Yamey, Abba Lerner, u. a.). Die meisten von ihnen standen unter dem Einfluss von Hayek und arbeiteten nach der Gründung des Instituts of Economic Affairs (1955) dort mit (siehe unten) Die junge Gruppe versuchte erfolglos, den Einfluss von Keynes und seines „Circus“ zurückzudrängen (Dies wird im Detail in Wapshott 2011 ausgeführt.). Hayek vermittelte in seiner Lehre vor allem den Glauben an „den freien Markt“. John Hicks (1904-1989) war zu dieser Zeit Dozent in London war (1935 wechselte er nach Cambridge und wurde dort Keynesianer). In einer Rückschau hat er die Zeit in London so formuliert:

„We seemed, at the start, to share a common viewpoint, or even a common faith. The faith in question was a belief in the free market, or ‚price-mechanism‘ – that a competitive system, free

⁹⁰ Cockett schätzt die Bedeutung dieser Beziehung so ein: „The relationship between Robbins and Hayek had much in common with the equally fruitful relationship between Hayek’s cousin Wittgenstein and another comparatively youthful English academic Bertrand Russell; the Hayek-Robbins relationship was to have a much impact on British economics as the Wittgenstein-Russell relationship had on the development of philosophy in Britain during the first half of this century.“ (Cockett 1995: 25)

*of all ,interferences', by government or monopolistic combinations, of capital or of labour, would easily find an ,equilibrium'. Hayek, when he joined us, was to introduce into this an important qualification – that money (somehow) must be kept ,neutral', in order that the mechanisms should work smoothly.*⁹¹

Robbins war der Editor der *Economica*. Die Zeitschrift wurde 1921 gegründet und von der London School of Economics herausgegeben. Robbins gab Hayek 1931 die Gelegenheit zu einer 62-seitigen Kritik an Keynes' *Treatise on Money* in *Economica*. In diesem Aufsatz hatte Hayek auch versucht, Keynes als Ökonom lächerlich zu machen, Keynes antwortete mit einer scharfen Replik (Wapshott 2011: 87ff.). Robbins unternahm viele Versuche die aufkommende „Keynesianische Revolution“ zu bekämpfen, wobei er viele marktradikale Argumente von Mises und Hayek übernahm. In *International Planning and International Order* (1937) z. B. kritisierte er Keynes mit der Behauptung, ein „partielles Planen“ würde zu einer sich verstärkenden „kollektivistischen Spirale“ im Sinne von Mises und Hayek führen (nach Cockett 1995: 50f.): nach Robbins würde der Keynesianismus nicht den gefährdeten Liberalismus retten, sondern die liberale Demokratie zerstören.

Hayek war auch in Frankreich in der Netzwerkbildung erfolgreich. Das Zentrum bildete hier der Philosoph Louis Rougier (1889-1982). Rougier unterrichtete an der Universität Besancon und war von 1931-1936 an der Universität Kairo tätig. Er gründete auch den Verlag Librairie de Médecis, in dem mit marktradikalen Büchern gegen die damals einflussreichen gewerkschaftlichen, sozialistischen und kommunistischen Meinungen Stellung bezogen wurde. Den Anfang machten Übersetzungen von Mises, Robbins und Hayek.

„Unbestritten lässt sich sagen, dass Rougiers publizistische Aktivitäten in Frankreich von Mitte bis Ende der dreißiger Jahre sämtliche zentrale Werke resp. Autoren im Bereich des Neoliberalismus in die Diskussion brachten.“ (Walpen 2004: 85)

Rougier war auch mit William E. Rappard (1883-1958) befreundet, der 1927 das Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf mitbegründet hatte, in dem Mises und später Röpke tätig waren. Das Institut wurde von der Rockefeller Foundation unterstützt, die auch der Hauptgeldgeber der London School of Economics in der Zwischenkriegszeit war (Cockett 1995: 54). Das Institut veranstaltete 1935 und 1937 zwei Konferenzen, indem über die Implikationen planerischer Elemente und über den Keynesianismus nachgedacht wurde. Das unten erwähnte Colloque Walter Lippmann schließt an die beiden Konferenzen an (Cockett 1995: 55).

Zumindest ab 1934 wurden auch intensive Kontakte mit ÖkonomInnen in den USA aufgebaut. Als wichtige Bezugsperson für Hayek entwickelte sich dabei Henry Calvert Simons, den er später „great friend“ nannte.⁹² Am 1.12.1934 bedankte sich Hayek z. B. bei Simons in einem Brief über die Zusendung von Simons *Positive Program for Laissez Faire*, welches inhaltlich mit Ideen von Hayek und der Freiburger Schule übereinstimmte (Details in Köhler/Kolev 2011). Simons wiederum ist die Schlüsselperson zu Hayeks Netzwerk zur Chicago School of Economics, das in den Vierziger Jahren für ihn zentrale Bedeutung bekam.⁹³ Eine wichtige Bezugsperson für Hayek wurde später auch Milton Friedmann. Dieser hatte 1934 seinen Master bei Simon gemacht. Dabei lernte Friedman auch seine zukünftige Frau Rose Director kennen, sie war die Schwester von Aaron Director, einem Rechtsprofessor in Chicago. Nach einem Jahr an der Columbia University kam Friedman 1934/35 wieder für ein Jahr nach Chicago zurück und wurde Research Assistent bei Henry Schultz. Von da an

91 Hicks (1982: 3); hier zitiert nach Wapshott (2011: 140).

92 Hayek (1994: 127).

93 Heinrich Rittershausen schrieb in einer Rezension zu einem Buch von Simons im Jahre 1951: „Der verstorbene Professor Henry C. Simon dürfte in den vereinigten Staaten eine ähnliche Rolle gespielt haben und spielen wie in unserem Lande Walter Eucken. Er begann an der Universität Chicago mehr und mehr das Haupt einer ganzen ‚Schule‘ zu werden, der eine Gruppe von Anhängern von Lord Keynes gegenüberstand. Während diese, besonders bei praktischen Maßnahmen, häufig kollektivistische Neigungen haben, bemüht sich Simons, Richtlinien für eine Wirtschaftspolitik zu geben, die auf die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit abgestellt ist.“ (Rittershausen 1951: 428.)

begann für Friedman eine lebenslange Freundschaft mit George Stigler und W. Allen Wallis - ein Netzwerk, das die Geschichte der ökonomischen Theorie verändert hat.

Hayek fungierte in den dreißiger Jahren bereits in einer internationalen Rolle. Er bildete die Brücke zwischen der „Alten Chicago-Schule“ mit Europa, insbesondere zur Freiburger Schule. Nach Köhler/Kolev (2011) waren die Kontakte und inhaltlichen Übereinstimmungen von Eucken, Simon und Hayek so dicht, dass man von einem gemeinsamen Forschungsprogramm mit einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung sprechen kann. Es ging gegen die alte Laissez-Faire-Politik, für eine neue konstitutionell bestimmte Wettbewerbs-Ordnung (pointiert als „laissez-faire within rules“, Köhler/Kolev 2011: 19), wobei es auch viele Parallelen zu einer monetären Reform des Wirtschaftssystems gab,⁹⁴ die von den Chicago-Ökonomen und auch von Irving Fisher⁹⁵ gefordert wurden.

Zur Verdichtung dieser Kontakte nach Deutschland machte Hayek ab 1931 regelmäßig, wenn er von London nach Wien fuhr, Aufenthalt in Freiburg, um Eucken zu besuchen und an den Treffen der Ordoliberalen teilzunehmen (Kolev 2010: 7). Gleichzeitig entwickelte Hayek eine enge Verbindung zu Alfred Müller-Armack, a 1929 tauschte er regelmäßig Bücher, Sonderdrucke und Aufsätze mit ihm aus (Hennecke 2000: 80). Hayek blieb bis zum Kriegsausbruch mit vielen Ordoliberalen in Kontakt (vgl. Hennecke 2000: 127), auch mit Rüstow und Lutz, sowie mit Hans Gestrich (volkswirtschaftlicher Berater der Preußischen Staatsbank), Otto Veit (Beamter der Reichsstelle für den Außenhandel in Berlin bis 1933, von 1947-1952 Präsident der Landeszentralbank Hessen), Hans Ilau (Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung) und Theodor Eschenburg (Jurist in einer Kanzlei für Wirtschaftsverbände, Mitglied des Deutschen Herrenklubs, einer einflussreichen Vereinigung von hochgestellten konservativen Persönlichkeiten, ab 1934 auch Mitglied der SS). Während Gestrich schon 1943 starb, waren Veit, Ilau, Müller-Armack, Rüstow, Röpke und Lutz von Beginn an auch Mitglieder der MPS, die beiden letztgenannten auch als Präsidenten.

2.4. Eine erste internationale Organisation des Marktradikalismus

1938 mündete Hayeks Netzwerkbindung in England, in den USA und nach dem Kontinent (Deutschland, Österreich, Schweiz und Frankreich) im Colloque Walter Lippmann, worin eine internationale Organisation zur Verbreitung marktradikaler Ideen geschaffen wurde. Walter Lippmann (1889-1974) war Journalist und politischer Kommentator in den USA und in ein Netz von

94 Den Zusammenhang von Eucken und Simons beschreiben Köhler und Kolev u.a. so: „Implementing this precaution stemming from the Chicago Plan, Eucken directly refers to Simons’ “leading role” in the Chicago School by the time as well as his contribution to the 100 per cent plan (Eucken (1949, Fn. on pp. 79, 98). Furthermore, Eucken’s first post-doctoral student, Friedrich Lutz, introduces the Chicago Plan in the second volume of Freiburg School’s journal “Ordnung der Wirtschaft” with a surprisingly positive assessment.” (Mit Verweis auf Lutz (1936/62: 28ff.) Weiter hieß es im Zitat: „There is no doubt that Eucken appraised this contribution since it also reflects the habilitation thesis of Friedrich Lutz, which was accepted by Eucken and his colleague Franz Böhm and Hans Großmann-Doerth in 1936. The introduction to this volume also encompasses the founding memorandum of the Freiburg School which underpins our assumption that Simons’ ideas were recognized and appraised already in 1936 in Freiburg. As a matter of fact, Friedrich Lutz later visited the University of Chicago as a visiting Rockefeller Foundation Student in 1937 which might explain how the Chicagoan ideas were indirectly brought to Freiburg.“ (Köhler/Kolev 2011: 24)

95 Irving Fisher beschrieb den Einfluss von Simons auf ihn damals so: „I am also under obligation to several economists including especially Professor Henry C. Simons, Mr. Aaron Director, Professor Frank H. Knight, Professor Garfield V. Cox, Professor Lloyd W. Mints, Professor Henry Schultz, Professor Paul H. Douglas, Mr. A. G. Hart, and others, all members of a group at the University of Chicago from whose “memorandum” on the 100% plan I originally abstained many of the ideas embodied in this book. Professor Simons, in particular, has given generously of his time in personal consultation, as well as in going over parts of the manuscript.“ (Fisher 1935/45: xiii; zitiert nach Köhler/Kolev 2011: 12.)

einflussreichen Personen eingebunden. Er war auch Berater des US-Präsidenten Woodrow Wilson und (gemeinsam mit Edward M. House) federführend für Wilsons berühmtes 14-Punkte-Programm vom Januar 1918, bei dem die US-Positionen für die Zeit nach dem Sieg im Ersten Weltkrieg festgelegt wurden. Lippmann war auch Mitbegründer des Council on Foreign Relations im Juli 1921, u. a. mit Edward M. House, den Bankiers Paul Warburg (der ein Ideengeber für die Gründung der US-Notenbank war) und Otto Hermann Kahn sowie anderen einflussreichen Bankiers aus Wall Street und hochrangigen Politikern.

Lippmann hatte wechselnde politische und ökonomische Ideen, u. a. hatte er zeitweise den New Deal von Roosevelt unterstützt. Lippmann kam mit Mises und Hayek in Kontakt und war von ihren Ansichten beeindruckt. 1937 verfasste er *The Good Society* (Lippmann 1945), spätestens vor oder gleich nach dem Erscheinen dieses Buch ist ein Briefwechsel mit Hayek dokumentiert (Walpen 2004: 52). Das Buch fand in den USA Beachtung, wurde noch im gleichen Jahr ins Französische übersetzt und als *La Cité libre* im Verlag Librairie de Médicis publiziert.

Lippmann popularisierte in *The Good Society* das marktradikale Denken, vor allem in der Version von Mises. „Markt“ und „Nicht-Markt“ werden bei ihm stereotyp einander gegenübergestellt.⁹⁶ Walpen identifiziert in diesem Werk einen apokalyptischen und einen eschatologischen Diskurs (Walpen 2004: 53f.). Der „autoritäre Kollektivismus“ mündet bei Lippmann im „absoluten Staat“ (Lippmann 1945: 97), verursacht Krieg (ebend: 196), sogar den „totalen Krieg“ (ebenda: 297ff.), und führt letztlich zur Eliminierung Andersdenkender (ebenda: 103). „Der Kollektivismus, der den freien Markt durch zentralisierten autoritären Zwang ersetzen will“ (ebenda: 274) würde einen „ungeheuren Rückschritt des Menschentums“ bedeuten (ebenda: 9). Es geht um den „Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation, zwischen Despotismus und Freiheit. [...] Dieser] muss weiterhin ausgekämpft werden.“ (ebenda: 476).

Der „Liberalismus“ hingegen ist „in der tiefen und universalen Intuition, der Bestimmung des Menschen zu finden“ (ebenda: 472). Die Erlösung wird am Schluss des Buches im „Testament der Freiheit“ (ebenda: 419) verkündet. Nur die „Wiederkehr des Liberalismus“ (ebenda: 280) führe zur „Freiheit der Menschheit“, die „ein unerfüllter Traum bleiben [wird], solange nicht die Logik des Liberalismus beträchtlich vervollkommenet wird.“ (ebenda: 438). Die marktradikale Popularisierung einer einflussreichen Persönlichkeit in den USA fand die Zustimmung der Marktradikalen in Europa. Rappard schrieb am 9.9.1937 begeistert an Rougier, „[...] dass die Publikation von die ‚Good Society‘ ein wirkliches Datum in der Geschichte unserer Zeit markieren wird.“ (nach Walpen 2004: 55f.)

Im Sommer 1938 machte Walter Lippmann mit Helene Armstrong Byrne eine Hochzeitreise durch Europa, im Juni trafen sie in Paris ein. Die Anwesenheit von Walter Lippmann in Europa nahm Rougier zum Anlass, um in Abstimmung u. a. mit Rappard, Röpke, Rüstow, Mises und Hayek eine internationale Konferenz zu organisieren, bei dem Personen vor allem aus den bisher beschriebenen Netzwerken eingeladen wurden. Das Ziel war die Schaffung einer Organisation zur längerfristigen Überwindung der Krise des Liberalismus. Die neue Institution sollte, wie Rougier an Rappard in der Vorbereitungszeit schrieb, „einen internationalen Kreuzzug zugunsten eines Konstruktiven Liberalismus“ führen.⁹⁷

Das Colloque Walter Lippmann fand vom 26. bis zum 30. August 1938 in Paris statt. Es stellte den ersten Versuch dar, eine internationale Organisation zur Verbreitung marktradikaler Ideen zu schaffen. Am Colloque nahmen 26 Personen teil: neben Lippmann, Hayek, Mises, Rüstow, Röpke, Rougier und Rappard auch der französische Philosoph und Soziologe Raymond Aron, Louis Baudin (Ökonomie-Professor an der Sorbonne), Roger Auboin (Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), der Finanzexperte Jacques Rueff⁹⁸, der Belgier Marcel van Zeeland

96 Dazu auch Ötsch (2009).

97 So der französische Philosoph Rougier in einem Brief an Rappard vom 21.6.1938, BA R J.I.149, 1977/135, Bd. 42; zitiert nach Walpen (2000: 1071), vgl. auch Walpen (2004: 56).

98 Jacques Leon Rueff war 1926 mit der Ausarbeitung von Plänen zur „Rettung des Franc“ betraut. Im Jahre 1927 wurde er in die Finanzabteilung des Völkerbundes berufen, der er drei Jahre lang angehörte.

(Gründungsdirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), der „verstehende Soziologe“ Alfred Schütz (der auch von der Österreichischen Schule der Nationalökonomie beeinflusst war), der in Budapest geborene Chemiker und Philosoph Michael Polyani (seit 1933 hatte er einen Lehrstuhl an der Universität Manchester), der Politologe Bruce Hopper (Professor in Harvard), Robert Marjolin (ab 1938 Chefassistent bei Charles Rist am wirtschaftswissenschaftlichen Institut in Paris), der französische Ökonom Bernard Lavergne, der in Wien geborene Wirtschaftswissenschaftler und Militärstrategie Stefan Thomas Possony (der im März 1938 aus Österreich emigriert war), der polnische Ökonom Michael Heilperin (Kollege am Genfer Institut von Mises und Röpke), der spanische Pädagoge Jose Castillejo (der u. a. ein Netzwerk von Forschungszentren in Spanien leitete, worin es auch um den Studentenaustausch mit Europa und Lateinamerika geht) sowie John Bell Condliffe von der London School of Economics. (Von den 26 Personen finden sich dann 15 bei der Gründung der Mont Pèlerin Society im Jahre 1947 wieder).

Diese interdisziplinäre Elitegruppe diskutierte u. a. über die Gründe für die Krise des Liberalismus, welcher „Heilmittel“ es für eine „Wiederkehr des Liberalismus“ bedürfe, sowie auch Fragen zum ökonomischen Nationalismus, zur Kriegswirtschaft und zu Monopolbildung (vgl. Walpen 2004: 57f). Trotz teilweiser heftiger Kontroversen (bei denen Hayek selbst nach den Protokollen eine eher zuhörende Rolle spielte) einigten sich die Teilnehmer auf ein gemeinsames langfristig angelegtes Vorhaben, - es gab den von ihnen vertretenen Wissenschaften einen direkt politischen Auftrag. Man stimmte auch darin überein, dass es einer neuen philosophischen Fundierung für den Liberalismus bedürfe und gab der intendierten Richtung den Namen „Neoliberalismus“. ⁹⁹ Dies umfasste: Eine Priorität für den Preismechanismus (als Plebiszit mittels der Preise), freies Unternehmertum, ein System des Wettbewerbs und einen starken und unparteiischen Staat.

Dazu wurde ein „Projekt Agenda des Neo-Liberalismus“ beschlossen. Die TeilnehmerInnen überlegten, wie man „kapitalistische Ideologen“ und Interessensvertreter, Gewerkschaften und den Katholizismus gewinnen könne. Das Projekt war langfristig angelegt. Man rechnete mit einem Prozess, der sich über zwei bis drei Generationen erstrecken würde.¹⁰⁰ Es ging um die Änderung der öffentlichen Meinung und der Politik. Im Anschluss an das Kolloquium wurde der Aufbau eines internationalen Netzwerks von Intellektuellen geplant: das Kolloquium wurde dazu in einen permanenten Think-Tank umgewandelt. Dazu wurde das Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme (CIRL) ins Leben gerufen. Die Sitze und Büros der neuen Institution waren in New York (Lippmann), London (Hayek) und Genf (Röpke) geplant. (In der ersten und letzten Sitzung des CIRL vom 13.3.1939 wurde über den Begriff und Inhalt des „Neoliberalismus“ diskutiert.)

Später hatte er maßgeblichen Anteil an den Völkerbundaktionen, durch die in den Jahren 1927/28 die Griechenland, Bulgarien und Portugal saniert wurden. Er war französischer Delegierter auf der internationalen Währungskonferenz von 1936. Vom 1934 war er im französischen Finanzministerium ein, dessen Schatzamt er in den letzten drei Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkriegs verwaltete. (Nach einem Porträt in Die Zeit vom 10.9.1965)

⁹⁹ In der Diskussion um die Namensfindung wurden u.a. vorgeschlagen: „Neo-Kapitalismus“ (Rougier), „positiver Liberalismus“ (Rougier) und „sozialer Liberalismus“. Der Begriff „Neoliberalismus“ hat sich dann knapp durchgesetzt (nach Walpen 2004: 60 und Walpen 2000: 1071) Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs veranlasste Röpke eine Übersetzung von Lippmanns Buch ins Deutsche. Es bekam den Titel Die Gesellschaft freier Menschen (Lippmann 1945). In der „Einleitung“ führte Röpke den Begriff „Neoliberalismus“ erstmals in die deutsche Sprache ein.

¹⁰⁰ Nach Higgins war das Walter Lippmann Colloquium für die Schaffung der politischen Agenda des Marktradikalismus wichtig: „The actual dialogue of the Colloquium demonstrates a transformation in many of the participants from political economists to politician economists: in the opening session they could only agree that liberalism was a historic economic configuration but by the final session they were debating the specifics of how the government should intervene in the economy via law, social insurance, and fiscal policy, how the masses could and should be educated to create a society compatible with liberalism, and what topics were appropriate for academic discussion and research.“ (Higgins 2013: 143f.)

Im Anschluss wird das Kolloquium dokumentiert und die Zeitschrift Cahiers du Libéralisme gegründet. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs unterbrach aber das internationale Vorhaben. (Ein für September 1939 vorgesehenes zweites Treffen des Colloquiums musste abgesagt werden, Cockett 1995: 57).

Mit Kriegsbeginn wurden auch die Kontakte von Hayek zu Eucken und anderen unterbrochen. Ein indirekter Draht blieb über Röpke erhalten, der zum Wintersemester 1937/38 nach Genf gekommen war und dort Kollege von Mises am erwähnten Institut wurde. Hayek blieb mit ihm auch in der Kriegszeit in Kontakt, u. a. kam es im Sommer 1942 zu einem Gedankenaustausch über Röpkes neues Buch Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Röpke fungierte als Mittelsmann für Nachrichten und Büchersendungen aus Deutschland, u. a. sandte er Mitte 1941 ein Exemplar von Euckens Die Grundlage der Nationalökonomie an Hayek (Hennecke 2000: 151ff.). Eucken brach dann Anfang 1943 den Briefwechsel zu Röpke aus Sicherheitsgründen ab (ebenda: 154f.)

3. Neuordnung bis 1950

3.1. Kontinuität der Wirtschaftselite nach 1945

Das Ende des Zweiten Weltkriegs entsprach nicht der klischeehaften „Stunde Null“. Viele Netzwerke, die sich während der Nazi-Zeit etabliert hatten, blieben erhalten und waren nach 1945 von Bedeutung. Dies gilt auch für die Wirtschaft sowie für die Ökonomik. In beiden Bereichen ist eine Kontinuität einflussreicher Personen zu beobachten. Dieser Fortbestand stellt einen wichtigen Faktor des Erfolgs der Ordoliberalismus nach 1945 dar. Viele ordoliberale ÖkonomInnen hatten vor allem einen kontinuierlichen Bezug zu Teilen der deutschen Wirtschaftselite.

Im Bereich der Wirtschaft reichten die Elitenetzwerke bis in die Kaiserzeit zurück. Die Nationalsozialisten richteten ihren Fokus vor allem auf die politische Elite, diese wurde durch eigene Leute ersetzt. Andere Eliten hingegen, wie in der Reichswehr oder in der Wirtschaft, waren zuerst nur wenig betroffen, - zudem blieb auch das Privateigentum (der „Arier“) verschont (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 67ff.). Nach den Reichstagswahlen im September 1930 (die NSDAP hatte sich von 2,6 auf 18,3 % der Stimmen gesteigert) wurde von den Nationalsozialisten eine „Wirtschaftspolitische Abteilung“ gebildet, die das Konzept einer neuen „Sozialwirtschaft“ entwarf. Nach außen hin wurde Stillschweigen bewahrt, es ging um Vorhaben, die erst 10 bis 15 Jahren nach einer Machtübernahme umgesetzt werden sollten.

1931 wurde in einem „Entwurf“ die positive Einstellung zum kapitalistischen Privateigentum und Profitanreiz bekundet, gleichzeitig auch Beschränkungen angemeldet. Im Mai 1932 kündigte Gregor Strasser ein detailliertes Arbeitsbeschaffungsprogramm mittels „produktiver Kreditschöpfung“ an (Teile davon wurden später umgesetzt). Nach ablehnenden Reaktionen (vor allem vom Reichsverband der Deutschen Industrie) wurde es abgeschwächt und im September durch ein „Aufbauprogramm“ ersetzt, die Idee einer staatlichen Kreditschöpfung aber beibehalten. (Barkai 1988: 34ff.)

Sofort nach der Machtübernahme wurden die Vorbereitungen für einen neuen Krieg gestartet. Bis 1936 pumpte die nationalsozialistische Regierung 27,5 Mrd. Reichsmark in die Wirtschaft, 21 Mrd. davon dienten direkt der Aufrüstung (Barkai 1988: 204). 9,5 Mrd. davon wurden durch Wechsel der Metallurgischen Forschungsgemeinschaft (Mefo-Wechsel) finanziert (Barkai 1988: 157). Die Aufrüstung war begleitet von einer staatlichen Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit, einem Zwangssparen der Haushalte, eine Begrenzung der Gewinnausschüttung und einer Senkung der Zinsen. Die Banken wurden (entgegen ursprünglichen Ankündigungen) nicht verstaatlicht, aber dem

Staat unterstellt. Das Ziel war, wie es im Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft 1935 hieß, „die Wirtschaft zu führen, aber nicht selbst zu wirtschaften“.¹⁰¹

Ab 1934 wurden die Wirtschaftsverbände reorganisiert und dem Einfluss der NSDAP geöffnet. In Führungspositionen der Wirtschaft hingegen wurde erst während des Zweiten Weltkriegs politisch eingegriffen. Auch der „Vierjahresplan“ 1936 (der als Wende zu einer Kriegswirtschaft – bei gleichzeitiger Beibehaltung der Konsumgüterproduktion - aufgefasst wird) enthielt z. B. die verschärfte Überwachung der Rohstoffzuteilungen, aber keine umfassende Planung der Wirtschaft. Daneben wurden 1937 die Reichswerke Hermann Göring als Staatskonzern errichtet. Nach Kriegsbeginn wurden riesige Rohstofflager in den eroberten Gebieten beschlagnahmt und zum Teil nach Deutschland transportiert. Zusätzlich wurden die besetzten Länder mit Zwangsabgaben und diktierten Exportpreisen zur Kriegsfinanzierung gezwungen, - zum Vorteil der deutschen Bevölkerung: Bis Ende des Krieges blieb ihr Lebensstandard fast auf der Höhe der Vollbeschäftigungsjahre (Barkai 1988: 225).

Im Agrarbereich galten die besetzten östlichen Gebiete nach deren Eroberung als Produktionsstandorte im Dienste der deutschen Ernährungs- und Kriegspolitik. Hauptstrategie war, die Strukturen der einzelnen Länder im Sinne der Besatzungsmacht so zu nutzen und auch zu verändern, dass eine höchstmögliche und bestangepasste Produktion im Dienste Deutschlands erreicht wird. Dafür wurden entsprechende Verwaltungen eingerichtet, u. a. mit ca. 15.000 deutschen „Landwirtschaftsführern“ in den besetzten Ländern (Burchard 1997: 14). Das zentrale wirtschaftliche Leitungsorgan war die Landwirtschaftsabteilung der Wirtschaftsführung Ost (Dallin 1981: 327 u. 341ff.).

Diese Politik ging rücksichtslos auf Kosten der Ernährungslage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Ein Eigenbedarf war nur in Hinblick auf den Erhalt erforderlicher Arbeitskräfte vorgesehen. Auch die Anbauplanung folgte diesen Prämissen: In den als gefährdet angesehenen Regionen (Partisanengebiete) wurde von Himmler 1943 gezielt der großflächige Industripflanzenbau wie Hanf, Korbweide und Naturkautschukpflanzen (Kok-Saghyes) angeordnet, um eine Eigenernährung der Bevölkerung unmöglich zu machen (Heim 2004: 274f.).

Ab Dezember 1941 wurde die gesamte Wirtschaft straff den Kriegszielen unterworfen. Im Februar 1942 wurde Albert Speer zum Minister für Rüstung und Munition bestellt. Unter seiner Leitung wurde mit Hilfe der Großindustrie (organisiert in einem Netz von „Kommissionen“ und „Ringern“) bei garantierten Kostenpreisen und unter dem Einsatz von Zwangsarbeitern ein „Wirtschaftswunder im Krieg“ realisiert: Von Anfang 1942 bis Mitte 1944 wurde die Rüstungsproduktion im Deutschen Reich um das Dreifache erhöht (Grunenberg 2007: 30).¹⁰²

Die Kontinuität der wirtschaftlichen Elite Deutschlands durch die 13 Jahre des „Tausendjährigen Reiches“ hindurch ist gut dokumentiert, auch ihr fast bruchloser Übergang in die Nachkriegszeit (Petzina 1968; Woll 1988; Sohn-Rethel 1992; Erker/Pierenkämper 1998; Eichholtz 1999; Koop 2005; Freytag 2012 u. a.). Die Elite, die in der deutschen Wirtschaft nach 1945 tonangebend war, war zwischen 1880 und 1910 zur Welt gekommen und hatte im „Dritten Reich“ Karriere gemacht (Grunenberg 2007). Fast alle von ihnen waren aktiv am „Rüstungs-Wirtschaftswunder“ ab 1942 beteiligt. Aber ab Ende desselben Jahres (die 6. Armee wurde bei Stalingrad vernichtet) kamen viele zu der Einsicht, dass der Krieg für das nationalsozialistische Deutschland nicht mehr zu gewinnen war. Viele Unternehmer begannen sich auf das drohende Ende und „die Zeit danach“ vorzubereiten. „Wehrwirtschaftsführer“ Friedrich Flick z. B. strukturierte im Sommer 1943 sein Imperium um, um Rüstungsgeschäfte und Arisierungsgewinne schwerer nachvollziehbar zu machen, zudem wurde die Zentrale von Berlin nach Düsseldorf verlegt (Grunenberg 2007: 36f.).

101 Mönckmeier (1935: 172); zitiert nach Barkai (1988, 199).

102 Dabei wurden auch neue „amerikanische“ Management- und Fertigungsmethoden eingeführt, die den Rationalisierungsvorsprung insbesondere der USA verkleinerten. Nach Abelshäuser kam es dabei zu einem beachtlichen Schub zu einem deutschen „Fordismus“, welcher dann auch einem Erfolgsfaktor für den Aufschwung nach 1945 wurde (Abelshäuser 2003: 115ff.).

Nach der Kapitulation Deutschlands lag das Schicksal der Wirtschaftsführer in den Händen der Siegermächte. Auf der Potsdamer Dreimächtekonferenz (17.07. bis 02.08.1945) wurde die Zerschlagung aller Konzerne, Kartelle und Syndikate beschlossen.¹⁰³ Zu Beginn der 1930er Jahre war Deutschland eines der am meisten kartellierten Länder der Welt - auch in Differenz zu den USA. Gerade im Hitlerregime wurde die Kartellisierung – durchaus im Einklang mit den Interessen der Spitzen der Industrie – stark vorangetrieben (vgl. Berghan 1985).

In den Wochen nach der Kapitulation 1945 wurden die führenden deutschen Industriellen verhaftet, offiziell galten sie als Kriegsverbrecher. Die meisten wurden im ehemaligen Hauptquartier Görings, auf der Burg Kramsberg in der Nähe von Bad Nauheim, kaserniert. Die Inhaftierung verstärkte aber noch, was vorher schon vorhanden: Ein intensives Beziehungsnetzwerk. Thyssen-Vorstand und BDI-Chef Hans-Günther Sohl fand sich so bei der Feldarbeit im Gefängnisarrest neben dem Banker Hermann J. Abs wieder (Wolf 2012). Ebenso begegneten sich dort z. B. der ehemalige Reichsbankchef Hjalmar Schacht, Finanzminister und Kabinettschef der NS-Regierung Dönitz, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Carl Luer (Vorstand Dresdner Bank), Wilhelm Zangen (ab 1934 Generaldirektor bei Mannesmann), Günter Henle (Gründungspräsident der Gesellschaft für Auswärtige Politik), Wernher von Braun (Sturmbannführer und Leiter der Raketen-Entwicklung (V2) in Peenemünde und Dora bis 1945), der Leiter der Versuchsanstalt Peenemünde Walter Dornberger, Firmengründer Ferdinand Porsche u. viele andere (Wolf 2012; Stehr 2007). Der Industriemanager Herbert Gienow (ab 1962 im Vorstand der Klöckner Werke AG)¹⁰⁴ konnte daher zu dieser Zeit resümieren:

„Der Wiederaufbau vollzog sich ja nicht nur aus Trümmern, sondern entwickelte sich aus einem Gemeinschaftsgefühl, das in den Internierungslagern gewachsen ist [...]“ (Grunenberg 2007: 47).

Nur wenige Industrieführer wurden angeklagt. Bei drei Nachfolgeprozessen wurden Alfred Krupp und zehn Manager (Krupp-Prozess), 13 im I.G.-Farben-Prozess und Friedrich-Flick und zwei weitere Manager (Flick-Prozess) verurteilt und kamen schon in den 50er Jahren wieder frei (Stehr 2007).

Im Bankensektor wurde nur Alfred Rasche, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, verurteilt (Ahrens 2004). Insgesamt hatten die Urteile keine gravierenden Auswirkungen auf die bestehende Wirtschaftselite Deutschlands. Die ursprüngliche Idee der USA eine „Gegenelite“ zu errichten (Hoffmann-Lange 1992: 75ff.) wurde im Bereich der Wirtschaft nicht realisiert. Die Wirtschaftselite aus dem „Dritten Reich“ blieb fast zur Gänze ungeschoren und konnte sich dann, auch wegen der neuen Erfordernisse des Kalten Kriegs, in Kontinuität erhalten.

3.2. Vorbereitungen zu Kriegsende

Diese Beständigkeit bedeutete auch, dass alle Kontakte, welche deutsche ÖkonomInnen in der nationalsozialistischen Zeit zur Wirtschaft aufgebaut hatten, nach Kriegsende weiter nutzbar waren bzw. sein konnten. In besonderer Weise trifft dies für die Ordoliberalen zu. Viele von ihnen hatten ein Nahverhältnis zur Wirtschaft.

Wichtige Beispiele sind Ludwig Erhard und die Freiburger ÖkonomInnen. Erhard fungierte 1944 und 1945 in einer einzigartigen Rolle, und zwar zugleich als wissenschaftlicher Ideengeber als auch (mit seinem damaligen Institut) als zentrale Schaltstelle der deutschen Industrie mit Beamten des

103 Allerdings hielt sich die Umsetzung in Grenzen. Die IG-Farben wurden in die vier Gesellschaften BASF, Bayer-Leverkusen, Farbwerke Hoechst und Casella Farbwerke zerlegt. Den großen Banken geschah nichts. Aus dem Dutzend der großen Montagesellschaften wurden 26 Gesellschaften gebildet und die „Vereinigten Stahlwerke“ wurden in 13 Firmen aufgespalten (nach Grunenberg 2007: 50f.).

104 Herbert Gienow war u.a. Rechtsanwalt, ab 1951 bei der Warentreuhand AG, ab 1962 im Vorstand und ab 1974 bis 1991 Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, zudem Aufsichtsratsvorsitzender der Steeldex AG, Hamburg und Senior Advisor der General Capital Group in München, 1991 bis 1999 Délégué Général/Präsident und Chairman der Deutschen Gruppe Alstom.

Reichswirtschaftsministeriums. Dabei wurde vor 1945 auf höchster Ebene erörtert, wie das Wirtschaftssystem Deutschlands nach dem Krieg aussehen sollte.

Erhard hatte – wie Alexander Rüstow – bei Franz Oppenheimer studiert und 1925 eine Dissertation abgeschlossen. 1928 wurde Erhard Assistent beim Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware (IfW) an der Handelshochschule in Nürnberg. Das Institut war 1919 vom Nationalökonom Wilhelm Vershofen gegründet worden, Erhard wurde später auch der stellvertretende Leiter. In dieser Position gilt Erhard (neben Vershofen, Erich Schäfer und Georg Bergler) als Protagonist der „Nürnberger Schule der Marktforschung“ (Heinelt 2003: 51). Das Institut verbreitete in Deutschland ein neues absatzwirtschaftliches Denken, das in den USA entwickelt worden war.

Wirkliche Bedeutung erlangte das Institut erst im „Dritten Reich“. Im Februar 1935 gründeten u. a. Vershofen und Erhard in den Räumen der deutschen Länderbank die GfK-Nürnberg Gesellschaft für Konsumforschung e. V., Präsident wurde Rudolf Mann, Vorstandsmitglied der IG-Farben. In diesen Jahren baute Erhard ein enges Netz zu führenden Industriellen auf, das für seine Karriere nach 1945 nützlich werden sollte. Die GfK spezialisierte sich auf Verbraucherbefragungen, die am IfW ausgewertet wurden. Zugleich wurden auch Studien über ausländische Märkte erstellt, die im Krieg erobert wurden, z. B. für die Südosteuropa-Gesellschaft, in deren Beirat Vershofen war. Eine Studie von Erhard über die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes war von Göring in seiner Funktion als Hitlers 'Beauftragter für den Vierjahresplan' positiv beurteilt worden (Heinelt 2003: 53, Fußnote 206.).

1942 verließ Erhard das Institut in Nürnberg und gründete in Berlin das Institut für Industrieforschung, das von der Reichsgruppe Industrie (u. a. vom Zigarettenfabrikanten Philipp Reemtsma und Rudolf Mann von den IG Farben) finanziert wurde.¹⁰⁵ Ab Ende 1942 beschäftigte sich Erhard mit der ökonomischen Nachkriegsplanung. Im März 1944 verfasste er im Auftrag der Reichsgruppe Industrie die 270-seitige Denkschrift Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Diese enthielt Empfehlungen für die Zeit nach dem Kriege in „Kontinuität der Wirtschaftsordnung“,¹⁰⁶ u. a. wurde ein Währungsschnitt gefordert (im Detail bei Ptak 2004: 145ff.).

Die Denkschrift kursierte zunächst nur intern in der Reichsgruppe Industrie. Den Vorsitz im RI-Präsidium hatte Wilhelm Zangen, damals Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns, sein Stellvertreter war Rudolf Stahl, damals Chef des Salzdettfurth-Konzerns und der Mansfeld-Kupfer AG, auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank. Stahl leitete den Kleinen Arbeitskreis, der sich mit Grundfragen der Nachkriegsplanung befasste. Erhard nahm an den Beratungen dieses Arbeitskreises teil. Mitglieder waren hier u. a. Anton Reithinger, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung von IG-Farben-, Günter Keiser, Leiter des Statistischen Büros der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Paul Binder, RI-Abteilungsleiter für Steuerfragen, dessen Kollege von der RI-Abteilung Außenwirtschaft, Karl Albrecht, sowie Ferdinand Grüning, Leiter der Abteilung Zentrale Wirtschaftsbeobachtung der Reichswirtschaftskammer (Engelmann 1980: 373).

Zugleich wurden auch die Großindustrie und die Bankenwelt vom Kleinen Arbeitskreis ins Vertrauen gezogen und regelmäßig informiert. Prominente Personen waren dabei Friedrich Flick, Philipp F. Reemtsma, Heinrich Dinkelbach von den Vereinigten Stahlwerken, Geheimrat Hermann Schmitz von IG Farben, Fritz Jessen vom Siemens-Konzern, Karl Goetz von der Dresdner Bank und Oswald Rösler von der Deutschen Bank (Engelmann 1980: 373).

Im Herbst 1944 wurde zudem unter Leitung von Karl Blessing ein Arbeitskreis für außenwirtschaftliche Fragen eingerichtet. Daran nahmen teil oder wurden ausführlich informiert, u. a. Hermann Josef Abs (Deutsche Bank), Dr. Karl Rasche (Dresdner Bank), Kurt Freiherr v. Schröder

105 Die Reichsgruppe Industrie war die Selbstverwaltungsspitze der deutschen Industrie, neben weiteren wie Reichsgruppe Handel, Reichsgruppe Handwerk usw., daneben gab es noch regionale Wirtschaftskammern (vgl. Kahn 2006).

106 Ehrhard (1977: 149), hier zitiert nach Ptak (2004: 150).

(Bankhaus J. H. Stein), Anton Reithinger und Max Ligner (beide IG Farben), Karl Lindemann (Norddeutscher Lloyd), Dr. Ludger Westrick (Vereinigte Aluminiumwerke), Hugo Stinnes (Stinnes-Konzern), Philipp F. Reemtsma (Reemtsma-Zigarettenfabriken) und Dr. Ernst Hellmut Vits (Vereinigte Glanzstoff -Fabriken) sowie Andreas Predöhl, Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (Engelmann 1980: 383). Erhard hatte also direkten Kontakt zu wichtigen Industriekapitänen, allen genannten Personen wurde seine Denkschrift zugänglich gemacht.

Im Herbst 1944 kam es auch zur direkten Zusammenarbeit dieser Arbeitskreise mit dem Reichwirtschaftsministerium, vertreten durch Otto Ohlendorf, der Ende 1943 zum stellvertretenden Staatssekretär aufgerückt war.¹⁰⁷ Ohlendorf koordinierte die Planungen für die Wirtschaft nach dem Krieg. Derartige Überlegungen waren zwar offiziell verboten, wurden aber von Heinrich Himmler – im Widerspruch zu den Anordnungen von Albert Speer – gedeckt.

Erhard fungierte dabei als wissenschaftlicher Koordinator und zugleich als Clearingstelle zwischen der Industrie und dem Ministerium. Im Dezember 1944 erhielt Ohlendorf eine vollständige Fassung seiner Denkschrift (nach Ptak 2004: 147).

In welchem Ausmaß diese Kontakte zur Karriere der beteiligten Personen nach 1945 beigetragen haben, kann nur vermutet werden. Neben Ludwig Erhard und Hermann Abs erscheint der weitere Lebensweg folgender Personen bemerkenswert (nach Engelmann 1980: 382ff.):

- Karl Blessing ging 1948 in den Vorstand der Margarine-Union zurück (eine deutschen Tochter des Unilever-Konzerns), 1958 bis 1969 war er Präsident der Deutschen Bundesbank.
- Karl Albrecht, Gründer des Arbeitskreises für außenwirtschaftliche Fragen, wurde 1949 Hauptabteilungsleiter im Marshallplan-Ministerium des Vizekanzlers Franz Blücher und übernahm 1953 die Hauptgeschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf.
- Ludger Westrick war 1951 bis 1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, später Chef des Bundeskanzleramts und von 1964 bis 1966 Bundesminister für besondere Aufgaben.
- Günter Keiser übernahm 1950 die Abteilung Grundsatzfragen im Bundeswirtschaftsministerium als Ministerialdirigent und leitete später die Volkswirtschaftliche Abteilung der Feldmühle AG im Flick-Konzern.

Unabhängig von Erhard begannen ab 1942 auch die Freiburger ÖkonomInnen sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was nach dem Ende des Krieges geschehen sollte. Mit dem erwähnten „Professorenausschuss“ aus dem Jahre 1939 hatten die Freiburger NationalökonomInnen den Weg in die Akademie für Deutsches Recht gefunden (Rüther 2013: 93).

Die Akademie war die wissenschaftliche Zentralstelle für die Etablierung eines nationalsozialistischen Rechts. Dort waren sie unter der Leitung von Erwin von Beckerath in der Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre tätig. Die Arbeitsgemeinschaft war als Zentralausschuss in der Klasse IV angesiedelt, die Jens Jessen leitete. Zur Vertiefung wurden drei Unterausschüsse gebildet: der Berliner, der Köln-Bonner und der Freiburger Unterausschuß. Lampe leitete im Oktober 1941 die Freiburger Gruppe, der auch Eucken, von Dietze, Clemens Bauer und Erich Preiser aus Jena

107 Otto Ohlendorf hatte Jura und Volkswirtschaft in Leipzig und Göttingen studiert, wurde im Oktober 1933 Assistent von Jens Jessen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel und im April 1935 Abteilungsleiter am Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften der Handelshochschule Berlin. 1936 wurde er Wirtschaftsreferent beim Sicherheitsdienst (SD), 1937 (unmittelbar unter dem Amtschef Reinhard Heydrich) Leiter des gesamten Inland-Nachrichtendienstes des SD. Im Juni 1938 wurde er auch Geschäftsführer, im November 1939 Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handel, der Zwangsvereinigung aller Unternehmen des Groß-, Außen- und Einzelhandels. Von Juni 1941 bis Juni 1942 war Ohlendorf als Führer der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD für die Ermordung von 90.000 Männern, Frauen und Kinder in der Ukraine und auf der Krim verantwortlich. 1948 wurde er dafür zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet (Boberach 1999: 485).

angehörten. Anfang März 1943 wurde die Akademie für Deutsches Recht einschließlich ihrer Unterorganisationen als „nicht kriegswichtig“ vorübergehend geschlossen (Lee 2000: 38ff.).

Unmittelbar danach wurde unter dem Vorsitz von Beckerath die bisherige Arbeit privat und im kleinen Kreis, vor allem in Freiburg, weitergeführt. So entstand die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath (vgl. auch Grosseckler 2005a: 102ff. und Lee 2000: 37ff.). Sie fand zwischen März 1943 und September 1944 regelmäßig alle acht Wochen statt, insgesamt achtmal in Freiburg und je einmal in Jena sowie in Bad Godesberg. Zu den Anwesenden gehörten aus Freiburg von Dietze, Eucken und Lampe, aus Bonn von Beckerath, der Wirtschaftsjournalist Fritz Hauenstein und Heinrich von Stackelberg, aus Köln Theodor Wessels, aus Jena Erich Preiser und Franz Böhm, aus Marburg der Sozialpolitiker Gerhard Albrecht und aus Berlin Leo Drescher, wobei es zwischen den VertreterInnen der Freiburger Schule und den übrigen Mitgliedern zu erheblichen Meinungsdivergenzen kam (Ptak 2004: 141). Dabei wurde vor allem diskutiert, wie die „doppelte Transformation“ des Übergangs von einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft und zugleich von einer Zentralverwaltungs- in eine Marktwirtschaft bewerkstelligt werden könnte (Grosseckler 2005a: 103ff.). In anderthalb Jahren Arbeit entstanden 41 Teilgutachten, Ergänzungen und Protokolle.¹⁰⁸

Die Wirkungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath nach dem 2. Weltkrieg ist beachtlich: Fast alle Mitglieder fanden sich 1948 im Wissenschaftlichen Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, später des Bundeswirtschaftsministeriums, wieder – und Erwin von Beckerath leitete auch dieses Gremium (siehe unten). Neben dem wirtschaftspolitischen Einfluss, der sich aus der Mitgliedschaft in den Wissenschaftlichen Beiräten erschließt, waren ÖkonomInnen aus der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath besonders erfolgreich in der akademischen Reproduktion. Während Heinrich von Stackelberg (Promotionsbetreuer von Hans Möller und Bruno Gleitze) und Lampe (Promotionsbetreuer von Elisabeth Liefmann-Keil) jeweils kurz nach dem Krieg starben¹⁰⁹, promovierten bei Theodor Wessels 14, bei Erich Preiser 9, bei Erwin von Beckerath 5 und bei Gerhard Albrecht 4 spätere ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten.

Zu den wichtigsten PromovendInnen von Theodor Wessels gehören etwa Hans Karl Schneider („Die Preisbildung für Ferngas“, 1948), der als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium, als Mitglied und von 1985-1992 Vorsitzender des Sachverständigenrats sowie Ausschussvorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik einer der deutschen ÖkonomInnen mit dem höchsten wirtschaftspolitischen Einflusspotenzial war (vgl. Pühringer 2015) und zudem selbst 14 ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre promovierte.

Ebenso gehört hierher Christian Watrin („Der Befähigungsnachweis in Handwerk und Einzelhandel: Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der Bundesrepublik“, 1957), der von 1983-1992 zunächst Stellvertretender Vorsitzender und danach Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und von 2000-2002 Präsident der Mont Pèlerin Society war.

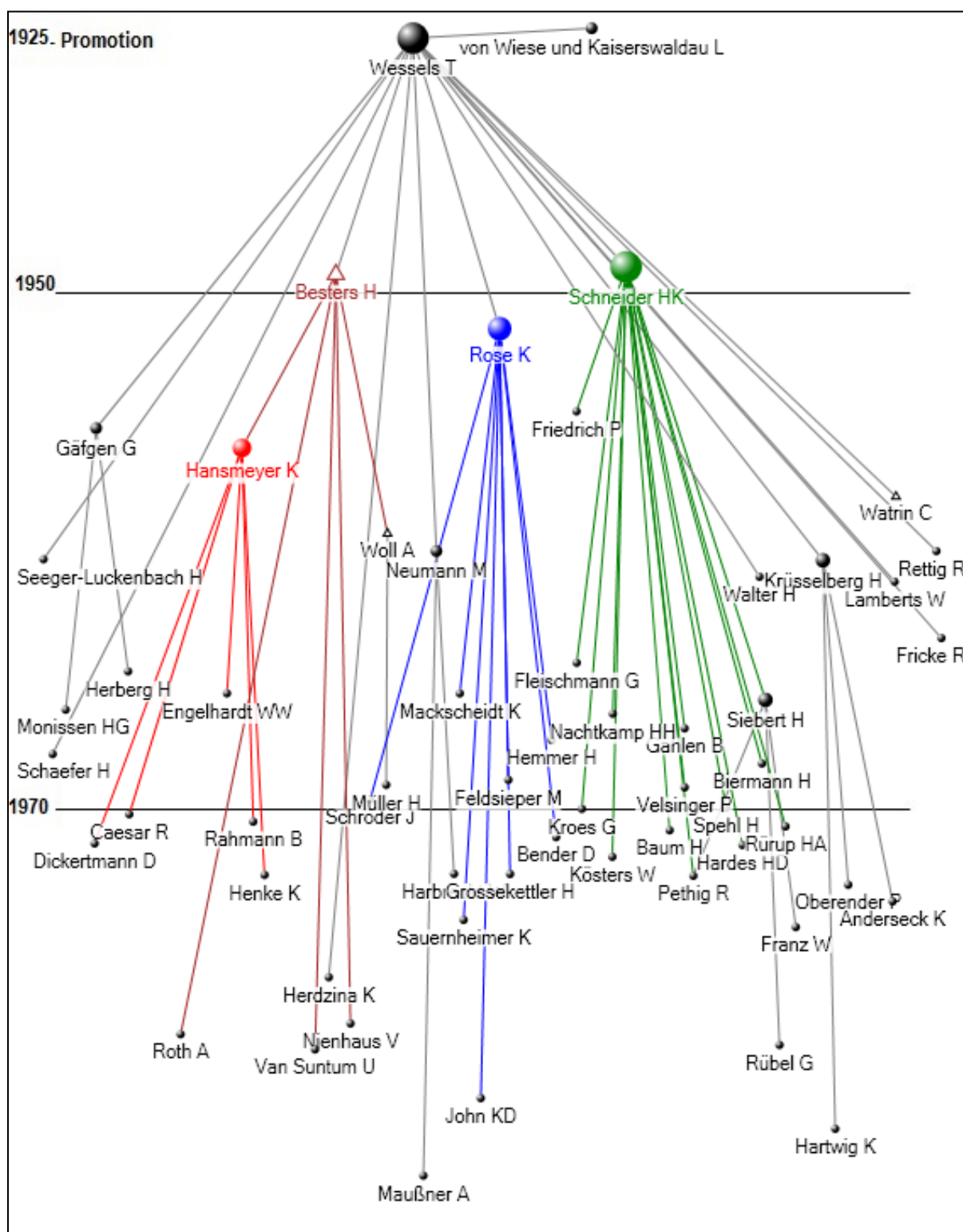
Insgesamt waren von den akademischen SchülerInnen Theodor Wessels vier Vorsitzende (zu Schneider und Watrin kommt noch Manfred Neumann) bzw. Stellvertretende Vorsitzende (Gerard Gäfgen) des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWi. Wessels war zudem auch in seiner Funktion als

108 Nach heutiger immer noch gängiger Darstellung wird die Arbeitsgemeinschaft als auch der Freiburger Kreis insgesamt als „Widerstand“ verstanden (z. B. Bundeszentrale für politische Bildung 2003); zum divergierenden Verständnis siehe z. B. Ptak 2004 und Engelmann 1980). Die Tatsache ihrer Existenz war freilich dem Reichswirtschaftsministerium bekannt: Josten hatte sich noch im Frühjahr 1944 darum bemüht, die Arbeitsgemeinschaft in die Arbeit des Ministeriums einzubinden (Rüther 2013: 90).

109 Gerade in Anbetracht seines ebenfalls frühen Todes 1950 muss daher Walter Euckens Rolle als akademischer Lehrer und Begründer der „Freiburger Schule“ besonders hervorgehoben werden. Wie später im Detail ausgeführt haben in Summe zehn spätere ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre bei Eucken promoviert.

Dekan und von 1951-54 als Rektor der Universität Köln maßgeblich an der Etablierung von Köln als zentralem Standort des Ordoliberalismus beteiligt.

Abbildung 5: Theodor Wessels als akademischer Lehrer

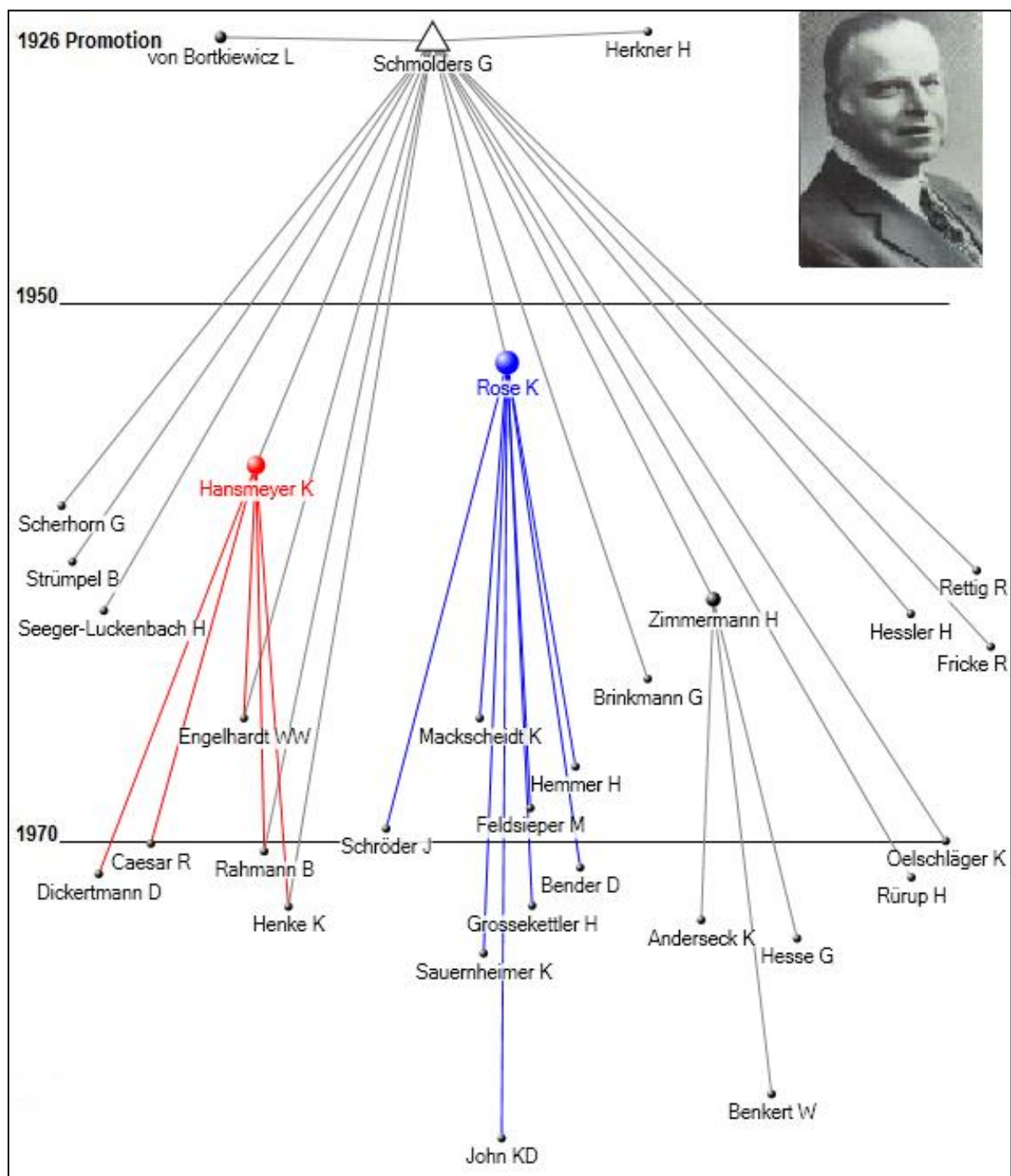


Quelle: Eigene Darstellung.

Eine zweite zentrale Person in diesem Prozess ist der Finanzwissenschaftler Günter Schmöders, neben den schon erwähnten Wilhelm Röpke, Friedrich A. Lutz, Herbert Giersch und Christian Watrin,

einer der sechs deutschen Präsidenten der Mont Pèlerin Society (MPS) (1968-1970). Auf die Bedeutung dieser Gesellschaft wird nachstehend noch eingegangen.

Abbildung 6: Günter Schmölders als akademischer Lehrer



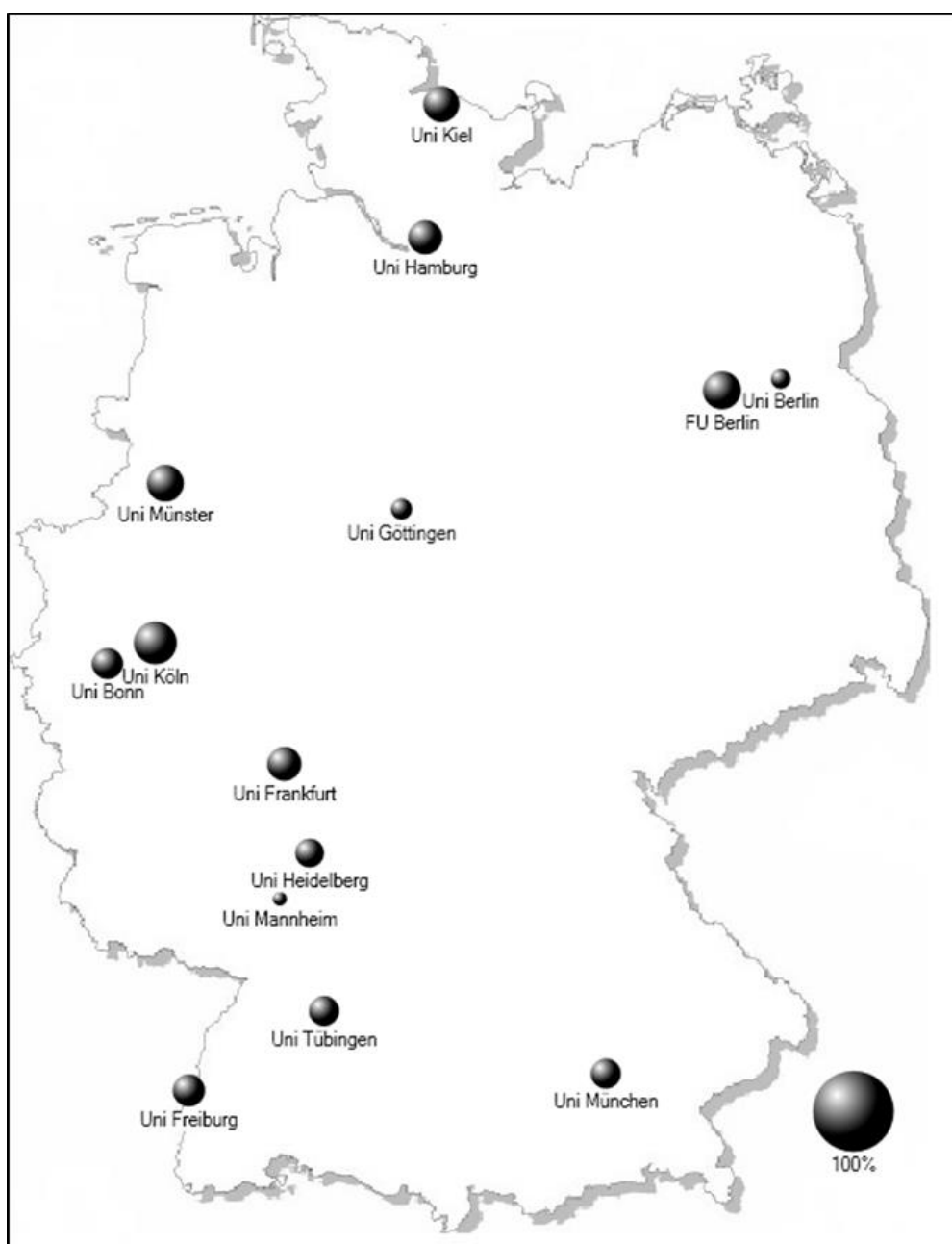
Quelle: Eigene Darstellung.

Schmölders, nach seiner Habilitation zunächst an der Universität Breslau und dann von 1940-1973 an der Universität Köln tätig, darunter von 1965-1966 auch als Rektor und Prorektor, war wie Wessels in der akademischen Reproduktion ungemein erfolgreich. So promovierte Schmölders in Summe 15 spätere ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre aus dem untersuchten Sample, darunter etwa den später einflussreichen wirtschaftspolitischen Berater Hans-Adalbert Rürup („Die Programmfunktion des Bundeshaushaltsplanes - die deutsche Haushaltsreform im Lichte der amerikanischen

Erfahrungen mit dem Planning-Programming-Budgeting System“; 1971), Klaus Rose („Das Akzelerationsprinzip“, 1952), der ebenfalls in der akademischen Reproduktion erfolgreich war, sowie Horst Zimmermann („Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer: Gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form“, 1963), der ein in 11 Auflagen erschienenes Standardwerk für Finanzwissenschaften verfasste („Finanzwissenschaft. Eine Einführung in die Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft“).

Die hohen akademischen Reproduktionsraten von Wessel und von Schmolders widerspiegeln sich auch in der Bedeutung der Universität Köln als Ausbildungsstandort¹¹⁰ in den 1950er und 1960er Jahren (Abbildung 7).

Abbildung 7: Bedeutendste VWL-Ausbildungsstandorte 1950-1969



Quelle: Eigene Darstellung.

110 analog zu Kapitel 6 werden hierzu die Promotionsorte späterer ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre über die Jahrzehnte hinweg verglichen.

Während Köln bei Promotionen von ProfessorInnen im untersuchten Sample im Zeitraum bis 1950 mit 4,31% (5 Promotionen) noch an siebter Stelle hinter Freiburg, München, Berlin, Hamburg, Kiel und Frankfurt liegt, wird die Universität Köln in den 1950er und dann besonders in den 1960er Jahren der bedeutendste Ausbildungsstandort des untersuchten Samples. So promovieren an der Universität Köln in diesem Zeitraum 7,31% (28 Personen), die später eine Professur für Volkswirtschaftslehre an einer deutschen Universität übernehmen. Durch die Präsenz von Theodor Wessels, Alfred Müller-Armack und die Gründung des Instituts für Wirtschaftspolitik durch letzteren im Jahr 1950 wurde die Universität Köln somit neben Freiburg mit dem schon 1953 gegründeten Walter Eucken Institut zum zentralen Ausbildungsstandort des Ordoliberalismus in Deutschland (Abbildung 7).

Müller-Armacks universitäres Wirken und somit sein PromovendInnen-Stammbaum sind zwar aufgrund seiner politischen Aktivitäten als enger Vertrauter und Leiter der Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium von Ludwig Erhard von 1952-1958 und Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten von 1958-1963 weniger ausgeprägt als bei Wessels.

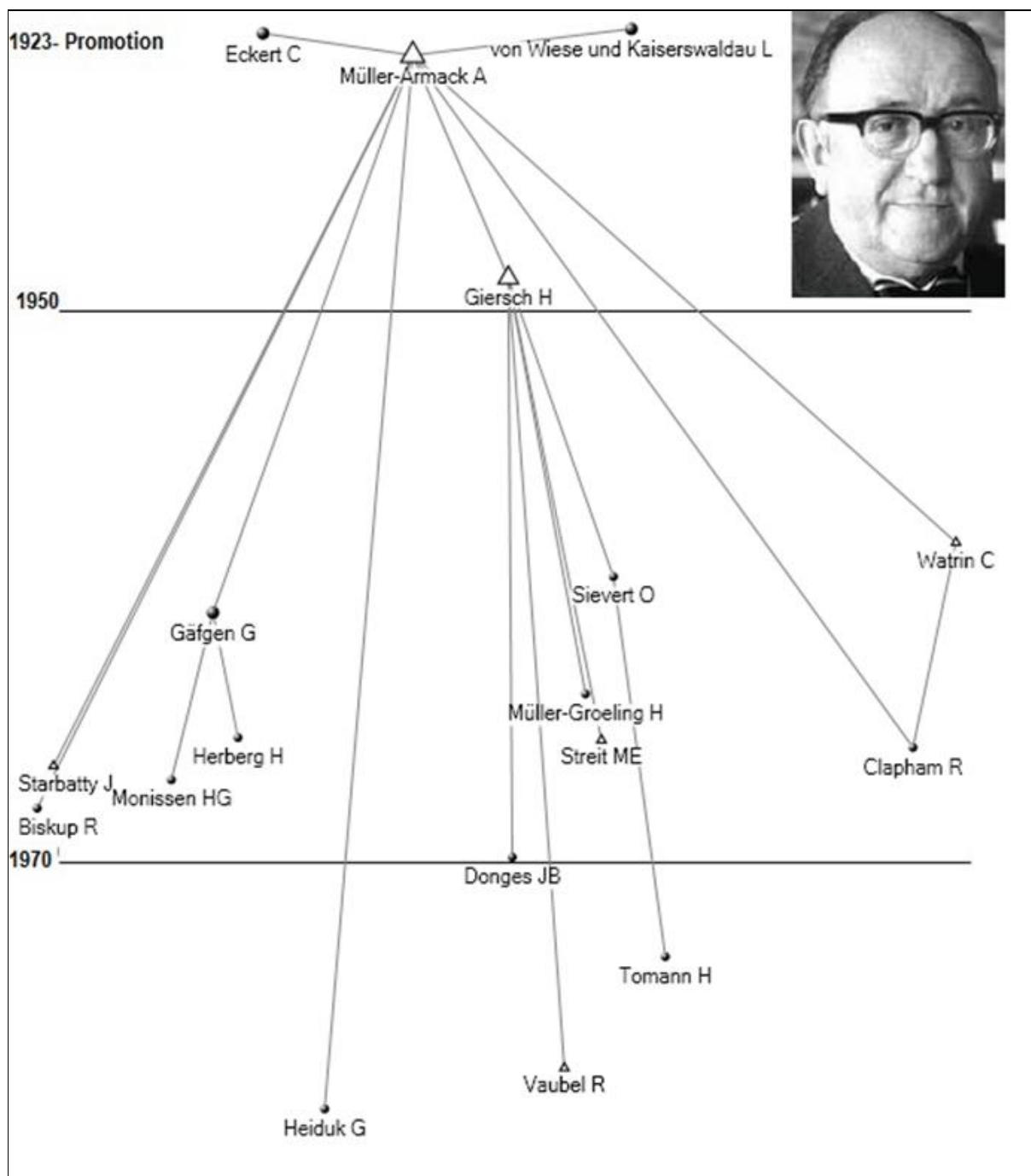
Durch die Gründung des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, an der er sowohl (wie auch Theodor Wessels bei Ludwig von Wiese und Kaiserswaldau) promoviert, habilitiert, sowie unterbrochen durch eine Professur von 1940-1950 an der Universität Münster auch als Ordinarius gewirkt hat, ist Müller-Armack eng mit der universitären Etablierung des Ordoliberalismus in Deutschland verbunden.¹¹¹

So haben bei Müller-Armack in Summe sieben spätere ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre promoviert. Darunter unter anderem mit Herbert Giersch („Der Ausgleich der Kriegslasten vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit“, 1948 noch in Münster), Christian Watrin und Joachim Starbatty („Regionale Strukturpolitik in der sozialen Marktwirtschaft“, 1967) einige der zentralen Akteure in den Netzwerken des deutschen Marktradikalismus der Nachkriegszeit. So waren Giersch und Watrin Präsidenten der Mont Pélerin Society,¹¹² Starbatty fungiert seit 1991 als Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und ist zudem in der Alternative für Deutschland aktiv. Viele von Müller-Armacks Schülern haben zudem hohe Ausprägungen in wirtschaftspolitischen Beratungskoeffizienten des Performativen Fußabdrucks von ÖkonomInnen (vgl. dazu Pühringer 2015).

111 Nach Jahren der immer weiteren akademischen Isolation ordoliberaler ÖkonomInnen wurde das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln erst 2009 und somit ein zentraler Standort ordoliberalen Denkens zugunsten makroökonomischer Lehrstühle gegen den Widerstand älterer Ordinarien abgewickelt. Eine ausführliche Übersicht zum Kölner „Neueren Methodenstreit“ mit den Positionen der BefürworterInnen und GegnerInnen findet sich in Caspari/Schefold (2011).

112 Mitglieder der Mont Pélerin Society sind in dieser wie in allen anderen Darstellungen mit einem Dreieck versehen

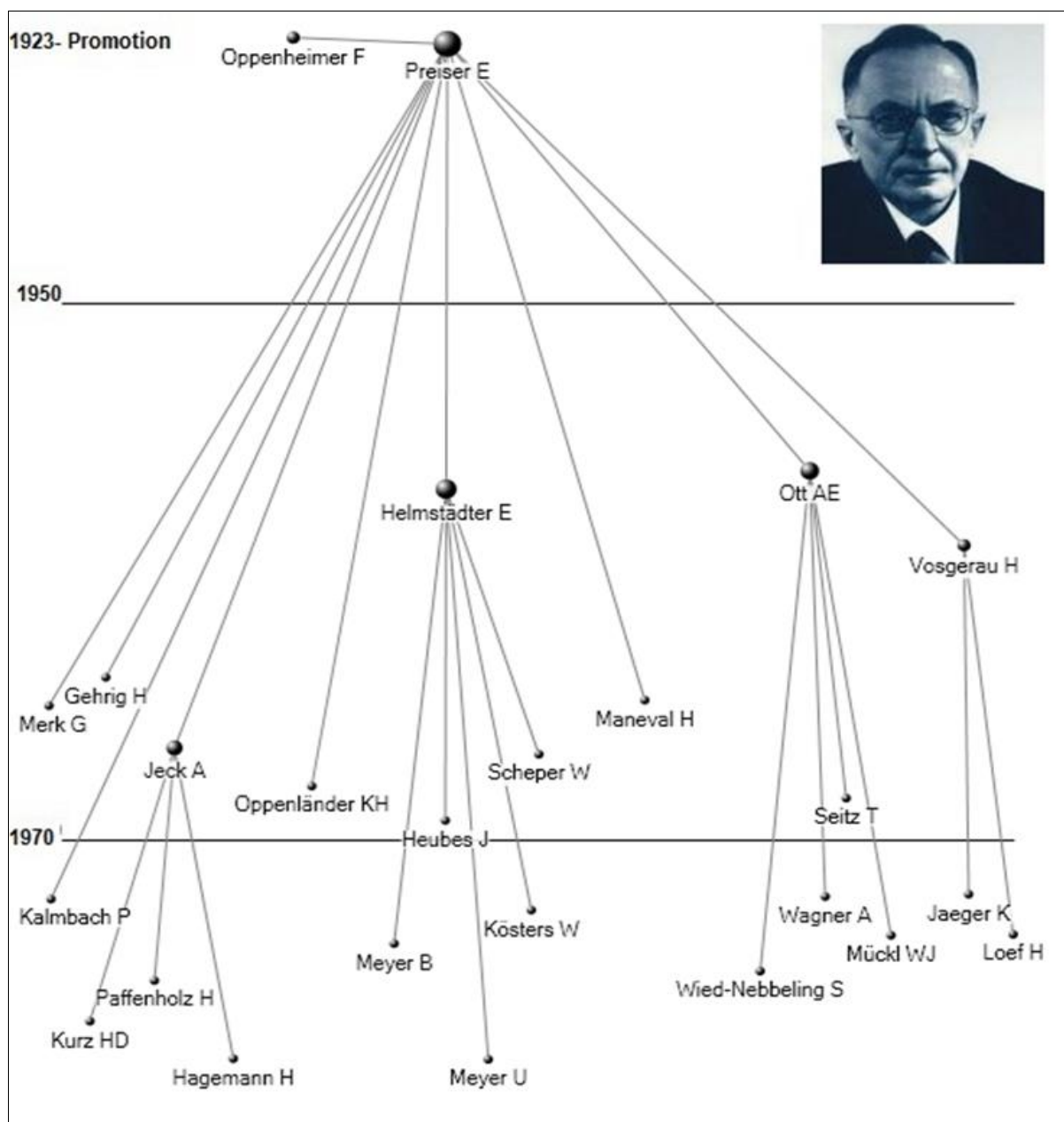
Abbildung 8: Müller-Armack als akademischer Lehrer



Quelle: Eigene Darstellung.

Der in der akademischen Reproduktion ebenfalls erfolgreiche Erich Preiser, von 1940-1947 in Jena, von 1947-1956 in Heidelberg und dann bis 1967 in München, nimmt paradigmatisch eine Außenseiterrolle in der AG Erwin von Beckerath ein. Auch wenn er durch sein vielfältiges Werk nicht klar einer ökonomischen Schule zuzuordnen ist (vgl. Blesgen 2000, Hesse 2010), gilt Preiser als einer der bedeutendsten frühen Vertreter keynesiansischer Wirtschaftstheorie in Deutschland (Schanetzky 2007).

Abbildung 9: Erich Preiser als akademischer Lehrer



Quelle: Eigene Darstellung

Anhand von Preisers PromovendInnen manifestiert sich auch dessen Bedeutung für die Entwicklung heterodoxer, insbesondere post-keynesianischer Ansätze. So haben sowohl Peter Kalmbach („Wachstum und Verteilung in neoklassischer und postkeynesianischer Sicht“, 1971) als auch Albert Jeck („Die Determinanten der Einkommensverteilung: Ein Beitrag zur neueren Verteilungstheorie“, 1962) bei Preiser promoviert, wobei letzterer wiederum mit Harald Hagemann („Rate of Return und Profitrate: eine kapitaltheoretische Kontroverse zwischen Neoklassikern und Postkeynesianern im Rahmen der Cambridge-Debatte“, 1977) und Heinz D. Kurz („Zur neoricardianischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts der Produktion und Zirkulation: Wert und Verteilung in Piero Sraffas 'Production of commodities by means of commodities', 1975) zentrale Akteure für die Entwicklung der heterodoxen Volkswirtschaftslehre in Deutschland promoviert und damit hervorgebracht hat (vgl. dazu auch Heise/Thieme 2015).

Eine besondere Rolle für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre kommt Preiser auch über sein in 15 Auflagen erschienenen Lehrbuch „Nationalökonomie heute. Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre“¹¹³ zu, wichtig war auch seine langjährige Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat des ifo-Instituts. Zu den PromovendInnen Preisers zählt auch Karl Heinrich Oppenländer („Die moderne Wachstumstheorie. Eine kritische Untersuchung der Bausteine, der Gleichgewichtskonzeption und der Wirklichkeitsnähe“, 1963), der dem ifo-Institut von 1976-1999 als Präsident vorstand.

3.3. Kurz nach Kriegsende

Die Wirkungsgeschichte der Netzwerke um Erhard und um die Freiburger ÖkonomInnen ist auch ein Ergebnis ihrer Anstrengungen gleich nach Kriegsende (Mitte April bis Anfang Mai 1945). Führende Ordoliberalen bemühten sich buchstäblich von der ersten Stunde an, Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung zu erlangen. U. a. versuchten sie gleichzeitig dreierlei:

1. mit den westlichen Besatzungsmächten in Kontakt zu kommen und ihnen ihre Vorarbeiten und ihre wissenschaftliche Mitarbeit anzubieten;
2. am öffentlichen Diskurs über die neue Wirtschaftsordnung teilzunehmen und hier Meinungsführerschaft zu erringen; und
3. an der politischen Wiederaufbaubewegung, die zur Gründung neuer Parteien führte, teilzunehmen und Einfluss auf ihre programmatische Ausrichtung zu bekommen.

Die Anstrengungen in diesen Bereichen stellen ein wichtiges Indiz dafür dar, wie sich ordoliberalen ÖkonomInnen als genuin „politische“ ÖkonomInnen verstanden und aktiv versuchten, die Umbruchzeit gesellschaftspolitisch zu nützen. Dazu war es notwendig, bestehende Netzwerke zu nützen und neue aufzubauen.

Bei diesen Aktivitäten kam den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath eine besondere Rolle zu (Lee 2000: 69ff. und Glossner 2010: 44ff.). Dietze, Lampe und Ritter wurden am 8. September 1944 in Berlin inhaftiert, die Haft wurde zu einem intensiven Meinungsaustausch in wirtschaftspolitischen Fragen genützt. Am 25.4.1945 (knapp vor dem Eintreffen der ersten russischen Soldaten) wurden die drei Freiburger Professoren entlassen. Sie verließen Berlin am Tag der Kapitulation (8.5.1945) und kamen im Juni in Freiburg an. Auf Initiative von Lampe (dem sich auch der Historiker Ritter anschloss) versuchten die Freiburger ÖkonomInnen sofort, mit den amerikanischen und französischen Besatzungsmächten in Kontakt zu kommen. Lampe reiste nach Jena, um von Preiser (wie erwähnt ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath) die Gutachten dieser Gruppe abzuholen. Damit ausgestattet konnte er das US-Military Government of Germany beeindrucken und den Auftrag erhalten, das vorliegende Währungsprogramm zu überarbeiten. Nach seiner Ankunft in Freiburg formulierte er Anfang August 1945 mit seinen Kollegen ein Gutachten (Währungssanierung durch Kaufkraftabschöpfung mit anschließender Geldumlaufauffüllung), das den US-Behörden übergeben wurde. Obwohl US-General Lucius D. Clay persönlich Offiziere nach Freiburg beorderte,¹¹⁴ um den Report zu diskutieren, endete der Kontakt kommentarlos und abrupt im November. Die Gründe dafür sind nicht bekannt (vgl. Lee 2000: 69ff. und Glossner 2010: 49ff.).

Ähnliche (vorerst erfolglose) Bemühungen unternahm auch die Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern, die Alfred Weber im Mai 1945 gegründet hatte. Hier arbeitete auch Ludwig Erhard mit. Im Juli 1945 legte er für das US-Hauptquartier einen Entwurf eines Gesetzes zur

113 Preiser weist daher auch im Wissenschaftlichen Reproduktionskoeffizienten des Performativen Fußabdrucks (Pühringer 2015) hohes Einflusspotenzial auf.

114 Clay wurde im Mai 1945 Stellvertreter von General Eisenhowers, nach der Kapitulation stellvertretender Militärgouverneur der US-Besatzungszone und dann dort von 1947 bis 1949 Militärgouverneur (Glossner 2010: 34ff.).

Neuordnung des deutschen Geldwesens vor. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath hatten auch Kontakt zu den zuständigen französischen Behörden. Im August fragten die Section Economie Générale und die Section de Documentation à la direction de l'Economie Générale bei den Freiburger ÖkonomenInnen um eine Zusammenarbeit an. Daraufhin wurden bis Frühling 1946 über 20 Reports erstellt. Als Lampe aber als Unterstützer des Nationalsozialismus angeklagt wurde, wurde diese Zusammenarbeit im März 1946 eingestellt. (Im Juli wurde Lampe aus der Haft der Franzosen entlassen und galt seither als rehabilitiert, Grossekketeler 2004: 7). Teile der erwähnten Gutachten wurden anschließend in der vierzehntäglich erscheinenden Zeitschrift Die Gegenwart publiziert.

Insgesamt entfachte sich gleich nach Kriegsende ein öffentlicher Disput über die kommende Wirtschaftsordnung. Die Ordoliberalen beteiligten sich dabei mit einer Fülle von schriftlichen Beiträgen. Besonders aktiv waren Erhard, Miksch und Müller-Armack, sie waren in den späteren Jahren für die politische Implementierung des ordoliberalen Programms bedeutsam (Ptak 2004: 155ff.) Dabei wurden alle Bezüge an die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung getilgt und zugleich ein umfassender gesellschaftspolitischer Anspruch erhoben. Dem binären Code von „Markt“ und „Nicht-Markt“ folgend wurden alle „Gegner“ mit einer aggressiven Rhetorik belegt.¹¹⁵ Verantwortlich für die Krise und den Krieg waren jetzt „kollektivistischen“ Ideen. Ptak resümiert diesen Prozess so:

„Für die Weichenstellung in Sachen Wirtschaftsordnung der Westzonen dürfte die propagandistische Feldschlacht gegen den ‚Kollektivismus‘ von nicht unerheblicher Bedeutung gewesen sein. Nicht zuletzt durch die Polarisierung der Wirtschaftsordnungsdebatte zu einer Freund-Feind-Konstellation gelang es den ‚neuen‘ Liberalen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit weit verbreiteten marktkritischen Positionen zu diskreditieren. Statt um eine offene Diskussion über die Gestaltungsoptionen von Wirtschaft und Gesellschaft ging es nun um eine fundamentale Schicksalsentscheidung für oder gegen Freiheit, Konsum und Demokratie bzw. Unfreiheit, Mangel und totalitärem Sozialismus.“ (Ptak 2004: 163)

Bis 1948 blieb dieses Programm aber eine Minderheitenmeinung, das politisch (noch) nicht durchsetzbar war. Parallel zum Versuch auf die westlichen Alliierten Einfluss zu nehmen und publizistisch aktiv zu werden waren Mitglieder der Freiburger Schule auch direkt innenpolitisch tätig. Im Sommer 1945 (vermutlich am 17.7.) gründeten Dietze (er war am 18.6.1945 in Freiburg angekommen), Böhm und Wolf mit anderen eine Christliche Arbeitsgemeinschaft, bei der die Schaffung einer neuen politischen Partei vorbereitet werden sollte. (Daraus ging Ende 1945 die Badische Christlich-Soziale Volkspartei, BCSV, hervor, das Gründungsprotokoll ist vom 20.12.1945 datiert. Die BCSV war eine Vorläuferpartei der CDU in Südbaden.) Diesem Vorhaben schlossen sich Eucken, Lampe und Ritter indirekt an, Eucken hielt auch einen Vortrag bei einer Sitzung. (Details dieser Aktivitäten finden sich bei Lee 2000: 76ff.). Die neue Arbeitsgemeinschaft (die auch in der Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath verstanden werden kann) entwarf u. a. im September 1945 die Vorschläge für programmatische Grundlinien der Wirtschafts- und Sozialordnung. Hier ist ein gemildertes marktradikales Programm zu finden, das auf christliche Fundamente rekurrierte.¹¹⁶

Das Freiburger Programm stand im bemerkenswerten Gegensatz zu den Vorstellungen anderer Gruppen, die an der schrittweisen Entstehung und Meinungsbildung der CDU beteiligt waren. In

115 „Ausgestattet mit dem Selbstverständnis als richtungsweisende Wissenschaftselite oder – in der kulturalistischen Variante – als ‚abendländische Heilsbringer‘ konnte die Ordnungsdebatte aus ordoliberaler Perspektive nur in Gestalt einer feindbestimmten Kampfhandlung geführt werden, bei der es galt, jedwede Alternative zur ordoliberalen Option auszugrenzen. (Ptak 2004: 157)

116 Wiederum wurde eine Zentralverwaltungswirtschaft binär einer Marktwirtschaft gegenübergestellt und gleichzeitig das „Laisser faire“ des klassischen Liberalismus abgelehnt, - desgleichen „zwingende Entwicklungsgesetze des Wirtschafts- und Soziallebens“ und eine kollektivistische Ordnung. Wesentliche Teile der Vorschläge flossen in das Programm des Christlich-sozialen Volksbundes ein, das drei Monate später vorgelegt wurde (Lee 2000: 115ff.).

diesen Programmen (z. B. Frankfurter Leitsätze vom September 1945, Neheim-Hüstner-Programm vom März 1946 oder Ahlener Programm vom Februar 1947) wurde ein „christlicher Sozialismus“ angestrebt (vgl. Quaas 2000: 94ff.). Gefordert wurde eine teilweise Vergesellschaftung der Großindustrie, eine Erweiterung des Gemeineigentums und eine umfassende betriebliche Mitbestimmung (vgl. Lee 2000: 99ff.).

3.4. Neue internationale Netzwerke

Nach dem Zweiten Weltkrieg formierte sich das Netzwerk Freiburg – Genf – Paris - London – Chicago auf neue Weise, kurzfristig mit wenig, langfristig mit erheblichem Erfolg. Zentrale Momente waren Weichenstellungen bei der Chicago School of Economics ab 1945 und die Gründung der Mont Pèlerin Society im Jahre 1947.

In beiden Fällen war Hayek aktiv (vgl. zum Folgenden Horn und Mirowski 2009). Hayeks Buch *The Road to Serfdom* (1944) war in den USA ein Bestseller geworden¹¹⁷ und Hayek wurde zu einer Promotiontour in die USA eingeladen. Hier kam er zufällig mit Harald Luhnnow vom Volker Funds in Kontakt, der von seinem Buch begeistert war.¹¹⁸ Ende April 1945 schlug Luhnnow Hayek vor, er sollte eine amerikanische Version seines Bestsellers verfassen und bot ihm dafür Geld an. Hayek hingegen war mehr an einer Unterstützung für eine neue globale Vernetzung interessiert (siehe unten), zum anderen wollte er in den USA ein Universitätsinstitut gründen. Hayek dachte zuerst an Princeton, dann kam Chicago ins Spiel; er war ja – wie erwähnt - mit Henry Simon befreundet (der bei diesem Vorhaben vermutlich für sich angestrebt hatte, zum Haupt einer neuen Schule zu werden).¹¹⁹ Das geplante Institut folgte explizit ein politökonomisches Ziel. Seine Forschungen sollten – wie es in einem Memorandum von Simon hieß - darauf gerichtet sein, „die besten akademischen Meinungen zu beeinflussen“, - und so indirekt „die politische Aktion“ (nach Horn und Mirowski 2009: 146).¹²⁰ Das Hayek-Project, - so nannte es Simon intern, - sollte auch eine Free Market Study erarbeiten, eine Auftragsarbeit für einen „amerikanischen Weg zur Knechtschaft“. Darin sollte „der Markt“ propagiert werden:

„[...] the free market [is] the most efficient organizer of economic activity – [the study will] emphasize and explain that the free market is systemic, rational, not chaotic or disorderly --, show how the free market performs some of the more difficult functions, such as allocating resources to their best use and distributing consumption through time“. (Horn und Mirowski 2009: 152)

Nach vielen Zufällen und tragischen Ereignissen (Simon beging am 19.6.1946 Selbstmord) wurde (unter Einbeziehung vieler Personen der Chicago School of Economics) vom Volker Fund eine Finanzierung zugesichert, u. a. für eine Professur für Aaron Director. Dieser hatte 1944 die University of Chicago Press überzeugt, Hayek's *Road to Serfdom* zu drucken. Die ursprünglich für drei Jahre veranschlagte Studie wurde jedoch jahrelang verzögert. Eine späte Version ist Friedmans Buch *Capitalism and Freedom* (2006), das erst 1962 publiziert wurde. Es basiert auf Lectures aus dem Jahre 1956, im Vorwort wird es noch als Volker-Produkt deklariert.

Gleichzeitig mit den Aktivitäten in Chicago war Hayek auch damit beschäftigt, das internationale Projekt fortzusetzen, das mit dem Walter Lippmann Colloque begonnen und durch den Krieg

117 Der Publizist Henry Hazlitt verfasste eine Kurzfassung des Werkes, die im April 1945 durch *Readers Digest* in den USA in einer Auflage von hunderttausenden Exemplaren verkauft wurde (Cockett 1995: 100).

118 Der Fond wurde errichtet von der Möbelfirma William Volker Company of Kansas City. Aus dem Volker Funds ging 1961 (in Assoziation mit der George Mason University) das Institute for Humane Studies hervor, das als marktradikaler Think Tank noch heute Einfluss hat.

119 Simons (1948: v.)

120 Eigene Übersetzung.

unterbrochen worden war. Dabei waren die deutschen Ordoliberalen aktiv involviert. Gleich nach Kriegsende hatte Hayek die alten Kontakte mit Eucken wieder aufleben lassen. Eucken wollte unverzüglich eine internationale Vereinigung von NationalökonomInnen ins Leben zu rufen, bei der Hayek eine zentrale Rolle spielen sollte. Eucken bat Hayek mehrmals nach Freiburg zu kommen, z. B. am 10.11.1945:

„Wir nicht-sozialistischen NationalökonomInnen müssen über die Grenzen zusammenwirken.“¹²¹

Im November 1945 bekam Eucken ein Exemplar der deutschen Übersetzung von „The Road to Serfdom“, die Übersetzung hatte Röpkes Frau Eva verfasst, Röpke schrieb auch ein Vorwort.¹²² Eucken formulierte im März 1946 eine lange Stellungnahme an Hayek zu seinem Buch (im Detail bei Kolev u. a. 2014: 10ff.) und schlug ihm wieder vor, rasch nach Freiburg zu kommen.

Euckens Absicht war aber schon vorher von Hayek selbst betrieben worden. Im Februar 1944 plädierte Hayek bei einem Vortrag am King's College in Cambridge für eine Acton-Society (Walpen 2004: 98). Als Partner wurden auf einer Liste auch Eucken und der schon erwähnte Historiker Gerhard Ritter angeführt (Hennecke 2000: 213). Im August 1946 verfasste Hayek ein Memorandum zur Gründung einer Acton-Tocqueville Society, das an mehr als 100 Personen verschickt wurde (Hennecke 2000: 213ff., Walpen 2004: 98). Im Anschluss daran wurde eine Gründungskonferenz vorbereitet. Dazu fand ein intensiver Austausch mit Röpke statt. Über Röpke wurde Hayek auch mit Albert Hunold bekannt, der später eine wichtige Rolle als Organisator und Financier spielen sollte; Röpke wollte mit Hunold auch eine liberale Monatszeitschrift gründen (Cockett 1995: 102ff.; Hennecke 2000: 217f.).¹²³

Am 28.12.1946 schickte Hayek ein Rundschreiben an knapp 60 ÖkonomInnen, HistorikerInnen, politische PhilosophInnen und PublizistInnen und lud sie für Ostern 1947 in die Schweiz ein. Dort kam es zur Gründung der Mont Pèlerin Society (MPS), benannt nach dem Mont Pèlerin, einem Berg oberhalb von Vevey am Genfer See. Bei der Gründung nahmen 39 Personen teil, darunter viele ÖkonomInnen, die für die Geschichte der Wirtschaftstheorie später bedeutsam wurden.

Die neue Gesellschaft verknüpfte vier Zentren des Marktradikalismus:

- Chicago: Teilnehmer waren Aaron Director, Milton Friedman, Frank H. Knight und George J. Stigler,
- London: Hayek, Lionel Robbins und Karl Popper sowie seine „Ableger“: der Ökonom John Jewkes und der Chemiker und Wissenschaftstheoretiker Michael Polanyi, beide an der Manchester University,
- Wien: vertreten durch Mises, der damals Professor an der New York University war, sowie
- Freiburg: Eucken) bzw. Röpke aus Genf, sowie sein Kollege William Rappard.

Teilnehmer an der Konferenz waren auch Karl Brandt (ein deutscher Agrarökonom, der 1933 vor den Nazis in die USA geflohen war und an der Stanford University lehrte), Hans Barth (Philosoph an der Universität Zürich), Fritz Machlup (er hatte bei Mises studiert und war seit 1935 an der University of Buffalo), Maurice Allais (Ökonom am École nationale supérieure des mines in Paris), Henry Hazlitt

121 Siehe hier im Nachlass von Hayek im Hoover Institution Archives 18-40; hier zitiert nach Hennecke (2000: 219). Eucken wollte mit Hayek persönlich „über das Problem einer internationalen Organisation der Liberalen [zu] sprechen“ (Brief vom 24.1.1946, zitiert nach Karabelas 2010: 84).

122 Die Publikation wurde im März 1947 in allen Besatzungszonen verboten, da die Westmächte es als „antirussische Literatur“ ansahen und die Sowjetunion nicht provozieren wollten, nach Hennecke (2000: 185).

123 Mises spielte bei den Vorbereitungen den Scharfmacher und sprach sich gegen die Teilnahme von Röpke aus. In einem Brief an Hayek vom 31.12.1946 sprach er von Röpke als „ausgesprochener Interventionist“ (Walpen 2004: 100).

(langjähriger Journalist bei der New York Times, ab 1946 bei Newsweek) sowie vier Vertreter der Foundation for Economic Education in New York City.¹²⁴

Die Gründung der Mont Pèlerin Society war der Versuch ein internationales Netzwerk von WissenschaftlerInnen zu errichten, die sich selbst explizit als politisch gestaltende Personen begriffen. Dazu sollte ein Forschungsprogramm forciert werden, das vor allem folgende Themen betraf (Gierkinger 2007: 206, vgl. auch Butler 2014):¹²⁵

- Redefinition der Staatsfunktionen, um klar die Grenzen zwischen einer totalitären und einer liberalen Ordnung aufzeigen zu können,
- Der Schutz privater Rechte vor räuberischer Macht („predatory power“),
- Das Funktionieren des Marktes bei nur minimalen sozialen Standards, und
- Die Errichtung harmonischer internationaler Wirtschafts-beziehungen.

Die Ergebnisse aus diesem Programm sollten primär nicht ein vertieftes Verstehen der Wirtschaft, sondern eine Beeinflussung der Gesellschaft ermöglichen. Dabei wollte man nach Hayek dem Liberalismus als „dominantes, wenn nicht absolutes Prinzip sozialer Organisation“ weltweit zur Geltung verhelfen, - letztendlich wurde ein totalitärer Anspruch von gesellschaftlicher Gestaltung erhoben. Vorrangig ging es darum, ein „Programm“ oder besser, eine „konsequente Weltanschauung“ des Liberalismus zu entwickeln (Hayek 1976: 1427f.). Hayek umriss ein langfristiges Projekt, gedacht war an einen Zeitraum von zwei bis drei Generationen. Wie ein solches Projekt umgesetzt werden könnte und auf welchen Prämissen von Gesellschaft oder den Möglichkeiten einer „Steuerung“ bzw. „Planung“ es beruhte, wurde nicht gesagt.

Das ganze Vorhaben zeigte in der Anfangszeit wenig Wirkung. Die beiden ersten großen Erfolge lagen im Einfluss der Ordoliberalen auf die Politik in Deutschland ab 1948 sowie in der aktiven Rolle beim Umschwung der ÖkonomInnen in den sechziger Jahren in Bezug auf das System von Bretton Woods, davon wird später die Rede sein. Ab den siebziger Jahren war die MPS in der Einleitung einer „marktradikalen Wende“ federführend, die schließlich den Keynesianismus verdrängte. Bedeutsam wurde, wie in diesem Projekt für Deutschland dokumentiert wird, die enge Vernetzung mit vielen Think-Tanks, vor allem zu jenen, die als advokatorische Think-Tanks eine politisch-ideologische Agenda betreiben. Ihr Geschäft ist die Meinungsmache. Dieser Aspekt wurde bei der Gründung der MPS explizit angesprochen:

„Wir müssen uns mit den Meinungen befassen, die sich verbreitern müssen, wenn eine freie Gesellschaft erhalten oder wiederhergestellt werden soll, nicht mit dem, was im Augenblick durchführbar erschien. Aber wenn wir uns so von den Vorurteilen, in die der Politiker eingefangen ist, losmachen müssen, so müssen wir doch kühl überlegen, was mit Überredung und Belehrung erreicht werden kann.“ (Hayek 1976: 143)

Für ein solches Vorhaben war es notwendig, nicht nur an den Bereich der Ökonomie, sondern auch an andere Wissenschaften und an viele Felder der Gesellschaft zu denken, die man nach Latour (1998) für die erfolgreiche Durchsetzung einer Wissenschaft braucht. Dazu wurden gleich von Anfang

124 Eine vollständige Liste findet sich in Walpen (2004: 391ff.), vgl. auch Cockett (1995: 109ff.); zu Poppers Beitrag zur marktradikalen Bewegung vgl. Nordmann (2005).

125 Im Register of the Mont Pèlerin Society Records der Hoover Institution Archives in Stanford hat Box/Folder 5:10 folgenden Inhalt: „Manuscripts brought by various participants (request of Friedrich A. von Hayek included) and circulated at the meeting: Wilhelm Röpke and Alexander Rüstow, „A Note on the Urgent Necessity of Re-Orienting of Social Science“, Colloque Walter Lippmann, Institut International de Coopération Intellectuelle, Paris, France Albert Hunold, K. Brunner, and C. Mötteli, "Zur Frage der Gründung einer sozialwissenschaftlichen Studiengemeinschaft," Zurich, Switzerland,; Friedrich A. von Hayek, "Historians and the Future of Europe," Cambridge, England,; Wilhelm Röpke and Hans Zbinden, "Projekt einer internationalen Monatsschrift, Geneva and Bern,; Wilhelm Röpke, "Plan for an International Periodical," Geneva, Switzerland, [...]" (Online Archiv of California 2003).

an WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Fächern eingeladen sowie PolitikerInnen, Geschäftsleute, JournalistInnen und VerlegerInnen miteinbezogen. Das Ziel war der Aufbau eines internationalen Netzwerkes, auch in Kontakt mit der Wirtschaft und ihren Fonds, welche die MPS von Anfang an finanziell unterstützten (das 1. Treffen z. B. durch den erwähnten William Volker Charity Trust, für das zweite Treffen hatte sogar die Bank of England die Kosten der britischen Teilnehmer übernommen (Walpen 2004: 106f.).

Für das selbst gestellte Ziel war es wichtig, nur die „richtigen“ Personen in die MPS einzuladen. Nach den Vorstellungen von Hayek (und entgegen den Intentionen von Popper, der eine offene Diskussion anstrebte, vgl. Walpen 2004: 104) sollten nur „Gleichgesinnte“ anwesend sein.¹²⁶ Der Zugang zu den Treffen sollte kontrolliert bleiben, um in einem geschützten Rahmen inhaltlich und strategisch diskutieren können. Ein Austausch mit andersdenkenden Intellektuellen war ausdrücklich nicht vorgesehen, auch die Presse war ausgeschlossen (befreundete Journalisten waren aber eingeladen) und jeder Bericht nach außen sollte vermieden werden.¹²⁷ Alles, was gesagt wurde, war für Hayek „off the records“ (Walpen 2004: 105). In seiner *Opening Address* meinte er:

„[...] it must remain a closed society, not open to all and sundry, but only to people who share with us certain common convictions. This character can be preserved only if membership can be acquired only by election and if we take this admission into our circle as seriously as the great learned academies take admission into them.“ (nach Walpen 2004: 104)

Die MPS agiert seit ihrer Gründung als „Netzwerk konzeptiver neoliberaler Intellektuellen mit einer minimalen institutionellen Kernstruktur“ (Walpen 2004: 105). Sie umfasst mittlerweile mehr als 1000 Personen. Allein auf dem Gebiet der Ökonomie findet sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Paradigmen und Theorien. In dieser Fülle, die schon bei der Gründung sichtbar war, kann die MPS als heterogenes Unternehmen klassifiziert werden. Aber die Heterogenität war von Anfang an gewollt. Sie fand eine Grenze darin, dass man sich nach außen als geschlossen geben konnte. Die Gemeinsamkeit der Personen in der MPS liegt nach Hayek in der „Weltanschauung“, nach unserer Analyse im Konzept „des Marktes“ und dem Programm einer „Planung für den Markt“. Hayek sprach beide Punkte bei der Eröffnung an. Er forderte

„[...] eine Politik, die bewusst den Wettbewerb, den Markt und die Preise als sein ordnendes Prinzip anerkennt und die das gesetzliche Rahmenwerk, das vom Staat erzwungen wird, dazu nützt, den Wettbewerb so wirksam und wohltätig wie möglich zu machen – und ihn dort und nur dort zu ergänzen, wo er nicht anwendbar ist.“¹²⁸

In den sechs Kernzielen der MPS, die von den Anwesenden gebilligt wurden, werden die Prinzipien Privateigentum, Marktwettbewerb und Freiheit betont. Gefordert wird eine Neubestimmung des Staates, die Etablierung von Standards, damit „der Markt“ funktionieren kann und einer neue internationale Ordnung. Nicht eigens aufgeführt werden politisch liberale Prinzipien wie Menschen-, Bürger- oder Sozialrechte oder Rede- und Meinungsfreiheit: der neue Marktradikalismus bricht bewusst mit dem alten politischen Liberalismus.¹²⁹

126 Die Funktionen der Konferenzen der Gesellschaft fasst Schmelzer (mit Rekurs auf Friedman, zit. in Hartwell (1995: 162ff.) und auf Hartwell, Mitglied der Society, (1995: 222) so zusammen: „1. Produktion neoliberalen Wissens (2) Produktion und Diskussion von Strategien neoliberaler (Wissen)-Politik (3) Interne und auch kontroverse Diskussion (4) Transnationale Distribution und Vernetzung (5) Verbreiterung und Verstärkung der Einflussmöglichkeiten (6) Sozialpsychologische Ermunterung in Gemeinschaft Gleichgesinnter“ (Schmelzer 2010: 69).

127 Nach Hayek sollte es kein „public manifesto“ geben. Die Publikation eines Journals und von Conference Proceedings wurde diskutiert und abgelehnt, Karl Brandt war dafür, vgl. Cockett (1995: 117f.). Über die Gesellschaft wurde allerdings in den Medien vereinzelt berichtet, z. B. in der Neuen Zürcher Zeitung am 25.07.1949, 23.09.1950, 04.10.1953, 09.10.1954 und 07.09.1956.

128 Hayek (1947: 145), hier zitiert nach Walpen (2004: 115).

129 Vgl. Hartwell (1995: 41ff.). Das Statement of Aims wurde von Lionel Robbins verfasst, der bei der Konferenz eine prominente Rolle spielte, vgl. Cockett (1995: 116).

Zum Präsident der MPS wurde Hayek bestellt. Vizepräsidenten wurden Eucken, Jewkes, Knight, Rappard und Rueff (Cockett 1995: 115). In den folgenden Jahren nahm Eucken (erst starb überraschend im März 1950) eine wichtige Rolle für die MPS ein (im Detail bei Kolev u. a. 2014). Nach dem ersten Treffen tauschten sich Hayek und Eucken in vielen Briefen nicht nur darüber aus, wer zu einem Referat eingeladen werden sollte, sondern auch, welche Themen auf den Tagungen zur Sprache kommen sollten. Hayek bat vor allem Eucken um Rat, welche weiteren deutschen Mitglieder in die Elitenorganisation aufgenommen werden sollten (Karabelas 2010: 85). Wie sich aus mehreren Briefwechseln zwischen Eucken und Hayek erschließt (vgl. Kolev et al. 2014 und Goldschmidt/Hesse 2012), ging Eucken dabei vorsichtig vor und riet Hayek zunächst etwa davon ab, den hessischen Liberaldemokraten Hans Ilau und den Vordenker des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ Alfred Müller-Armack in die MPS einzuladen, da sie zu eng an Parteiinteressen gebunden seien und damit potenzielle amerikanische Liberale abschrecken könnten. Eucken machte sich vielmehr für seine „Schüler“ und Freiburger Kollegen Leonhard Miksch, Bernhard Pfister, und Fritz K. Maier stark,¹³⁰ auch Dietze und Böhm wurden bald Mitglieder der MPS.

3.5. Im Wissenschaftsbetrieb

Aber auch die eigene Zunft zu Hause sollte beeinflusst werden. 1948 gründeten Eucken und Böhm die jährlich erscheinende Zeitschrift ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, das wichtigste Publikationsorgan der Ordoliberalen. In dieses Projekt war Hayek von Anfang an eingebunden. Er verfasste für die erste Ausgabe einen Artikel, in der zweiten erschien eine Rezension von „Der Weg zur Knechtschaft“. 1950 tauschte Eucken sich über die Wirkung von ORDO mit Hayek so aus:

„Der zweite Band von Ordo übt eine ungewöhnlich starke Wirkung aus und ist auch verlegerisch ein Erfolg. Der dritte Band geht jetzt in Druck. [...] Im Ganzen ist deutlich das Vordringen der Gedanken der Wettbewerbsordnung – auch in der Wirtschaftspolitik - zu spüren. Aber man soll sich von Anfangserfolgen nicht zu viel versprechen. Die eigentliche, tiefer liegende Umstellung des Denkens ist noch nicht erfolgt.“¹³¹

Ein anderes Feld war die eigene Berufsorganisation. Die erste Tagung der deutschen volkswirtschaftlichen Hochschullehrer nach dem Krieg fand vom 27. bis 29. September 1947 in Rothenburg ob der Tauber statt. Die Konferenz wurde von Gerhard Albrecht einberufen, - er wollte (ebenso wie Lampe) den Verein für Socialpolitik (der 1936 aufgelöst wurde)¹³² wieder begründen. Dies wurde bei der Tagung auch beschlossen. Zur Propagierung ihrer Wirtschaftspolitik formulierten die Freiburger die „Rothenburger Thesen“, die aber bei den 66 Anwesenden auf wenig Zustimmung stießen. Im neugegründeten Verein waren die Keynesianer dominant, im Theoretischen Ausschuss vor allem durch Erich Schneider, der den Ausschuss nach Schefold (2004b: 584) zum „Sammelpunkt der Keynesianer“ machte.

Der Misserfolg im Ausschuss veranlasste Albrecht, Lampe, Weiser und Wessel, ihre Thesen den für die Wirtschaftspolitik zuständigen Institutionen vorzulegen. Im Dezember 1947 wurden die

130 Brief von Eucken an Hayek vom 05.04.1948, HIA, FAH Papers 18-40; zitiert nach Hesse (2010: 162).

131 Brief von Eucken an Hayek vom 07.01.1950, im Nachlass von Hayek im Hoover Institution Archives 18-40; zitiert nach Karabelas (2010: 87).

132 Nach Dams (2009: 173) hatte Constantin von Dietze im Verein für Socialpolitik (VfS) den Vorsitz übernommen und betrieb 1936 eine „[...] Vorwärtsstrategie [...]“ der Auflösung des VfS mit folgender Vorgeschichte: Heinrich Hunke, ab 1933 NS-Gauwirtschaftsberater für Berlin, sollte lt. Gottl-Ottlilienfeld ein Ordinariat an der Berliner Fakultät bekommen, was Dietze nicht unterstützte. Als Hunke dann später verlangte, dass der parteihörige Karl Bräuer Vorsitzender des VfS werden sollte, kam Dietze dieser „Übernahme“ zuvor, indem er die Auflösung des VfS per Vorstandsbeschluss betrieb (Dams 2009: 173-174). Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 25.04.1936 entspricht dieser Interpretation (Boese 1939: 288-291).

Rothenburger Thesen von 48 ProfessorInnen unterzeichnet (darunter Eucken, Miksch und Müller-Armack) und der Sonderstelle Geld und Kredit bei der Verwaltung der Finanzen der britisch-amerikanischen Bizone vorgelegt; der Leiter der Sonderstelle war Ludwig Erhard. Spätestens zu diesem Zeitpunkt standen die beiden erwähnten Gruppen in direktem Kontakt, sie haben sich in der Folgezeit immer mehr angenähert. Röpke, Müller-Armack und die anderen Ordoliberalen verschränkten sich dabei mit der Elite der CDU/CSU und der FDP, beide Richtungen hatten sich in mehreren Gruppen ab Sommer 1945 gebildet. Erst in dieser Verzahnung wurden die Ordoliberalen in den Anfangsjahren der (am 23.5.1949 gegründeten) Bundesrepublik Deutschland politisch einflussreich. Insgesamt waren so die Ordoliberalen im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich kurz nach dem Krieg Außenseiter, die respektiert wurden, aber nicht mehrheitsfähig waren.

3.6. Politik und Denkweisen des Kalten Krieges

Bis 1948 befanden sich die Ordoliberalen im deutlichen Gegensatz zum herrschenden „Zeitgeist“. Der Kapitalismus, vor allem der Einfluss der Großindustriellen und ihrer Kartelle, war in der Öffentlichkeit mit dem Nationalsozialismus gekoppelt und galt als diskreditiert. Nach dem Krieg bildeten die Ordoliberalen eine kleine Intellektuellengruppe mit wenig Verankerung in der Politik. Ihr Einfluss war begrenzt, zudem fehlte auch ein konsistentes Langfristprogramm zur Beeinflussung der gesellschaftlichen Entscheidungsträger (nach Ptak 2004: 203ff.)

Die Lage der Ordoliberalen verbesserte sich aus externen Gründen, vor allem aus dem Schwenk in der Außenpolitik der westlichen Besatzungsmächte. In den ersten drei Jahren (April 1945 bis April 1948) war die Haltung vor allem der USA Westdeutschland gegenüber widersprüchlich, ein klares Programm fehlte aber. Ursprünglich wollten die USA verhindern, dass Deutschland wirtschaftlich wieder stark werden könnte. Von Deutschland sollte – das war ihr Kriegsziel - nie wieder ein großer Krieg ausgehen können. Auch dazu gab es aber keine konkreten Pläne, auch weil diverse Stellen in der US-Regierung uneinig waren (Quigley 1996: 669ff.). Finanzminister Morgenthau wollte Deutschland ursprünglich auf den Status eines Agrarlandes zurückfallen lassen, inklusive der geplanten Deportation von Millionen Deutschen nach Afrika. (Eine gemilderte Version dazu wurde bei der Quebec-Konferenz im September 1944 beschlossen. Orders dazu fanden sich in der „Direktive JCS 1067“, vgl. Quaaas 2000: 80ff.) Deutschland galt für die USA anfangs nur als besiegter Feind, nicht als ein befreites Land. Eine ökonomische Erholung oder gar ein „Wirtschaftswunder“ war nicht vorgesehen. Nach der Potsdamer Konferenz wollten die USA den maximalen Lebensstandard der Deutschen auf das Krisenniveau von 1932 beschränken.¹³³

Aber der Feind wurde bald zum neuen Freund. Die Ursache lag in der Außenpolitik. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA zum dominanten Land der Welt geworden: Sie verfügten als einzige über Atomwaffen, produzierten ungefähr die Hälfte des Welt-BIPs und stellten mit dem System von Bretton Woods mit ihrem Dollar die Weltleitwährung. Harry S. Truman, der nach dem überraschenden Tod von Roosevelt am 12.4.1945 Präsident geworden war, geriet bereits bei der Potsdamer Konferenz in Rivalität zu Stalin, vor allem in der Frage der politischen Ordnung von Mittel- und Osteuropa. Nach der Etablierung kommunistischer Regime in dem von der Roten Armee besetzten Gebieten war Europa zweigeteilt. Schon am 5.3.1946 sprach Churchill von einem „Eiserner Vorhang“, der quer durch Europa geht. (Bierling 2007: 96ff.).

In dieser Konstellation musste das Schicksal Deutschlands zwangsläufig in den Mittelpunkt der Außenpolitik der USA rücken, das Feindbild aus dem Krieg war bald kontraproduktiv geworden. Die USA begannen sich in zunehmendem Maße in Europa zu engagieren, ursprünglich war dies nicht

133 Im „Plan für die Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft“ setzten die Alliierten im Kontrollrat (der obersten Regierungsinstanz in Deutschland nach Kriegsende) die Höhe der Industrieproduktion auf 50-55% der Produktion von 1938 fest. Nach: Der neue Fischer Weltalmanach (2014: 9).

intendiert gewesen. Die neue Politik sah vor, Deutschland als Bollwerk gegen den „Ostblock“ aufzubauen. Dazu musste zuerst die katastrophale Ernährungslage beseitigt werden; noch 1947 war für die deutsche Bevölkerung im Durchschnitt nur 700 bis 800 Kalorien pro Tag und Person verfügbar.¹³⁴ Eine erste Hilfe waren die CARE-Pakete, gleichzeitig wurde der Abbau von Anlagen der deutschen Schwerindustrie gestoppt. Im September 1946 verkündete US-Außenminister James Byrnes in seiner berühmten „Stuttgarter Rede“ offiziell die Abkehr von einer Politik der harten Bestrafung Deutschlands.

Spätestens Ende 1946 kam es (auch beeinflusst durch Spannungen im Iran und der Türkei) zur entscheidenden Wende in der amerikanischen Nachkriegspolitik. Am 12.3.1947 verkündete Truman seine berühmte Doktrin: es gehe darum, so sagte er, die Expansion der UdSSR weltweit „einzudämmen“. Im folgenden Monat wurde das Schlagwort vom „Kalten Krieg“ geprägt.¹³⁵ Die direkte Folge war der Marshall-Plan (verkündet am 5.6.1947) mit Hilfsgeldern von mehr als 13 Milliarden US-\$ an Europa bis 1952.¹³⁶ Die US-Programme an Europa und Japan beliefen sich von 1948 bis 1952 auf insgesamt 41 Milliarden US-\$, das sind ca. 300 Milliarden US-\$ in Preisen von 2002 (Bierling 2007: 104).

Die Truman-Doktrin einer „Eindämmung“ (containment) „des Kommunismus“ hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Beziehung der USA zu Deutschland. Die Doktrin wertete auch implizit das marktradikale Denken auf. Es wurde gleichsam staatskonform, weil die Dualität des Kalten Krieges direkt mit dem marktradikalen Ordnungsdiskurs gekoppelt werden kann (vgl. Ötsch 2009: 88ff.). Hier wie dort finden wir jeweils nur zwei Alternativen. Im marktradikalen Diskurs gibt es im Prinzip nur zwei Wirtschaftsordnungen: „den Markt“ und „den Nicht-Markt“. Analog dazu wurde im Diskurs des Kalten Krieges die gesamte Welt zwei politischen Systemen zugeordnet: dem „freien Westen“ auf der einen und dem „kommunistischen Osten“ auf der anderen Seite. Neutrale „Drittstaaten“ galten als verdächtig. In beiden Feldern finden wir zwei Container-Begriffe, die in sich eine Homogenität voraussetzen und zugleich den gesamten Denkraum als Gegensatzpaare besetzen. Das Gesamtbild zeigt jeweils ein geschlossenes System: den „Freunden“ steht ein „tödlicher Feind“ gegenüber. Es galt seinen Einfluss „zurückzudämmen“.¹³⁷

134 Tuchtfeld (1955: 60); hier zitiert nach Rittershausen (2007: 20).

135 Der Ausdruck wird Barnard Baruch zugeschrieben, zuerst in einer Rede am 16.04.1947. (Baruch war Vertreter der Vereinigten Staaten in der Atomenergiekommission bei der UNO). Bei dieser Rede war der Journalist Walter Lippmann (der Namensgeber des erwähnten Walter Lippmann Colloque) anwesend. Lippmann popularisierte daraufhin die Formel vom „Kalten Krieg“ in einer 14 Teile umfassenden Artikelserie in der New York Herald Tribune (seit 1931 verfasste er dort die täglichen Kolumne Today and Tomorrow). Im gleichen Jahr erschien auch sein Buch „The Cold War“ – Details siehe: Wasniewski (2004). Nach Walpen waren es Lippmanns Publikationen, die den Begriff in der Öffentlichkeit durchsetzten und schließlich zu einem Epochenbegriff werden ließ (Walpen 2004: 123). Lippmann demonstriert in seiner Person den im Folgenden angesprochenen Zusammenhang des marktradikalen Denkens mit dem des „Kalten Krieges“. (Lippmanns Beziehungen zu Hayek hatten sich jedoch 1945 abgekühlt, vgl. Walpen 2004: 100). Diese Konstellation ist ein Beispiel für unterschiedliche Politiken, die mit dem Konzept „des Markts“ kompatibel sind.

136 Zur Verteilung der Hilfsgelder wurde am 16.4.1948 die Vereinigung für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) gegründet, unterzeichnet von 16 Regierungen und den Militärgouverneuren der westlichen Besatzungszonen, - eine erste Institution für eine politische und ökonomische Integration Europas.

137 Das wahrscheinlich wichtigste Dokument des „Kalten Krieges“ ist die National Security Council Resolution 68. Sie besagt, dass „[...] the implacable purpose of the slave state to illuminate the challenge of freedom has placed the two great powers at opposite poles. [...] The assault on free institutions is world-wide now [...] This fact imposes on us, in our own interests, the responsibilities of world leadership. [...] The cold war is in fact a real war in which the survival of the free world is a stake.“ (Chace/Carr 1988: 248; hier zitiert nach Edwards 1996: 12)

Die Ideologie des Kalten Krieges enthielt ein Narrativ in Analogie zum Narrativ „des Marktes“. Die gesamte Welt erschien als geschlossenes System mit nur zwei Hauptspielern (vgl. Edwards 1996: 8ff.). Alle Länder galten entweder als Teil „der freien Welt“ oder des „Kommunismus“, sie waren entweder „Freund“ oder „Feind“. In ihrer Gesamtheit bildete die Welt eine einzige Szene, auf der nur ein Drama aufgeführt wurde. (Die Parallelen zu marktradikalen Gegenwarts- und Geschichtsbetrachtungen sind evident). Überall kämpfte „die Freiheit“ gegen „die Sklaverei“. Überall war „die Freiheit“ bedroht und überall musste „der Kommunismus“ bekämpft werden, - vor allem auch im eigenen Land.

Die Kriterien einer solchen binären Zuordnung sind dabei, wie es einem dualen Denken entsprechen muss, willkürlich und können sich rasch ändern: ein streng duales Schema kann ja nicht operationalisiert werden. Saddam Hussein z. B. war 1982 im Krieg gegen den Iran ein „Freund“ der „freien Welt“ und wurde von den USA militärisch unterstützt. 1990 nach der Besetzung von Kuwait wurde er zum „Feind“, gegen den ein Krieg geführt werden musste. 2002 schließlich verwandelte er sich (es wurde fälschlicherweise behauptet, er besäße Massenvernichtungswaffen) zur Bedrohung der „freien“ Welt. Der Irak musste erobert und Hussein beseitigt werden.

Im Kalten Krieg verschränkten sich marktradikale und politische Narrativ. Die Warnungen der Ökonominnen vor „dem Kollektivismus“ korrespondierten mit der offiziellen Politik der USA, welche die Gefahr eines aggressiven Kommunismus heraufbeschwor. Mises, Hayek und die Ordoliberalen (die ja nicht politisch liberal argumentiert haben) bekamen damit eine weltpolitische Note, die ihr Denken salonfähiger machte.

In diesem politischen und rhetorischen Schwenk änderte sich auch der politische Diskurs in Deutschland. Noch 1946 lehnte es Ludwig Erhard ab, sich in eine Debatte zwischen „Planwirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ verwickeln zu lassen. Er betonte, dass die „kapitalistisch gekennzeichnete Wirtschaft die volle Berücksichtigung sozialer Erfordernisse keineswegs ausschließt“ und auch eine „planvolle Wirtschaft“ sein könne.¹³⁸ Aber bald wurden die Vorteile der Rhetorik des Kalten Krieges für innenpolitische Auseinandersetzungen erkannt:

„Im Rahmen des Ost-West Konfliktes gewann [...] die Radikalisierung des Gegensatzes zwischen „Planwirtschaft und Marktwirtschaft“ eine ideologisch-politische Dimension. Auch wenn Walter Eucken in den „Grundlagen der Nationalökonomie“ die Komplexität der verschiedenen Planformen akribisch geschildert hatte, wurde von Röpke und daraufhin von Ludwig Erhard der vereinfachende Gegensatz zwischen „Planwirtschaft und Marktwirtschaft“ zur politischen Kampfzweck gegen die gesamte Linksopposition. Die sich damals für Vergesellschaftungen aussprechende SPD wurde in einen Topf geworfen mit den Planwirtschaftlern und damit den Kommunisten und den Nationalsozialisten. Jeder Planungsvorschlag konnte zur Planwirtschaft, ja zur „Kommandowirtschaft“ und damit zur Diktatur und zum „Termitenstaat“ ausarten. Von Röpke hat Erhard diese im politischen Wahlkampf des Jahres 1949 entscheidende Terminologie übernommen. Indem er der CDU die Angst vor dem „Termitenstaat“ und vor dem Kommunismus einjagte, konnte Erhard der CDU den Weg vom sozialistisch gesinnten Ahlener Programm zu den liberaleren Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 zeigen. Dass die CDU sich überhaupt zur Marktwirtschaft und also zur Preisfreigabe bekehren ließ, hat allein schon damit zu tun, dass der Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft klar aufgezeigt wurde, und zwar insbesondere von Röpke, aber z. B. auch von Leonhard Miksch – ein Zusammenhang, der dann von Erhard übernommen wurde. Die freie Marktwirtschaft bedeutete also die Abkehr vom Nationalsozialismus und die Abwendung der kommunistischen Gefahr. Die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft konnte aber auch nur im Gewand des Ordoliberalismus, also einer Alternative zwischen dem Liberalismus angelsächsischer Prägung und dem Kommunismus geschehen. Er besetzte endlich das lange ersehnte Feld des Dritten Weges.“ (Commun 2004: 14f.)

138 „Freie Wirtschaft und Planwirtschaft“ abgedruckt in: Die Neue Zeitung vom 14.10.1946. Siehe dazu in: Erhard (1988: 69f.); hier zitiert nach Commun (2004: 14).

3.7. Ordoliberaler im Zentrum der Politik

Die Umgestaltung der deutschen Politik und der Wirtschaft nach 1945 erfolgte schrittweise. Deutschland wurde von den Besatzungsmächten als Wirtschaftseinheit erhalten, die Preise wurden auf dem Stand vom 9.5.1945 eingefroren und ein Lohnstopp blieb weiter in Kraft. Die Verwaltungsstrukturen der Kommunen und Länder blieben intakt, die Behörden waren für die Rationierung von Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum zuständig (Zündorf 2006: 35ff.; im Morgenthau-Plan hatten es die USA abgelehnt, eine Verantwortung für die Preise zu übernehmen, vgl. Buchheim 1988: 202).

Nach dem Schwenk in der US-Politik gegenüber Deutschland, den die Logik des Kalten Krieges notwendig gemacht hatte, wurden die Weichen für ein Wirtschaftssystem im Sinn der USA gestellt.¹³⁹ Als institutionelle Voraussetzung für eine Neuordnung wurden am 1.1.1947 die amerikanische und die britische Besatzungszone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (die sogenannte Bizone) zusammengelegt. Damit wurden die eher planwirtschaftlich orientierten Briten in ihrem Einfluss zurückgedrängt. Die USA konnten fortan immer mehr ihre eigenen Vorstellungen für ein marktwirtschaftlich orientiertes System im Sinne einer „freien Unternehmerwirtschaft“ durchsetzen (wie General Clay im Oktober 1947 an seinen Wirtschaftsreferenten schrieb).¹⁴⁰ Erst in diesem Rahmen konnten die Ordoliberalen direkten Einfluss auf die Politik erlangen (vgl. zum Folgenden Ptak 2004: 235ff.).¹⁴¹ So wurden z. B. von den US-Behörden – entgegen der antikapitalistischen Stimmung in der Bevölkerung – auch jene Verstaatlichungen verhindert, die in den neuen Landesverfassungen vorgesehen waren (so sah Art. 41 der Hessischen Landesverfassung vor, die Großunternehmen in den Branchen Bergbau, Metall, Energie, Verkehr, Banken und Versicherungen zu verstaatlichen). Gleichzeitig wurden die Kräfteverhältnisse innerhalb der deutschen Institutionen verschoben, u. a. durch eine Umorganisation der Verwaltung. Dabei wurden von den US-Behörden systematisch planwirtschaftliche Ideen zurückgedrängt.

Ein Beispiel betraf den marxistisch orientierten SPD-Wirtschaftspolitiker Viktor Agartz. Dieser war aufgrund der politischen Machtverhältnisse zum Leiter der neuen Behörde Verwaltungsamt für Wirtschaft (ein Exekutivorgan von Verwaltungsrat der Wirtschaft) bestellt worden. Agartz war ein exponierter Verfechter einer gesamtwirtschaftlichen Planung. Nach kurzer Zeit im Amt wurde er entmachtet und trat (auch aus gesundheitlichen Gründen) zurück (vgl. auch Zündorf 2006: 42ff. und Rittershausen 2007: 21).

Auch die Währungsreform wurde in den USA konzipiert und dann von den Militärbehörden angeordnet.¹⁴² Sie stützte sich wesentlich auf den Colm-Dodge-Goldsmith-Plan von 1946.¹⁴³ Dieser

139 Zudem war die Versorgung der Bevölkerung für die westlichen Besatzungsmächte zu kostspielig geworden, die sowjetischen Besatzer hatten auch die traditionellen Importe aus dem agrarischen Osten in den industrialisierten Westen Deutschlands unterbunden.

140 Gimbel (1971: 225), hier zitiert nach Ptak (2004: 237).

141 Nach Ptak machten vier Faktoren die Durchsetzung der von ihnen forcierten Marktwirtschaft möglich: „Erstens die Blockade der auf breite Zustimmung treffenden ordnungspolitischen Alternativen, vor allem die gemeinwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft und ihre demokratische Lenkung; zweitens die gezielte politische und institutionelle Förderung marktwirtschaftlicher Kräfte; drittens die überaus schlechte sozioökonomische Lage infolge eines desolaten Bewirtschaftungssystems, das insbesondere von der amerikanischen Militärregierung vernachlässigt worden war und viertens die propagandistische Flankierung dieses Prozesses durch das Ideologem des ökonomischen Totalitarismus, unter dem gleichermaßen demokratische Wirtschaftslenkung, autoritäre Planwirtschaft und nationalsozialistische Kriegswirtschaft subsumiert und zugleich diskriminiert wurden.“ (Ptak 2004: 247)

142 Die Mythenbildung der Währungsreform als eine „Erhardsche“ wird von Quaas (2000: 108ff.) in vielen Details kritisiert, einige davon werden im Folgenden angeführt.

143 Gerhard Colm war Ökonom am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, emigrierte 1933 in die USA, gründete mit anderen die Exiluniversität New School for Social Research in New York und war dann persönlicher Wirtschaftsberater von Präsident Truman.

Plan wurde von den USA gegen die Widerstände der Briten, die eher „keynesianisch“ argumentierten, im Alliierten Kontrollrat weitgehend durchgesetzt.¹⁴⁴ Bereits ab dem September 1947 wurden die neuen DM-Banknoten in Washington, D.C. gedruckt, geheim per Schiff nach Bremerhaven und dann mit Sonderzügen nach Frankfurt transportiert.

Den deutschen ÖkonomInnen wurde zur Währungsreform nur ein Begleitstatus eingeräumt. Sie durften sich an den Beratungen beteiligen, hatten aber keine Entscheidungskompetenz und wurden erst fünf Tage vor der Umsetzung der Reform über den exakten Termin und die genauen Modalitäten informiert (Nonhoff 2005: 296). Zur konkreten Durchführung der Währungsreform wurde am 23.7.1947 die Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg eingerichtet. Sie stand unter der Leitung von Ludwig Erhard. Dieser war 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Staatsminister für Handel und Gewerbe in die Bayrische Staatsregierung berufen worden. (1947 wurde er auch Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilian-Universität München.) Nach monatelanger intensiver Arbeit legte die Sonderstelle einen Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens vor, den die Alliierten allerdings ablehnten (Quaas 2000: 105f.)

Begleitend zur Währungsreform wurde von den Alliierten (als Folge der Doktrin des Kalten Krieges) der Kapitalismus in Deutschland schrittweise verfestigt, auf diese Weise konnte eine ordoliberalen Systemkonzeption möglich werden. Entscheidend war die Wahl Ludwig Erhards (auf Vorschlag der FDP) zum neuen Direktor der Verwaltung der Wirtschaft am 02.03.1948. Ptak (2004: 241) deutet dieses Ereignis als endgültige Festlegung der „politischen und institutionellen Voraussetzungen für die Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft“. Erhard argumentierte ganz im Stil der Ordoliberalen: staatliche Interventionen müssten nach seiner Ansicht immer „marktkonform“ sein. Seine zentrale Forderung war die Schaffung eines „freien Wettbewerbsmarktes“ durch den Abbau der staatlichen Bewirtschaftung und der Preisbindung, plötzlich und als „Schock“. „Vorübergehend“ seien auch „große Härten“ für die Bevölkerung in Kauf zu nehmen (vgl. Zündorf 2006: 48ff.). In der Durchsetzung dieses Programms wurde Leonhard Miksch dann zu seinem engen Mitarbeiter.¹⁴⁵

Ende Januar 1948 wurde der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eingerichtet. Er umfasste 17 deutsche WirtschaftswissenschaftlerInnen, die durch Walter Strauß nominiert wurden, Strauß war stellvertretender Direktor des Rechtsamtes in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Aus politischen Gründen musste alle wichtigen Strömungen der Ökonomie einbezogen werden. So waren z. B. führende Keynesianer, wie Hans Peter oder Karl Schiller vertreten, aber auch Außenseiter, wie Oswald von Nell-Breuning (ein Vertreter der katholischen Soziallehre) oder Wilhelm Kromphardt, der planwirtschaftliche Ideen vertrat (vgl. Nützenadel 2005: 126). Walter Strauß gelang es aber, den Ordoliberalen im Beirat eine Mehrheit zu verschaffen (Rittershausen 2007: 24). Vor der Nominierung der Mitglieder wurde er durch Franz Böhm von den Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath unterrichtet. Aus dessen Mitte wurde Lampe, Böhm, Eucken, Preiser (ein Keynesianer), Wessels und von Beckerath selbst in den Beirat bestellt (vgl. Glossner 2010: 32ff.) Böhm wurde auch der Vorsitzende, von Beckerath sein Stellvertreter. Bereits der erste Report des Beirates (vom 18. 4. 1948) rief ein bemerkenswertes Echo hervor. Die Mehrheit im Beirat hatte sich für eine möglichst sofortige Freigabe der Preise ausgesprochen, die Minderheit votierte für die Beibehaltung der Preisbindung bei rationierten Verbrauchsgütern (Buchheim 1988:

144 Entscheidend war die Sitzung vom 20.1.1948. Im Mai und im Juni mussten auch große Schwierigkeiten mit den Franzosen beiseite geräumt werden. Das französische Parlament stimmte erst am 17.06.1948 dem ausgehandelten Kompromiss zu. Details finden sich bei Buchheim (1988).

145 Miksch trat nach dem Krieg in die SPD ein. Ab 1946 war er stellvertretender Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft der britischen Zone. In der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone übernahm er die Leitung des Referats Preiswirtschaftliche Grundsatzfragen und Betriebswirtschaft und wurde zu einem engen Mitarbeiter von Ludwig Erhard (Mauch 1994: 495f.).

210f. und Zündorf 2006: 46), Erhard konnte dies als Zustimmung für seinen Kurs verbuchen (Ptak 2004: 244).¹⁴⁶

Im Frühjahr 1948 wurden unter strengster Geheimhaltung 25 deutsche Wirtschaftsexperten in die „Konklave von Rothwesten“ (Landkreis Kassel) beordert. Sie sollten dort auf Basis der vorgegebenen Grundzüge technische Details zur Währungsreform erarbeiten (Buchheim 1988: 212), es ging dabei aber letztlich nur um gesetztes- und verwaltungstechnische Hilfestellungen (Quaas 2000: 107f.).

Die Währungsreform, die dann am 20.6.1948 in Kraft trat, war anfangs in der Bevölkerung heftig umstritten.¹⁴⁷ Vor allem die kleinen Sparer wurden de facto enteignet. Die Sachwertbesitzer hingegen konnten ihr Vermögen weitgehend erhalten: Wer sein Vermögen in Immobilien oder Gold angelegt hatte, erlitt keine Verluste. Z. B. konnten die Aktiengesellschaften 96% des alten Eigenkapitals in die neuen Eröffnungsbilanzen überführen.¹⁴⁸ Gleich nach der Einführung der DM stiegen die Preise stark an:¹⁴⁹ 4 Monate später lagen die Konsumentenpreise – auf eine jährliche Steigerung umgerechnet – 33% höher (nach Rittershausen 2007: 25).¹⁵⁰ Ende Juli 1948 schätzte nach einer Allensbacher Umfrage die Hälfte der Bevölkerung ihre persönliche Lage schwieriger ein als vor dem 20. Juni (Grunenberg 2007: 62). Noch im Dezember waren 70% der Befragten der Ansicht, dass die früheren Preiskontrollen wieder eingeführt werden sollten.¹⁵¹ Der soziale Protest in Form von Demonstrationen, Tumulten und Boykottaufrufen fand seinen Höhepunkt in einem Generalstreik am 12.11.1948.

Erhard geriet unter starken Druck, seine Wirtschaftspolitik zu revidieren. Erst zu diesem Zeitpunkt wandte er sich an Röpke. Er besuchte ihn im Herbst 1948 in Genf, um von ihm eine öffentliche Unterstützung für seinen Kurs zu bekommen (Commun 2004: 14ff.). Dabei wurde der ordoliberalen Term „soziale Marktwirtschaft“ für die neue Wirtschaftspolitik reklamiert, wobei „sozial“ damals noch nicht mit sozial- oder wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen assoziiert wurde.

„Zur Durchsetzung dieser Positionen war der publizistische Rückhalt [...] von großer Bedeutung und trug zum Image eines, über die Parteien hinweg kompetenten, von Wirtschaftswissenschaftlern beratenen Wirtschaftsministers bei. Damit wurde auch der von Alfred Müller-Armack ins Leben gerufene Begriff der Sozialen Marktwirtschaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und einer anfänglich klassisch liberalen Wirtschaftspolitik zugewiesen, die damit eine breitere Akzeptanz finden konnte.“ (Commun 2004: 16)

146 Ptak (2004: 243ff.) betont, dass Erhard für die Durchsetzung der konkreten Reformen ab Juni 1948 mit einer „enormen Machtfülle“ ausgestattet wurde, „unabhängig von einer parlamentarischen Kontrolle“ und „letztlich allein vom Wohlwollen der Militärbehörden abhängig“. Erhard hätte demnach über die „Machtbasis eines Diktators“ verfügt.

147 Die Währungsreform beseitigte sowohl den enormen Geldüberhang aus dem Krieg als auch die hohe Staatsschuld. Beide waren die Folge der so genannten „geräuschlosen Kriegsfinanzierung“ durch Staatsschuldtitel, die von den Finanzinstituten zur Veranlagung ihrer Sparanlagen gekauft wurden. Dies erhöhte im Krieg die Geldmenge drastisch von 51 Mrd. Reichsmark Ende 1939 auf 160 im Herbst 1944. Bei Kriegsende besaßen die Banken ca. 15 Mrd. RM an Wertpapieren des Reichs. Zahlen aus: Deutsche Bundesbank 1976: 74; hier zitiert nach Buchheim (1988: 198). Die Entschuldung des Staates führte 1950 zu der niedrigen Staatsschuldenquote von ca. 20 Prozent.

148 Statistisches Bundesamt (1952: 336 ff.); hier zitiert nach Buchheim (1988: 228).

149 Erhard hatte im Juni 1948 einen Großteil der bestehenden Preisvorschriften aufgehoben (vgl. Nonhoff 2005: 296). Die Basis dafür war das knapp vorher im Wirtschaftsrat beschlossene Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Währungsreform. Nach der Legende der „Erhardschen Währungsreform“ hätte er dadurch die Alliierten überrumpelt. Tatsächlich wurden diese von seinen Plänen im voraus informiert und legten kein Veto ein (vgl. Quaas 2000: 108ff.).

150 Zur Drosselung der Inflation ging dann die Zentralbank zu einer restriktiven Geldpolitik über, was wiederum die Arbeitslosenquote in die Höhe trieb, vgl. Quaas (2000: 111).

151 Noelle/Neumann (1956: 154); hier zitiert nach Buchheim (1988: 230).

Im Dezember 1948 drehte sich der Preistrend, begleitet von einem derart starken Wandel in der öffentlichen Meinung, dass konservativen Parteien die Wirtschaftspolitik zum Hauptthema der ersten Wahlen zum neuen Bundestag machen konnten. Der Wahlkampf stand unter der Parole „Markt- oder Planwirtschaft“: das duale marktradikale Welt-Bild wurde direkt in der Öffentlichkeit positioniert. Die Wahlen am 14.8.1949 führten bekanntlich zu einer hauchdünnen Mehrheit für eine Koalition unter Adenauer. Erhard wurde Bundeswirtschaftsminister und blieb in dieser Position bis 1963. Von 1963 bis 1966 war er dann Bundeskanzler.

3.8. Verdichtete Netzwerke politischer Macht

Vier Jahre nach Kriegsende war es ordoliberalen ÖkonomInnen gelungen, in einem Prozess, der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aufeinander bezog, in das Zentrum der politischen Macht aufzurücken. Drei Monate vor den Wahlen verschränkte die CDU, die nach 1945 unterschiedliche Strömungen in sich vereinte, in den Düsseldorfer Leitsätzen die marktradikale ordoliberale Denkweise mit ihrem politischen Programm. Dabei spielte der neue Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ eine entscheidende Rolle. Er verknüpfte zwei gegensätzliche Herkunftskontexte:

„Versöhnung zwischen der ökonomischen und der sozialen Dimension von Politik, Ausgleich zwischen den Interessen von 'Kapital' und 'Arbeit', zwischen ‚Wirtschaft‘ und ‚kleinen Leuten‘ o.ä. sollte mit der Neuprägung assoziiert werden. Später wurde sie in weiten Kreisen wohl überlagert durch die mit dem wirtschaftlichen Aufstieg verknüpfte Konnotation von ‚Wohlstand‘.“¹⁵²

Inhaltlich wurden in den Leitsätzen keine „sozialistischen“ Ideen vertreten, sondern das adaptiert, was bereits vorher im Wirtschaftsrat unter Leitung Erhards beschlossen worden war. Die Anhänger „planerischen“ Vorstellungen innerhalb der CDU konnten sich nicht durchsetzen.¹⁵³ Der Ordoliberalismus wurde damit zum theoretischen Bezugspunkt der CDU. Zugleich transportieren die *Leitsätze* den dualen Code des Marktradikalismus in den Bereich der Politik. Im neuen Programm wird der „Markt“, der jetzt als sozial bezeichnet wird, stereotyp und detailliert einem „Nicht-Markt“ gegenübergestellt (letzterer wurde in der politischen Rhetorik dann viele Jahre den Sozialdemokraten zugeordnet).¹⁵⁴ Die *Leitsätze* der führenden Partei der neuen Bundesrepublik Deutschland dokumentieren die polit-ökonomische Dimension des Ordoliberalismus. Sie kamen konkret unter maßgeblicher Einwirkung von Böhm und Pfister zustande (Böhm war seit 1945 Mitglied der CDU).

„Mit der programmatischen Neuausrichtung der CDU hatte das ordoliberale Projekt einen gewichtigen politischen Träger in Gestalt der künftig führenden Regierungspartei gefunden – mithin eine der wesentlichen Voraussetzungen für die ordnungspolitische Einflussnahme in den kommenden Jahren.“ (Ptak 2004: 253)

152 Klein (1991: 53); hier zitiert nach Husmann-Driessen (2006: 298).

153 Die *Leitsätze* wenden sich gegen den Vorwurf, ihre „[...] Wirtschaftspolitik führe zurück zu kapitalistischen Formen und zu altem Liberalismus unsozialer, monopolistischer Prägung [...]“ Nichts liegt der CDU ferner als ein solcher Weg. Aufbauend auf dem Ahlener Programm erstrebt sie die soziale Marktwirtschaft.“ Die behauptete Kontinuität versteckt die drastische Umorientierung im Programm. So hatte es im Ahlener Programm gleich zu Beginn noch geheißt: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ (vgl. Husmann-Driessen 2006: 172)

154 Dazu zwei Beispiele aus den *Leitsätzen*: (1) „Die „soziale Marktwirtschaft“ steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.“ (2) „Wirtschaftliche Not kann man durch zwei Verfahren zu überwinden suchen: die Planwirtschaft will die Armut gerecht verwalten und verteilen, die Marktwirtschaft will durch den Leistungswettbewerb auf allen Stufen die Armut überwinden.“ Eine detaillierte Kritik des binären Codes in dem *Leitsätzen* findet sich in Husmann-Driessen (2006: 172ff.) sowie in Nonhoff (2005: 336ff.).

Die neue Politik, die dann zur Linie der ersten Regierung der neuen Bundesrepublik wurde, konnte durch viele Strategien „hart“ und „dauerhaft“ (im Sinne von Latour, wie oben besprochen) verankert werden. Dieser Prozess kann hier nicht umfassend behandelt werden. Einen wichtigen Knoten bildete dabei das Wirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Erhard baute die Abteilung Wirtschaftspolitik, die als Grundsatzabteilung des Ministeriums tätig war, zu einer Schaltstelle der ordoliberalen „Planung für den Markt“ aus. Sie wurde zu einem

„[...] ordnungspolitischem Zentrum, das an der Schnittstelle Wirtschaft, Wissenschaft und Politik agierte, um so – wie Böhm es 1937 formuliert hatte – die ordnungspolitischen Zielsetzungen im Rahmen einer „Generalstabsarbeit [...] von hoher wissenschaftlicher Qualität in die Praxis umzusetzen.“ (Ptak 2004: 254, mit Verweis auf Böhm 1937: 183)

Leiter dieser Abteilung wurde der bereits erwähnte Günter Keiser. Keiser war 1944 Mitglied des Kleinen Arbeitskreises in der Reichsgruppe Industrie, in dem Erhards Denkschrift über die Nachkriegsordnung diskutiert wurde. Wie Erhard verfügte er über enge Kontakte zu den Spitzen der deutschen Industrie. 1952 ging dieses Amt dann auf Alfred Müller-Armack über. An seiner Person kann (ähnlich wie bei Erhard) die enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in besonderer Weise verdeutlicht werden (Das Folgende nach Dietzfelbinger 2010). Erhard kannte Müller-Armack seit 1941. Sie hatten sich bei Wilhelm Vershofen in Nürnberg getroffen. Zu diesem Zeitpunkt war Müller-Armack Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, das u. a. Beratungsaufgaben für die deutsche Wehrmacht wahrnahm. Sein Buch Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft aus dem Jahre 1947 gilt als eine der zentralen Texte zum Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“.¹⁵⁵ Von 1947 bis 1966 war Müller-Armack Mitglied beim Wissenschaftlichen Beirat für Wohnungsbau beim Bundeswirtschaftsministerium. 1950 ging er an die Universität Köln und gründete dort das Institut für Wirtschaftspolitik.

Erhard gelang es, das Wirtschaftsministerium straff auf ihn als Person auszurichten. Nach außen mussten die Mitarbeiter geschlossen sein ordoliberales Programm vertreten. Das Ministerium sah es auch als seine Aufgabe an, gezielte Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit zu leisten. Das Pressereferat agierte in enger Abstimmung mit Erhard. Die gesamte Medienarbeit war zentralisiert. Medien und ausgesuchte Journalisten wurden gezielt mit Informationen versorgt (vgl. Ptak 2004: 255). Eine wichtige Rolle spielte in diesem Prozess die deutsche Presse. 1949 wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung gegründet. Der Herausgeber war Erich Walter, er galt als prononcierter Ordoliberaler. Walter war der ehemalige Vorgesetzte von Miksch in der Wirtschaftskurve und verpflichtete die Redakteure der FAZ explizit auf die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus (Ptak 2004: 256). Ähnlich agierte auch die Neue Zürcher Zeitung. Dort agierte seit 1933 Willy Bretscher als Chefredakteur. Er war Mitglied in der Mont Pèlerin Society und stand mit führenden Ordoliberalen in engem Kontakt. So wurde z. B. Röpke regelmäßig zu Beiträgen in der NZZ eingeladen.¹⁵⁶

Erhards Ministerium unterstützte gezielt den Aufbau einer wissenschaftlichen Infrastruktur (vgl. Ptak 2004: 259ff). Beispiele sind:

- Müller-Armack gründete 1950, wie oben erwähnt, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. Es verfolgte, wie Patrick Welter später schrieb, das Ziel, „der Sozialen Marktwirtschaft eine wissenschaftlich fundierte Stimme zu geben“, hier würden „die Regeln

155 Das Ordnungskonzept von Müller-Armack enthält (verglichen mit anderen Ordoliberalen) stärkere soziale Komponenten und ist deutlich interventionsfreudiger. Zu diesen Differenzen vgl. Wörsdorfer (2011: 28ff.) und die umfangreiche Monographie von Quaas (2000).

156 Bretscher spielte 1960 eine wichtige Rolle bei einem internen Konflikt in der Mont Pèlerin Society, der ihr Fortbestehen bedrohte (vgl. Walpen 2004: 118ff.). Die gezielte und umfangreiche publizistische Unterstützung der Ordoliberalen durch die FAZ und die NZZ wird ausführlich dokumentiert in Riedl (1992).

des Marktes ernst genommen“.¹⁵⁷ Ab 1951 verfolgte Müller-Armack das Ziel Hayek als Referenten für das Institut zu gewinnen, im Juli 1953 organisierte einen Vortrag für ihn (Details bei Karabelas 2010: 107f.)

- Der eben zitierte Patrick Welter gründete im gleichen Jahr das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, es wurde mit vielen Aufträgen aus dem Wirtschaftsministerium gefördert.
- 1954 gründete Karl Paul Hensel in Freiburg die Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme.¹⁵⁸
- Im selben Jahr wurde unter Mithilfe von Erhard in Freiburg auch das Walter-Eucken-Institut gegründet. Es wurde finanziert über Erhards Ministerium, die Bank deutscher Länder, später dann Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, heute über das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg.¹⁵⁹
- Im Oktober 1949 wurde von Erhard die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute mit Sitz in Bonn gegründet. Erste Mitglieder waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW), das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW), das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv in Hamburg (HWWA) (Nützenadel 2005: 98-99).
- Ab 1963 per Gesetz verordnet wurde der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR).

In diesem Netzwerk fungierte die Mont Pèlerin Society als Drehscheibe für internationale Kontakte, zentral waren die erwähnten Kontakte Hayeks mit Eucken, Röpke und Rüstow. Eucken betonte 1948 in einem Brief an Hunold

„[...] wie außerordentlich wertvoll die Arbeiten der Mt.Pèlerin-Gesellschaft sind. Durch die Gesellschaft sind internationale Beziehungen, die abgerissen sind, wiederhergestellt worden. Die wissenschaftliche Arbeit wird wesentlich erleichtert und wichtige wirtschaftspolitische Erfahrungen werden ausgetauscht.“¹⁶⁰

1948 wurde Müller-Armack von Hayek (nach Konsultationen mit Eucken) zur Teilnahme eingeladen und sagte freudig zu (Brief vom 14.12.1948, Details bei Karabelas 2010: 106).¹⁶¹ Auf Vorschlag Böhms wurde auch Erhard 1950 in die Organisation aufgenommen, dieser hielt auch auf Vermittlung Müller-Armacks mehrere Referate (Karabelas 2010: 110f.) Das Bundeswirtschaftsministerium hat dann auch die Gesellschaft zwischenzeitig aus seinem Budget finanziert (nach Hesse 2010: 162).

Ab 1949 vollzog sich in Deutschland das, was später „Wirtschaftswunder“ genannt wurde: Bis 1954 wuchs das reale Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 8,4 Prozent. Das Konzept der „Sozialen

157 Welter, Patrick: Auf den Spuren Müller-Armacks. In Köln werden die Regeln des Marktes ernst genommen, Handelsblatt vom 29.01.1997, zit. nach Ptak (2004: 259).

158 Hensel war ab 1937 Assistent von Eucken. Er habilitierte 1951 in Freiburg mit dem Thema Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Bis 1957 war er Professor in Freiburg, dann in Marburg, die Forschungsstelle übersiedelte mit ihm mit. Hensel war Mitglied in der Mont Pèlerin Society.

159 Erster Leiter bis 1975 war Friedrich Lutz, gefolgt von Fritz Meyer. 1963 übernahm Hayek selbst das Institut, 1970 folgte Erich Hoppmann. Ab 1987 waren dann Leiter Rolf Gocht (bis 1983), Norbert Klotten (bis 1995), Otmar Issing (bis 1999), Alfred Schüller (bis 2001), dann Viktor Vanberg. Seit 2010 hat Lars Feld die Leitung inne.

160 Brief vom 22.12.1948, HIA, MPS/29-10, zit. nach Hesse (2010: 162).

161 Rückblickend beschrieb Müller-Armack die darin erfolgte Radikalisierung so: „[...] das geistige Gefühl dieser Gesellschaft [verlieh] ein Gefühl der Befreiung und die Chance Gleichgesinnte zu treffen, die einander in der Liberalität ihrer Auffassungen, wenn möglich, zu übertrumpfen suchten.“ (Müller-Armack 1971: 44), zitiert nach Karabelas (2010: 106f.)

Marktwirtschaft“ blieb dabei aber in der Öffentlichkeit ungemein schwach verankert. Noch im April 1950 ergab eine Meinungsumfrage, dass 83 Prozent der Befragten mit dem Begriff nichts anzufangen wussten. „Richtige“ Angaben im Sinne der Ordoliberalen machten lediglich 12 Prozent, 56 Prozent gaben an, „keine Ahnung“ zu haben. 27 Prozent machten diesbezüglich „falsche“ Aussagen, sie ordneten den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ nicht Erhard und seiner Politik zu, sondern assoziierten damit planwirtschaftlich ausgerichtete Ideen (Angaben nach Schindelbeck 2006).

Dieser Tatbestand hatte viele Gründe. Er reflektiert auch den kapitalismuskritischen Zeitgeist nach der Niederlage des Nationalsozialismus. Ein weiterer Faktor lag in der ordoliberalen Strategie nach 1945. Ihrem Eliteansatz folgend wollten sie vorrangig die Eliten beeinflussen.¹⁶² Aber in der neuen parlamentarischen Demokratie musste der Erfolg auch bei den „Massen“ abgesichert werden. Entscheidend waren die Wahlen zum 2. Bundestag im Herbst 1953. Für die Befürworter des ordoliberalen Konzepts galt es einen derart knappen Wahlausgang wie 1949 zu vermeiden. Als Mittel wurde ein für Deutschland damals neues Medium gewählt: Der Einsatz von Massenwerbung nicht für Parteien, sondern direkt für politische Ideen. Die dabei entwickelte Kampagne war professionell durchgeführt und nützte die modernen Techniken von Public Relation, auch als Import aus den USA. Sie dokumentiert, wie eng zu Beginn der fünfziger Jahre die Verbindungen führender Ordoliberaler mit der Politik der regierenden Parteien, mit den Spitzen der Regierung, mit führenden Industriellen, mit tonangebenden Medien und mit modernen PR-Agenturen geknüpft waren und dass, zumindest zeitweise, eine Beeinflussung der „Massen“ durch die selbst ernannten Eliten „des Marktes“ möglich war.

Die Initiative zu einer Medienkampagne ging von der Industrie aus. Den Hintergrund bildeten akute Probleme aus dem Koreakrieg mit steigenden Rohstoffpreisen, ein Streit mit den USA über den Zugang zu Rohstoffen¹⁶³ sowie Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, die zur Einführung der paritätischen Mitbestimmung im Montanbereich (Gesetz vom 21.5.1951) führten. Gleichzeitig neigten sich die Mittel des Marshallplans zur Neige. Die neue Marktwirtschaft schien gefährdet und Erhard geriet medial vermehrt in Kritik.

Im Herbst 1951 gründeten deutsche Firmenchefs (u. a. auch der drei großen Chemiekonzerne Bayer, BASF und Höchst) in Köln den Verein Die Waage. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e.V. Im Verein war auch Erich Welter von der FAZ vertreten. Erster Vorsitzender wurde Franz Greiss, geschäftsführender Direktor der Kölner Glanzstoff-Courtaulds AG Köln, seit 1947 auch Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer und Gründungsvorstand des 1949 gegründeten Bund Katholischer Unternehmer.¹⁶⁴ Ziel des neuen Vereins war es, durch Anzeigenkampagnen in großem Stil, Broschüren und Kinofilmen Werbung für die „Soziale Marktwirtschaft“ zu machen, für ein positives Unternehmerbild zu sorgen und vor allem die Bundestagswahl 1953 zugunsten der konservativen Regierung zu entscheiden.

Die Kampagne sollte von der Frankfurter Werbeagentur Gesellschaft für Gemeinschaftswerbung (GfG) durchgeführt werden. Sie war 1951 von Hanns Brose gegründet worden.¹⁶⁵ Brose kannte Erhard

162 Vgl. dazu Ptak (2004: 263ff.). Wörsdorfer (2011: 286) beschrieb dies mit den Worten: „In sum, the implementation strategy of Ordoliberalism rests on four pillars. [...] This first step is accompanied by an argumentative and in some ways ideological fight against opposing and rival economic theories competing for academic hegemony (second step) – thus, referring once again to the ideological moment within Ordoliberalism [...]. The third step involves the circulation of the ordoliberal „doctrine“ via multipliers in the media and in the education sector (i.e. ordoliberal academics pushed their agenda in both the scholarly and popular press in order to win the battle of ideas) and the fourth and final one contains the convincing of political, administrative and economic decision makers that the ordoliberal alternative is the only one guaranteeing individual liberty, social security and justice.“

163 Am 06.03.1951 verlangte der Hohe Kommissar John McCloy von Adenauer eine „bedeutsame Modifikation der freien Marktwirtschaft“ und drohte mit „Verwaltungsmaßnahmen“ für „seltene Rohmaterialien“ (Abelshauer 1982: 734ff.; hier zit. nach Grunenberg 2007: 137).

164 Die Geschichte von Die Waage wird ausführlich dargelegt in Spicka (2007: 108ff.).

165 Zum Lebenslauf von Brose und seiner Karriere als Werbefachmann vgl. Schindelbeck (1995).

und Müller-Armack seit Mitte der dreißiger Jahre, er war auch in der Gesellschaft für Konsumforschung tätig. Seither hatte er auch enge Kontakte zur Großindustrie (Schindelbeck 1995: 241). Brose gründete auch einen Förderkreis für Müller-Armacks Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. 1955 wurde er dort Ehrensensator und 1965 Ehrendoktor. Am 1. Dezember 1951 legte er ein Konzept mit den Namen Vorschläge für eine planvolle Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten einer Verbesserung des sozialen Klimas im Rahmen der freien Wirtschaft vor.¹⁶⁶ Zur Finanzierung und zur politischen Rückendeckung entwarf Otto Friedrich im Mai 1952 einen Brief, der mit Unterschrift von Erhard an über 100 Leiter großer Firmen weitergereicht wurde.¹⁶⁷ Darin wurden sie aufgefordert, eine Aktion Soziale Marktwirtschaft mit zu begründen und zu finanzieren, um für die Wirtschaftsordnung zu werben. Insgesamt kamen auf diese Weise bis zum Wahltag etwa 3,8 Millionen DM zusammen.

Vom Herbst 1952 bis zur Wahl am 6.9.1953 wurde drei Kampagnen durchgeführt, begleitet von Pre- und Wirkungstests des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung. Flächendeckend wurden fast 90 Prozent aller Zeitungen und Illustrierten bedient: 17 Werbemotive in ca. 460 Presseorganen mit einer Gesamtauflage von jeweils mehr als 12 Millionen Exemplaren. Zusätzlich gab es Plakate und kurze Werbefilme in Kinos. Der Inhalt war „eine Art Volkshochschulkurs in Sachen Marktwirtschaft“ (Schindelbeck 2006). Die Kernbotschaft der Anzeigen war die Kopplung „Wirtschaftlicher Aufschwung/Wirtschaftswunder“ mit der Person Ludwig Erhard und mit dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ (Ptak 2004: 279ff.) Dabei wurde für keine Partei geworben, aber das marktradikale Denksystem direkt angesprochen.

In der Simulation der Lebenswelt der Adressaten ließ man zwei Arbeiterfiguren mit dem Namen Fritz und Otto in einer Kneipe diskutieren. Fritz hieß kampagnenintern „Klarkopf“, er stand für „den Markt“. Otto war der störende Zeitgeist „Querkopf“, er stand für das zu bekämpfende Gegenteil. In den Inseraten und in den Filmen wurden die beiden Kunstfiguren in ihren Meinungen gegenübergestellt. Fritz hatte immer die besseren Argumente. Die beiden Antagonisten rasonierten darüber, ob die Plan- oder die Marktwirtschaft „das bessere Leben“ ermögliche, verhandelten mit ihrem Chef über eine Lohnerhöhung (Fritz stand auf Seiten des Chefs) oder unternahmen als neue Wohlstandsbürger eine Probefahrt mit dem eben erworbenen Kleinwagen. In diesen Bildern wurde auch die Vergangenheit neu gedeutet (Die Währungsreform 1948 wurde als Tat von Erhard, „die Kraft unseres Volkes“ zu „entfesseln“ gepriesen), die Gegenwart gelobt („Das deutsche Wunder“) und ein rosiger Ausblick in eine „hoffungsvolle Zukunft“ geboten. (Zit. nach Schindelbeck und Ilgen 1999: 324; vgl. auch Ptak 2004: 282).

Die Kampagne des Vereins Die Waage ging mit wechselndem Schicksal bis 1965 weiter, - immer in Zusammenarbeit mit der Werbeagentur Brose.

„Ohne ihre ständig in der Öffentlichkeit präsenten Kampagnen wäre Erhard niemals zu jenem sagenhaften Wirtschaftswundermann aufgestiegen, als welcher er noch heute im kollektiven Gedächtnis lebt.“ (Schindelbeck 2006)

166 Anzustreben sei „[...] die Sicherstellung einer bürgerlichen Mehrheit bei den Bundestagswahlen des Jahres 1953 durch „Überzeugung der Schwankenden und Gewinnung der Urteilslosen“. Angesprochen wurde dabei die Verfassung der „deutschen Kollektivseele“, in der „Phlegmatismus und politische Lustlosigkeit“ die Hauptkomponenten seien und deren kleinbürgerliche Verfasstheit sich instinktiv nach „Ordnung“ sehne (Schindelbeck 1999).

167 Otto Friedrich war seit 1939 Generaldirektor der Phönix Gummiwerke Hamburg-Harburg, 1943 stellvertretender Reichsbeauftragter für Kautschuk unter Speer. Im Frühjahr 1951 war er einer der wenigen Industriellen, die im Präsidium des Bundesverband der deutschen Industrie (Bdi) die Politik Erhards verteidigten. Im Sommer 1951 begleitete er Erhard auf eine Reise in den USA, auf der der Streit mit den USA beigelegt wurde, später sagte er „Tatsächlich ist es gelungen, die Soziale Marktwirtschaft auch unter weltweiten Restriktionen durchzuhalten“. (Berghahn, 1985: 274; hier zit. nach Grunenberg 2007: 132) 1969 bis 1973 war Friedrich Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Schindelbeck zieht zur Propaganda der „Sozialen Marktwirtschaft“ folgendes Resümee:

„Die Einführung und Durchsetzung dieser politischen Zauberformel ist ein Musterbeispiel erfolgreicher Kampagnenpolitik, die – vermutlich weil sie seinerzeit mit wenig Getöse durchgeführt wurden – in den Chroniken der Bundesrepublik noch längst nicht jenen Platz gefunden hat, der ihr eigentlich zusteht. Wie es gelang, das Wort „sozial“ aus dem Verfügungsbereich der politischen (sprich: „sozialistischen“) Gegner zu entwenden und mit einem Wort kapitalistischer Provenienz: „Marktwirtschaft“, so zusammenzukleben, dass die Öffentlichkeit die Begriffskombination am Ende als glaubwürdig aufnehmen und zum Deutungssystem eigenen Fortkommens machen konnte, das muss als eine der größten propagandastrategischen Leistungen des zwanzigsten Jahrhunderts angesehen werden. De facto wurde ja, was als „sozial“ von einer kleinen politischen und ökonomischen Elite definiert und vorgegeben wurde, spätestens Ende der fünfziger Jahre von der breiten Masse der westdeutschen Bevölkerung wirklich geglaubt. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ gewann das öffentliche Vertrauen.“ (Schindelbeck 2006)

Und Speth meint:

„‘Die Waage‘ hatte dazu beigetragen, dass die Vorstellung von der sozialen Marktwirtschaft als Interessengegensätze harmonisierende Ideologie im Bewusstsein verankert wurde. Sie hat damit mitgeholfen, der bundesrepublikanischen Bevölkerung einen Gründungsmythos zu verschaffen [...]“ (Speth 2004: 15f.)

Die „Soziale Marktwirtschaft“, eng verknüpft mit dem dualen Code von „Markt“ und „Nicht-Markt“, wurde in das kollektive Gedächtnis Deutschlands verankert. Die Popularisierung hatte aber auch ihren Preis: Das inhaltlich nicht operationalisierte Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (basierend auf dem nichtoperationalisierbaren Konzept „des Marktes“) konnte später von seinen ordoliberalen Ursprüngen entkoppelt werden – und schuf damit die Bahn zur Etablierung eines Sozial – und Wohlfahrtsstaates, auch mit keynesianischen Elementen. Anfang der fünfziger Jahre war dies nicht intendiert gewesen.

4. Der deutsche Keynesianismus

4.1. „Wirtschaftswunder“ und Wohlfahrtsstaat

Die Verankerung des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung förderte die Tendenz, die hohen Wachstumsraten ab 1951 ursächlich der von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack betriebenen Politik zuzuschreiben (Müller-Armack wurde 1952 Leiter der Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium, von 1958 bis 1963 war er Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten). Tatsächlich können dafür aber viele andere Faktoren verantwortlich gemacht werden (vgl. Eicker-Wolf 2003: 74ff.), wie der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR, der relativ gute Zustand des deutschen Kapitalstocks nach dem Krieg, die expansive Entwicklung der Weltwirtschaft (auch als Folge des Systems von Bretton-Woods), der Korea-Boom ab 1950 sowie Lohnabschlüsse unterhalb der hohen Produktivitätszuwächse, die relative Vorteile im Außenhandel mit sich brachten (ab 1952 war die Handelsbilanz positiv). Werner Abelshausen deutet die hohen Zuwächse bei der Arbeitsproduktivität als Ausdruck eines gewandelten „Produktionsregimes“: die deutsche Industrie hätte während des Krieges gelernt, in vermehrtem Ausmaß fordistische Produktionsmethoden (insbesondere Fließbandarbeit) anzuwenden, die in den USA bereits ab dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entwickelt worden sind, - in Deutschland vor allem als standardisierte Qualitätsproduktion (Abelshausen 2003: 117). Die in der Rüstungsindustrie erprobten neuen Methoden seien dann spätestens im Koreaboom auf die Konsumgüterindustrie übertragen worden, vor allem für Autos (Abelshausers Standardbeispiel ist der Autohersteller VW, ebenda: 127ff.). Der „Rheinische Kapitalismus“ war nach Abelshausen durch korporatistische Arbeitsbeziehungen

gekennzeichnet, ein Beispiel sind die Mitbestimmungsrechte. Diese hätten den Aufbau langfristiger und kooperativer Arbeitsbeziehungen befördert, die hoch qualifizierte und leistungsbereite Arbeitskräfte zur Folge hatten (ebenda: 133ff.).

Im „deutschen Fordismus“ stiegen die Reallöhne deutlich an: von 1950 bis 1960 um durchschnittlich 6,8 Prozent (Rittershausen 2007: 30). Zugleich wurde ein Sozial- und Wohlfahrtsstaat errichtet, - durchaus gegen ordoliberalen Intentionen. In Müller-Armacks Konzept einer „Einkommensumleitung“ beispielsweise wird eine Umverteilung befürwortet, aber nur innerhalb derselben sozialen Schicht, wie im Rahmen eines Rentensystems von jung zu alt (vgl. Müller-Armack 1956: 391 und Wörsdorfer 2011: 31ff.). Eine klassenübergreifende Nivellierung von Unterschieden zwischen Arm und Reich hingegen wird als effizienzsenkend abgelehnt (vgl. Chen 2007: 61ff.) Eine ordoliberal fundierte „Soziale Marktwirtschaft“ steht mit einem Wohlfahrtsstaat, der eine aktive Umverteilung anstrebt, durchaus in Widerspruch. Gleichzeitig waren ordoliberale Theoretiker auch bereit, Kompromisse mit dem aufkommenden Sozialstaat einzugehen. Im Konzept einer „Planung für den Markt“ betonten sie stets die Seite des Staates, dieser sollte auch „sozial“ gestaltet werden, wobei „der Markt“ per se als „sozial“ angesehen wurde:

„Die angestrebte moderne Soziale Marktwirtschaft soll betont sozial ausgerichtet und gebunden sein. [...] Liegt also bereits in der Produktivität der Marktwirtschaft ein starkes soziales Moment beschlossen, so wird es gleichwohl notwendig sein, mit aller Entschiedenheit eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die eine soziale Sicherheit gewährleisten und die durchaus im Rahmen einer Marktwirtschaft zu verwirklichen sind.“ (Müller-Armack 1974: 99)

Der Ausbau des Sozialstaates unter ordoliberaler Ägide hat viele Gründe: eine breite antikapitalistische Grundstimmung in der Bevölkerung, eine linke Sozialdemokratie und selbstbewusste Gewerkschaften, die durch hohe Beschäftigungszahlen und schließlich durch die Vollbeschäftigung über eine starke Verhandlungsposition verfügten. Bedeutsam war auch der Einfluss der Alliierten. Sie waren zum einen teilweise keynesianisch geprägt (das System von Bretton-Woods z. B. kann man als keynesianische Weltordnung verstehen, siehe unten), zum anderen aber aus dem Kalten Krieg motiviert:

„Das Ziel war, den kommunistischen Ländern, besonders der DDR, zu demonstrieren, dass eine kapitalistische Gesellschaft, die zwar frei und marktwirtschaftlich gestaltet wurde, dennoch dafür sorgen kann, die Arbeitnehmer und sozial Schwachen im System zu integrieren. So diente die BRD in der Nachkriegszeit als „Schaufenster des Westens und ideologische Wunderwaffe“. (Chen 2007: 54)

Als Folge dessen wurde der Sozialstaat in Deutschland sogar in der Verfassung festgeschrieben, in Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es bekanntlich: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Und Artikel 14 (2) besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Deutscher Bundestag 1949/2014: 2438ff.) Die Verfassung sieht also den Konflikt zwischen wirtschaftlicher Macht und dem demokratischen Staat ausdrücklich vor. Ein Höhepunkt in der Gestaltung des Sozialstaates war die Rentenreform 1957: die Rente wurde an die Lohnentwicklung gekoppelt. Auf diese Weise konnten auch Personen im Ruhestand an den hohen Zuwächsen von Produktivität und Produktion teilhaben.

4.2. Der deutsche Keynesianismus

Die genannten Hintergründe begünstigten auch die Übernahme keynesianischer Gedanken aus Großbritannien und den USA. Keynes selbst war in Deutschland seit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Berühmtheit. Er hatte als Finanzdelegierter der britischen Regierung an den Friedensverhandlungen von Versailles teilgenommen und sich hinter den Kulissen mit Vertretern der deutschen Delegation getroffen (u. a. verfügte er über gute Kontakte zu Carl Melchior, dem Prokuristen des Hamburger Bankhauses Warburg). Vom Konferenzergebnis enttäuscht schrieb er

1919 „The Economic Consequences of the Peace“, in dem er die harten Auflagen des Versailler Vertrages anprangerte. Das Buch wurde ein internationaler Bestseller und machte Keynes auch in Deutschland populär.

Bereits vor Keynes' Hauptwerk („General Theory“, 1936) wurden in Deutschland „keynesiansische“ Ideen diskutiert, vor allem im Bereich der Kreislauf-, Konjunktur- und Verteilungstheorie (vgl. Hagemann 2008 oder Willke 2012). Nützenadel (2005: 53) spricht von einem „Keynesianismus ohne Keynes“. ¹⁶⁸ Beispiele sind das Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaften und das Kieler Institut für Weltwirtschaft, die wie Keynes die Sparpolitik von Brüning ablehnten. Ähnlich argumentierten auch Adolph Lowe (1893-1995), ¹⁶⁹ Gerhard Colm (1879-1968), Emil Lederer (1882-1939), Jakob (bzw. Jacob) Marschak (1898-1977) und Hans Neisser (1895-1975). Auch die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft (Wilhelm Grotkopp, 1900-1972; Heinrich Dräger, 1808-1986) erhoben Forderungen nach öffentlichen Arbeiten und Infrastrukturmaßnahmen, ebenso Wilhelm Lautenbach (1891-1948), der später der „deutsche Keynes“ genannt wurde, Ernst Wagemann (1884-1956, der Leiter des Statistischen Reichsamtes), das Institut für Konjunkturforschung, Bankiers (wie Albert Hahn, 1889-1968), Professoren (wie Lowe, Emil Lederer oder Werner Sombart, 1863-1941) und Gewerkschafter (wie Wladimir Woytinsky, 1885-1960, Fritz Tarnow, 1880-1951 oder Fritz Baade, 1893-1974).

Mitglieder in dieser Gruppe waren daran beteiligt, die General Theory nach ihrem Erscheinen zu kommentieren und für eine Verbreitung zu sorgen. Viele von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt vor den Nationalsozialisten geflüchtet und hatten in den USA akademische Positionen inne. Colm, Lederer, Löwe, Marschak und Neisser waren an der New School for Social Research in New York tätig, wo die heutige Graduate Faculty of Political and Social Sciences als „University in Exile“ fungierte (Hagemann 2008: 82). Positive Rezensionen am Kontinent lieferten u. a. Carl Föhl und Wilhelm Lautenbach. Föhls Werk Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf (1937), welches zu den ersten Werken der Kreislaufanalyse zählt, blieb in Deutschland weitgehend unbekannt und wurde in den fünfziger Jahren durch Erich Schneider rezipiert (und 1955 in einer 2. Auflage wieder publiziert). ¹⁷⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich die „Keynesianer“ in Deutschland in einer Minderheitenposition. Sie konnten langsam an Terrain gewinnen und stiegen in den sechziger Jahren zum wirtschaftswissenschaftlichen „Mainstream“ auf, dessen wirtschaftspolitischer Einfluss mit der Amtsübernahme Schillers „verspätet und nur für wenige Jahre einsetzen sollte“ (Hagemann 2008: 100).

Dominant in Deutschland waren aber die ordoliberalen ÖkonomInnen. Sie verfügten über internationale Netzwerke, ein Knoten lag in der Mont Pèlerin Society. Ein direkter theoretischer Einfluss deutscher ÖkonomInnen nach außen ist aber nicht erkennbar. In den ersten Jahrzehnten wurden auch die wichtigsten Werke der Ordoliberalen nicht ins Englische übersetzt und im englischen Sprachraum nicht rezipiert. Nach 1945 wurde es modern, sich auch in den Wirtschaftswissenschaften nach den USA zu orientieren. Insgesamt kann diese Wechselwirkung als Einbahnstraße beschrieben werden, wobei aber die erwähnten internationalen Netzwerke des Marktradikalismus zu beachten sind. Schefold schätzt dies zu den Wirtschaftswissenschaften so ein:

168 Zur Geschichte der Prä-Keynesianischen Ansätze im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre vgl. Bombach et al. (1981) und Hagemann (2008).

169 In der deutschen Schreibweise als Löwe. Lowe ging nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zunächst nach England und dann nach New York, wo er den Namen Lowe annahm. Er lehrte von 1941 bis 1963 an der New School for Social Research (Janssen 2000: 588f.).

170 Andere Beispiele positiver Keynes-Rezeptionen im deutschen Sprachraum sind nach Hagemann (2008: 88) Hans Peter (dem in der NS-Zeit wegen des „starken jüdischen Einflusses“ auf sein Werk eine ordentliche Professur verweigert wurde, die er erst 1947 an der Universität Tübingen erhielt), die Schweizer Alfred Amonn und Walter Adolf Jöhr sowie Stackelberg, der 1943 von Deutschland nach Madrid gegangen war.

„Aus moralischen, materiellen und sachlichen Gründen wurde wissenschaftlicher Austausch zur einseitigen Übernahme, und nach den Versäumnissen unter dem Nationalsozialismus verband sie sich mit der Anpassung an vor allem angelsächsische Wissenschaftstraditionen.“ (Scheffold 1998: 31)¹⁷¹

Eine ähnliche Konstellation kann auch für die Entwicklung des Keynesianismus in Deutschland nach 1945 beobachtet werden. Die deutsche Rezeption von Keynes' Werken vollzog sich in der Nachkriegszeit in einer eignen Weise, z. B. waren Übersetzungen mangelhaft (Hesse 2010: 289) oder nur in mangelnder Qualität verfügbar (Hagemann 2008: 73). Entscheidend für die Entwicklung nicht nur des Keynesianismus, sondern der ökonomischen Theorie in Deutschland insgesamt, war aber die Übernahme des Keynesianismus in der spezifischen Variante der „neoklassischen Synthese“ (zentrale Arbeiten waren Hicks 1937, Samuelson 1948 und Philips 1958). Interessanterweise war diese Version (nach der bahnbrechenden Arbeit von Hicks, in der das heute noch übliche IS-LM-Diagramm entwickelt wurde) unter dem Einfluss der Keynes-Rezeption deutschsprachiger ÖkonomInnen an der New School entstanden. Eine entscheidende Rolle spielte hier Jacob Marschak (Hagemann 2008: 85). Der Keynesianismus fasste also in Deutschland in einer „deutschen“ Version Fuß. Andere Varianten, z. B. eines „fundamentalen Keynesianismus“ unter Berücksichtigung des für Keynes „charakteristischen und fundamentalen Unsicherheitsmoments“, wurden kaum rezipiert (nach Scherf 1989: 285). Ein wichtiges Bindeglied für die sich etablierende Keynes-Tradition in Deutschland (in der Übertragung von den USA) bildete dabei das Lehrbuch von Paul Samuelson (1948):

„Die Rezeption des Keynesianismus hatte mithin die Phase der kritischen und kontroversen Interpretation übersprungen und war unmittelbar in die Hegemonie der ‚neoklassischen Synthese‘ Paul A. Samuelsons eingetaucht.“ (Hesse 2010: 47)

In der Verankerung der Keynesianischen Lehre an deutschen Universitäten nahmen Andreas Paulsen und Erich Schneider eine besondere Rolle ein. Paulsen verstand den „hydraulischen Keynesianismus“ (so nannte Alan Coddington 1976 die neoklassische Synthese) in seinem Lehrbuch „Neue Wirtschaftslehre. Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung“ als Instrument für ein zielgerichtetes „Engineering“ der Wirtschaft. Gleich am Anfang schrieb er:

„Die Wirtschaft ist heute ein so gewaltiger Apparat: Ein Geflecht von Märkten, Kapital, Geld und zahllosen Ordnungs- und Beziehungsformen, das in seinen Zusammenhängen und in seiner Hinordnung auf das menschliche Dasein kaum mehr durchschaubar ist. Dieser Apparat hat sich der Beherrschung durch den Menschen in bestürzendem Umfang entzogen.“ (Paulsen 1950: 1)

Nach Paulsen sollte es mit Hilfe der Theorie von Keynes möglich sein, „die verlorengegangene Herrschaft über den Apparat“ wieder zurück zu gewinnen (Paulsen 1950: 1). Die Wirtschaft erschien in dieser Tradition als ein von der Politik steuerbare Maschine. Ihre Steuerung sollte - durchaus elitär - von geschulten Experten durchgeführt werden.

Prägender für die Keynes-Rezeption im deutschsprachigen Raum war allerdings die 1948 erstmals erschienene „Einführung in die Wirtschaftstheorie“ von Erich Schneider. Schneiders Lehrbuch fand auch international Anerkennung und gilt heute als das einflussreichste deutsche Lehrbuch für die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁷² Auch Schneider vermittelte Keynes in der IS-LM-

171 Nach Hesse hat „[...] sich in wohl keiner anderen Wissenschaftsdisziplin nach dem Zweiten Weltkrieg die Dominanz der USA so umfassend und dauerhaft [herausgestellt], wie in den Wirtschaftswissenschaften“ (Hesse 2010: 142). Noch 1960 konstatierte Borchardt (1960: 22) in einer Denkschrift des Wissenschaftsrats für die DFG: „So ergab sich nach dem Ende des Krieges die Notwendigkeit eines bedeutenden wissenschaftlichen Vorsprungs des Auslands. Ein Normalzustand der Balance zwischen eigener Entwicklung und Rezeption ist – abgesehen von Teilbereichen – noch nicht ganz erreicht.“

172 Fritz Machlup z. B. ist voll des Lobes über Schneiders Lehrbuch. In einer Rezension zu Band 3 „Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung“ schreibt er in der American Economic Review: „Schneider is

Variante. Nach Hesse (2010: 289f.) kann dieser Fokus von Schneider auch auf einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt in die USA zurückgeführt werden. Hier war er mit Paul Samuelson in Kontakt und wurde von ihm beeinflusst. Dies zeige sich insbesondere im dritten Band von Schneiders „Einführung in die Wirtschaftstheorie“, den er nach seiner Rückkehr verfasste.

Schneider bemühte sich in seinem mehrbändigen Lehrbuch in besonderer Weise darum, den Anschluss der deutschen Nationalökonomie an internationale Debatten herzustellen – angesichts des deutschen Sonderwegs (auch der Ordoliberalen) noch eine Ausnahme.¹⁷³ Schneider wollte auch Keynes in die spezifische eben genannte deutsche Tradition eines „Keynesianismus ohne Keynes“ einordnen. Er sah in Keynes einen zentralen Theoretiker. Sein Fokus lag aber auf der Rezeption „moderner“ ökonomischer Ansätze und Methoden. So meinte Schneider (1952: 183) im Hinblick auf Keynes auch, dass „von einer Revolution aber keine Rede sein“ könne.

Nach seiner Rückkehr aus Schweden 1946 an die Universität Kiel war Schneider der wichtigste Verteidiger (Neo)-keynesianischer Ansätze gegen ordolibérale Ökonominnen (insbesondere gegen L. Albert Hahn und Wilhelm Röpke). In seinem Artikel „Streit um Keynes“ wandte sich Schneider gegen die in Deutschland vor allem in öffentlichen Debatten vorgebrachte Behauptung „die gesamte nationalökonomische Fachwelt sei heute gespalten in die beiden feindlichen Lager der ‚Keynesianer‘ und ‚Anti-Keynesianer‘, in die Vertreter der ‚Neuen Ökonomie‘ und der ‚Alten Ökonomie‘,“ (Schneider 1953a: 90). Schneider wollte dabei sachbezogen argumentieren, der Unterschied in seiner Wortwahl im Vergleich zu seinen marktradikalen Kontrahenten ist bemerkenswert. Röpke warf Keynes (1952) eine „Ideologisierung“ vor. Keynes' General Theory beschrieb er als „Dogma“, seine Lehre als „Inflationismus“. Nach Röpke würde Keynes die Basis für anti-kapitalistische Ideologien liefern. Schneider hingegen betonte das Gemeinsame:

„But we cannot emphasize too strongly that the end of economic policy as seen by Keynes were the same as those of Adam Smith and Eucken: the preserving and securing of the market economy.“ (Schneider 1953b: 7)

Schneiders Bestreben nach einer Modernisierung der deutschen Volkswirtschaftslehre manifestierte sich auch im theoretischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik (VfS) (vgl. Schefold 2004a oder Häuser 2010). Schon im Vorfeld der Gründung des Ausschusses 1953 war Schneider die treibende Kraft. Als erster Vorsitzender übte er vor allem in den Anfangsjahren einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung des Ausschusses aus. Von ihm wurden neu-keynesianische und stärker formale Ansätze gefördert. Richter erlebte diese Zeit so:¹⁷⁴

„Die ersten ca. zehn Jahre des Ausschusses standen unter dem strengen Regiment von Erich Schneider und das war ganz ohne Frage keynesianisch. Wir jungen Leute waren damals eigentlich durchwegs Keynesianer und lachten über die Freiburger Schule. Was die älteren Mitglieder wie Sauermann angeht, sah das nicht viel anders aus.“ (Richter an Schefold, zit. in Schefold 2004a: 591)

ultramodern in every part of his text“, bzw. „his work [...] constitutes one of the most comprehensive, most up-to-date, and pedagogically most serviceable modern texts in economic theory.“ (Machlup 1953: 399)

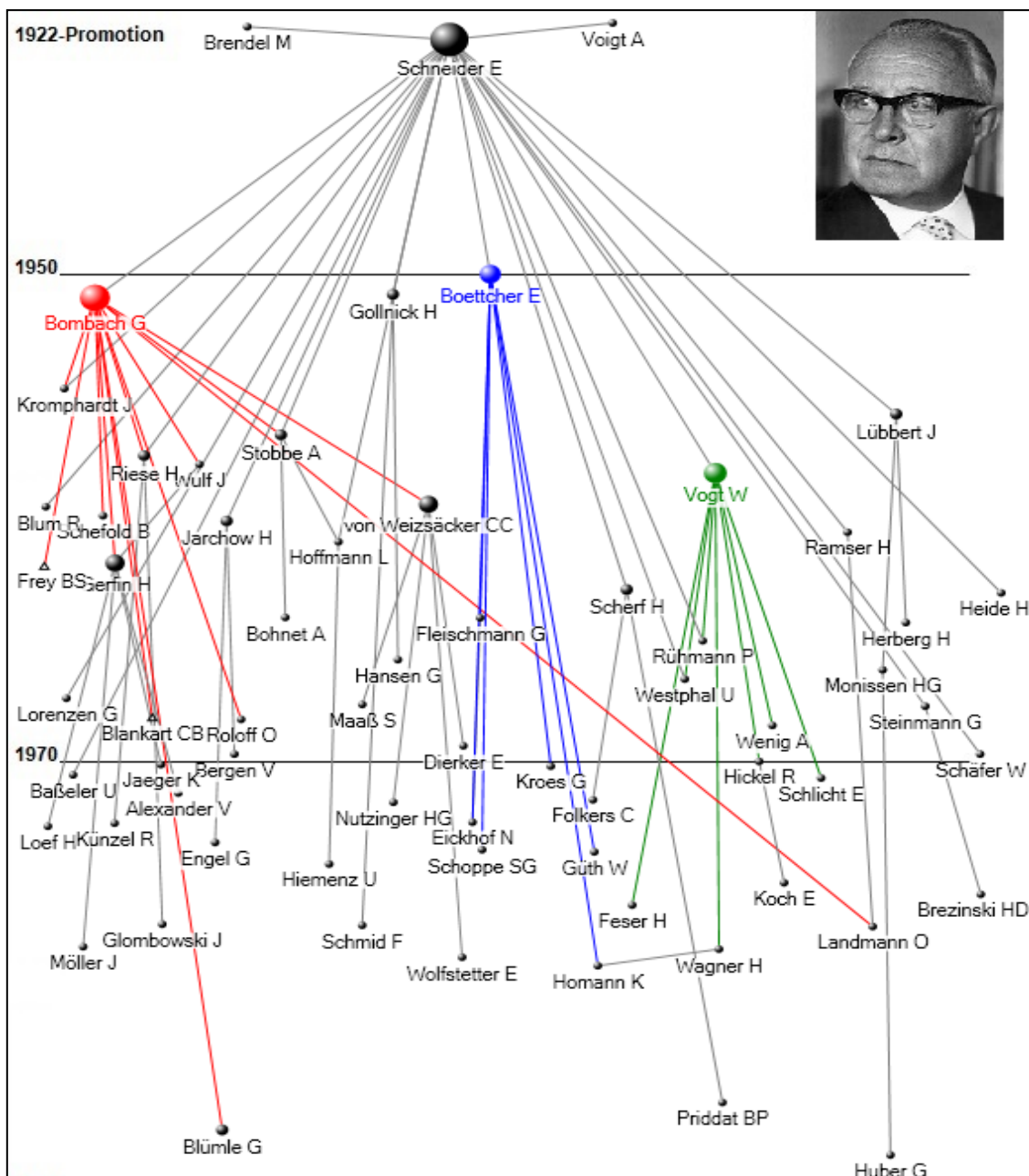
173 Dies wurde von Machlup (1950: 658) in der Rezension des ersten Bandes des Lehrbuches von Schneider explizit betont: „Of 102 authors cited, only 18 are German.“

174 Ähnlich formulierte auch Herbert Giersch, der später eine zentrale Rolle in deutschen marktradikalen Netzwerken spielte und auch maßgeblich an der „angebotsorientierte Wende“ im Sachverständigenrat beteiligt war, seine Begeisterung für keynesianische Konjunktursteuerung in seiner frühen akademischen Karriere: „Ich glaubte damals noch, durch kluge Konjunktursteuerung seien Wirtschaftskrisen vermeidbar. Wenn jeder das Modell kennt, dachte ich, und sich daran hält, dann muss es doch gelingen“ (Giersch zit. nach Kampe 1985: 119).

Erich Schneider nahm eine Pionierrolle in der Übertragung neu-keynesianisch und mathematisch orientierter Ansätze auf die deutsche Nationalökonomie ein, die primär von ordoliberalen Ansätzen sowie den Ausläufern der Historischen Schule dominierte war (Allen 1989, Janssen 2000).

Schneider war auch auf der Ebene der akademischen Reproduktion ungemein erfolgreich.

Abbildung 10: Erich Schneider als akademischer Lehrer



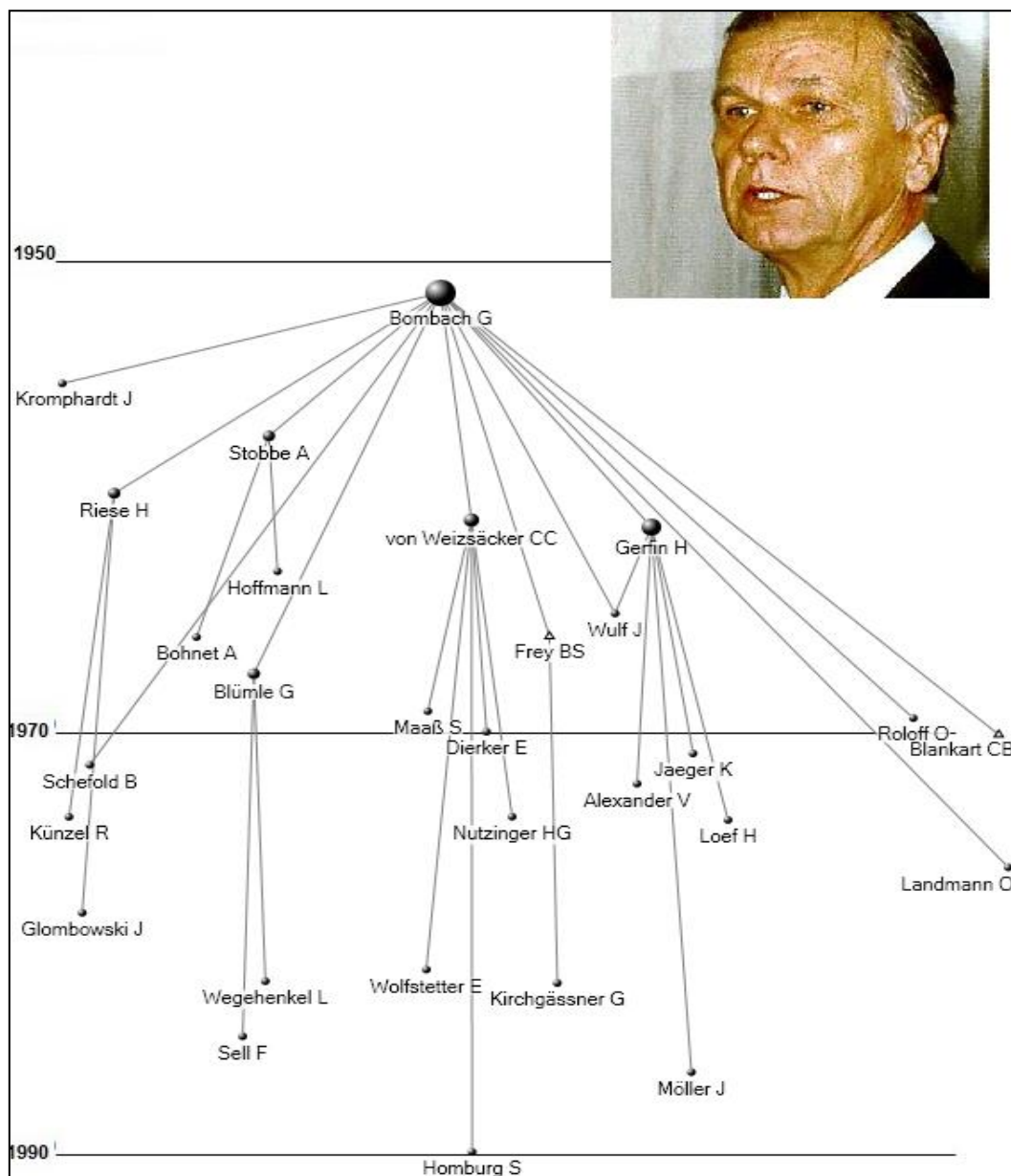
Quelle: Eigene Darstellung.

Die Analyse der Promotionsdaten deutscher ÖkonomInnen aus dem beschriebenen Sample¹⁷⁵ weist Schneider mit 19 Promotionsbetreuungen (Erst- und Zweitbetreuung) zukünftiger ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre als wichtigsten „akademischen Lehrer“ aus.

175 Basis der LehrerInnen-SchülerInnen-Analysen ist jenes Sample von ProfessorInnen für Volkswirtschaftslehre, die im Lehrendenverzeichnis Vademecum zwischen 1953 und 1995 als Lehrende im

Auch wenn es ihm nicht gelungen war, eine eigene „Schule“ zu etablieren (Schefold 2004a: 586 deutet diese Bestrebung zumindest an), promovierten doch viele Ökonominen bei ihm, die später Lehrstühle an deutschen Universitäten bekamen. Dabei spielte auch seine Rolle als Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel eine wichtige Rolle. Der Stammbaum der PromovendInnen von Schneider ergibt dabei ein heterogenes Bild und das keynesianische bzw. post-keynesianische Erbe dabei manifestierte sich über mehrere Generationen, insbesondere in Schülern wie Winfried Vogt, Hajo Riese, Jürgen Kromphardt, Bertram Schefold oder Otto Roloff. Dabei spielte besonders der Schneider-Schüler Gottfried Bombach, der später auch den Vorsitz des Theoretischen Ausschusses des VfS übernahm, wiederum auch als „Lehrer“ eine zentrale Rolle.

Abbildung 11: Gottfried Bombach als akademischer Lehrer



Quelle: Eigene Darstellung.

Bereich Volkswirtschaftslehre angeführt waren. Damit kann also nicht der Anspruch erhoben werden, mit Sicherheit alle „SchülerInnen“ von Schneider darstellen zu können (mögliche Abweichungen ergeben sich insbesondere aus nicht gemeldeten Professuren im Vademecum und PromovendInnen, welche danach nicht eine Professur für VWL bekleideten).

So promovierten bei Gottfried Bombach noch an der Universität Kiel Jürgen Kromphard („Beiträge zur Theorie des Wachstums offener Wirtschaften“, 1957), Alfred Stobbe („Untersuchungen über die Bestimmung der Arbeitsproduktivität im Rahmen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1957), Hajo Riese („Strukturprobleme des wirtschaftlichen Wachstums“, 1959) sowie später an der Universität Basel unter anderem Harald Gerfin („Über Aufgaben und Methoden langfristiger Wirtschaftsprognosen“, 1961), Bertram Schefold („Theorie der Kuppelproduktion“, 1971) oder Oliver Landmann („Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie“, 1976) zu keynesianischen Fragestellungen.

Gleichzeitig stehen z. B. Gottfried Bombach, Carl-Christian von Weizsäcker und die genannten Post-Keynesianer auch für die Verbreitung mathematischer Methoden in der deutschen Volkswirtschaftslehre.

Während Schneider primär im theoretischen Ausschuss des VfS „moderne theoretische“ sowie mathematisch orientierte Forschungsansätze förderte, stieß er innerhalb des Vereins durchaus auf Widerstand.¹⁷⁶ Die Auseinandersetzung mit der in Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg vorherrschenden ordoliberalen Freiburger Schule kann demnach stärker als Debatte um den Grad der Formalisierung ökonomischer Theorie verstanden werden als ein expliziter Paradigmenstreit zwischen Keynesianismus und Ordoliberalismus. Schneider selbst zeigte sich mit Bezug auf die Anwendung moderner Methodik verwundert:

„[...] dass Erkenntnisse, die außerhalb des deutschen Sprachgebiets bei allen Ökonomen, die überhaupt zählen Allgemeingut geworden sind, bei uns auch in der engsten Fachwelt noch nicht überall als selbstverständlich angesehen werden können.“ (Schneider 1953a: 89f.)

Schneider verfolgte demnach ein anderes Anliegen als die Ordoliberalen. Diese waren genuin polit-ökonomisch motiviert. Ihr Ziel war die Bildung enger Netzwerke von Personen mit einer „richtigen“ Einstellung (im Sinn des „Markt“-Konzeptes). Fragen der Methodik spielten hier eine untergeordnete Rolle. Angesichts des Glaubens an „den Markt“ war es kein Problem, wie in der Mont Pèlerin Society mit streng formal ausgerichteten Neoklassikern oder mit ökonometrisch orientierten Monetaristen zu kooperieren. Der Fokus lag auf der Beeinflussung der Gesellschaft, nicht auf Differenzen in Bezug auf die Methoden (nicht einmal auf Theorien). Schneider hingegen war enger auf das Feld der Wissenschaft fokussiert. Ihm ging es vorrangig um „gute“ und brauchbare Ansätze. Die Lehre von Keynes war für ihn methodisch überlegen, die Ordoliberalen methodisch „rückständig“. Schneider ging es dabei – auch in seinem Engagement im theoretischen Ausschuss – nicht darum, den Keynesianismus als eigenständiges Paradigma zu etablieren:

„Weder hier noch in den anderen Aufsätzen der frühen Ausschussarbeit wurde dabei versucht, Keynes' eigenes Werk als eine ‚allgemeine‘ Theorie [...] aufzunehmen und durchzuarbeiten.“ (Schefold 2004a: 589)

Angesichts dieses Befundes muss das Promotionsnetzwerk von Schneider inhaltlich anders als z. B. das von Eucken beurteilt werden. In der Gegenüberstellung von Schneider und Eucken zeigt sich ein Muster, das für den Unterschied von „nicht-marktradikalen“ zu marktradikalen ÖkonomInnen vielfach zutrifft. Im Glauben an „den Markt“ wurden entscheidende Strukturelemente der Wirtschaft bereits als gegeben angenommen, d. h. man muss sie empirisch nicht mehr untersuchen. Schneider hingegen ist an den Methoden einer zeitgemäßen Wissenschaft interessiert, seine Theorien sind im Hinblick auf empirisch erzielbare Ergebnisse weniger festgelegt. Ordoliberale und Keynesianer verfolgten ein unterschiedliches Wissenskonzept und dies hatte auch andere Strategien und Wertigkeiten in der Bildung von Netzwerken zur Folge. Vereinfacht gesprochen: Ordoliberale sahen

176 So setzte sich Schneider 1953 für die Publikation eines Aufsatzes von Wilhelm Krelle in einem Tagungsband des theoretischen Ausschusses ein. Daraufhin wurde ihm vom damaligen Präsidenten des VfS, Albrecht, mitgeteilt, dass man die Fragestellung Krelles wohl auch mit „weniger Formeln“ hätte bearbeiten können. Schneiders Replik: „Er erhält wirklich neue Ergebnisse, die nur auf dem von ihm gewählten Weg zu gewinnen sind.“ (zit. in Schefold 2004a: 590)

Keynesianer (vgl. die Zitate von Röpke über Keynes)¹⁷⁷ letztlich als „Feinde“, die es zu bekämpfen gilt. Umgekehrt sah Schneider in den Ordoliberalen Kollegen mit weniger brauchbaren Methoden. Schneider (und andere Keynesianer) konnten offenkundig die Ernsthaftigkeit des polit-ökonomischen Impetus von marktradikalen Ansätzen nicht erkennen - und waren damit dem späteren Wirken marktradikaler Netzwerke (der vor allem aus den USA kam) nicht gewappnet.

Die Debatte um Keynes oder „die Rede von der ‚modernen Wirtschaftstheorie‘,“ (Hesse 2010: 268) in diesen Jahrzehnten fiel also im deutschen Sprachraum mit der Debatte zur Mathematisierung oder Amerikanisierung der Wissenschaft zusammen. Hesse (2010) wie auch Nützenadel (2005) betonen dabei, dass diese beiden Prozesse zwar parallel verlaufen, inhaltlich aber nicht in Zusammenhang stehen. Blaug (2003) wiederum bezeichnet den gesamten Prozess als „formalist revolution“ (siehe unten).

Für die frühe Entwicklung der Volkswirtschaftslehre im Deutschland der Nachkriegszeit gilt indes, dass wohl auch durch den starken Einfluss ordoliberaler Ideen auf die Wirtschaftspolitik keynesianische Konzepte in einer Minderheitenposition blieben, bzw. eine Sonderform eines „deutschen Keynesianismus“ bilden (so Giersch u. a. 1994 rückblickend).¹⁷⁸

4.3. Karl Schiller

Der Aufstieg des Keynesianismus in Deutschland ist untrennbar mit der Person Karl Schiller verbunden. Er gilt als einer der ersten wichtigen Rezipienten von Keynes Werk in Deutschland (Hochstätter 2006). Schiller hatte Volkswirtschaftslehre studiert und war von 1935 bis 1941 als Leiter einer Forschungsgruppe am Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel tätig.¹⁷⁹ 1947 bekam er einen Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Universität Hamburg. Bereits in den dreißiger Jahren war Schiller (aufbauend auf die Arbeiten von Adolph Löwe, Gerhard Colm oder Hans Neisser am Institut für Weltwirtschaft) an der Rezeption moderner Theorien aus dem Ausland interessiert. Schiller war neben Gerhard Weisser, Erich Preiser und Hans Peter einer der wenigen Gründungsmitglieder im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, die Keynes rezipiert haben. Der Beirat war in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland von der „Freiburger Schule“ dominiert. Schillers eigentlicher Erfolg trat erst Mitte der sechziger Jahre ein, die Zeit bis dahin stand unter der Dominanz ordoliberaler Ideen. Sie manifestierten sich auch im ordoliberalen Begriff „Soziale Marktwirtschaft“. Dieser wurde zum „Fahnenwort“ der CDU und schließlich zur Bezeichnung für das Wirtschaftssystem insgesamt.

„Die Ideologie von der sozialen Marktwirtschaft hat in der Bundesrepublik Deutschland den höchsten politischen Stellenwert erhalten. Sie ist gewissermaßen das wirtschaftspolitische Grundgesetz der Bundesrepublik.“ (Husmann-Driessen 2006: 180)

177 Röpke (1952, zit in. Schneider 1953a: 92) schrieb z. B. (seiner dualen Denkweise folgend), dass „[...] die von Keynes ausgehende Revolution die Nationalökonomie in zwei ‚Bereiche der Logik‘ gespalten (hat). Der Sinn der einen ist der Unsinn der anderen.“

178 Die geringe Bedeutung keynesianischer Ideen für die Mehrheit der (vor allem älteren) deutschen ÖkonomInnen in den ersten Jahren der Nachkriegszeit wird von Bertram Schefold (in einem Rückblick auf die Jahrestagung des VfS 1950) so beschrieben, dass man während der Debatte zum Thema „Vollbeschäftigung“ den Eindruck gewinnen musste „dass so mancher Keynes hinter sich lassen wollte, bevor er ihn überhaupt gelesen hatte“ (Schefold 1998: 37). Gleichzeitig wurde schon in den fünfziger Jahren das Ende des Keynesianismus ausgerufen. Erich Carell (sein bekanntester Schüler wurde Erich Hoppmann) schrieb in der Einleitung zur sechsten Auflage seines Lehrbuchs „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“: „Die Zeit, in der Lehrbücher in Keynesianismus als Lehrbücher der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre ausgegeben werden konnten, ist vorbei“ (Carell 1954: vi). Dabei nahm er implizit auf Andreas Paulsen Bezug (nach Hesse 2010: 296).

179 Zur Geschichte des IfW Kiel in der Zwischenkriegszeit und dessen gewaltsame Okkupation durch die Nazis vgl. Hagemann (1997a, b).

Damit hatte die CDU die Begriffshoheit im politischen Diskurs inne. Sie reklamierte für sich die Einführung dieses Systems, den wirtschaftlichen Aufschwung und den erreichten Wohlstand.

Der Keynesianismus hingegen stieg in Deutschland relativ spät zur führenden Wirtschaftstheorie auf. In der Wirtschaftspolitik fiel dies mit dem Beginn der Großen Koalition Ende 1966 zusammen (Hagemann 2008), 1969 kam es zur Bildung einer sozialliberalen Koalition unter Brandt. Schiller war von 1966 bis 1972 Leiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und von 1971 bis 1971 zusätzlich des Bundesministeriums für Finanzen. Die Koalition, zuerst mit der CDU/CSU, dann mit der FDP, wurde auch deshalb möglich, weil die SPD im Godesberger Programm 1959 sich von marxistischen Ansätzen verabschiedet hatte. Schiller war maßgeblich am Zustandekommen des neuen Parteiprogramms beteiligt. Darin wird die Wirtschaftsform der „Marktwirtschaft“ anerkannt und von „dem Markt“ ausgegangen: Die SPD

„[...] bejaht den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht.“ (Husmann-Driessen 2006)

Im Abschnitt „Stetiger Wirtschaftsaufschwung“ wird „[d]as private Eigentum des Bauern an Boden [...] bejaht.“. Das Programm knüpft an die Erhardsche Formel von „Wohlstand für alle“ an und erklärt:

„Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand [...]. Die Wirtschaftspolitik muss [...] den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen [...].“ (Husmann-Driessen 2006)

Das Konzept einer „klassenlosen Gesellschaft“ wird nicht mehr erwähnt, der liberale Wert „Freiheit“ betont. Das Reizwort „Sozialismus“ wird aber beibehalten: „Der demokratische Sozialismus erstrebt [...] eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung“, in der „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ herrschen.

Schiller hatte diese Wende im Denken lange vorbereitet. Bereits 1948 sprach er als Wirtschaftssenator von Hamburg von einer „modernen“ Marktwirtschaft, die von planwirtschaftlichen Elementen durchzogen sein soll. 1953 betonte er die Distanz zu „totalitären sozialistischen“ Systemen und plädierte für eine Wirtschaftspolitik unter Einbeziehung einiger ordoliberalen Elemente (Schiller 1953), zwei Jahre später wird ein Wirtschaftssystem mit „Chancengleichheit“ gefordert (Schiller 1955). Als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD verwendete Schiller auch den Slogan „So viel Markt wie möglich, so wenig Planung wie nötig“, –mit Planung meinte er das Keynesianische Management der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder das „Magische Viereck“. Schiller sah im keynesianischen Ansatz die ideale Verbindung zwischen Markt- und Planwirtschaft. Dieser sollte die wirtschaftspolitische Grundlage für eine Erneuerung der SPD abgeben, die an die Tradition der „Sozialen Marktwirtschaft“ anknüpfen konnte. In der ersten Nachkriegsrezession in Deutschland 1966/67 konnte dann mit Konzepten wie der „Konzertierten Aktion“ als einer der Eckpfeiler des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes keynesianische Instrumente der Wirtschaftssteuerung auch in einer stark von ordoliberalen Vorstellungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ geprägten deutschen Öffentlichkeit mediale Zustimmung finden.

Besonders stark zeigte sich diese Entwicklung auf realpolitischer Ebene während der Amtszeit von Karl Schiller als Wirtschafts- und später auch Finanzminister. So betonte Schiller in Bezug auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das von Giersch et al. (1994: 148) als „Magna Charta des Keynesianismus“ bezeichnet wurde, hiermit wurde

„zum ersten Mal das Gedankengut der Keynesianischen Botschaft, des Freiburger Imperativs und der neoklassischen Synthese für wirtschaftspolitische Entscheidungen aufbereitet. Damals entstand das 'Magische Dreieck'.“ (Schiller 1972a: 148)

Mit dem Konzept der „aufgeklärten Marktwirtschaft“ grenzte sich Schiller von der „Naiven Marktwirtschaft“ ab (Schiller 1972a). „Aufgeklärte Marktwirtschaft“ bezeichnete dabei die enge Abstimmung zwischen wirtschaftswissenschaftlicher Expertise und wirtschaftspolitischem Handeln. So zeichnete sich die Amtszeit von Schiller durch eine enge Kooperation zwischen dem 1963 neugegründeten Sachverständigenrat für die Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und dem Wirtschaftsministerium aus (Giersch u. a. 1994).

Schillers Erfolg beruhte auch auf seinem synthetisierenden Ansatz. Dabei wollte er Eucken mit Keynes kombinieren. Sein Wirken als Minister wies eine große Kontinuität zu der ordoliberalen Periode vorher auf, was sich etwa in der Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 1973 und des Ludwig-Erhard Preis für Wirtschaftspublizistik an Schiller im Jahr 1979 sowie in der Unterstützung des Bundestags-Wahlkampfes Ludwig Erhards 1972 manifestierte. Schiller selbst war zudem, wie auch Erhard, Mitglied in der Mont Pelerin Society (Nigsch 2012: 247). Aus marktradikaler Sicht kann seine Politik daher auch als Ausdruck eines immer noch bestehenden Einflusses der Ordoliberalen gedeutet werden (siehe dazu z. B. Nicholls 1994: 39).

Schiller stellte in vielen Belangen eine zentrale Persönlichkeit für die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands dar. So weist Schiller in der Analyse des Performativen Fußabdrucks von ÖkonomInnen (Pühringer 2015) das höchste mediale wie auch wirtschaftspolitische Akteurs-Einflusspotenzial auf. Vor allem die hohe mediale Präsenz von Schiller illustriert, dass die Hochphase keynesianischer Wirtschaftspolitik in Deutschland unmittelbar mit der Person Karl Schillers verbunden ist.

Schillers Verhältnis zu den Gewerkschaften verlief allerdings auch während seiner Amtszeit nicht friktionsfrei. In diesem Sinne ist auch Willy Brandts Kommentar zur Annäherung von Schiller an die CDU nach seinem Parteiaustritt aus der SPD 1972 zu verstehen:

„Ich hätte Karl Schiller gerne die unvermeidliche Erfahrung erspart, dass er anderswo die Solidarität gewiss nicht finden wird, die ihm bei uns das einzige Fremdwort blieb, das er nicht verstand.“ (Brandt 1973: 439)

Zwar hatte Schiller die Gewerkschaften im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ zunächst in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse eingebunden. Nicht zuletzt durch sein professorales Auftreten und seinen intellektuellen Habitus blieb er aber immer auf Distanz zu den ArbeitnehmervertreterInnen.¹⁸⁰

Während also die Verbindung von ordoliberalen ÖkonomInnen über eine Reihe von Netzwerken zu den Arbeitgeberverbänden und zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien und Beiräten auch über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg stark ausgeprägt blieb, sind potenziell wichtige Vertreter keynesianischer Lehren wie Karl Schiller oder Erich Schneider nicht in vergleichbare Netzwerke auf Seiten der Arbeitnehmervertretungen eingebunden. Auch das erklärt, warum die „keynesianische Phase“ im Rückblick über die Jahrzehnte nur eine kurze Episode geblieben ist (Hagemann 2008: 100f.).

5. Die marktradikale Wende

5.1. Das Ende des Systems von Bretton-Woods

Der Keynesianismus selbst erwies sich in Deutschland im Überblick über die Jahrzehnte nur als vorübergehende Erscheinung. Ab den siebziger Jahren wurde er immer mehr an den Rand gedrängt. 2007 fühlten sich nur noch 12 Prozent der ökonomischen Zunft in ihren „wissenschaftlichen Grundeinstellungen und Ausrichtungen“ dem „Keynesianismus“ zugehörig (Frey u. a. 2007).¹⁸¹ Die

180 Spätestens durch sein verstärktes Eintreten für Preisstabilität und seine Kritik an den Lohnforderungen der Gewerkschaften 1969/1970 stellte sich Schiller auch realpolitisch gegen die Positionen der Arbeitnehmervertretungen.

181 Internetumfrage unter allen deutschen VolkswirtInnen, die beim Verein für Socialpolitik Mitglieder sind. Die Rücklaufquote (570 Personen) betrug 21% (Frey u.a. 2007: 360). Unter „Keynesianismus“ wurden hier explizit post- wie auch neu-keynesianische Ansätze verstanden, wobei Mehrfachnennungen möglich waren.

kurze Hochblüte des Keynesianismus in Deutschland hatte damit zu tun, dass ab den siebziger Jahren eine breite Strömung mit vielen Theorien in Gang kam, die alle auf dem Konzept „des Marktes“ basierten und jede für sich einen Aspekt des Keynesianismus kritisierten und durch eine Alternative ersetzten. Diese Entwicklung wurde bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre vorbereitet. Hier gaben viele ÖkonomInnen die theoretischen Grundlagen des System von Bretton-Woods auf, welches bekanntlich Keynes mitkonzipiert hatte. Das Ende dieser globalen Weltordnung Anfang der siebziger Jahre hat den Keynesianismus entscheidend geschwächt.

Das System von Bretton Woods wies bekanntlich viele Schwächen auf. Aufgrund der herausragenden Position des US-Dollars hatten die USA in den 60er-Jahren keine Schwierigkeiten, ihre expansive Geld- und Fiskalpolitik (auch für die Kriege) zu finanzieren. Dabei wuchsen die ausländischen Dollarreserven stark an, während die Goldreserven in den USA schrumpften. Begleitend dazu fuhr die Bank of England einen eigenständigen Kurs, der für die weitere Entwicklung des Kapitalismus folgenswer geworden ist. (Die Bank verfügte traditionell über starke Beziehungen zur City of London, gleichzeitig hatten keynesianische ÖkonomInnen in dieser Institution nicht wirklich Fuß gefasst.) Bereits in den fünfziger Jahren gestattete die Bank die Entstehung eines nicht regulierten Dollarmarktes außerhalb der USA (genannt Eurodollarmarkt). Ab 1957 begannen britische Banken Kredite in US-Dollar zu vergeben und US-Banken fingen an – verstärkt ab 1966 – auf den neuen Markt auszuweichen (Dickens 2005). Der Eurodollarmarkt war ein Vorläufer eines liberalisierten globalen Finanzmarktes. Er machte Raum für Devisenspekulationen, – ein wichtiger Beitrag, das System von Bretton Woods zu Fall zu bringen (Guttman 1996: 172).

Aber dieses Ende hatte auch mit Entwicklungen im Feld der Theorie selbst zu tun. Anfang der sechziger Jahre war die Mehrheit der ÖkonomInnen mit der Architektur des Systems von Bretton Woods zufrieden. Nur eine kleine Minderheit trat für flexible Wechselkurse ein (Schmelzer 2010: 54). Ende des Jahrzehnts war die Stimmung in ihr Gegenteil umgeschlagen: Die Mehrheit der ÖkonomInnen plädierte jetzt für flexible Wechselkurse. Dieser Umschwung ist erstaunlich und hatte nicht nur mit „realen“ Gründen zu tun. Er hatte eine Schwächung des Keynesianismus und keynesianischer Wirtschaftspolitiken zur Folge, weil das Bretton-Woods-System (BWS) auch als keynesianische Weltordnung verstanden werden kann. Keynes selbst hatte bereits im September 1941 eine Weltkonferenz vorgeschlagen. Er wollte sein Konzept einer gesteuerten Wachstumsökonomie auch auf globaler Ebene umsetzen. Sein Plan sah eine „Weltzentralbank“ für eine globale Liquiditätssteuerung, einen „Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung“ für Kredite an einkommensschwache Länder, eine internationale Handelsorganisation sowie ein Kreditvergabeprogramme bei den Vereinten Nationen vor. Von diesem Plan wurden (vor allem wegen der starken Stellung der USA) nur Teile umgesetzt (wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds, später das General Agreement on Tariffs and Products, GATT). Das schließlich entstandene Weltsystem kann aber dennoch als keynesianisch begriffen werden.¹⁸²

Belege für diese Sichtweise sind:

- Das BWS ermöglichte – in Analogie zu Keynes' Sicht – eine starke Rolle des Staates (gegen „den Markt“). Es sollte, wie der US-Finanzminister Hans Morgenthau meinte, „ein Instrument souveräner Regierungen und nicht privater Finanzinteressen“ sein. Die Regierungen sollten „die wucherischen Geldleiher aus dem Tempel der internationalen Finanzen vertreiben.“¹⁸³ Die Folge war ein System mit streng regulierten internationalen Finanzbeziehungen. Die Staaten hatten das explizite Recht, alle Kapitalbewegungen zu kontrollieren (Schmelzer 2010: 49).

182 „John Maynard Keynes [...] war offenbar der Spiritus Rektor dieser Konferenz und hat trotz vieler Kompromisse, die er machen musste, die großen Linien bestimmt.“ (Flassbeck 2014)

183 Gardner (1969), zit .nach Schmelzer (2010: 46).

- Theoretisch war das BWS direkt gegen eine Sichtweise „des Marktes“ gerichtet. Der Glaube an automatisch ausgleichende Marktkräfte wurde von seinen Gründern in Übereinstimmung mit Keynes' Sichtweise ausdrücklich verworfen.¹⁸⁴
- Den Architekten des Systems galten „freie“ Wechselkurse als Einladung zur Spekulation und damit als Ursache für künftige Finanzkrisen (in Analogie zu Keynes' Sichtweise von spekulativen Blasen). Wechselkurse sollten deshalb so selten wie möglich verändert werden, - und wenn, dann nur international koordiniert, im Zusammenwirken von Staaten.
- Das gesamte System war darauf gerichtet, den einzelnen Staaten eine autonome Geldpolitik zu ermöglichen. Innenwirtschaftliche Erfordernisse hatten Priorität. Die Geld- und Währungspolitik ins Ausland wurde dem (keynesianischen) Ziel einer Vollbeschäftigung im Inneren untergeordnet.

Das System von Bretton Woods stand damit mit einem marktradikalen Denken in Widerspruch. Kontrollen von Finanzströmen z. B. sind im Marktradikalismus mit dem „Nicht-Markt“ assoziiert:

„Es ist durch Erfahrung bewiesen: Der beste Weg, eine Marktwirtschaft in eine autoritäre Wirtschaft zu verwandeln, ist die Einführung direkter Kontrollen des Umtauschs fremder Währungen.“ (Friedman 1971: 82f.)¹⁸⁵

In der Umorientierung der Meinungen von ÖkonomInnen spielte, wie Schmelzer (2010) im Detail gezeigt hat, die Mont Pèlerin Society (MPS) eine überragende Rolle. Ihr Erfolg (der den Zeitgenossen nicht als ein solcher erscheinen konnte, weil die Gesellschaft nach außen unbekannt war)¹⁸⁶ demonstriert die Dichte dieses Netzwerkes. Es wuchs in den sechziger Jahren stetig an: 1951 gab es 172 Mitglieder, 1961 waren es 258, 1966 dann 323 und 1975 bereits 381 (Walpen 2004: 393ff.). Der MPS ist es in den sechziger Jahren tatsächlich gelungen, in der Frage der internationalen Währungsordnung strategisch geplant viele Bereiche der Gesellschaft zugleich zu beeinflussen: die ökonomischen Zunft, die mediale Öffentlichkeit, die Politik und führende Personen im Banken- und Wirtschaftssektor.

Zuvor musste in internen Diskussionen eine gemeinsame Linie der MPS gefunden werden. Fragen zur Architektur des Währungssystems waren das am meist diskutierte Thema in den Debatten der MPS in den 50er und 60er Jahren. Schmelzer unterscheidet zwei Phasen: von der Gründung der MPS 1947 bis Ende der fünfziger Jahre trat die Mehrheit der Mitglieder für eine Rückkehr zum Goldstandard ein. Danach setzten sich sukzessive die Befürworter flexibler Wechselkurse durch (Schmelzer 2010: 65ff.). Beide Lager argumentierten mit „dem Markt“. Vor allem die „Österreicher“ in der MPS plädierten für einen Goldstandard, weil nach ihrer Meinung nur so eine autonome Geldpolitik verhindert werden könne. Die zweite Gruppe, in welcher Friedman dominant war, trat für flexible Wechselkurse ein, um Kapitalverkehrskontrollen zu verhindern. Beiden ging es also um die Verhinderung von „Eingriffen“ in „den Markt“. Die Position von Friedman setzte sich schließlich durch. Wünschenswert wurden

184 Der amerikanische Verhandlungsleiter, Henry Dexter White, meinte: „The theoretical bases for the belief still so widely held that interferences with trade and capital and gold movements etc., are harmful, are hangovers from a Nineteenth Century economic creed, which held the international economic adjustments, if left alone, would work themselves out toward an ‚equilibrium‘ with a minimum of harm to world trade and prosperity.“ – zit. in: Horsefield (1969, Bd. 3: 64).

185 Vgl. Schmelzer (2010: 60ff.) zu diesem Zitat und auch zu weiteren analogen Zitaten von Haberler, Mises, Hayek und Jaques Rueff.

186 „Hartwell hat zu Recht darauf hin gewiesen, dass die MPS bis in die 1980er Jahre hinein in der Öffentlichkeit „fast unsichtbar“ geblieben ist, dass sie „vor allem durch ihre Mitglieder“ Einfluss ausgeübt hat sowie durch die Dominanz einflussreicher Think-Tanks und dadurch, dass einige Mitglieder hohe politische Positionen erlangten oder als politische Berater „direkt die politischen Parteien und dadurch die Politik beeinflusst haben“ (Schmelzer 2010: 130f.) mit Verweis auf Hartwell 1995: 202), vgl. dazu auch das unten skizzierte Bild der russischen Matrioschka-Puppe im marktradikalen Netzwerkgefüge, das Mirowski (2013) entworfen hat. Die MPS bildet dabei die innerste Puppe, die am wenigsten sichtbar ist.

*„[...] Wechselkurse, die unbehindert in einem offenen Markt durch vornehmlich private Transaktionen bestimmt werden und die, wie andere Marktpreise, von Tag zu Tag variieren.“
(Milton Friedman)¹⁸⁷*

Bis es zu diesem Konsens kam, wurde intern heftig gestritten, z. B. Mises mit Machlup und Haberler (Schmelzer 2010: 113ff.). Nach außen hin gab man sich aber stets geschlossen – die Stärke eines Netzwerks, das vor allem die Wirkung nach außen will und nicht kohärente theoretische Begründungen. Die entscheidende Beeinflussung der Ökonomie durch Mitglieder der MPS geschah in drei Konferenzserien (Details bei Schmelzer 2010: 141ff.):

- (1) Die vier Bellagio-Konferenzen der Gruppe der 32 Ökonomen in den Jahren 1963 und 1964. Der Auslöser war eine Studie des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 1963, der den währungspolitischen Grundkonsens von Bretton Woods bekräftigte und grundlegende Reformvorschläge ausschloss. Als Reaktion gründeten die MPS-Mitglieder Machlup und Fellner mit Robert Triffin die „Gruppe der 32 Ökonomen“, die als „Nichtregierungsökonom“ für sich Unabhängigkeit reklamierten und eine internationale Debatte um flexible Wechselkurse in Gang setzen konnten. Dabei gelang es durch geschicktes Taktieren die eigene Minderheitenposition nach und nach mehrheitsfähig zu machen.¹⁸⁸
- (2) Fast 20 weitere Bellagio-Konferenzen ab 1964, organisiert von Machlup, Fellner und Triffin. Sie dienten der Diskussion mit „hochrangigen Vertretern nationaler Zentralbanken, Finanzministerien, des IWF, der Europäischen Gemeinschaft, der PECD, der BIZ, und in einem Fall der UNCTAD“.¹⁸⁹ Die Zusammenkünfte fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, die Inhalte sind bis heute (fast) unbekannt.
- (3) Ab Januar 1969 organisierte Machlup in New York und im schweizerischen Bürgenstock fünf internationale Konferenzen, an denen ungefähr 40 Ökonomen und Banker teilnahmen. Die Serie wurde von der Rockefeller Foundation finanziert. Führende Zentralbanken und Regierungen entsandten Beobachter (Details bei Schmelzer 2010: 175ff.). Bei den Diskussionen wurden feste Wechselkurse von den Organisatoren von vornherein als seriöse Option ausgeschlossen. Friedman spielte eine führende Rolle. Die Meinung unter den Bankiers schwenkt um, später folgten die großen amerikanischen Banken.

Schmelzer fasst diese drei Serien (es handelt sich um die wichtigsten währungspolitischen Konferenzen der 60er-Jahre) folgendermaßen zusammen:

„MPS-Mitglieder haben diese Konferenzen nicht nur maßgeblich initiiert und organisiert, sondern auch personell dominiert und inhaltlich geprägt. Neun von den 32 Teilnehmern an der Bellagio-Konferenz (28 Prozent), 5 von 14 der maßgeblichen Ökonomen bei den Folgekonferenzen mit Politikern (36 Prozent) waren MPS-Mitglieder. MPS-Mitglieder waren dabei nicht generell in der Mehrheit, doch sie konnten die Konferenzserien inhaltlich prägen, das sie zum einen als Initiatoren, Hauptredner und Organisatoren Schlüsselpositionen inne hatten und zum anderen, weil sie als über die MPS transnational vernetzte Gruppe auftraten, [...] während die vornehmlich keynesianisch orientierten anderen Konferenzteilnehmer nicht organisatorisch vernetzt waren. Dies zeigt sich besonders eindrücklich daran, dass die einzigen Ökonomen, die an allen drei

187 Friedman (1953: 157); Übersetzung nach Schmelzer (2010: 78f.).

188 Medial erregte auch eine Erklärung von 27 amerikanischen und europäischen ÖkonomenInnen im Februar 1966 Aufmerksamkeit, die sich für flexible Wechselkurse aussprachen. Die Erklärung wurde u.a. in der New York Times diskutiert und in Ordo abgedruckt. (Ordo kann im deutschsprachigen Raum auch als Publikationsplattform für die MPS verstanden werden.) Die Erklärung wurde von den MPS-Mitgliedern Machlup, Haberler und Fellner sowie von nicht-Mitglied Tibor Scitovsky organisiert. 12 der 27 Unterzeichner gehörten der MPS an. Unterzeichner waren auch drei der fünf „Wirtschaftsweisen“ im Sachverständigenrat (Meyer, Giersch und Bauer). Der Sachverständigenrat übernahm diese Forderung dann auch in seinem Jahresgutachten 1966 (vgl. Schmelzer 2010: 149f.).

189 Triffin (1978), hier zit. nach Schmelzer (2010: 156).

Konferenzserien teilgenommen haben, ausschließlich MPS-Mitglieder waren: Machlup, Haberler, Fellner, Johnson und Lutz.“ (Schmelzer 2010: 132f.)

Parallel zu diesen Bemühungen hatten MPS-Mitglieder viele Anstrengungen unternommen, die hier nicht im Detail referiert werden können.¹⁹⁰ Zwei Beispiele:

- Eine enge Zusammenarbeit mit Think-Tanks wie dem American Enterprise Institute und dem britischen Institut for Economic Affairs. In Deutschland war diesbezüglich das Walter Eucken Institut aktiv, das in den 60er Jahren vielen MPS-Mitgliedern ein Forum für Vorträge über Währungsfragen geboten hat. Die Ergebnisse wurden in Ordo publiziert.
- Friedman hatte direkten Einfluss auf US-Präsident Nixon (1969-1974 im Amt). Friedman war seit 1962 mit Nixon bekannt (den Kontakt stellte das MPS-Mitglied Allan Wallis her), kam 1968 in Nixons Advisory Group on the Economy (zusammen mit dem späteren Notenbankchef Alan Greenspan) und machte Nixon auch mit seinem Chicagoer Kollegen George Shultz bekannt, der u. a. von 1972-1974 Finanzminister war. Friedman schrieb sogar Reden für Nixon.¹⁹¹

All diese Bestrebungen hatten zur Folge, dass das System von Bretton Woods, als es in eine Krise kam, nicht reformiert, sondern von Nixon ohne Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds einseitig gekündigt wurde. Anstelle eines „keynesianischen“ Systems trat ein System, das durch einen automatischen, apolitischen Mechanismus „des Marktes“ gesteuert werden sollte.

Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1973 beendete den keynesianischen Nachkriegskonsens einer Priorität des nationalen Staates mit seinen Möglichkeiten einer autonomen Politik. Im neuen System wurde dem mobilen Kapital in einem höheren Ausmaß die Befugnis eingeräumt, nationale Wirtschaftspolitiken durch Abwanderung zu „bestrafen“. In Deutschland hatte das Ende des Systems von Bretton-Woods den Rücktritt von Karl Schiller als Finanzminister zur Folge. Schiller befürwortete das Floating. Die Regierung versuchte den Zustrom spekulativen Kapitals auch durch Kapitalverkehrskontrollen zu bremsen. Schiller trat daraufhin zurück.¹⁹²

5.2. Die „Konterrevolutionen“ gegen den Keynesianismus

Der Erfolg des marktradikalen Netzwerkes gegen das „keynesianische“ System von Bretton Woods sollte erst der Anfang sein. Ab den siebziger Jahren wurde die Lehre von Keynes in großem Maßstab zurückgedrängt. Dieser Vorgang ist ungemein facettenreich. Ihn darzustellen würde eine umfassende Geschichte der Volkswirtschaftslehre über mehrere Jahrzehnte erfordern. Ein solches Vorhaben kann hier nicht geleistet werden. Unsere These besagt, diesen Vorgang als zunehmende Durchsetzung

190 „MPS-Mitglieder vertrauten nicht darauf, dass sich die Theorie floatender Wechselkurse automatisch im freien Wettbewerb ökonomischer Theorien durchsetzen würde (wegen ihrer inhärenten theoretischen Überlegenheit), sondern diese Durchsetzung wurde mit viel Aufwand und Einsatz organisiert, geplant und gesteuert. Dabei gingen die Anstrengungen [...] weit über das Normalmaß akademischer Tätigkeiten hinaus: Die Organisation ganzer Konferenzserien, die enge Zusammenarbeit mit Think-Tanks und finanzstarken Stiftungen und Lobbyvereinen, die ausgesprochen zeitintensive Vorbereitung und Teilnahm an Dutzenden von Konferenzen sowie schließlich die enge Kooperation mit Regierungsmitgliedern oder -berater, vor allem in der Nixon-Administration, deuten darauf hin, dass es den MPS-Mitgliedern darum ging, zu beeinflussen und Veränderungen voranzubringen, von denen in ihrer Sicht ausgesprochen viel abhing.“ (Schmelzer 2010: 135)

191 Nixon selbst war kein marktradikaler Denker. Er hat sich auch als Keynesianer deklariert und im Rahmen seiner New Economic Policy eine keynesianische Stimulierung des Wachstums unternommen. Diese führte zu Inflation und Dollarflucht. Die Aufkündigung der Dollar-Gold-Parität im August 1971 kann auch als Ausdruck eines diesbezüglichen Polit-Dilemmas verstanden werden (Schmelzer 2010: 192f.).

192 Schiller (1972b).

eines marktradikalen Denkens (in der von uns definierten Art) zu verstehen. Dabei kann die Geschichte der Nationalökonomie ab den siebziger Jahren als zweifacher Prozess verstanden werden:

- als Ersetzung einzelner Elemente der Lehre(n) von Keynes durch neue Theorien, die allesamt auf dem Konzept „des Marktes“ beruhen. Die „Keynesianische Revolution“ (Klein 1950) wurde gleichsam durch viele „Gegenrevolutionen“ bedeutungslos gemacht;
- als immer dichtere Vernetzung und gegenseitige Durchdringung marktradikaler Netzwerke, die nicht nur die Wissenschaft, sondern viele andere Bereiche der Gesellschaft beeinflussen konnten. Dabei spielte auch das Anwachsen marktradikaler Think-Tanks eine entscheidende Rolle.

Beide Vorgänge liefen nicht getrennt voneinander ab, sondern waren in einem gemeinsamen Prozess verschränkt. Die Komponenten dieser Entwicklung weisen gleiche Merkmale auf:

- Man verwendete die Grundfigur „des Marktes“, immer in Abgrenzung zu einem „Nicht-Markt“.
- Die beteiligten Ökonomen waren in marktradikalen Netzwerken vertreten, und
- gegen den Keynesianismus ausgerichtet.

In Deutschland kam es dabei zu einer Zurückdrängung des Stellenwerts des Ordoliberalismus als Theorie, nicht jedoch in den Netzwerken, die Ordoliberale aufgebaut hatten. Diese blieben erhalten und wurden ausgebaut, füllten sich jedoch dabei mehr und mehr mit Inhalten, die von neuen Richtungen stammten, die in den USA ihren Ursprung hatten. Beispiele der gegen den Keynesianismus gerichteten „Konter-Revolutionen“ sind:

- die „formalistische Revolution“ (Blaug 2003);
- die „monetaristische Revolution“ (Janssen 2006) bzw. „Gegen-Revolution“ (Cockett 1995: 154);
- die „public choice revolution“ (Gwartney und Wagner 1988);
- die „economic law revolution“ (wie das Coase-Theorem und darauf aufbauender institutioneller Theorien);
- die „human capital revolution“ (Bowman 1996, Sobel 1978);
- die „new classical/real business cycle macroeconomic revolution“ (De Vroey 2009);
- die „probabilistic counter-revolution“ (Mirowski 1989b), die die Fundamente der modernen Finanzmarkttheorien lieferten.

Diese „Revolutionen“ widersprechen einander, wenn man ihre Theorien bzw. Modelle paradigmatisch miteinander vergleicht. Es existiert z. B. kein Modell, das Public-Choice-Ansätze formal exakt mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie nach Debreu (1959) verbindet. Auf der Ebene der Theorie erscheinen deshalb die Modelle der einzelnen „Revolutionen“ als Gegensätze. Die moderne Ökonomie kann demgemäß als buntes Feld mit vielen Theorien präsentiert werden.

Aber auf einer tieferen Ebene kann diese Vielfalt auch als verbundenes Ganzes verstanden werden. Die Einheit manifestiert sich in der Verwendung eines Konzeptes von „dem Markt“ bzw. einer Interpretation des jeweiligen Modells, dass mit einer Vorstellung von „dem Markt“ kompatibel ist. Dies kann für jede der genannten Richtungen gezeigt werden. Im Folgenden wird nur auf die drei erstgenannten eingegangen.

5.2.1. Die „formalistische Revolution“

Die Gleichgewichtstheorie von Walras wurde bekanntlich in den 50er Jahren (in einer reduzierten Version, z. B. gibt es keine Märkte für Investitionsgüter oder für Geld) als streng axiomatisches Modell in einer topologischen Mathematik neu formuliert, als Standardwerk gilt Debreu (1959). Der Ursprung der neuen Neoklassik hat unmittelbar mit dem Kalten Krieg zu tun (Amadae 2003). Die neue Gleichgewichtstheorie entstand zuerst in einer spieltheoretischen Deutung (Mirowski 2002: 409), und zwar in der RAND Corporation, einem Think Tank, den die U.S. Army Air Force und der Rüstungskonzern Douglas Aircraft Company 1946 ins Leben gerufen haben. RAND ist der erste militärische Think Tank der USA und zugleich der wichtigste des Kalten Krieges. Hier wurde zu technischen, elektronischen, aber auch zu sozialwissenschaftlichen Fragen geforscht (für eine Übersicht siehe in: Hounshell 1997: 246ff.) In der RAND Corporation wurde auch die „rationale Entscheidungstheorie“, z. B. zu Fragen des Einsatzes von Atombomben, weiterentwickelt.¹⁹³ In diesem Zusammenhang entstand die Spieltheorie (Mirowski 1991), zuerst eine Konfliktanalyse zu Kriegswecken (Mirowski 2002: 214). Amadae (2003: 15) spricht vom Cold War Rational Choice Project.¹⁹⁴ Die neue ökonomische Theorie sollte nach Amadae (2003) als rational choice liberalism einen theoretischen Gegenentwurf zum Konzept einer Planwirtschaft liefern. Sie ist demnach direkt mit dem Kalten-Krieg-Denken gekoppelt.¹⁹⁵ Auf diese Weise trug sie auch eine binäre Logik (zumindest Marktwirtschaft versus Kommunismus) in sich. Diese Binarität kann auch marktradikal interpretiert werden. Die „formale Revolution“ würde demnach binärer Natur sein, sie würde somit zumindest tendenziell einen Gegensatz zum Keynesianismus (und anderen nicht-binären Theorien) darstellen.

Der Entstehungskontext einer Theorie determiniert aber nicht ihre Deutung in der Folgezeit. Tatsächlich ist ein formales Modell wie die mikroökonomische Standardtheorie mit vielen Interpretationen kompatibel. Ein formales Modell per se ist eine geordnete Menge logischer Beziehungen. Auf welchen Gegenstandsbereich und auf welche Phänomene es angewendet und wie diese Handhabungen interpretiert werden, kann nicht logisch oder zwingend aus dem Modell abgeleitet werden. Ein Modell muss von seiner Anwendung unterschieden werden. Um eine brauchbare Anwendung zu begründen, sind andere als formal-logische Argumente nötig. In diesem Sinn kann z. B. die allgemeine Gleichgewichtstheorie nicht per se „beweisen“, dass eine Marktwirtschaft „effizient“ ist. (Man müsste z. B. zuerst zeigen, ob die Anwendung des Modells auf eine reale Gesamtwirtschaft zulässig ist.)

In gleicher Weise kann die zeitgemäße neoklassische Mikroökonomie nicht per se als Ausdruck einer Logik des Kalten Kriegs oder der Marktradikalität gedeutet werden. Walras z. B. war kein

193 „From Nash equilibria to “psychological” experimental protocols, from “scratchpad wars” to computer simulations, from dynamic programming to evolutionary dynamics, from “rational decision theory” to automata playing games, all constitute the fin-de-siècle economic orthodoxy: in each case, RAND was the first. More than ninety researchers produced memoranda on games from 1946 to 1962, and the roster reads like a Who’s Who of postwar game theory.” (Mirowski 2002: 214)

194 Der RAND-Ansatz strahlt nach Mirowski (2002) auf die Cowles Commission aus, den zweiten großen Entstehungsort der neuen neoklassischen Theorie.

195 Für die Synthese des neuen ökonomischen mit dem militärischen Denken dieser Zeit gibt es viele Beispiele. Um nur eines zu erwähnen: 1957 lancierten RAND-Experten die (konstruierte) Behauptung, die USA hätten gegenüber der Sowjetunion eine „Raketenlücke“ (missile gap). Im folgenden Jahr formte sich diesbezüglich eine Allianz aus RAND, der Ford Foundation und dem Committee for Economic Development, hier waren mehr als hundert der führenden US-Firmen vertreten. Das Bündnis entfachte eine Propagandawelle und plädierte für eine forcierte Aufrüstung. In diese Bestrebungen war auch das Committee for Economic Development (COD) eingebunden, es wurde von der Ford Foundation im Zweiten Weltkrieg gegründet. Hier waren auch vertreten: Don K. Price, Vizepräsident der Ford Foundation; W.Allen Wallis, Dean of the University of Chicago’s School of Business, und Ralph W. Tyler, Director of the Center for the Advanced Study in the Behavioral Sciences, das 1955 an der Stanford University mit Gelder der Ford Foundation gegründet worden war – nach Amadae (2003: 55).

Marktradikaler, dasselbe gilt für Neoklassiker wie Paul Krugman oder Joseph Stiglitz. Ob moderne mikroökonomische Ansätze marktradikal sind oder nicht, muss im Einzelfall (nach den von uns genannten Kriterien) nachgewiesen werden. In vielen Lehrbüchern der Mikroökonomie kann dies aber klar gezeigt werden. Sie transportieren ein marktradikales Denken, das (explizit oder implizit) gegen den Keynesianismus gerichtet ist.

Die Lehrbücher der Mikroökonomie, die heute hauptsächlich Verwendung finden, haben beachtliche gesellschaftliche Wirkung, weil sie geeignet sind, die Vorstellungen einer gesellschaftlichen Elite über das Wirtschaftssystem zu beeinflussen. Im Gegensatz zur oft beteuerten Vielfalt in der Ökonomie beginnen fast alle ÖkonomInnen ihre Ausbildung mit dem Modell der vollkommenen Konkurrenz (nach Arrow/Debreu) bzw. dem Angebots-Nachfrage-Modell (vgl. Ötsch/Kapeller 2010).¹⁹⁶ Dieser Zugang findet sich in allen führenden Lehrbüchern der Mikroökonomie. Sie sind weltweit standardisiert (Stiglitz 1988, Lee/Keen 2004, Grimes 2009, neue Textbücher erscheinen wie Klone der bereits bestehenden (Hill/Myatt 2007: 58). Die standardisierten Lehrbücher der Mikroökonomie entfalten zudem ihre Wirkung nicht nur auf ÖkonomInnen, sondern auch auf die (viel größere) Gruppe von Anwendern, die in ihrem Studium eine Einführung in das Ökonomie erhalten, wie WirtschaftsjuristInnen oder WirtschaftsinformatikerInnen, JournalistInnen, PolitikerInnen, BetriebswirtInnen usw. Der mikroökonomische Denkstil prägt auf diese Weise das Denken einer künftigen Elite.

In einer marktradikalen Interpretation der Mikroökonomie (im Gegensatz z. B. zur Mikroökonomie im Lehrbuch von Erich Schneider) ist von „dem Markt“ als handelndem Akteur die Rede. „Der Markt“ steht dabei für die Wirtschaft als Ganzes.¹⁹⁷ Er wird durch „Gesetze“ gesteuert, wie das Gesetz *der Nachfrage, des Angebots*, von einem einheitlichen Preis oder von Angebot und Nachfrage: „Märkte neigen dazu, geräumt zu werden.“ (Sinngemäß bei Pindyck und Rubinfeld 2005: 53). Keynes bestritt genau dies: in der Realität konnte er auch nicht-geräumte Märkte ausfindig machen. Aber im Modell ist die Annahme von Markträumung von zentraler Bedeutung, bei „false trading“ im Sinn von Hicks bricht das Modell zusammen. In den meisten Lehrbüchern der Mikroökonomie wird die Annahme als Realität gesetzt, d. h. das Gedankenbild „des Marktes“ auf die Realität projiziert, – ein institutioneller oder empirischer Beleg wird nicht geliefert.

In den Lehrbüchern fungiert „der freie Markt“ als Referenzmarkt. Gleichzeitig wird „der Markt“ direkt „dem Staat“ oder „der Politik“ gegenübergestellt.¹⁹⁸ Man erschafft die Illusion, man hätte eine Wahl

196 Das traditionelle Angebots-Nachfrage-Diagramm mit steigender Angebots- und fallender Nachfragekurve ist mit dem Modell der vollkommenen Konkurrenz formal äquivalent, wenn es als Ergebnis eines neoklassischen Entscheidungsmodells gedeutet wird. Beide stehen in isomorpher Beziehung: man kann von Diagramm auf das Modell, vom Modell auf das Diagramm schließen. Immer wenn das Diagramm zur Anwendung kommt, wird also implizit das Modell der vollkommenen Konkurrenz vorausgesetzt. Dieser Tatbestand wird in den Lehrbüchern fast immer verschwiegen. Mankiw (2001) z. B. wendet das Diagramm auf 850 Seiten 91mal an. Er diskutiert aber bei seinen „realistischen“ Anwendungen kein einziges mal, ob die institutionellen Voraussetzungen für die Verwendung dieses Modell (mit seinen vielen „unrealistischen“ Annahmen) überhaupt gegeben sind (zu den Dutzenden Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie vgl. Ötsch 2009). Dieser Tatbestand illustriert die Nichtoperationalisierbarkeit des Ansatzes: eine wichtige Vorbedingung für eine marktradikale Interpretation, in der „der Markt“ im Durcheinander von deskriptiven, realistischen, normativen, utopischen [...] Formen verwendet wird.

197 Im Lehrbuch von Mankiw heißt es: „Angebot und Nachfrage sind die Triebkräfte für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Ein Marktgleichgewicht ist eine „Situation, bei dem sich verschiedene Kräfte die Waage halten. [...] Selbstverständlich sind es die einzelnen Entscheidungen und Handlungen von Anbietern und Nachfragern, die die Märkte in Richtung auf das Marktgleichgewicht führen.“ Und in einer Zusammenfassung lesen wir „Das Verhalten von Käufern und Verkäufern treibt Märkte auf natürliche Weise zu ihrem Gleichgewicht.“ (Mankiw 2001: 69, 70, 85 und 94, Hervorhebungen von Ötsch/Pühringer).

198 In manchen Lehrbücher ist der duale Code von „Markt“ und „Nicht-Markt“ direkt in den Definitionen zu finden, z. B. bei Pindyck/Rubinfeld (2005: 21): „We begin with a review of how supply and demand curves

zwischen „Markt“ und „Nicht-Markt“.¹⁹⁹ Die eingebaute Dualität schafft eine Prädisposition für ein marktradikales Denken oder transportiert dies direkt.

Die „formalistische Revolution“ hatte Auswirkungen auf viele Bereiche der Makroökonomie, dort wurde neue „Revolutionen“ ausgelöst. Wenn „der Markt“ als Realität gilt und wenn das neoklassische mikroökonomische Modell „den Markt“ und seine „Akteure“ korrekt wiedergibt, dann kann es keine wirtschaftlichen Phänomene geben, die eine Eigenexistenz außerhalb dieses Rahmens führen. Dies gilt auch für den Bereich der Makroökonomie. Makroökonomische Grundgleichungen verlieren im Denken „des Marktes“ ihre Berechtigung. Was sie behaupten, muss sich angesichts der etablierten Modelle „des Marktes“ in seiner Existenz rechtfertigen. Dies führt zur Forderung nach einer Mikrofundierung der Makroökonomie (bzw. später zur „new classical/real business cycle macroeconomic revolution“). Dem entsprechend wurde eine Vielzahl von neoklassischen Gleichgewichtsmodellen entwickelt, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Manche von ihnen haben spezifische „keynesianische“ Aspekte eingebaut, wie die „Neue Makroökonomie“ von Robert Barro, Herschel Grossmann, Edmond Malinvaud oder Axel Leijonhufvud, oder die „Neue Klassische Makroökonomie“ nach John Muth, Robert Lucas, Thomas Sargent oder Neil Wallace. In diesen Varianten wurde die Keynesische Theorie scheinbar mit der Neoklassik „versöhnt“ – aber mit der Auswirkung, dass zugleich ein genuin makroökonomisches (Kreislauf-)Denken aufgehoben worden ist und die traditionellen Wirtschaftspolitiken von Keynes in der Regel als unwirksam abgetan werden können. Die „formalistische Revolution“ hat die Modelle von Keynes gleichsam „umarmt“ und schließlich erdrückt. Eine mikrofundierte Makroökonomie benötigt keine eigenständige Keynesianische Theorie, – mit der Folge, dass viele Ökonomen das Kreislaufdenken von Keynes verlernen und z. B. aktuell die Problematik einer „Bilanzrezession“ bei verordneten „Sparpaketen“ für die öffentlichen Haushalte nicht mehr verstehen (können).²⁰⁰

Eine andere Auswirkung der „formalistischen Revolution“ stellte ihre enorme Ausweitung über den traditionellen Bereich der Wirtschaft hinaus dar. Im Verständnis der Neoklassik als Verhaltenstheorie können *Rational-Choice-Modelle* im Prinzip auf jedes Verhalten angewandt werden:

„In der Tat bin ich zu der Auffassung gekommen, dass der ökonomische Ansatz so umfassend ist, dass er auf alles menschliche Verhalten anwendbar ist, sei es nun Verhalten, das monetär messbar ist oder unterstellte ‚Schatten‘-Preise hat, seien es wiederkehrende oder seltene Entscheidungen, seien es wichtig oder nebensächliche Entscheidungen, handele es sich um emotionale oder nüchterne Ziele, reiche oder arme Menschen, Männer oder Frauen, Erwachsene oder Kinder, kluge oder dummen Menschen, Patienten oder Therapeuten, Geschäftsleute oder Politiker, Lehrer oder Schüler. Die Anwendungsmöglichkeiten eines so aufgefassten ökonomischen Ansatzes sind ebenso breit wie es der Reichweite der Ökonomie im Sinne der oben

are used to describe the market mechanism. Without government intervention (e.g. through the imposition of price controls or some other regulatory policy) supply and demand will come into equilibrium to determine both the market price of a good and the total quantity produced.“

199 „We generally distinguish two fundamentally different ways of organizing an economy. At one extreme, government makes most decisions, with those on top of the hierarchy giving economic commands to those further down the ladder. At the other extreme, decisions are made in markets, where individuals or enterprises voluntarily agree to exchange goods and services, usually through payments of money.“ (Samuelson und Nordhaus 2005: 5)

200 Für makroökonomische Größen gilt bekanntlich die Saldengleichung der drei volkswirtschaftlichen Sektoren: $(S - I) = (G - T) + (X - M)$. (S sind die privaten Ersparnisse, I die privaten Investitionen, G die Staatsausgaben, T die Steuern, X die Exporte und M die Importe.) Wenn z. B. nach einer geplatzten Blase private Schulden abgebaut werden ($S > I$) und gleichzeitig die Leistungsbilanz defizitär ist ($X < M$), dann muss der Staat ein Budgetdefizit aufweisen ($G > T$). Das bedeutet: Eine Bilanzrezession lässt sich nur mit einer staatlichen Stimulierung des Wachstums überwinden, die so lange beibehalten werden muss, bis die Privaten ihre Bilanzen in Ordnung gebracht haben. „Sparpakete“ führen vorher notwendig zu einer Rezession. Diese einfache Überlegung ist den meisten Wirtschaftspolitkern heute unverständlich, sie löst sich im Durcheinander von Mikro-Überlegungen auf.

erörterten Definition entspricht, die auf knappe Mittel und konkurrierende Ziele abstellt.“ (Becker 1993: 7)

Neoklassische Ökonomen nennen diese Ausweitung selbstironisch „ökonomischer Imperialismus“ (Tullock 1972, Radnitzky/Bernholz 1987). Sie hat auch mit der Logik einer „Planung für den Markt“ zu tun. Hier wird die Politik als Dienerin „des Marktes“ definiert. Das ist nur möglich, weil es nichts „Höheres“ als „den Markt“ gibt. Nachdem in der Neoklassik kein Konzept einer Gesellschaft zu finden ist (Pirker 2011), kann sich die Theorie keine Schwelle definieren, jenseits der sie nicht mehr anzuwenden ist.

5.2.2. Die „monetaristische Revolution“ bzw. „Gegen-Revolution“

Eine zweite „Revolution“ steht mit der ersten in engem Zusammenhang, nämlich der Monetarismus von Milton Friedman. Friedmans Lebensgeschichte ist eng mit Hayek verbunden. Friedman begann seine Studien an der Rutgers University. 1932 ging er nach Chicago, um bei Knight, Jacob Viner und Simons (der mit Hayek engen Kontakt hatte) zu studieren. 1934 machte er seinen Master bei Simon, sein Kollege war George Stigler. Ursprünglich war Friedman von keynesianischen Gedanken beeinflusst, das Umdenken zum Monetarismus vollzog sich erst zwischen 1942 und 1948 (Janssen 2006: 20). Hayek war (wie erwähnt) bei der Neuausrichtung der Chicago School of Economics beteiligt. Friedmans Buch *Capitalism and Freedom* (1962/2006), kann (wie erwähnt) als Fortsetzung von *Road to Serfdom* verstanden werden.

Friedman ist Gründungsmitglied der Mont Pèlerin Society (MPS). Das erste Treffen 1947 brachte ihn mit einer Schar gleichgesinnter Außenseiter in Kontakt, mit einigen war er später eng befreundet. Die MPS-Gründung hatte bei Friedman eine weitere Politisierung zur Folge.²⁰¹ Friedman war Zeit seines Lebens eines der aktivsten Mitglieder der MPS und von 1970 bis 1972 auch Präsident sowie mit vielen Think Tanks im Umkreis der MPS eng vernetzt (vgl. auch Blundell 2003: 17 und 8 sowie Dixon 2000: 29ff.).

Friedman hat sich immer als politischer Ökonom verstanden und versucht, auf vielen Ebenen gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Er war Berater beim chilenischen Diktator Pinochet, hat den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater unterstützt, Nixon, Reagan und Thatcher beraten und war Mitglied von Reagans Economic Advisory Board. Er war von 1964 bis 1983 regelmäßiger Kolumnist für *Newsweek*, gestaltete 1980 die zehnteilige Fernsehserie *Free to Choose* und trat selbst dort auf. Friedman kämpfte erfolgreich gegen hohe Steuersätze, gegen eine progressive Einkommenssteuer (flat tax revolution), für „freie“ Wechselkurse, „befreite“ Finanzmärkte, gegen eine „soziale Verantwortung“ von Managern,²⁰² usw. Vermutlich war er (neben Hayek, der aber eher im Hintergrund agierte) der einflussreichste Ökonom in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unter der Führung von Friedman und Stigler wurde die Chicago School of Economics zur erfolgreichsten ökonomische Schule seit 1945.

„If the thirty-year period from 1945-1975 was the ‘Age of Keynes’, then the thirty-year period from 1975 - 2005 can legitimately be called the ‘Age of Friedman’.“ (Palley 2015)

Friedman ist der große Ökonom „des Marktes“. Im Kampf gegen Keynes zerlegte er über Jahrzehnte beharrlich viele theoretische Bausteine des „hydraulischen Keynesianismus“. Neben der erwähnten

201 Im Rückblick schrieb Friedman 1998 dazu: „This marked the beginning of my active involvement in the political process.“ – in: Friedman/Friedman1(989: 159); zit. nach Walpen (2004: 103).

202 Die Forderung nach sozialer Verantwortung hält Friedman (im bewährten binären Code) für „reinen [...] Sozialismus“, sie würde „die Fundamente einer freien Gesellschaft“ beschädigen: „Die Doktrin der sozialen Verantwortung“ ist „eine fundamental subversive Doktrin“. Es gibt „nur eine und einzige soziale Verantwortung von Managern: „die Profite erhöhen.“ (Friedman 1970: 32)

Kritik an den fixen Wechselkursen im („keynesianischen“) System von Bretton Woods waren u. a. folgende vier Entwicklungen bedeutsam (vgl. dazu Palley 2015):

- a) Methodologie: Friedmans Essay „The methodology of positive economics“ (1953) legte das methodologische Fundament für ein „wissenschaftliches“ Konzept „des Marktes“. Die meisten Ökonomen sehen heute diese „Methodologie“ als valide an. Demnach müsse man streng zwischen einer „positiver“ und einer „normativer“ Ökonomie unterscheiden. Gleichzeitig meint Friedman auch, man dürfe in der ökonomischen Theorie jede Art von Annahmen verwenden, vorausgesetzt ihre Folgerungen würden empirisch überprüft. Auf diese Weise gelingt es ihm, die vielen „unrealistischen“ Annahmen außer Streit zu stellen, die für Modelle „des Marktes“ benötigt werden.²⁰³ Aber aus falschen Annahmen kann man, wie der Philosoph Ernest Nagel einwendet, keine Hypothesen generieren, die für die Realität brauchbar sind (Nagel 1963: 215). Mit anderen Worten: Friedman will einen „wissenschaftlichen“ Ansatz mit einer wissenschaftlich nicht akzeptierbaren Metatheorie fundieren.
- b) Konsumtheorie: Friedman entwickelt in „A Theory of the Consumption Function“ (1957) die „Permanente-Einkommenshypothese“. Sie enthält (u. a.) drei gegen Keynes gerichtete Elemente: Sie widerlegt zum ersten die Annahme einer konstanten marginalen Sparquote (wie sie in den Multiplikator-Formeln des „hydraulischen Keynesianismus“ enthalten ist), lenkt zweitens den theoretischen Fokus auf die lange Periode (im Gegensatz zu Keynes' Ansicht, die kurzfristige Betrachtung sei relevant) und nimmt drittens an, alle Haushalte würden über die gleiche marginale Sparneigung (in Bezug auf ihr permanentes Einkommen) verfügen. Damit hat die Einkommensverteilung keine ökonomischen Auswirkungen, - konträr zu Keynes und Kalecki, bei denen eine Änderung der Verteilung einkommens- und konjunkturwirksam ist.
- c) Quantitätstheorie: Im Essay „The quantity theory of money: a restatement“ (1956) ist die Geldnachfragefunktion keine stabile Funktion des Einkommens (wie bei Keynes), sie ist zweitens mikrofundiert (dieses Manko kann man nun keynesianischen Makromodellen vorwerfen) und enthält drittens eine stabile Beziehung zwischen Geldangebot und nominellem Einkommen. Gleichzeitig soll ein erhöhtes Geldangebot nominelles Wachstum bewirken. Damit wird die Nationalbank für eine Krise verantwortlich. Die Wirtschaft per se gilt dabei als stabil, auch weil die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und die Geldnachfrage stabil sind. Fiskalpolitik wird damit ineffizient, Keynes Instabilitätshypothese sei widerlegt und „der Markt „ in seiner Größe intakt.
- d) Populärphilosophie: „Capitalism and Freedom“ (1962) ist Friedmans erstes großes Werk, das an Laien gerichtet ist. Nach seinem Nobelpreis 1976 wird es zum globalen Bestseller. Geschrieben im Geist des Kalten Krieges propagiert es die Botschaft „des Marktes“ und nimmt für „die Wirtschaft“ und gegen „den Staat“ bzw. „die Regierung“ Stellung. Im zweiten populären Werk „Free to Choose“ (1980) lautet die Überschrift zum ersten Kapitel „Die Kraft des Marktes“. Friedman ist im Laufe seines Lebens immer marktradikaler geworden. In einem Interview im Jahre 1995 bezeichnete er sich selbst schließlich als „a zero-government libertarian“.²⁰⁴

203 „Der Markt“ ist ein willkürlich errichtetes Konzept, das nicht operationalisiert werden kann. Im Fokus auf die Empirie (mit tausenden ökonometrischen Studien) wird die Suggestion einer empirischen Bestätigung (bzw. einer vorläufigen Nicht-Falsifikation) erzeugt. Was nicht möglich ist (die empirische Validität „des Marktes“), wird mit komplexer und intellektuell anspruchsvoller Empirie vernebelt.

204 Mirowski (2013: 40); dieser bezog sich dabei auf ein Interview Friedmans mit Brian Doherty im Resaon Magazine, June 1995.

5.2.3. Die „public choice revolution“

Eine dritte bedeutsame Revolution hat die Public choice-Schule entfacht. Ihre Implikationen in Bezug auf das Konzept der Politik werden kaum reflektiert. Nach Blankart und Koester (2006: 172) kann der Public Choice-Ansatz auf zwei Grundüberlegungen zurückgeführt werden: erstens auf das „Unmöglichkeitstheorem“ von Arrow (1951) und zweitens auf Buchanans (1949 und 1954) Fokussierung auf individuelle Tauschbeziehungen für Phänomene der Politik.

Arrows berühmtes Theorem entstand im Rahmen der Kriegsforschung bei RAND. Arrow kam 1948 als Consultant zu RAND und sollte dort einen mathematischen Ausdruck für die kollektive Nutzenfunktion der Sowjetunion formulieren. Sein Theorem (Erstfassung vom Juli 1949, die Buchversion *Social Choice and Individual Values* ist 1951 erschienen) zeigte, dass man – ausgehend von konsistenten individuellen Präferenzen – keine kollektiven Präferenzen konstruieren kann, die logisch widerspruchsfrei sind. Aus individuellen Wünschen und Bedürfnissen (als Präferenzen modelliert) kann mit Hilfe der Logik keine eindeutige soziale Entscheidung abgeleitet werden.

Arrows Theorem kann, wie jedes formale Argument, unterschiedlich interpretiert werden: Man könnte z. B. die Annahmen des Theorems verwerfen (z. B. bestreiten, dass Menschen widerspruchsfreie Präferenzen besitzen, und schon gar nicht bei politischen Anliegen); man könnte verschiedene Arten von Rationalität postulieren (z. B. für US- und sowjetische Politiker eine jeweils andere) oder man könnte die Anwendung des Präferenzansatzes auf das Gebiet der Politik generell bestreiten (z. B. aus einem Verständnis von Politik als Diskursraum, in dem logische Regeln nur beschränkt eingehalten werden) (vgl. Ötsch 2009: 93ff.).

Die vorherrschenden Interpretationen des Theorems von Arrow sind demgegenüber marktradikaler Art und werden als Beleg für marktradikale Sichtweisen des Staates verwendet, - darin liegt ihr anti-keynesianisches Moment. Dabei geht man ungefragt von der Existenz „des Marktes“ aus. Wenn aber „der Markt“ (besiedelt mit Individuen, die einem neoklassischen Wahlhandlungsmodell folgen) als feststehende Realität erscheint, dann muss das Theorem von Arrow die Realität des „Nicht-Marktes“ zum Gegenstand haben. Das Theorem besagt dementsprechend, dass der „Nicht-Markt“ nicht wie eine (neoklassisch) handelnde Person verstanden werden kann. In dieser Interpretation verlieren Begriffe wie „kollektiver Wille“, „gesellschaftliche Wünsche“, „soziale Wohlfahrt“ oder „öffentliches Interesse“ ihre herkömmliche Bedeutung. Sie besitzen schlichtweg keinen Inhalt mehr (Buchanan 1954). Damit zerbröseln – auf Basis dieser Annahmen - die Fundamente „interventionistischer“ Politik in der Art, wie Keynes sie vorsah.

Noch allgemeiner: Alle Ansätze, die „kollektive“ Begriffe verwenden, gelten in dieser Interpretation als inhaltsleer und sind deshalb abzulehnen.²⁰⁵ Mit dieser Deutung des Theorems von Arrow wurde das Politische seiner traditionellen Sprache beraubt. Buchanan war der Ansicht, jede Diskussion von „öffentlichem Interesse“ oder von „sozialer Wohlfahrt“ würde die Prinzipien einer liberalen Philosophie verletzen (vgl. Amadae 2003: 135ff.). In einer marktradikalen Überhöhung (die keinerlei philosophischen Standards gehorcht) kann man nun sagen:

„Arrows [...] Theorem widerlegte effektiv die politische Philosophien von Rousseau, Kant, Marx und die klassischen Utilitaristen. Sie sind unhaltbar. Sein Theorem dient sowohl als Plattform, um wissenschaftliche Objektivität, universelles Gesetz individuelle Freiheit [...] zu akzeptieren, als auch für „rational choice“ [...], während es gleichzeitig die idealistische Demokratie, den Marxismus, den Totalitarismus und den klassischen Utilitarismus unterminiert.“ (Amadae 2003: 108)

Aufbauend auf diesen Überlegungen können Staat und Politik neu formuliert werden: nämlich nach dem Modell „des Marktes“. Politische Phänomene sind also nach dem Modell „des Marktes“ zu

205 Die Analogie zu Hayeks Reflexionsverbot über die „erweiterte Ordnung“ liegt hier auf der Hand. Zugleich tritt der gleiche Zirkelschluss wie bei Hayeks Theorie des Wissens auf: die Ablehnung „kollektiver“ Begriffe basiert auf „kollektiven“ Begriffen.

modellieren. Das ist das Erkenntnisprogramm von *Public Choice*.²⁰⁶ Ein Hauptort dieser Bestrebungen wird die University of Virginia, an der James Buchanan und Gordon Tullock arbeiten. Beide sind Mitglieder der MPS, Buchanan ist von 1984 bis 1986 MPS-Präsident. 1967 wird die Public Choice Society gegründet. Sie hieß ursprünglich Committee for Non-Market Decision Making: der „Nicht-Markt“ wird mit der neoklassischen Entscheidungstheorie erobert.

Ein Beispiel für die neue Theorie einer „rationalen“ Gesellschaft ist bekanntlich die „Neue Politische Ökonomie“ oder auch „Ökonomische Theorie der Politik“. Politik wird in diesem Ansatz als spezifischer Markt verstanden. „Mechanismen“ „des Marktes“ werden auf den demokratischen Staat übertragen. Das Verhalten von Parteien wird in Analogie zu privaten Unternehmen modelliert. Firmen maximieren ihren Gewinn, Parteien ihre Stimmen. Parteien bieten Wahlstimme (als Gut) an, die WählerInnen fragen dieses „Gut“ nach. Parteien und Wähler sind Kosten-Nutzen-Akteure, die Inhalte politischer Programme nur Mittel zum Zweck.

In dieser „objektiven“ Wissenschaft spielen politische Inhalte, so scheint es, keine Rolle mehr. Public Choice-Ansätze sprechen der Politik tendenziell die Kraft ab, wirtschaftliche Abläufe durch übergeordnete Ziele zu korrigieren. Aber diese „Theorie“ der Politik ist selbst Politik und macht Politik, weil sie einer marktradikalen Politökonomie gehorcht:

*„Arrow’s contribution provides incontrovertible support for market process and encouragement for those who seek to constrain the range of collective choice to the limited functions of the minimal state“.*²⁰⁷

Eine solche Politik einer „Planung für den Markt“ muss „Politikversagen“ betonen. „Marktversagen“ tritt in den Hintergrund und wird als weniger wichtig erachtet. Ein extremes Beispiel lieferte James Buchanan, einer der führenden Vertreter des Public-Choice-Ansatzes, nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Europa. Zu diesem Zeitpunkt rief er den „Tod des Staates“ aus, der Staat wird wie bei Hobbes „Leviathan“ genannt. Die „Public-Choice-Revolution in den Ideen über Politik und politische Felder“ habe, so meinte er mit Verweis auf Hayek, die „normative Wahnvorstellung“ aufgedeckt,

„[...] der Staat sei [...] ein wohlwollendes Wesen und die, die im Namen des Staates Entscheidungen treffen, wären von der Berücksichtigung des allgemeinen oder öffentlichen Interesses geleitet.“ (Buchanan 1990)

Nach dem „Tod des Sozialismus“ im Jahre 1989 könne man sich nur wundern, wie sogar „Mitglieder der Akademien“ dem „romantischen Mythos“ verfallen seien, „eine politisch organisierte Institution“ könne unserer Leben besser lenken als „der freie Markt“ (Buchanan 1990).

5.3. Marktradikale Netzwerke

5.3.1. Globale marktradikale Netzwerke

Der Erfolg des marktradikalen Denkens beruhte entscheidend auf der Fähigkeit marktradikaler Ökonomen, sich „hart und „dauerhaft“ im Sinne von Latour (1998) zu vernetzen. Seine Wurzeln liegen in den bisher beschriebenen Netzwerken in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und kurz danach.

206 Grundlegende Werke sind: *An Economic Theory of Democracy* von Anthony Downs (1957), *The Calculus of Consent* von James M. Buchanan und Gordon Tullock (1962) und *The Logic of Collective Action* von Mancur Olson (1965). Andere Entwicklungen in diesem Ansatz sind die *Ökonomische Theorie der Bürokratie* (v.a. William A. Niskanen), die *Ökonomische Theorie der Regulierung* (v.a. durch George Stigler), die *Ökonomische Theorie der Interessengruppen* (v.a. durch Mancur Olson und Gary S. Becker) sowie die *Ökonomische Theorie des Rent-seeking*s (v.a. durch Gordon Tullock).

207 Rowley (1993: xiii); zit. nach Amadae (2003: 128).

Jede neue Schule und jede Richtung „des Marktes“, die später entstanden ist, hat diesbezügliche Anstrengungen unternommen und dies mit wechselndem Erfolg. Die *Mont Pèlerin Society* (MPS) hatte gleich von Beginn an ihren Fokus darauf gerichtet, neben den akademischen Netzwerken Think Tanks mit unterschiedlichen Aufgaben anzusiedeln und beide Arten von Netzwerken miteinander zu verschränken, dies wird im Folgenden für Deutschland gezeigt. Das Vorbild für die MPS war das American Enterprise Institute, das 1943 von dem Industriellen Lewis Brown gegründet wurde. 40 Jahre später sprach sein Präsident Chris Demuth im Rückblick Klartext:

*„Das System der freien Unternehmungen [...] ist nicht natürlich gegeben. Es ist nicht vorherbestimmt und kann nicht als selbstverständlich betrachtet werden, nicht einmal in Amerika. Es ist eher ein künstliches Produkt und braucht für sein Überleben das Verständnis und die Zustimmung der Öffentlichkeit und der Führenden in der Erziehung, in der Regierung, im Unternehmertum und in den Medien.“*²⁰⁸

In diesem Geist hatte sich z. B. der Unternehmer Anthony Fisher, ein glühender Hayek-Fan, zur Aufgabe gemacht, Think Tanks um das MPS zu gründen. Sein erstes markantes Beispiel ist das britische Institute of Economic Affairs (IEA), das er 1955 unter direkter Anleitung von Hayek gründete (Blundell 2003: 17 und 84 sowie Dixon 2000: 29ff.). Fisher war auch beteiligt, das Fraser Institute in Vancouver zu errichten, ebenso das International Center of Economic Policy Studies in New York, das Pacific Institute for Public Policy in San Francisco und das Center of Independent Studies in Australien. 1981 errichtete er die Atlas Economic Research Foundation, einen Think-Tank zur Gründung von Think-Tanks. Die Foundation koordiniert die Kommunikation zwischen ungefähr zweihundert Think-Tanks weltweit und hat rund hundert bei ihrem Aufbau unterstützt.²⁰⁹ Eine andere Drehscheibe ist das Stockholm Network, es koordiniert über 130 Denkfabriken aus 40 Ländern, vor allem in Europa.

Politisch bedeutsam wurde ein Ableger des IEA, das 1974 gegründete Centre für Policy Studies. Stellvertretende Direktorin wurde Margaret Thatcher, die 1975 überraschend den Vorsitz in der Konservativen Partei errang und vom Mai 1979 bis November 1990 als Premierministerin viele marktradikale „Reformen“ verwirklicht hat. Ein wichtiger Think-Tank in den USA war und ist die Heritage Foundation, 1973 gegründet. Sie ist eng mit der MPS verzahnt, der langjähriger Präsident Edwin F. Feulner war 1996 bis 1998 Präsident der MPS. Eine Woche nach dem Wahlsieg von Ronald Reagan legte die Heritage Foundation den über tausend Seiten starken Bericht *Mandate for Leadership* vor, ein Kompendium marktradikaler Vorschläge, von denen viele umgesetzt wurden (vgl. Gellner 1995: 114f.) In der Amtszeit von Reagan wurden u. a. zu Unterstützung seiner Wirtschaftspolitik gegründet: National Bureau of Economic Research, Hoover Institution on War, Revolution and Peace, American Enterprise Institute, und das Center for the Study of American Business.

Mirowski (2013: 43ff.) versuchte, einen Überblick über die globale Netzwerkstruktur des Marktradikalismus zu liefern.²¹⁰ Er verwendete dazu das Bild der russischen Matrjoschka-Puppe:

1. Im Kern ist die kleinste und am wenigsten sichtbarste Puppe: die MPS.
2. Um sie herum liegen akademische Institute, die von Marktradikalen dominiert werden. Mirowski nennt hier University of Chicago Economics, London School of Economics, L'Institute Universitaires des Hautes Etudes Internationales (Genf), Chicago Law School, St. Andrews in Schottland, Freiburg, Virginia School und George Mason University.
3. Den nächsten Ring der russischen Puppe bilden „Spezialzweck-Institute“, die vor allem auf die Beeinflussung der Bildung gerichtet sind, wie Volker Fund, Earhart Foundation, Relm

208 Demuth (1993: 1); zit. nach Tevelow (2005: 160).

209 Überblicke über die vielen marktradikalen Think Tanks finden sich in Smith (1991), Desai (1994), Cockett (1995), Gellner (1995), Stefancic/Delgado (1996), Walpen (2004), Nollert (2005) und Tevelow (2005).

210 Mirowski spricht von neoliberal thought collective. Der ideologische Inhalt wird von ihm in 13 Punkten beschrieben (Mirowski 2013: 53ff.).

Foundation, Lilly Endowment, John M. Olin Foundation, Bradley Foundation und Foundation for Economic Education.

4. Im nächsten Ring sind „Allzweck-Institute“ angesiedelt. Hier ordnet Mirowski die bereits erwähnten marktradikalen Think Tanks an. Als Beispiele erwähnt er das Institute for Economic Affairs, American Enterprise Institute, Schweizerisches Institut für Auslandsforschung und Hoover Institution in Stanford. Manche Think Tank die Atlas Economic Research Foundation, die zudem Think Tanks außerhalb des kapitalistischen „Zentrums“ errichtet hat: Fraser Institute in Kanada, Center for the Dissemination of Economic Information in Venezuela, Free Market Center in Belgrad, Liberty Institute in Rumänien und Unirule in Peking bzw. Beijing.
5. In der nächsten Schicht sind die Medien zu finden, die marktradikale Botschaften verbreiten. Genannt werden hier News Corporation (Rupert Murdoch) und die Bertelsmann AG. Hierher gehören auch viele Blogs und soziale Medien. Mirowski betont die Verbindung dieser institutionellen Netzwerke durch personale Netzwerke. In ihrer Gesamtheit bilden sie ein integriertes System für die Produktion politischer Ideen. Als Beispiel erwähnt Mirowski Richard Fink von der Mason University, der nachher Präsident der Koch Foundation wird.
6. Am äußersten und letzten Rand befindet sich die größte Puppe, sie ist für alle sichtbar. Mirowski spricht von „Kunstrasen-Organisationen“ (astroturf), die eine Natürlichkeit vorspielen, die sie nicht besitzen. Beispiele sind lokale „Graswurzel“-Bewegungen, die sich als unabhängig geben und von großen Financiers im Hintergrund bezahlt werden, – bis zum Aufkommen der AfD in Deutschland eine Besonderheit der USA. Das Standardbeispiel hier ist die Tea Party. (Zu ihrer speziellen Form von Marktradikalität vgl. Pühringer und Ötsch 2013).

5.3.2. Marktradikale Netzwerke in Deutschland

Die relativ kurze Wirkungsdauer Keynesianischer Wirtschaftspolitik hat neben Gründen der Theorieentwicklung (z. B. Schneiders Neu-Keynes-Rezeption, eine spärlich entwickelte post-keynesianische Tradition (Eicker-Wolff 2003), sowie eine Annäherung an neoklassische Modelle ab den 1960er Jahren) auch mit der fehlenden oder mangelnden Organisation keynesianischer ÖkonomInnen in wirtschaftspolitischen Netzwerken zu tun. Während ordoliberaler ÖkonomInnen auf theoretischer Ebene schon in den 1950er Jahren zunehmend an Bedeutung verloren, waren sie wie hier gezeigt wurde (vgl. zur Wirkmächtigkeit einzelner ordoliberaler ÖkonomInnen auch Pühringer 2015) gerade in der Etablierung und Formierung von marktradikalen Netzwerken im Vorfeld wirtschaftspolitischer Beratung sowie für die mediale Beeinflussung äußerst erfolgreich (Schindelbeck/Illgen 1999, Ptak 2004).

So entstanden schon in den ersten Nachkriegsjahren fünf wichtige marktradikale Denkfabriken: Während das Walter-Eucken-Institut (Gründung 1954) und das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln (Gründung 1950) primär auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Ausbildung fokussierten, zielten das Deutsche Industrie-Institut (später Institut für Wirtschaft Köln und als solches eng mit der marktradikalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) verknüpft, Gründung 1951), die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) (Gründung 1953) sowie die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) (Gründung 1958) oft in unmittelbarer Verbindung zu Unternehmerverbänden auf die mediale wirtschaftspolitische Debatte und Beratung.

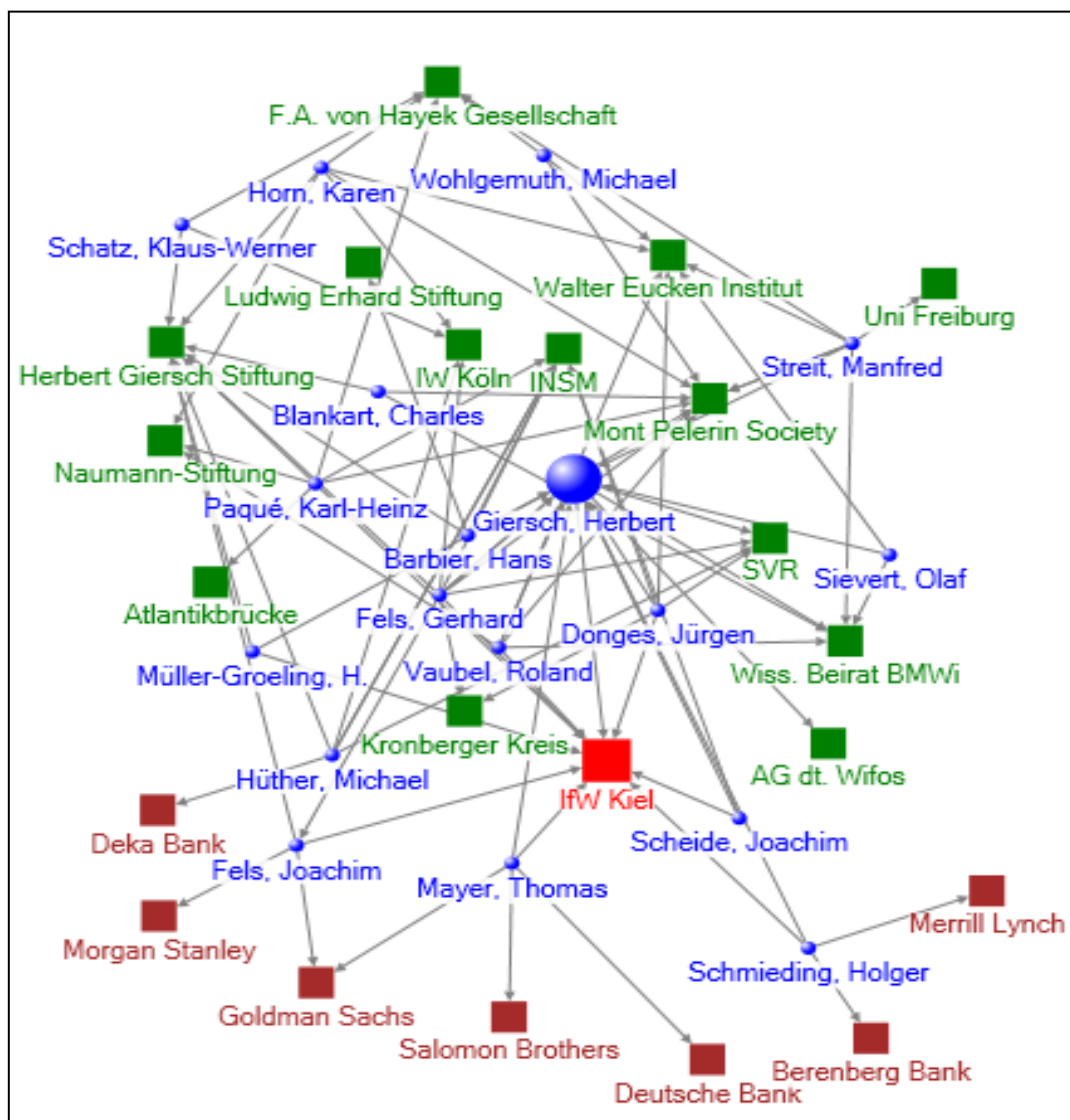
Diese frühen, konzertierten Netzwerkbildungen marktradikaler ÖkonomInnen überdauerten dabei die kurze und generell schwach ausgeprägte Phase des Keynesianismus deutscher Prägung. Ende der 1960er Jahre und spätestens Anfang der 1970er Jahre²¹¹ wandten sich immer mehr ÖkonomInnen

211 Schmelzer (2010: 164ff.) kritisiert mit Bezug auf die Debatte zu flexiblen Wechselkursen und den daran beteiligten Akteuren (Sohmen, Lutz, Meyer), dass eine Abkehr von keynesianischen Positionen im SVR schon Mitte der 1960er zu konstatieren ist und widerspricht damit auch der Einschätzung, dass der

vom deutschen Keynesianismus ab und übernahmen „moderne“ neoklassische Argumentationen. Diese Wende kann dabei exemplarisch anhand von drei teilweise parallel verlaufenden Prozessen veranschaulicht werden:

Erstens, erfolgte mit der Übergabe der Präsidentschaft von Erich Schneider an Herbert Giersch 1969 eine inhaltliche Neuorientierung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) (Ptak 2007).

Abbildung 12: Herbert Giersch als Knotenpunkt personeller und institutioneller marktradikaler Netzwerke



Quelle: Pühringer/Hirte (2014, 168).

In den folgenden Jahren bildete vor allem Herbert Giersch mit seinen Schülern Gerhard Fels, Jürgen Donges, Hubertus Müller-Gröling, Olaf Sievert, Horst Siebert, Manfred Streit, Roland Vaubel und Norbert Walter²¹² rund um das IfW Kiel einen zentralen Ausbildungsstandort für marktradikale

SVR vor in der Amtszeit von Karl Schiller primär keynesianisch argumentiert habe. Meyer und Lutz hätten zudem im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums und der AG Soziale Marktwirtschaft auch auf anderen Ebenen Stimmung für floatende Wechselkurse gemacht.

212 Sievert („Außenwirtschaftliche Probleme steuerlicher Ausgleichsmaßnahmen für den internationalen Handel“, 1963), Hubertus Müller-Gröling („Maximierung des sozialen Gesamtnutzens und

ÖkonomInnen und einen Anknüpfungspunkt für viele marktradikale Institutionen, Think Tanks und Initiativen. Neben dieser Vernetzungsfunktion zwischen Wirtschaftswissenschaften und Politik manifestiert sich in Abbildung 12 auch Gierschs Rolle als akademischer Lehrer zentraler AkteurInnen im Finanzmarktbereich. August Pieper (2006) äußert sich daher über das Wirken von Giersch folgendermaßen: „Unzählige Studenten hat Giersch in seiner Kieler Zeit geprägt; die meisten wurden überzeugte Marktwirtschaftler“.

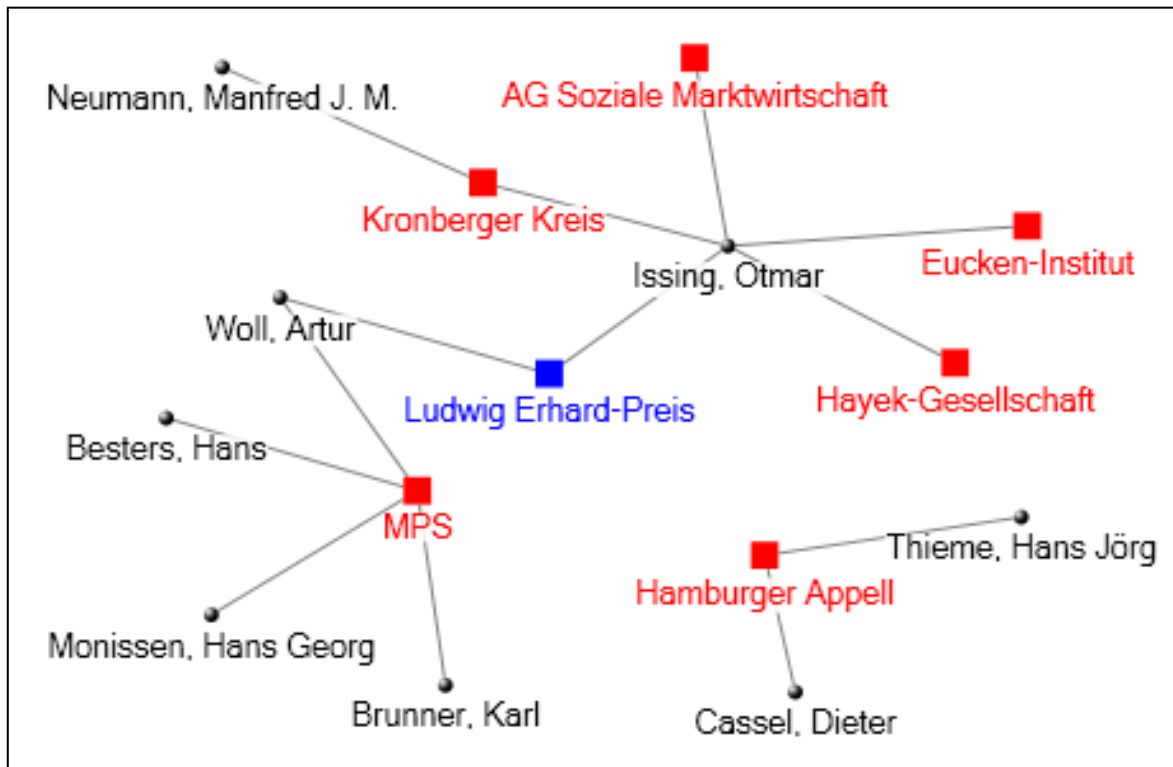
Zweitens, kann man die Abkehr von keynesianisch orientierten Konzepten innerhalb der Wirtschaftswissenschaften exemplarisch an der in Deutschland erfolgreich durchgeführten „monetaristischen Revolution“ analysieren. Janssen (2006) hat im Detail dargestellt, durch welche theoretischen Debatten die gegen Keyes gerichtete „Konterrevolution in der deutschen Geldlehre“ (Janssen 2006: 83ff.) in den siebziger Jahren in Deutschland Fuß gefasst hat, wie Friedmans Lehren in die deutsche Lehrbuchliteratur Eingang gefunden haben und was „der Aufstand der 30jährigen“ (ebenda: 93) inhaltlich bewirkt hat. In Summe analysierte er 363 Texte aus den Jahren 1948 und 1979. Der Höhepunkt der Debatte (mit 256 Texten) fand in den Jahren 1970 von 1976 statt. Darin ragten 15 Protagonisten des Monetarismus in Deutschland heraus. Analysiert man analog zur methodischen Vorgehensweise in den vorangegangenen Kapiteln diese zentralen Protagonisten nach ihrer Zugehörigkeit zu deutschen marktradikalen Netzwerken,²¹³ so zeigt sich eindrucksvoll, dass sich die These einer Kontinuität der Netzwerke des deutschen Marktradikalismus bzw. des Ordoliberalismus auch in der Phase der monetaristischen Revolution in Deutschland bestätigt. Von den 15 Protagonisten dieser Entwicklung finden sich acht bzw. 53% in neoliberalen Netzwerken wider²¹⁴. Besonders stark manifestiert sich dieser Einfluss in der Zusammensetzung des SVR im Vorfeld der monetaristischen Wende in der Bundesbank, die 1974 als erste Zentralbank weltweit nach Empfehlung von Milton Friedman eine monetaristische Geldmengensteuerung einführte. So waren 1973 mit Norbert Kloten, Olaf Sievert und Armin Gutowski zumindest drei Mitglieder des SVR, darunter deren Vorsitzender (Kloten) über deutsche neoliberale Netzwerke verbunden.

Einkommensgleichheit“, 1964), Streit („Über die Bedeutung des räumlichen Verbunds im Bereich der Industrie: ein empirischer Beitrag zur Regionalpolitik“, 1966), Donges („Über das Inflationsproblem in Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung von Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko“, 1969) und Gerhard Fels („Der internationale Preiszusammenhang - eine Studie über den Inflationsimport in der Bundesrepublik“, 1969) promovierten bei Giersch an der Universität des Saarlandes, Vaubel („Strategies for currency unification: the economics of currency competition and the case for a European parallel currency“, 1978) in Kiel. Zudem waren sie alle wie auch Norbert Walter Assistenten bei Giersch und hatten wichtige Positionen (Abteilungsleiter, Direktoren, Professoren, Präsidenten) am IfW Kiel inne (zur detaillierten Beschreibung der Verbindungen von zentralen AkteurInnen am IfW-Kiel Pühringer/Hirte 2014 sowie Hirte 2013).

²¹³ Unter deutschen marktradikalen Netzwerken werden in Anlehnung an Plehwe/Walpen (2006, dort als „neoliberal“ titulierte) wirtschaftspolitische Think Tanks, Initiativen oder Institutionen verstanden, bei deren Gründung oder in deren engerem Leitungsgremium Mitglieder der MPS aktiv waren oder sind. Die Verleihung des Ludwig Erhard Preises für Wirtschaftspublizistik an Issing und Woll offenbart deren Bedeutung für die Entwicklung des Ordoliberalismus in Deutschland.

²¹⁴ Neben den in der Netzwerkdarstellung abgebildeten sind dies: Volbert Alexander, Emil-Maria Claassen, Ernst Dürr, Werner Ehrlicher, Hans-Edi Loef, Jürgen Siebke und Manfred Willms.

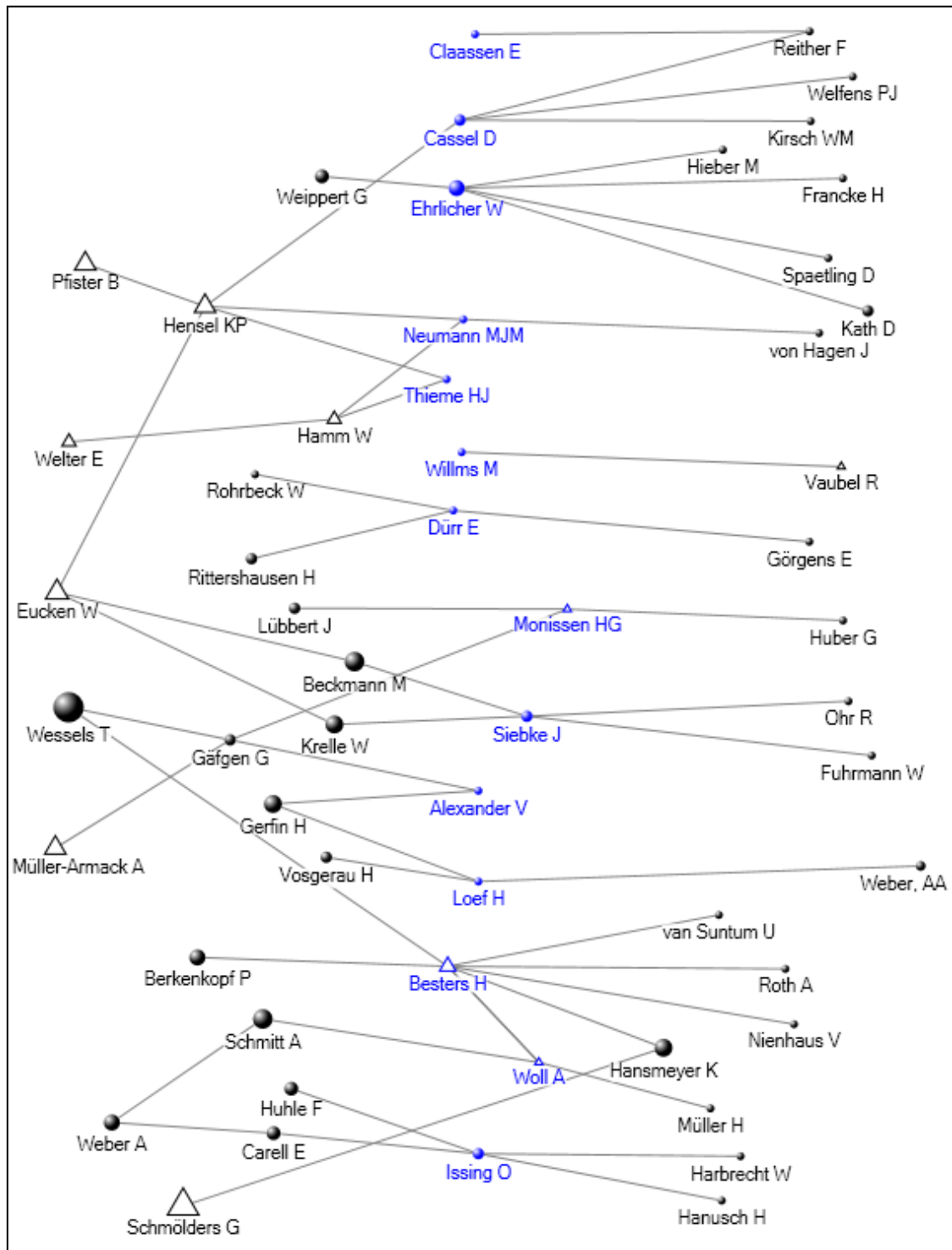
Abbildung 13: Deutsche Monetaristen in deutschen marktradikalen Netzwerken



Quelle: Eigene Darstellung.

Neben wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeiten in staatlichen Wissenschaftlichen Beiräten haben mit Otmar Issing (Chefvolkswirt der Bundesbank von 1991-1998 und Mitglied des EZB-Direktoriums von 1998 bis 2006), Manfred J.M. Neumann (Präsident der Landeszentralbank von 1990 bis 1999) und dem Schüler von Hans-Edi Loef, Axel Weber (Präsident der Bundesbank von 2005 bis 2011) die Politik der deutschen Bundesbank entscheidend mitgeprägt. Daneben waren gerade für die wissenschaftliche Reproduktion Otmar Issing („Einführung in die Geldtheorie“, 15 Auflagen bis 2011), Claus Köhler („Geldwirtschaft“, in 3 Bänden; Köhler war zudem von 1974-1990 Mitglied des Direktoriums der Bundesbank) sowie Artur Woll („Allgemeine Volkswirtschaftslehre“, 16 Auflagen bis 2011) als Lehrbuchautoren für die Reproduktion monetaristischer Ansätze von zentraler Bedeutung (Janssen 2006: 91).

Abbildung 14: Akademischer Stammbaum deutscher Monetaristen



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Analyse der akademischen Herkunft der zentralen Protagonisten der monetaristischen Revolution (in Abbildung 14 in blau) bzw. deren akademischer Reproduktion offenbart indes in breiten Teilen ebenfalls eine Verwurzelung bei ordoliberalen VordenkerInnen, bzw. bei in deutschen marktradikalen Netzwerken verbundenen Ökonomen. So finden sich unter den akademischen Lehrern bzw. deren Lehrern mit Walter Eucken, Alfred Müller Armack, Günter Schmölders, Erich Welter oder Theodor

Wessels wichtige Akteure, die dem Ordoliberalismus in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zum Aufstieg und wirtschaftspolitischen Durchbruch verholfen haben.

Erich Welter etwa, der als Chefredakteur der FAZ die ordoliberalen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auch publizistisch vertreten hat, ist auf wissenschaftlicher Ebene ein zentraler Knotenpunkt für die Reproduktion des deutschen neoliberalen Netzwerks. So haben bei Welter, der 1922 bei Hermann Schumacher (der Doktorvater Walter Euckens) und Ladislaus von Bortkiewicz (der Doktorvater von Günter Schmölders) promoviert hatte („Die Devaluation mit besonderer Berücksichtigung der argentinischen Währungsreform vom Jahre 1899“) mit Walter Hamm („Das Ordnungsproblem im Güterverkehr zu Lande“, 1952), Armin Gutowski („Konstruktions- und Entwicklungsaufträge. Ein Beitrag zur Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand“, 1958) sowie Otto Gandenberger („Die Ausschreibung“, 1961) im untersuchten Sample ausschließlich spätere Mitglieder der MPS promoviert. Bei Hamm und Karl Paul Hensel haben dann wiederum Manfred J.M. Neumann („Der Preisausgleich im Außenhandel zentral geleiteter Volkswirtschaften: ein Beitrag zur Theorie des internationalen Handels der sowjetischen Länder“, 1966) und Hans Jörg Thieme („Die sozialistische Agrarverfassung: Ein Ausnahmehereich im Wirtschaftssystem der DDR“, 1968), also zwei zentrale Protagonisten der „monetaristischen Revolution“ in Deutschland promoviert.

Drittens, zeigt sich die Ablösung des Keynesianismus²¹⁵ in den Wirtschaftswissenschaften explizit in der paradigmatischen Umorientierung des SVR von einer Betonung der „gesamtwirtschaftlichen Nachfrage“ zu einer „angebotsorientierten Wirtschaftspolitik“ ab 1973 und dann spätestens mit dem Jahresgutachten 1976, wie Sievert (2003) unter dem treffenden Titel „Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik“ rückblickend feststellt (vgl. dazu auch Hickel 2003). Zentrale Personen in diesem Umdeutungsprozess im SVR waren demnach ebenfalls Giersch sowie dessen Schüler Gerhard Fels:

„[...] ich erinnere mich noch ziemlich genau daran, dass es Gerhard Fels war, der auf einer Sitzung des Rates im Sommer oder Frühherbst 1976 das erste Mal den Term angebotsorientierte Wirtschaftspolitik aussprach. Es war noch nicht der Name für ein alternatives Konzept, aber es war das Stichwort, das auf den Punkt brachte, was damals an Umorientierung in unseren Köpfen stattfand und nach Ausdruck suchte.“ (Sievert 2003: 38)]

Gerhard Fels wiederum war wiederum neben seiner Mitgliedschaft in der MPS auch einer der Mitbegründer der Stiftung Marktwirtschaft bzw. eines der ersten Mitglieder des Kronberger Kreises. Die Stiftung Marktwirtschaft wurde 1982 gegründet, damals noch unter dem Namen Frankfurter Institut, hat mittlerweile ihren Sitz in Berlin und steht nach eigenen Worten für ein „ordnungspolitisches Denken und Handeln“. Sie wurde 1981 auf Initiative des Ökonomen Wolfram Engels und dem Unternehmer Ludwig Eckes in Kronberg in einem „Klima der Verneinung, der Diffamierung des Begriffs Elite und der Gleichmacherei“, wie es in der Festschrift „Mehr Mut zu Freiheit und Markt“ heißt, gegründet (Weiss 2007: 10).

Die erste Sitzung fand am 12./13. Dezember 1981 in Kronberg statt. An diesem ersten Treffen waren die Volkswirte Gerhard Fels, Armin Gutowski, Wolfgang Stützel, Carl Christian von Weizsäcker, Hans Willgerodt und Meinhard Miegel beteiligt. Die Gründung erfolgte kurz vor dem Ende der damaligen Großen Koalition als Think Tank nach amerikanischem Vorbild. 1982 legte der damalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, als vehementer Kritiker vom keynesianisch orientierten Konzept der Globalsteuerung, ein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,“ („Lambsdorff-Papier“²¹⁶) vor, in dem Lambsdorff seine Vorstellungen zum zukünftigen Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik formuliert. Er konstatiert dabei

215 Schmelzer (2010: 164) bezweifelt generell, dass im SVR jemals keynesianische Positionen dominiert hätten.

216 Maßgeblich beteiligt an der Formulierung des „Lambsdorff-Papiers“ waren der schon unter Ludwig Erhard ins Wirtschaftsministerium geholte Staatssekretär Otto Schlecht sowie der spätere Finanzstaatssekretär und Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer. Letzterer war zudem 2000 auch in die Gründung des marktradikalen Think Tanks Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft involviert, als Leiter dessen Kuratoriums er in Folge auch fungierte (Butterwege 2007).

vier wirtschaftspolitische „Aktionsfelder“, die auch innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion nicht auf ungeteilte Zustimmung stießen (Bökenkamp et al. 2012):

- Konsolidierung des Haushalts
- Anreize zu arbeitsplatzfördernden Investitionen
- Eindämmung der explodierenden Sozialstaatskosten
- Deregulierung im Inneren und nach Außen.

Als unmittelbare Folge zerbrach am 17.09.1982 die Koalition. Am 1.10.1982 wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt, was in Anlehnung an die Wahlerfolge von Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA teilweise als deutsche „neoliberale Wende“ bezeichnet wird (Werding 2008: 312). Mit dem damit einhergehenden Bruch der sozialliberalen Koalition, rückblickend von Michael Eilfort (2007: 9), Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, als „ordnungspolitischer Aufbruch“ bezeichnet, änderte sich auch das Vorgehen der Stiftung Marktwirtschaft.

Ursprünglich wollte man mit der Gründung gezielt auf die nächste planmäßige Bundestagswahl 1984 Einfluss nehmen. Mit der vorgezogenen Wahl 1982 wurden dann alle vergebenen Aufträge an Fachspezialisten storniert und man versuchte mit Schriften und Positionspapieren auf die öffentliche Debatte zu wirken (Weiss 2007: 16ff.).

Die Stiftung Marktwirtschaft ist durch ihre Eigendefinition, ihre wirtschaftspolitische Agenda, ihre institutionelle Verankerungen sowie auch ihre personelle Zusammensetzung als moderner Think Tank des deutschen Marktradikalismus zu verstehen. So formuliert man in der Beschreibung der eigenen Geschichte auch explizit eine polit-ökonomische Zielsetzung:

„Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, [...] für mehr Freiheit, mehr Markt und mehr Eigenverantwortung einzutreten. Sie agiert dabei an der Schnittstelle Wissenschaft – Wirtschaft – Politik und wirbt für ihre Auffassungen durch Veranstaltungen, Publikationen, individuelle Politikberatung und konkrete Vorschläge bis hin zu ausformulierten Gesetzestexten.“ (Stiftung Marktwirtschaft 2015)

Neben der wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeit, die sich auch in den in Tabelle 1 dargestellten wirtschaftspolitischen Beratungskoeffizienten des Performativen Fußabdrucks einzelner Mitglieder der Stiftung Marktwirtschaft bzw. des Kronberger Kreises manifestiert, ist hierbei gerade in den ersten Jahren der Regierung Kohl auch ein unmittelbarer politischer Einfluss zu konstatieren. Dabei betonen die Mitglieder des *Kronberger Kreises* ihren wirtschaftspolitischen Einfluss auch direkt:

„Der Kronberger Kreis hat mit seinen Beiträgen die wirtschaftspolitische Diskussion in der Vergangenheit maßgeblich beeinflusst. Diese marktwirtschaftliche Stimme wird in Deutschland auch in Zukunft benötigt. Deswegen wollen wir uns als Kronberger Kreis weiterhin mit ordnungspolitisch fundierten und zugleich praktisch umsetzbaren Politikvorschlägen einmischen.“ (Feld, zit. nach Kronberger Kreis 2015)

Unter den zwölf hier dargestellten Mitgliedern des Kronberger Kreises waren sieben auch Mitglieder des SVR (58%), von Weizsäcker und Hellwig waren Vorsitzende der Monopolkommission. Unmittelbaren politischen Einfluss übte der Kronberger Kreis vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens in der ersten Regierung Kohls aus.

Tabelle 1: Performativer Fußabdruck von Mitgliedern des Kronberger Kreises²¹⁷

Name	medien	wipol_berat.	wipol_akt	wiss. Repr.	wiss. Prod.
Franz, Wolfgang	1.02%	3.60%	0.00%	0.48%	0.83%
Sievert, Olaf	0.42%	3.54%	1.17%		
Gutowski, Armin	0.45%	1.75%	0.00%		
Donges, Juergen B.	0.23%	1.25%	0.00%	0.12%	
von Weizsäcker, Carl-Christian	0.52%	0.56%	3.50%		0.52%
Fels, Gerhard	0.28%	0.54%	0.00%		0.36%
Issing, Otmar	1.02%	0.51%	3.50%	2.35%	0.80%
Hellwig, Martin	0.22%	0.28%	4.21%		1.15%
Stützel, Wolfgang	0.51%	0.18%	0.12%	0.03%	0.40%
Engels, Wolfram	0.71%	0.00%	0.00%		
Hamm, Walter	0.11%	0.00%	0.00%		
Willgerodt, Hans	0.09%	0.00%	0.00%		0.36%

Quelle: Eigene Erhebungen.

Otto Graf Lambsdorff, von 1977-1982 unter Helmut Schmidt und dann 1982-1984 unter Helmut Kohl Wirtschaftsminister für die FDP im Zuge der 25-Jahr-Feier der Stiftung Marktwirtschaft, stellte etwa freimütig fest:

„Ich glaube, ich habe einfach den Kronberger Kreis kopiert, das war das Einfachste, weil es richtig war!“ (Lambsdorff 2007: 39)

Betrachtet man die Karriereverläufe und wirtschaftspolitischen Positionen der Mitglieder des Kronberger Kreises, so bildet dieser eindeutig „ein einflussreiches marktradikales Elitenetzwerk“ (Ptak 2007: 79), wie es sich auch in der Zentralität dieses Think Tanks innerhalb deutscher neoliberaler Netzwerke manifestiert (vgl. dazu auch weitere Darstellungen in Pühringer 2015).

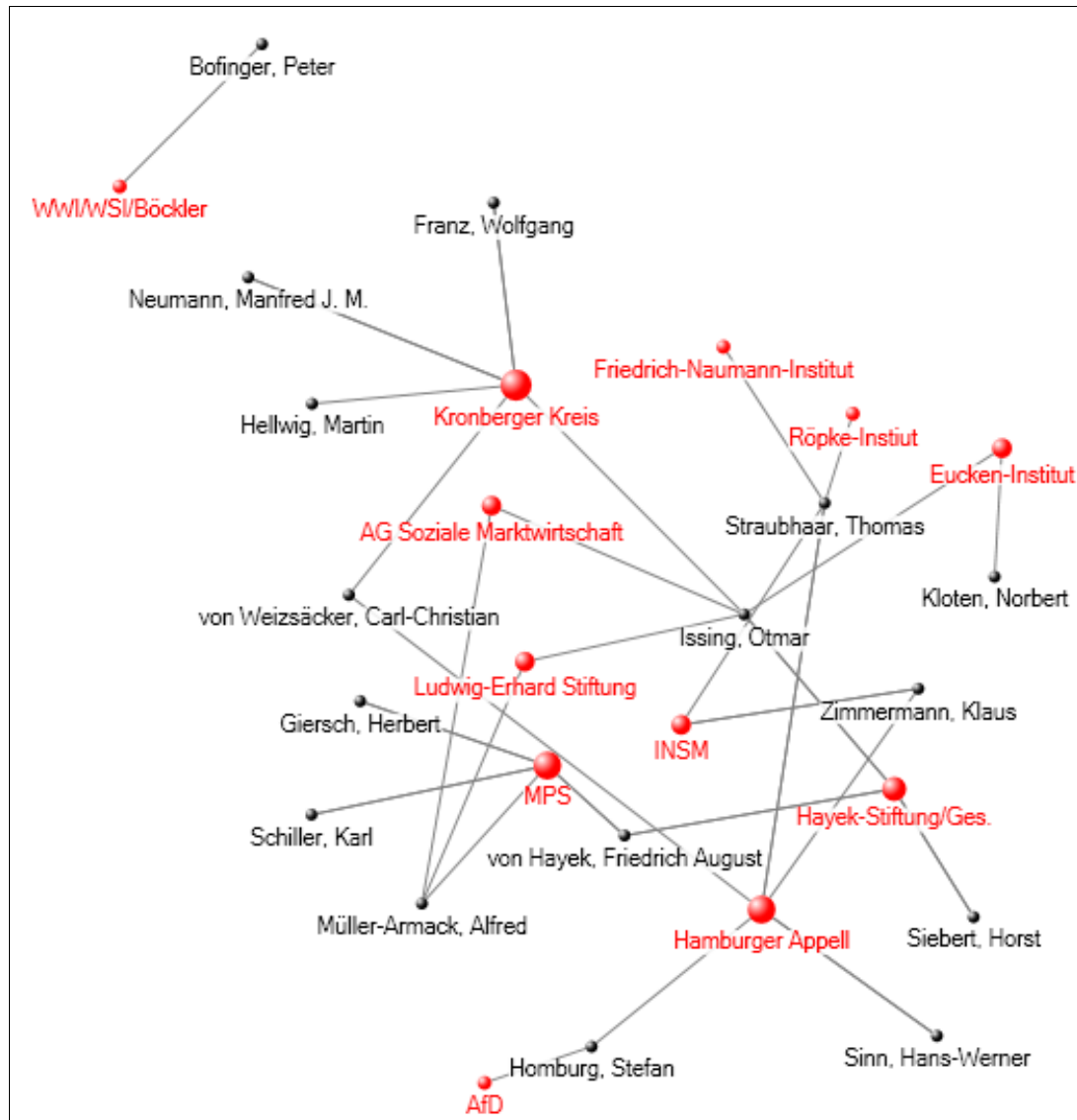
Eine noch jüngere Form marktradikaler Vernetzung von ÖkonomInnen ist die von Speth (2004, 2006) als neoliberaler advokatorischer Think Tank bezeichnete, in Abbildung 15 ebenfalls als Teil des deutschen neoliberalen Netzwerks dargestellte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Die INSM entstand nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 1999, aus der hervorging, dass die Befragten mit „Sozialer Marktwirtschaft“ in erster Linie soziale Absicherung verbanden. Auf die Frage „Haben die Deutschen eine gute Meinung von der Marktwirtschaft?“ hatten gerade einmal 22% im Osten und nur 44% im Westen mit „Ja“ geantwortet (Hamann 2005). Darüber hinaus wurde sogar mehrheitlich für einen so genannten „Dritten Weg“ plädiert (Meier/Wodok 2000: 26). Daraufhin gründeten Arbeitgeberverbände die INSM mit dem Ziel, hier langfristig ein Umdenken zu erreichen und den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ diskursiv wieder stärker mit den ursprünglichen ordoliberalen Konzeptionen in Verbindung zu bringen (Wengeler 2008). Statt des Arbeitnehmerinteresses der sozialen Absicherung wurden im Namen des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft arbeitgeberfreundliche Maßnahmen propagiert, wie z. B. ein Abbau von „Lohnzusatzkosten“, die „Reduzierung von Steuern und Abgaben“ für Unternehmen, ein Abbau von „Bürokratie und Genehmigungsverfahren“ oder eine „angebotsorientierte Umweltpolitik“ (INSM 2012).

Die wissenschaftliche Arbeit für die INSM erfolgt durch das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW), dessen damaliger Leiter Gerhard Fels war. Die Multiplikatorwirkung wird über so genannte

217 Basis der Analyse ist hierbei wiederum das Sample zu den in Deutschland tätigen ÖkonomInnen seit 1945. Nicht abgebildet sind daher Mitglieder des Kronberger Kreises, die ProfessorInnen für z. B. Betriebswirtschaftslehre oder Rechtswissenschaften sind.

„Botschafter“ erreicht, die gleichzeitig „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ sind (INSM 2012). Von den derzeit insgesamt 26 BotschafterInnen sind zehn Professoren für Volkswirtschaftslehre.

Abbildung 15: Vernetzung aller Ökonominen mit mindestens mittlerem Einflusspotential in mindestens zwei Koeffizienten



Quelle: eigene Darstellung.

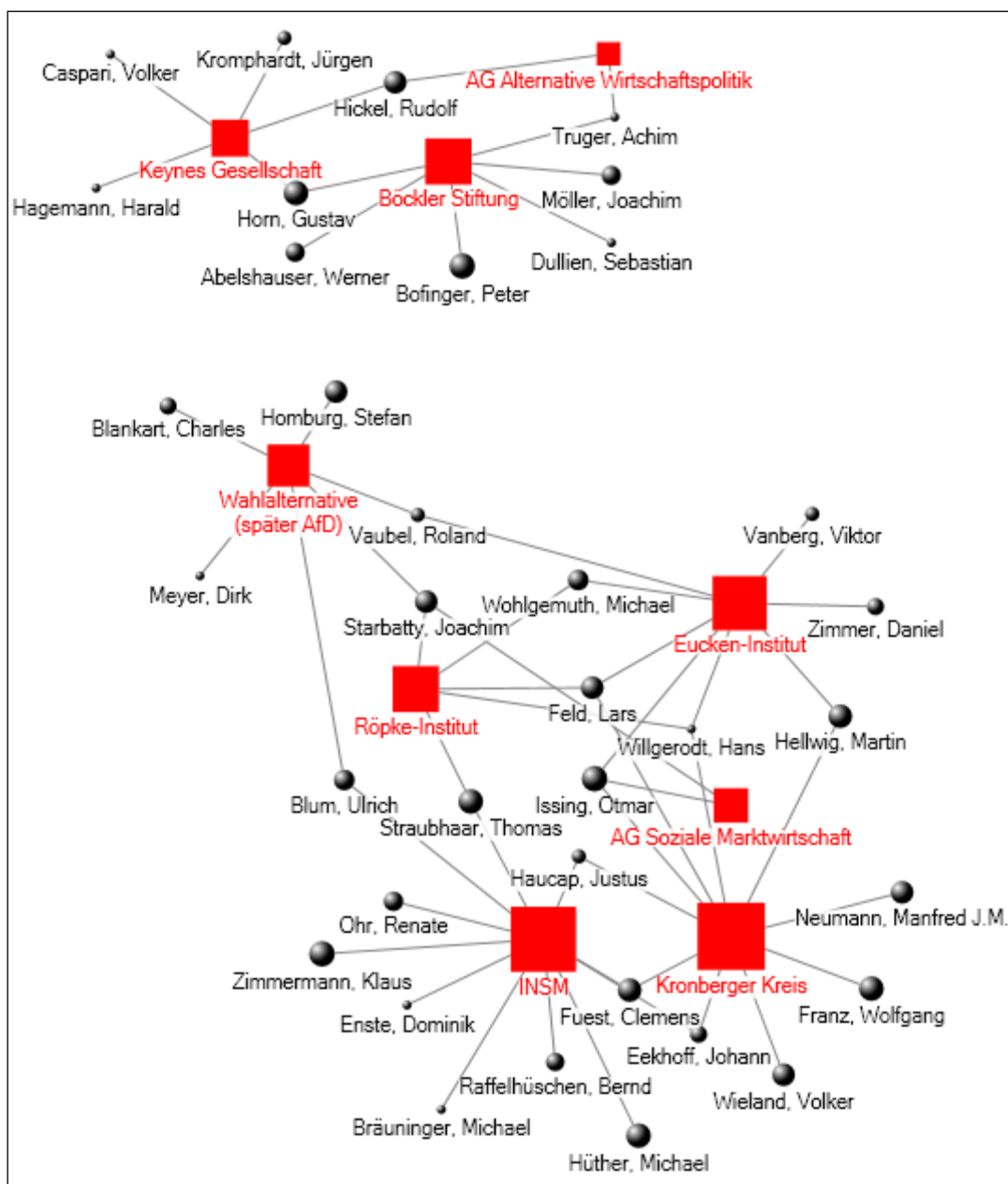
Ein Beispiel für mediale Öffentlichkeitsarbeit der INSM stellt der im Vorfeld der Bundestagswahl in einer Anzeigenserie in der FAZ und der Welt publizierte Hamburger Appell (Funke et al. 2005) unter dem Slogan „250 Professoren, 10 Thesen, eine Meinung“ (INSM 2005) dar. Die marktradikale Grundbotschaft des Hamburger Appells manifestiert sich etwa in der in der Anzeigenserie von Joachim Starbatty²¹⁸ vertretenen These „Wer Märkte stört, mindert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage“ (INSM 2005: 5).

²¹⁸ Starbatty, der 1967 in Köln bei Alfred Müller-Armack und Hans Willgerodt promovierte („Regionale Strukturpolitik in der sozialen Marktwirtschaft“), bildet ebenfalls einen zentralen Knotenpunkt in marktradikalen Netzwerken. So ist er Mitglied der MPS, der Hayek-Gesellschaft sowie der Ludwig Erhard Stiftung, Träger der Walter-Eucken Medaille und sitzt für die „national neoliberale“ (Plehwe 2014) Alternative für Deutschland seit 2014 im Europäischen Parlament.

Betrachtet man aktuelle Entwicklungen marktradikaler Netzwerke in Deutschland so zeigen sich zumindest zwei Prozesse. Während klassische ordoliberalen Standorte innerhalb der Volkswirtschaftslehre an Bedeutung verlieren, wie sich 2009 im Zuge der Umwandlung von sechs Kölner Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik in Makroökonomik zeigte (zum „Neuen Methodenstreit“ siehe Caspari/Schefold 2011), ist weiterhin eine große Anzahl unter deutschen Ökonominen über marktradikale Netzwerke verbunden.

Wie stark vor allem auch die mediale Präsenz und somit der potenzielle Einfluss marktradikaler Ökonominen auf die öffentliche Meinungsbildung in deutschsprachigen Leitmedien nach wie vor ist, zeigte sich im Finanzkrisendiskurs. Abbildung 16 zeigt die Vernetzung von in deutschsprachigen Leitmedien in der Finanzkrisendebatte von Herbst 2008 bis Sommer 2011 referierten Ökonominen über wirtschaftspolitisch aktive Think Tanks.²¹⁹

Abbildung 16: Mediale Präsenz von deutschen Ökonominen in der Finanzkrisendebatte



Quelle: Eigene Darstellung.

219 Zum methodischen Vorgehen und detaillierten Ergebnissen dieser Analyse Pühringer/Hirte (2013).

Diese Abbildung 16 demonstriert klar, welche ÖkonomInnen den öffentlichen massenmedialen Diskurs zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Zuge der Finanzkrise bestimmt habend. In der linken oberen Ecke ist eine Gruppe von ÖkonomInnen rund um die Böckler-Stiftung und die Keynes-Gesellschaft auszumachen, die teilweise einem gewerkschaftsnahen Umfeld zuzuordnen sind. Unten hingegen ist eine stark vernetzte Gruppe von ÖkonomInnen zu sehen, die in deutschen marktradikalen Netzwerken zu finden sind. Knoten zu letzteren bilden dabei die INSM und der Kronberger Kreis, die meisten der angeführten Personen arbeiten in mehreren Think Tanks mit. Insgesamt scheinen wichtige Akteure im marktradikalen Feld eng vernetzt. So haben etwa 85% der ÖkonomInnen in diesem Netzwerk, denen es wegen ihres damaligen Alters und ihrer damaligen Position möglich war, 2005 den Hamburger Appell zu unterzeichnet. Immerhin 27% sind zudem Mitglied in der MPS, was bei dem hohen Durchschnittsalter der Mitglieder einen beachtlichen Wert darstellt.

Eine neue Entwicklung stellt die Bildung einer politischen Partei aus diesem Netzwerk dar: die aus der in Abbildung 16 dargestellten Wahlalternative hervorgegangene Alternative für Deutschland (AfD). Unter den ÖkonomInnen, die den Wissenschaftlichen Beirat der AfD bilden, finden sich neben einer Reihe erklärte Marktradikaler auch Personen, die ein sehr elitäres Verständnis von Demokratie vertreten, bzw. sich als Gegner des Sozialstaates positioniert haben.²²⁰ Der angesprochene Zweiklang aus marktradikaler Wirtschaftspolitik und reaktionär-chauvinistischem Gesellschaftsbild ist ein Merkmal, das sich zudem auch in der Tea-Party findet (siehe oben), weshalb die AfD teilweise auch mit der Tea-Party verglichen wird (vgl. Berger 2013; Plehwe 2014).

6. Quellen

- Abelshäuser, Werner (1982): Ansätze „korporativer Marktwirtschaft“ in der Korea-Krise der frühen 50er Jahre. Ein Briefwechsel zwischen dem hohen Kommissar John McCoy und Bundeskanzler Konrad Adenauer. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30, 715-756.
- Abelshäuser, Werner (2003): Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Ahrens, Ralf (2004): Der Exempelkandidat. Die Dresdner Bank und der Nürnberger Prozess gegen Karl Rasche. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52/4, 637-670.
- Allen, Christopher (1989): The underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republik of Germany. In: Hall, Peter A. (eds.): The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations. Princeton, NJ: Princeton University Press, 263-89.
- Andrae, Jannis (2012): Ideengeschichtliche Aspekte von unabhängigen Institutionen. Diskussionspapier der Helmut-Schmidt-Universität, Fächergruppe Volkswirtschaftslehre Nr. 128. URL: <http://hdl.handle.net/10419/71105> (23.2.2015).
- Arrow, Kenneth J. (1951): Social Choice and Individual Values. New York: Wiley.
- Backhouse, Roger E.; Bateman, Bradley W. (2009): Keynes and Capitalism. History of Political Economy 41 (4), 645-671.
- Barkai, Abraham (1988): Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik. 1933-1945. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Barry, Norman P. (1979): Hayek's Social and Economic Philosophy. London and Basingstoke: The Macmillan Press.
- Benz, Wolfgang (1991): Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Frankfurt am Main: Fischer.
- Berger, J. (2013): Können Marktradikale und Nationalchauvinisten eine „Alternative für Deutschland“ sein? In: Nachdenkseiten. Die kritische Website. URL: www.nachdenkseiten.de/?p=16524 (21.7.2013).

220 So forderte Peter Oberender, dass Hartz IV-BezieherInnen ihre Organe verkaufen können sollten und Roland Vaubel die Aberkennung des passiven Wahlrechts für „untere Schichten“ (Berger 2013).

- Berghahn, Volker (1985): *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berlin, Isaiah (1995): *Zwei Freiheitsbegriffe*. In: (ders.): *Freiheit. Vier Versuche*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bierling, Stephan (2007): *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck Verlag.
- Bischof, Norbert (2009): *Psychologie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Blair, Tony (1999): *The Third Way. New Politics for the New Century*. Fabian Pamphlet 588, London: The Fabian Society.
- Blankart, Charles B.; Koester, Berrit B. (2006): *Political Economics versus Public Choice. Two views of political economy in competition*. *Kyklos* 59/2, 171-200.
- Blaug, Mark (1971): *Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie*. Band 1, München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Blaug, Mark (2003): *The Formalist Revolution of the 1950s*. *Journal of the History of Economic Thought* 25/2, 145-156.
- Blesgen, Detlef (2000): *Erich Preiser. Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens (1900 - 1967)*. Berlin: Springer Verlag.
- Blumenberg-Lampe, Christine (1973): *Die wirtschaftlichen Programme der "Freiburger Kreise". Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen Nationalsozialismus*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Boberach, Heinz (1999): *Ohlendorf, Otto*. In: *Neue Deutsche Biographie*, Band 19, 485-486.
- Boese, Franz (1939): *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932*. Berlin: Verlag Duncker & Humblot.
- Böhm, Franz (1937): *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung*. Heft 1 der Schriftenreihe *Ordnung der Wirtschaft*, Stuttgart und Berlin.
- Böhm, Franz; Eucken, Walter; Großmann-Doerth, Hans (1996): *Unsere Aufgabe*. In: Schneider, Jürgen; Harbrecht, Wolfgang: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*. Stuttgart: Franz Steiner, 207-217.
- Bökenkamp, Gérard; Doering, Detmar; Frölich, Jürgen; Grothe, Ewald (2012) (Hg.): *30 Jahre „Lambsdorff-Papier“. Texte und Dokumente zum „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (09. September 1982)*. Berlin: Friedrich Naumann Stiftung.
- Bombach, Gottfried; Ramser, Hans-Jürgen; Timmermann, Manfred; Wittmann, Walter (1981) (Hg.): *Der Keynesianismus III. Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit von Keynes*. Berlin: Springer.
- Borchardt, Knut (1960): *Denkschrift zur Lage der Wirtschaftswissenschaft*. Wiesbaden: Steiner.
- Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital – kulturelles Kapital – soziales Kapital*. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz, 183-198.
- Bowman, Mary Jean (1996): *The Human Investment Revolution in Economic Thought*, *Sociology of Education*, 39/2, 111-137
- Brandt, Willy (1973): *Reden und Interviews II*. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Bress, Ludwig (1996): *Walter Eucken und die Makromorphologie. Der deutsche Weg zwischen Struktur und Evolution*. In: Schneider, Jürgen, Harbrecht, Wolfgang (Hg.): *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*. Stuttgart: Franz Steiner, 251-282.
- Breuer, Franz (2000): *Vorgänger und Nachfolger. Weitergabe von/in Betrieben und Organisationen als sozialwissenschaftliches Phänomen*. In: *Gruppendynamik und Organisationsberatung*, Heft 4, 451-483.
- Brintzinger, Klaus-Rainer (1996): *Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg 1918-1945*. Frankfurt am Main: Lang.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2001): *Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus. Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regelselektion*. In: *Zeitschrift für Politik* 48, 49-71.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2009): *Die Herrschaft des Geldes. Geschichte und Systematik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Buchanan, James M. (1949): *The Pure Theory of Public Finance: A Suggested Approach*. In: *Journal of Political Economy* 57, 496-505.
- Buchanan, James M. (1954). *Individual Choice in Voting and the Market*. In: *Journal of Political Economy*. 62, 334–343.
- Buchheim, Christoph (1988): *Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2, 189-231.

- Bundesarchiv Koblenz (2004): Überarbeitetes Findbuch des Nachlasses (1169) von Alexander Rüstow. Koblenz: Bundesarchiv. URL: <http://www.ruestow.org/Findbuchx.htm> (23.02.2015).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2003): Widerstand traditioneller Eliten. URL: <http://www.bpb.de/izpb/10385/widerstand-traditioneller-eliten?p=all> (20.02.2015).
- Butler, Eamonn (2014): A short history of the Mont Pelerin Society. *Based on A History of the Mont Pelerin Society by Max Hartwell*. URL: <https://www.montpelerin.org/montpelerin/documents/Short-History-of-MPS-2014.pdf> (22.2.2015).
- Butterwege, Christoph (2007): Ein neoliberales Drehbuch für den Sozialabbau. Das sog. Lamsdorff-Papier leitete die „Wende“ ein. In: *Nachdenkseiten vom 07.09.2007*. URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2625> (12.12.2014)
- Caldwell, Bruce (2004): *Hayek's Challenge. An Intellectual Biography of F.A.Hayek*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Carell, Erich (1954): *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. Heidelberg: Quelle & Meyer Verlag.
- Caspari, Volker; Schefold, Bertram (2011): *Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Chace, James; Carr, Caleb (1988): *America Invulnerable. The Quest for Absolute Security from 1812 to Star Wars*. New York: Summit Books.
- Chalmers, Alan F. (1999): *Wege der Wissenschaft*. Berlin Heidelberg New York: Springer.
- Chen, Su-Mei (2007): *Innere Widersprüche und Wandlungen des deutschen Sozialstaatsmodells während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Inauguraldissertation, Philipps-Universität Marburg.
- Cockett, Richard (1995): *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931 - 1983*. London: HarperCollins Publishers.
- Coddington, Alan (1976): *Keynesian Economics: The Search for First Principles*. *Journal of Economic Literature* 4, 1258-1273.
- Collins, Martin J. (2002): *Cold War Laboratory. RAND, the Air Force, and the American State, 1945-1950*. Washington and London: Smithsonian Institution Press.
- Commun, Patricia (April 2004): *Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchzeiten*. *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik* 04/4.
- Dahn, Daniela (2007): *Schiefer Vergleich. Der Freitag vom 20.04.2004*. URL: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/schiefer-vergleich> (Stand 23.02.2015).
- Dams, Theodor (2009): *„Machtergreifung?“ – Kontinuitäten und Brüche bei Institutionen und Persönlichkeiten der Agrar-, Siedlungs und Raumordnungspolitik*. In: Mäding, Heinrich; Strubelt, Wendelin (Hg.): *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge zu einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Landesplanung*. Braunschweig: VSB Verlagsservice GmbH, 161-187.
- Debreu, Gérard (1959): *Theory of Value. An Axiomatic Analysis of Economic Equilibrium*. London and Sydney: J. Wiley & Sons.
- Demm, Eberhard (1988): *Max und Alfred Weber im Verein für Socialpolitik*. In: Mommsen, Wolfgang J.; Schwentker, Wolfgang (Hg.): *Max Weber und seine Zeitgenossen*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 119-136.
- DeMuth, Christopher C. (1993): *The American Enterprise Institute for Public Policy Research: Our first fifty years*. In: *Conference of the Committee on Disarmament (CCD)-Draft vom 07.12. 1993*.
- Der neue Fischer Weltalmanach (2014): *Chronik Deutschland 1949-2014. 65 deutsche Jahre im Überblick*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Deutsche Bundesbank (1976): *Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975*. Frankfurt am Main.
- Deutscher Bundestag (1949/2014): *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. *Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438)*.
- Dickens, Edwin (2005): *The Eurodollar Market and the New Era of Global Financialization*. In: Epstein, Gerald A. (Hg.): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham, UK: Edward Elgar, 210-219.
- Dietzfelbinger, Daniel (2010): *Von der Religionssoziologie zur Sozialen Marktwirtschaft: Leben und Werk Alfred Müller-Armacks*. In: *Politische Studien* 373/Oktober, 85-99.
- Ebeling, Richard M. (2000): *William E. Rappard: An International Man in an Age of Nationalism*. In: *The Freeman: Ideas on Liberty* 1, 33-41.

- Edwards, Paul N. (1996): *The Closed World. Computers and the Politics of Discourse in Cold War America*. Cambridge, Massachusetts, London: The MIT Press.
- Ehrhard, Ludwig (1977): *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmolders. Faksimile der Druckschrift von 1943/44. Berlin-Wien: Propyläen Verlag.
- Eichholtz, Dietrich (1999): *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945*. München: K.G. Saur Verlag.
- Eicker-Wolf, Kai (2003): *Vom hydraulischen Keynesianismus zur Radikalen Politischen Ökonomie (RPE). Keynesianische wirtschaftspolitische Konzeptionen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Scheitern der Globalsteuerung*. Marburg: Marburger Institut für Wirtschafts- und Politikforschung.
- Eilfort, Michael (2007): *Begrüßung*. In: *Stiftung Marktwirtschaft (Hg.): 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis*. Berlin: Informedia-Stiftung, 6-9.
- Engelmann, Bernt (1980): *Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung*. München: Bertelsmann.
- Erhard, Ludwig (1988): *Freie Wirtschaft und Planwirtschaft*. In: *Die Neue Zeitung, 14.10.1946*. In: (ders.): *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*. Herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf: ECON Verlag.
- Erker, Paul; Pierenkemper, Toni (1998): *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau*. München: Oldenbourg.
- Eucken, Walter (1932): *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*. In: *Weltwirtschaftliches Archiv* 36/2, 297-321.
- Eucken, Walter (1952/2004): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Bern und Tübingen: Francke und Mohr (Siebeck).
- Eucken, Walter (1965): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*. Berlin, Heidelberg und New York: Springer.
- Fisher, Irving (1935/45): *100% Money*. New York: Adelph.
- Flassbeck, Rainer (2014): *Bretton Woods wird 70*. Blogbeitrag vom 22. Juli 2014. URL: www.flassbeck-economics.de/bretton-woods-wird-70/ (08.08.2014).
- Fleetwood, Steve (1995): *Hayek's Political Economy. The Socio-Economics of Order*. London: Routledge.
- Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Freudig, Doris (2004) (Red.): *Lexikon der Biologie. Gesamtausgabe in 15 Bänden und auf CD-ROM*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Frey, Bruno S.; Humbert, Sile; Schneider, Friedrich (2007): *Was denken deutsche Ökonomen? Eine empirische Auswertung einer Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006*. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8/4, 359-377.
- Freytag, Carl (2012): *Deutschlands ‚Drang nach Südosten‘. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der Ergänzungsraum Südosteuropa 1931-1945*. Göttingen: V & R Unipress.
- Friedman, Milton (Hg.) (1953): *Essays in Positive Economics*. Chicago: University of Chicago Press.
- Friedman, Milton; Friedman, Rose (1989): *Two Lucky People: Memoirs*. Chicago: University of Chicago Press.
- Friedman, Milton (1970): *The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits*. In: *The New York Time Magazine*, September 13, 32-33.
- Funke, Michael; Lucke, Bernd; Straubhaar, Thomas (2005): *Hamburger Appell*. URL: www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf (22.03.2013).
- Furtmayr, Holger (2005): *Freiheit und Wettbewerb. Eine Kritik des (neo)liberalen Verständnisses zweier grundlegender Begriffe*. Institut für Konjunktur- und Strukturforchung (IKSF) Bremen, Discussion Paper 32.
- Gallas, Alexander (2005): *The Three Sources of Anti-Socialism: An Inquiry into the Normative Foundations of F.A. Hayek's Politics*. URL: http://eprints.lancs.ac.uk/267/2/Microsoft_Word_-_B0C917A9.pdf (27.09.2014).
- Gardner, Richard N. (1969): *Sterling-Dollar Diplomacy. The Origins and the Prospect of Our International Economic Order*. New York: McGraw-Hill.
- Gaulhofer, Karl (2010): *Europa an die Leine nehmen*. In: *Wirtschaft international vom 10.06.2010*. URL: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/572750/Europa-an-die-Leine-nehmen> (27.09.2014).
- Giddens, Anthony (1998): *Der dritte Weg*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Giersch, Herbert; Paque, Karl-Heinz; Schmieding, Holger (1994): *The fading miracle. Four decades of market economy in Germany*. Cambridge: University Press.
- Gimbel, John (1971): *Amerikanische Besatzungspolitik*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Gierkinger, Michael (2007): „Erklär’ mir die Welt“ – Neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des Wiener Hayek Instituts. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36/2, 201-218.
- Glossner, Christian L. (2010): *The Making of the German Post-War Economy. Political Communication and Public Reception of the Social Market Economy after World War II*. New York: Tauris Academic Studies.
- Goldschmidt, Nils (1997): *Die Entstehung der Freiburger Kreise*. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.) *Historisch-Politische Mitteilungen*. Köln: Bohlau.
- Goldschmidt, Nils (2007): *Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungs-idee? Walter Eucken Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels*. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 12/3. Freiburg: Walter Eucken Institut.
- Goldschmidt, Nils (2009): *Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik*. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 09/2. Freiburg: Walter Eucken Institut.
- Goldschmidt, Nils, Hesse, Jan-Otmar (2012): *Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom*. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Bd. 12 Nr. 4. Freiburg: Walter Eucken Institut.
- Goldschmidt, Nils; Wohlgemuth, Michael (2008): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Grossekettler, Heinz (2003): *Walter Eucken. Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der westfälischen Wilhelm-Universität Münster*, Nr. 347.
- Grossekettler, Heinz (2005): *Adolf Lampe, die Transformationsprobleme zwischen Friedens- und Kriegswirtschaften und die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath*. In: Goldschmidt, Nils (Hg.): *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*. Tübingen: Mohr Siebeck, 91-122.
- Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (1999): *Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung*. Berlin, September 1999.
- Grunenberg, Nina (2007): *Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942 bis 1966*. München: Pantheon.
- Günther, Gotthard (1976): *Die aristotelische Logik des Seins und die nicht-Aristotelische Logik der Reflexion*. In: (ders.): *Beiträge zu einer operationsfähigen Dialektik*, Band 1. Hamburg: Meiner Verlag, 141-188.
- Guttman, Robert (1996): *Die Transformation des Finanzkapitals*. In: *Prokla*, Heft 103, 26. Jg., Nr. 2, 165-195.
- Gwartney, James, Wagner, Richard E. (1988): *The Public Choice Revolution*. *The Intercollegiate Review*, 17-26.
- Habermas, Jürgen: *Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung*. In: (ders.): *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hagemann, Harald (1997): *'Zerstörung eines innovativen Forschungszentrums und Emigrationsgewinn: Zur Rolle der "Kieler Schule" 1926-1933 und ihrer Wirkung im Exil'*. In: (ders.): *Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. Marburg: Metropolis, 293-341.
- Hagemann, Harald (1997): *Weltklasse für sieben Jahre. Die Konjunkturabteilung des Instituts für Weltwirtschaft 1926–1933*. In: Christiana Albertina. *Forschungen und Berichte aus der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*, Heft 67, S. 52-70.
- Hagemann, Harald (2008): *Zur frühen Keynes-Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler*. In: Hagemann, Harald; Horn, Gustav; Krupp, Hans-Jürgen (Hg.): *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht*. Marburg: Metropolis, 71-104.
- Hamann, Götz (2005): *Lautsprecher des Kapitals*. Die Zeit vom 04.05.2005. URL: <http://www.zeit.de/2005/19/in-sm/komplettansicht> (12.12.2014)
- Hartmann, Michael (2004): *Elitesozio-logie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Hartwell, Ronald Marx (1995): *A History of the Mont Pelerin Society*. Indianapolis: Liberty Fund.
- Haselbach, Dieter (1991): *Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Janssen, Hauke (2000): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus*. Marburg: Metropolis.
- Hauke, Janssen (2006): *Milton Friedman und die "monetaristische Revolution" in Deutschland*. Marburg: Metropolis.
- Hauke, Janssen (2009): *Zwischen Historismus und Neoklassik: Alexander Rüstow und die Krise in der deutschen Volkswirtschaftslehre*. In: *ORDO*, Band 60, 101-118.

- Häuser, Karl (2010): Erich Schneider und die deutsche Nationalökonomie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Scheer, Christian (Hg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXV. Die deutschsprachige Wirtschaftswissenschaft in den ersten Jahrzehnten nach 1945. Duncker & Humblot, 235-290.
- Hayek, Friedrich August (1937): Economics and Knowledge. In: *Economica* 4, 33-54.
- Hayek, Friedrich August (1945): The Use of Knowledge in Society. In: *The American Economic Review* 35, 519-530.
- Hayek (1947/1976): „Freie Wirtschaft“ und Wettbewerbsordnung. In (ders.): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Salzburg: Wolfgang Neugebauer, 141-155.
- Hayek, Friedrich August (1948): Individualism and Economic Order. New York & London: The University of Chicago Press.
- Hayek, Friedrich August (1952): The Sensory Order. An Inquiry into the Foundations of Theoretical Psychology. Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, Friedrich August (1973): Die Anmaßung von Wissen. In: *Ordo*, Band 26, 12-21.
- Hayek, Friedrich August (1976): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Salzburg: Wolfgang Neugebauer (2. Auflage).
- Hayek, Friedrich August (1978): The Confusion of Language in Political Thought. In: (ders.): New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas. London und Henley: Routledge & Kegan Paul, 71-97.
- Hayek, Friedrich August (1979): Die drei Quellen der menschlichen Werte. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hayek, Friedrich August (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- Hayek, Friedrich A. (1983): Hayek on Hayek. An Autobiographical Dialogue. London: Routledge.
- Hayek, Friedrich August (1996): Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hayek, Friedrich August (2002): Wahrer und falscher Individualismus (1945). In: Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Tübingen: J. C. B. Mohr Siebeck, 3-32.
- Hayek, Friedrich August (2003): Der Weg zur Knechtschaft. München: Olzog (im Original 1944: The Road to Serfdom. Chicago: University of Chicago Press).
- Heinelt, Peer (2003): 'PR-Päpste'. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Helmedag, Fritz (1999): Zur Vermarktung des Rechts: Anmerkungen zum Coase-Theorem. In: Wolf, Dorothee, Eicker-Wolf, Kai (Hg.): Auf der Suche nach dem Kompaß. Politische Ökonomie als Bahnsteigkarte fürs 21. Jahrhundert. Köln: PapyRossa, 53-71.
- Hennecke, Hans Jörg (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen.
- Hensel, Karl Paul (1951): Politische Wissenschaft und Politik. In: *Ordo*, Bd. 4, 3-17.
- Herder-Donreich, Philipp (1974): Wirtschaftsordnungen. Pluralistische und dynamische Ordnungspolitik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hesse, Jan-Otmar (2006): "Der Mensch des Unternehmens und der Produktion". Foucaults Sicht auf den Ordoliberalismus und die 'Soziale Marktwirtschaft'. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2. URL: www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Hesse-2-2006 (02.03.2015).
- Hesse, Jan-Otmar (2010): Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik. Frankfurt: Campus.
- Hickel, Rudolf (2003): 40 Jahre Rat der „Fünf Weisen“. Ungelöste gesamtwirtschaftliche Probleme trotz oder wegen der „Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. URL: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2003c.pdf> (12.12.2014).
- Hicks, John R. (1937): Mr Keynes and the 'Classics'. In: *Econometrica*, vol. 5, 1937, 147-159.
- Hicks, John R. (1982): Money, Interest, and Wages. In: *Collective Essays on Economic Theory*, vol. 2. Cambridge: Harvard University Press.

- Higgins, John Patrick (2013): *The Struggle for the Good Society: Rolf Hilferding, Ludwig von Mises, and Walter Lippmann, and the Advent of Neoliberalism as Self-Criticism and Self-Defense of Liberal Governmental Style from 1896 to 1938*. Thesis for the Degree of Master in Art in Sociology at George Mason University, Fairfax, Virginia.
- Hirte, Katrin (2013). *ÖkonomInnen in der Finanzkrise. Diskurse, Netzwerke, Initiativen*. Marburg: Metropolis.
- Hochstätter, Matthias (2006): *Karl Schiller - eine wirtschaftspolitische Biographie*. Dissertation an der Universität Hannover. Hannover.
- Hochstätter, Matthias (2006): *Karl Schiller - eine wirtschaftspolitische Biographie*. Dissertation Universität Hannover.
- Holl, Christopher (2004): *Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hombach, Bodo (1998): *Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte*. München: Econ Verlag.
- Horn, Robert, Mirowski, Philip (2009): *The Rise of the Chicago School of Economics and the Birth of Neoliberalism*. In: Mirowski, Philip, Plehwe, Dieter (Hg.): *The Road from Mont Pellerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, Massachusetts, and London: Harvard University Press, 139-178.
- Horwitz, Morton J. (1980): *Law and Economics: Science or Politics?* In: *Hofstra Law Review* 8/4, 905-912.
- Huber, Frank (2001): *Friedrich Hayeks Philosophie der Ordnung. Eine ontologische, epistemologische und methodologische Untersuchung*. Dissertation Universität Berlin.
- Husmann-Driessen, Jens (2006): *Die Ideologiesprache der beiden Volksparteien SPD und CDU in ihrer Grundsatzprogrammatik seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland*. Dissertation im Fachbereich Geisteswissenschaften (Germanistik) der Universität Duisburg-Essen.
- Hutchison, Terence Wilmot (1992): *The Politics and Philosophy of Economics: Marxians, Keynesians and Austrians*. New York: Gregg Revivals.
- INSM (2005): *250 Professoren – 10 Thesen – 1 Meinung*. Anzeigenstrecke der INSM im Zuge des Hamburger Appells. URL: <http://www.insm-tagebuch.de/2005/09> (22.12.2005).
- INSM (2012): *Über uns*. URL: <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQ.html> (22.03.2012).
- Janssen, Hauke (2006): *Milton Friedman und die "monetaristische Revolution" in Deutschland*. Marburg: Metropolis.
- Janssen, Hauke (2000): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus*. Marburg: Metropolis.
- Kahn, Daniela (2006): *Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland. Das Beispiel der Reichsgruppe Industrie*. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Kampe, Dieter (1985): *Man weiß doch, was da kommt*. *Der Spiegel* 43/1985, 115-126.
- Karabelas, Iris (2010): *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August von Hayeks in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Keynes, John M. (1971-1989): *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, edited by Elizabeth Johnson and Donald E. Moggridge. London: Macmillan.
- Klein, Josef (1991): *Kann man "Begriffe besetzen"? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher*. In: Liedtke, Frank; Wengeler, Martin; Böke, Karin (Hg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klein, Lawrence R. (1950): *The Keynesian Revolution*. London: Mac Millan & Co.
- Knapp, Georg Friedrich (1891): *Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit: Vier Vorträge*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Knapp, Georg Friedrich (1923): *Staatliche Theorie des Geldes*. München und Leipzig: Duncker & Humblot.
- Köhler, Ekkehard, Kolev, Stefan (2011): *The conjoint quest for a liberal positive program: "Old Chicago", Freiburg and Hayek*. In: *HWWI Research Paper*, Nr. 109.
- Kolev, Stefan (2010): *F. A. Hayek as an Ordo-Liberal*. In: *HWWI Research Paper*, Bd. 5 Nr. 11. URL: <http://hdl.handle.net/10419/48214> (11.01.2010).
- Kolev, Stefan (2011): *Neoliberale Leitideen zum Staat. Die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik im Werk von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke*. Dissertationsschrift an der Universität Hamburg. URL: <http://hdl.handle.net/10419/54194> (23.2.2015).
- Kolev, Stefan, Goldschmidt, Nils, Hesse, Jan-Otmar (2014): *Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society*. *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Bd. 14, Nr. 02. URL: <http://hdl.handle.net/10419/90809> (11.01.2015).

- Koop, Volker (2005): Das schmutzige Vermögen. Das Dritte Reich, die IG Farben und die Schweiz. München: Verlag Siedler.
- Kronberger Kreis (2015): Mehr Mut zum Markt ... lautet die Devise des Kronberger Kreises. URL: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/kronberger-kreis.html> (01.02.2015).
- Kuhn, Thomas S. (1976): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Lambsdorff, Otto Graf (2007): Rückenwind für Reformen nutzen. In: Stiftung Marktwirtschaft (Hg.): 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis. Berlin: Informedia-Stiftung, 37-45.
- Lasswell, Harold D. (1934): World Politics and Personal Insecurity. Chicago: University of Chicago Press.
- Latour, Bruno (1986): Joliot: Geschichte und Physik im Gemenge. In: Serres, Michel (Hg.): Elemente einer Geschichte der Wissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 869-903.
- Lee, Byong-Chol (2000): Wirtschaftspolitische Konzeption der Christlichen Demokraten in Südbaden 1945-1952. Inaugural-Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg.
- Lindenlaub, Dieter (1967): Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik. Wiesbaden: Steiner.
- Lippmann, Walter (1945): Die Gesellschaft freier Menschen. Bern: Francke (The Good Society).
- Lorch, Alexander (2013): Vom Ordoliberalismus zum substantiellen Liberalismus – Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Dissertation an der Universität St. Gallen. Bamberg: Difo-Druck.
- Luhmann, Niklas (1994): Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lutz, Friedrich A. (1936/62): Das Grundproblem der Geldverfassung. In: (ders.): Geld und Währung. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Machlup, Fritz (1953): Review of *Einführung in die Wirtschaftstheorie* by Erich Schneider. In: The American Economic Review 43/3: 398-401.
- Mandelville, Bernard (1724/1957): Die Bienenfabel. Berlin: Aufbau Verlag.
- Mannheim, Karl (1928): Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7, 157-185 sowie 309-330.
- Mannheim, Karl (1935): Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Leiden: Verlag Gehlen.
- Mauch, Gerhard (1994): Miksch, Leonhard. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 17. Berlin: Duncker & Humblot, 495-496.
- Meier, Bernd; Wodok, Andreas (2000): Gesellschaft im Zwiespalt: Marktwirtschaft und Unternehmer im Spiegel der öffentlichen Meinung. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Menger, Carl (1883): Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften. Leipzig: Dunker und Humblot.
- Mirowski, Philip (1989): The Probabilistic Counter-Revolution, or How Stochastic Concepts came to Neoclassical Economic Theory. In: Oxford Economic Papers, New Series, 41/1, 217-235.
- Mirowski, Philip (1991): When games grow deadly serious: The military influence on the evolution of game theory. In: Goodwin, D.G. (eds.): Economics and National Security, Annual Supplement to History of Political Economy, vol. 23, Durham/London: Duke Univ. Press, 227-255.
- Mises, Ludwig (1931): Die Ursachen der Wirtschaftskrise. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Mises, Ludwig (1932): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena: Gustav Fischer.
- Mises, Ludwig (1980): Planning for Freedom, and Sixteen Other Essays and Addresses. South Holland, Ill.: Libertarian Press.
- Mises, Ludwig (2009): Memoirs. Auburn, Alabama: Ludwig von Mises Institute (Translated by Arlene Oost-Zinner).
- Mönckmeier, Otto (1935) (Hg.): Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft. Stuttgart: Kohlhammer.
- Müller-Armack, Alfred (1932/1958): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung., Berlin: Junker & Dünnhaupt.
- Müller-Armack, Alfred (1956): Soziale Marktwirtschaft. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, vol. 9, 390-392.
- Müller-Armack, Alfred (1971): Auf dem Weg nach Europa – Erinnerungen und Ausblicke. Tübingen und Stuttgart: Poeschel.
- Müller-Armack, Alfred (1974): Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft: Frühschriften und weiterführende Konzepte, Sozioökonomische Forschungen, Band. 1, Bern/Stuttgart: Paul Haupt Verlag.

- Müller-Armack, Alfred (1990): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. München: Kastell Verlag (Neudruck der Ausgabe 1946).
- Müller-Armack, Alfred (1996): *Wirtschaftspolitik als Beruf (1918-1968)*. Vortrag bei der Metallergewerkschaft und den Lurgi-Gesellschaften in Frankfurt/Main m 23. Oktober 1968. In: Schneider, Jürgen, Harbrecht, Wolfgang, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*. Stuttgart: Franz Steiner, 283-301.
- Nau, Heino Heinrich (1996) (Hg.): *Der Werturteilsstreit. Die Äußerungen zur Werturteilsdiskussion im Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (1913)*. Marburg: Metropolis.
- Nicholls, Anthony J. (1994): *Freedom with Responsibility: The German Social Market Economy 1916–1968*. Oxford: Oxford University Press.
- Nicoll, Norbert (2012): Gramsci, Hayek und die unbestreitbare Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie. In: *Emanzipation* 2/1, 72-86.
- Nigsch, Otto (2012): *Regierung und Gouvernance. Zur Geschichte der bestehenden Ordnung*. Berlin: Pro Business GmbH.
- Noelle, Elisabeth; Neumann, Erich Peter (1956): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*. Allensbach.
- Nollert, Michael (2005): "Waging the War of Ideas". Zur Entwicklung und Struktur des neoliberalen Diskursnetzwerkes. In: Imhof, Kurt, Eberle, Thomas S. (Hg.): *Triumph und Elend des Neoliberalismus*. Zürich: Seismo, 39-58.
- Nonhoff, Martin (2005): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt "Soziale Marktwirtschaft"*. Bielefeld: transkript.
- Nordmann, Jürgen (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*. Hamburg: VSA.
- Nützenadel, Alexander (2005): *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Oncken, August (1886): *Die Maxime Laissez faire et laissez passer, ihr Ursprung, ihr Werden*. Bern: von Wyss.
- ORF (1983) (Hg.): *Franz Kreuzer im Gespräch mit Friedrich von Hayek und Ralf Dahrendorf*. Wien: Franz Deuticke.
- Ötsch, Walter Otto (2007): *Gottesbilder und ökonomische Theorie: Naturtheologie und Moralität bei Adam Smith*. In: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*: 161-179.
- Ötsch, Walter Otto (2009): *Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie*. Marburg: Metropolis, 2. Auflage.
- Ötsch, Walter Otto (2013): *Marktradikalität. Der Diskurs von „dem Markt“*. In: Günther, Lena-Simone; Hertlein, Saskia; Klüsener, Bea; Raasch, Markus (Hg.): *Radikalität. Religiöse, politische und künstlerische Radikalismen in Geschichte und Gegenwart. Band 2: Frühe Neuzeit und Moderne*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 254-279.
- Ötsch, Walter Otto (2014a): *The Deep Meaning of 'Market': Understanding Neoliberal-Market-Radical Reasoning*. *Human Geography* 2: 11-25.
- Ötsch, Walter Otto (2014b): *Warum war Keynes so erfolgreich? Eine Darstellung anhand der Methode von Bruno Latour*. ICAE Working Paper Series Nr. 27, Universität Linz.
- Palley, Thomas I. (2015): *Milton Friedman's economics and political economy: an old Keynesian critique*. In: Cord, Robert (eds.): *Milton Friedman: Contributions to Economics and Public Policy*. Oxford: Oxford University Press (im Erscheinen).
- Paulsen, Andreas (1950): *Neue Wirtschaftslehre; Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung*. Berlin: Vahlen.
- Petzina, Dietmar (1968): *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Phillips, A.W. (1958): *The relation between unemployment and the rate of change of money wage rates in the United Kingdom 1861-1957*, *Economica* 25, 283-299.
- Pieper, Nikolaus (2006): *Der Wirtschaftsdoktor - Herbert Giersch als Ökonom*. IfW Kiel, http://www.ifw-kiel.de/konfer/2006/giersch/giersch_pieper.pdf (12.12.2014).
- Pirker, Reinhard (2004): *Märkte als Regulierungsformen sozialen Lebens*. Marburg: Metropolis.
- Plehwe, Dieter (2014): *Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 59, H. 2, S. 63-72.

- Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard (2006): *Between Network and Complex Organization: The Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony*. In: Walpen, Bernhard; Plehwe, Dieter; Neunhöffer, Gisela (Hg.): *Neoliberal Hegemony: A Global Critique*. London: Routledge, 27-70.
- Popper, Karl (1995): *Lesebuch*. Stuttgart: UTB.
- Preiser, Erich (1961): *Wachstum und Einkommensverteilung*. Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag.
- Ptak, Ralf (2004): *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ptak, Ralf (2007): *Grundlagen des Neoliberalismus*. In: Butterwege, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-86.
- Pühringer, Stephan; Hirte, Katrin (2014): *ÖkonomInnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht*. In: *WISO* 37(1), 159-178.
- Pühringer, Stephan; Ötsch, Walter Otto (2013): *Das Team Stronach: eine österreichische Tea Party?* ICAE-Working Paper Series Nr. 19, Universität Linz.
- Quaas, Friedrun (2000): *Soziale Marktwirtschaft: Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Bern: Paul Haupt.
- Quaas, Friedrun; Quaas, Georg (2013): *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Darstellung, Kritiken und Alternativen*. Marburg: Metropolis.
- Quigley, Carroll (1996): *Tragedy and Hope. A History of the World in Our Time*. New York: Macmillan Company.
- Riedl, Anton (1992): *Liberale Publizistik für Soziale Marktwirtschaft. Die Unterstützung der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Neuen Zürcher Zeitung 1948/49 bis 1957*. Regensburg: S. Roderer.
- Riedl, Rupert (1987): *Kultur – Spätzündung der Evolution? Antworten auf Fragen an die Evolutions- und Erkenntnistheorie*. München: Piper.
- Riese, Hajo (1995): *Geld – das letzte Rätsel der Nationalökonomie*. In: Schelkle, Waltraud; Nitsch, Manfred (Hg.): *Rätsel Geld. Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht*. Marburg: Metropolis, 45-62.
- Rittershausen, Heinrich (1951): *Ein amerikanischer Verfechter der Wettbewerbsordnung. Zu Henry Simons Buch ‚Economic Policy for a Free Society‘*. In: *Ordo* IV, 426-428.
- Rittershausen, Johannes R.B. (2007): *The Postwar West German Economic Transition: From Ordoliberalism to Keynesianism*. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Discussion Paper 2007/1.
- Röpke, Wilhelm (1952): *Was lehrt Keynes? Die Revolution in der Nationalökonomie*. In: *Universitas* vol. 7. Heidelberg: Heidelberger Lese-Zeiten-Verlag, 1285-1295.
- Röpke, Wilhelm (1962): *Epochenwende*. In: (ders.): *Wirrnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze*. Erlenbach – Zürich – Stuttgart: Rentsch, 105-124.
- Rowley, Charles K. (1993): *Introduction*. In: (ders.): *Social Choice Theory*, Bd. I. London: Edward Elgar, xiv-xvi.
- Runge, Uwe (1971): *Antinomien des Freiheitsbegriffs im Rechtsbild des Ordoliberalismus*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Rüther, Daniela (2013): *Freiburger NationalökonomInnen auf dem Weg in den Widerstand: Neue Erkenntnisse über die Rolle des »Professorenausschusses« von 1939*. In: *Historisch-Politische Mitteilungen* 10/1, 75-94.
- Sala, Roberto (2011): *Methodologische Positionen und soziale Praktiken in der Volkswirtschaftslehre: Der Ökonom Walter Eucken in der Weimarer Republik*. WZB Discussion Paper, Nr. SP IV 2011-401. URL: <http://hdl.handle.net/10419/71267> 02.03.2015).
- Samuelson, Paul (1948): *Economics: An Introductory Analysis*. New York: McGraw-Hill
- Samuelson, Paul A.; Nordhaus, and William (2005): *Economics*. Boston, Mass.: McGraw-Hill/Irwin.
- Schabas, Margaret (2005): *The Natural Origins of Economics*. Chicago: University of Chicago Press.
- Schanetzky, Tim (2007): *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982*. Berlin: Akademie Verlag.
- Schefold, Bertram (1998): *Der Nachklang der Historischen Schule in Deutschland zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Anfang der Sechziger Jahre*. In: Acham, Karl; Nörr, Kurt Wolfgang; Schefold, Bertram (Hg.): *Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste: Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren*. Wiesbaden: Steiner, 31-75.

- Schefold, Bertram (2004a) (Hg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main. Marburg: Metropolis.
- Schefold, Bertram (2004b): Wissenschaft als Gegengabe – Neugründung und Aktivitäten des Theoretischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik von 1949 bis 1973. In: Schmollers Jahrbuch 124, 579-608.
- Schiller, Karl (1953): Aufgaben und Versuche: Zur Neuen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft. Hamburg: Hansischer Gildenverlag.
- Schiller, Karl (1955): Sozialismus und Wettbewerb. Hg.: Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg. Hamburg: Verlagsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften.
- Schiller, Karl (1972): Konjunkturpolitik auf dem Weg zu einer Affluent Society. In: Schiller, Karl (Hg.): Reden zur Wirtschaftspolitik. Band 3. Bonn: Bundesministeriums für Wirtschaft.
- Schindelbeck, Dirk (1995): „Asbach Uralt“ und „Soziale Marktwirtschaft“: Zur Kulturgeschichte der Werbeagentur in Deutschland am Beispiel von Hanns W. Brose (1899-1971). In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte / Journal of Business History 40/4, 235-252.
- Schindelbeck, Dirk (1999): „Das Neueste wärmte nicht“. Die ökonomische und sozialpsychologische Situation. URL: <http://dirk-schindelbeck.de/archives/4019> (20.11.2014).
- Schindelbeck, Dirk (2006): „Soziale Marktwirtschaft“ gestern und heute. Ein politischer Markenartikel im Wandel der Zeit. In: Universitas, Orientierung in der Wissenswelt, Heft 2, 145-157. URL: <http://dirk-schindelbeck.de/archives/4222> (20.11.2014).
- Schneider, Erich (1952): Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsbeobachtung. In: Allgemeines Statistisches Archiv 73(2), 38-58.
- Schneider, Erich (1953a): Der Streit um Keynes. Dichtung und Wahrheit in der neueren deutschen Keynes-Diskussion. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 165(2/3), 89-122.
- Schneider, Erich (1953b): Fundamental Errors in Recent Anti-Keynesian Literature. In: PSL Quarterly Review 6(24): 3-24
- Schröder, Gerhard (1998): Aufbruch für ein modernes und gerechtes Deutschland, Startprogramm der SPD-geführten Bundesregierung Bonn – Berlin URL: www.spd.de/archiv/arbeit/Arb19980820_670.html (02.02.1998).
- Schröder, Gerhard; Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. URL: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (02.03.2015).
- Schulz, Wilfried (1996): Adolf Lampe und die "Freiburger Kreise" im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Schneider, Jürgen; Harbrecht, Wolfgang (Hg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993). Stuttgart: Franz Steiner, 219-250.
- Schumpeter, Joseph A. (1970): Das Wesen des Geldes. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schwerin, Detlef Graf von (1994): ‚Dann sind’s die besten Köpfe, die man henkt‘. Die junge Generation im deutschen Widerstand. München und Zürich: Piper.
- Simons, Henry (1948): Economic Policy for a Free Society. Chicago: University of Chicago Press.
- Smith, Adam (1776/2005): The Wealth of Nations. Pennsylvania: State University. URL: https://ia601703.us.archive.org/3/items/WealthOfNationsAdamSmith/Wealth%20of%20Nations_Adam%20Smith.pdf (23.02.2015).
- Sobel, Ervin (1978): The Human Capital Revolution in Economic Development: Its Current History and Status. In: Comparative Education Review 22/2, 278-308.
- Sohn-Rethel, Alfred (1992): Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag. Berlin: Wagenbach.
- Sontheimer, Kurt (1964): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Boeckler-Stiftung über die Arbeit der INSM. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Spicka, Mark E. (2007): Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction and Politics in West Germany 1949–1957. New York: Berghahn.
- Statistisches Bundesamt (1952): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Stehr, Hermann (2007): Das Deutsche Wirtschaftswunder. Wirtschaftswoche v. 25.11.2007. URL: <https://inforondel.wordpress.com/2007/11/25/das-deutsche-wirtschaftswunder/> (20.11.2014).
- Stiftung Marktwirtschaft (2015): Historie 1982-2012 – 30 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis. URL: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/wirtschaft/stiftung/historie.html> (02.03.2015).

- Tevelow, Amos A. (2005): From corporate Liberalism to Neoliberalism: A History of American Think Tanks. Dissertation University of Pittsburgh. URL: <http://d-scholarship.pitt.edu/9198/1/FinalTevelowETD.pdf> (02.03.2015).
- Thomasberger, Claus (2009): ‚Planung für den Markt‘ versus ‚Planung für die Freiheit‘. Zu den stillschweigenden Voraussetzungen des Neoliberalismus. In: Ötsch, Walter Otto; Thomasberger, Claus (Hg.), Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen. Marburg: Metropolis, 63-96.
- Thomasberger, Claus (2011): 'Sein' und 'Bewusstsein': Propaganda und 'objektive Realität' in den neoliberalen Gesellschaften. In: Ötsch, Walter Otto; Hirte, Katrin; Nordmann, Jürgen (Hg.): Gesellschaft! Welche Gesellschaft? Nachdenken über eine sich wandelnde Gesellschaft. Marburg: Metropolis, 61-91.
- Thomasberger, Claus (2012): Das neoliberale Credo. Ursprünge, Entwicklung, Kritik. Marburg: Metropolis.
- Triffin, Robert (1978): The Impact of the Bellagio Group on International Monetary Reform. In: Dreyer, Jacob (Hg.): Breadth and Depth in Economics. Fritz Machlup – The Man and His Ideas. Mass.: Lexington Books, 145-158.
- Tuchtfeld, Egon (1955): The Development of the West German Economy since 1945. In: Atlantikbrücke (Hg.): German Social Science Digest: Classen Verlag, 59-112.
- Vietta, Silvio (2007): Europäische Kulturgeschichte. Paderborn: Fink.
- Wapshott, Nicholas (2011): Keynes Hayek. The Clash that Defined Modern Economics. New York London: W.W. Norton & Company.
- Wasniewski, Matthew A. (2004): Walter Lippmann, Strategic Internationalism, The Cold War and Vietnam, 1943-1967. Dissertation submitted to the Faculty of the Graduate School of the University of Maryland, College Park URL: <http://drum.lib.umd.edu/bitstream/1903/1763/1/umi-umd-1741.pdf> (27.01.2015).
- Weber, Max (1922): Der Sinn der Wertfreiheit der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. In: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: J. B. C. Mohr (Paul Siebeck), 451-502.
- Willke, Gerhard (2012): John Maynard Keynes: Eine Einführung. Frankfurt: Campus Verlag.
- Wolf, Alexander S. (2012): Networking – Dictyonomie. Norderstedt: Books on demand.
- Woll, Artur (2014): Volkswirtschaftslehre. München: Vahlen.
- Wörsdorfer, Manuel (2011): Die normativen und wirtschaftsethischen Grundlagen des Ordoliberalismus. Inaugural-Dissertation am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Zapfel, Björn (2002): Die Häresie alternativer Ökonomie – Überlegungen zu den Grundlagen neoliberalen Denkens und Ansatzpunkten ökonomischer Alternativen. Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien. München: Grin-Verlag.
- Ziegler, Bernd (1998/2008): Geschichte des ökonomischen Denkens. Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Zündorf, Irmgard (2006): Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963. München: Franz Steiner.
- Zweynert, Joachim (2007): Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen. In: HWWI Research Paper 5/2.